

NÄCHSTENLIEBE LEBEN. KLARHEIT ZEIGEN.



*Handreichung zu Rechtspopulismus
und Fremdenfeindlichkeit*



AG KIRCHE
FÜR DEMOKRATIE
UND MENSCHENRECHTE

Nächstenliebe leben. Klarheit zeigen.

Handreichung zu Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit

Herausgegeben von der ökumenischen Arbeitsgemeinschaft
'Kirche für Demokratie und Menschenrechte' in Sachsen
c/o Landesstelle der Evangelischen Erwachsenenbildung Sachsen

Tauscherstr. 44

01277 Dresden

Tel.: +49 351-656154-0

Fax: +49 351-656154-19

info@kirche-fuer-demokratie.de

www.kirche-fuer-demokratie.de

Redaktion:

Dr. Harald Lamprecht, Dr. Erik Panzig, Dr. Peggy Renger-Berka,
Annemarie Schrader, Jan Witzka

In dieser Broschüre wird eine geschlechtsneutrale Schreibweise bevorzugt.

Wo nicht anders möglich, werden abwechselnd die weiblichen und männlichen
grammatischen Formen verwendet. Sie schließen das jeweils andere Geschlecht mit ein.

Die Texte wurden diesbezüglich vereinheitlicht (mit Ausnahme der Geleitworte).



Mit diesem Icon markierte Texte erhalten weiterführende

Materialhinweise im hinteren Teil der Broschüre („Verzeichnisse“).

Design und Satz:

CaroGraphics (www.carographics.com)

Dresden, Frühjahr 2019



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuer-
mittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten
des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort der AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte	8
Geleitwort der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens	10
Geleitwort des Bistums Dresden-Meißen	12
Geleitwort der ACK Sachsen – Nächstenliebe und Gastfreundschaft	15
GLAUBE – Christsein in der Gesellschaft	19
Für eine Öffentliche Kirche – Warum Glaube politisch ist	20
Gerechtigkeit – ein Grundbegriff – auch in der Bibel	28
Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde – Soziale und politische Konsequenzen eines alten Bekenntnisses	33
Suchet der Stadt Bestes – Gemeinwesenaufgaben von Christinnen. Eine biblische Studie	41
Identifikation und Kritik. Nation aus theologischer Sicht	50
Jüngere Geschichte der Demokratie in Sachsen	56
Das Abendland verteidigen? Vom christlichen Umgang mit religiöser Pluralität	64
Gutes Regieren – biblische Perspektiven	70
Multikulti in der Einwanderungsgesellschaft? – Ein Blick aus praxisorientierter und diakonischer Sicht	76
WISSEN – Neonazismus und Rechtspopulismus	85
Die Volksgemeinschaft als einigende Ideologie	86
Braunes Sachsen: Neonazistische Parteien und rechte Bewegungen in Sachsen	89
Die ‚Identitäre Bewegung‘ in Sachsen	96
Neonazistische Subkultur in Sachsen – Kleidung und Musik	106
Klima der Angst – Wie rechte Gewalt wirkt	111
Völkisches Landleben – eine extrem rechte Graswurzelstrategie	117
Vom Unsichtbarwerden der Frau in (neuen) populistischen Debatten	123
Sachsen: Ruhe und Rückzugsraum des NSU	134
„Ich bin doch kein Rassist, aber...“ – Die Abwertung der Anderen	140
Rechtspopulismus und Kirchen	144
Mut zur Wahrheit? Junge Freiheit, Compact und andere Medien der extremen Rechten	150
Pfarrer im Parteivorstand?	157

HANDELN – Gemeindepraxis	165
Grundprinzipien kirchlicher Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus	166
Gott liebt die Sünder, nicht die Sünde – Zum Umgang mit Rechtsextremistinnen und Rechtspopulisten in der Gemeinde	170
Bürgerdialog oder Propagandabühne? Hinweise für gelingende Veranstaltungen	179
Friedensgebet, Bittgang und Mahnwachen – Formen christlicher Stellungnahmen	188
Sichtbar Position beziehen – Plakataktionen für Demokratie und Menschenrechte	190
Kirchenasyl	193
„Das wird man doch wohl noch sagen dürfen!“ – Neue Medien, politische Polarisierung und der Strukturwandel der Demokratie	196
Social Media – Shitstorms, alltägliche Verachtung und #hopeSpeech	200
 ERFAHRUNGEN – Beispiele aus Sachsen	 207
Länderabende – Ein Praxisbeispiel aus Chemnitz	208
Die nächsten Schritte in Leipzig – Geflüchtete und kirchliche Unterstützende finden Ihren Weg	210
Abendessen der Begegnung – Speed Dating mit Politikern – Eine Veranstaltung des Runden Tisches für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage im Vogtlandkreis	212
Begegnungscafé Pirna	214
Fachtag ‚Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft‘	216
GleichStart für ALLE	218
 Methodenbausteine	 Einleger
 Verzeichnisse	 221
Autorenverzeichnis	222
Literaturverzeichnis	226
Ansprechpartner und Hilfsstrukturen	246
Weiterführende Materialhinweise	254
Abbildungsverzeichnis	256

GENESIS 1.2

Menschen zu s
Gottes schu

Mann und

und spr

mehr

che

d

...seinem Bilde,^a zum Bilde
...er ihn; und^b schuf sie als
...Frau. 28 Und Gott segnete sie
...verlockend anzusehen
...den "Baum des
...ten und den Baum
...ten und Bösen.
...10 Und es geht aus
...den Garten zu be
...von da in vier
...heißt Fisch
...Land Ha
...12 und
...Ar
...unter dem Himmel und über alles Pflanz
...auf Erden kriecht. 29 Und Gott sprach:
...Sehet da, ich habe euch gegeben alle Pflanz
...die Samen bringen, auf der ganzen
...und alle Bäume mit Früchten, die
...auf Erden und allen Vögeln
...habe ich
...geben

VORWORT

der AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte

Liebe Leserinnen,

Sie halten die novellierte Auflage der Handreichung der ökumenischen Arbeitsgemeinschaft ‚Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ in Ihren Händen. 2008 erschien zum ersten Mal eine Handreichung unter dem Titel *„Nächstenliebe verlangt Klarheit. Kirche in Sachsen für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“*. Im Jahr 2016 wurde ihr ein zweiter Band mit dem Titel *„Nächstenliebe leben. Klarheit zeigen. Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsradikalität und Fremdenfeindlichkeit“* zur Seite gestellt. Die nun vorliegende Neuausgabe ist eine Aktualisierung und Erweiterung dieser zweiten Handreichung.

Die ökumenische Arbeitsgemeinschaft ‚Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ wurde nach dem Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag (2004) unter dem Namen ‚Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus‘ gegründet und bemüht sich seither darum, in kirchlichen Einrichtungen und gesellschaftlichen Institutionen ein Problembewusstsein für die Gefährdungen durch demokratiefeindliche und menschenverachtende Einstellungen von Menschen zu erzeugen.

Zwei Aufgabenstellungen haben unsere Arbeit in den letzten Jahren besonders geprägt:

- ▶ Dringend beschäftigt uns nach wie vor die Frage, welche wesentlichen Aufgaben für die Kirchen in unserer Gesellschaft zur Förderung der Demokratie erwachsen. Wie können die Demokratie weiterentwickelt und die Zivilgesellschaft durch kirchliche Initiativen gestärkt werden? Inwiefern ist das politische Wirken der Kirchen sogar eine christliche Pflicht?
- ▶ Das deutlich vernehmbare Vorhandensein von rassistischen Äußerungen und Handlungen gegenüber Migrant*innen sowie menschenverachtenden Einstellungen gegen-

über Menschen mit anderen politischen Überzeugungen in Teilen der sächsischen Bevölkerung bleibt für uns ständiger Anlass zur Mahnung und zur Warnung vor rechtsextremistischen und rechtspopulistischen Parteien und Vereinigungen. Zugleich möchten wir kirchliche und zivilgesellschaftliche Initiativen in ihrem Engagement gegen diskriminierende Tendenzen in Gemeinden und Kommunen beraten und unterstützen.

„Nächstenliebe leben. Klarheit zeigen.“ versammelt unterschiedliche Perspektiven und verschiedene Erfahrungen und analysiert die aktuelle politische Situation in Sachsen sowie die daraus resultierenden Aufgaben für die Kirchen. Die Beiträge verbinden theologische Grundlagen, Informationen über Szenen, Hintergründe und Zusammenhänge sowie praktische Hinweise und Anregungen für die konkrete Arbeit in den Kirchengemeinden.

„Nächstenliebe leben. Klarheit zeigen.“ soll dazu anregen, eine kritische Haltung zu erarbeiten, aktiv für die Förderung der Demokratie einzutreten, sich gegen menschenverachtende Tendenzen in unserer Gesellschaft einzusetzen und sich engagiert an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen.

Die ökumenische Arbeitsgemeinschaft „Kirche für Demokratie und Menschenrechte“ dankt allen, die an der Herstellung dieser Neuausgabe der Handreichung „Nächstenliebe leben. Klarheit zeigen. Handreichung zu Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit“ beteiligt waren. Die Veröffentlichung wurde durch das Landesprogramm „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS) des Freistaates Sachsen finanziell unterstützt.

- *AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte*
Dresden, im Frühjahr 2019

GELEITWORT

der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Nächstenliebe leben – das ist ein klarer biblischer Auftrag. Jesus selbst hat die Liebe zu Gott und den Einsatz für den Nächsten ganz eng aufeinander bezogen. Im Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lk 10) hat Jesus deutlich gemacht, was mit Nächstenliebe gemeint ist. Es geht um den Einsatz für die Hilfsbedürftigen in unserer Mitte. Hilfe scheut nicht das Opfer eines Teils des eigenen Vermögens, der eigenen Zeit und Kraft. Sie endet auch nicht an den Grenzen der eigenen Konfession oder Religion. Nächstenliebe kann und muss Handlungsmuster derjenigen sein, die in ihrem Leben Gottes Wegen folgen wollen und die sich in ihrem Alltag am Evangelium orientieren.

Nächstenliebe zeigt sich nicht nur in der Zugewandtheit zu unseren Nächsten, sondern auch im Umgang mit politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen, die uns fremd sind. Stigmatisierungen unliebsamer Meinungen passen genauso wenig zur Nächstenliebe, wie z.B. Hetze gegen Verantwortungsträger, die nicht so entscheiden, wie wir es für richtig halten.

Nächstenliebe zeigt sich im Umgang mit denen, die Hilfe nötig haben. Zu ihnen gehören Kranke und Einsame oder Menschen mit Behinderungen ebenso wie die sozial Benachteiligten. Auch ihnen sollen wir uns immer wieder neu menschenfreundlich zuwenden und mit Güte begegnen. Dazu gehören auch jene Menschen, die vor Not und Gewalt aus ihrer Heimat in unser Land fliehen, um hier Schutz und ihr Glück zu suchen. An vielen Orten entbrennt Streit über den Umgang mit ihnen. In dieser Frage müssen wir um verantwortungsvolle und realistische Lösungen miteinander ringen. Eine Haltung, die im Fremden nur den Feind und nicht den Menschen sieht, ist nicht mit der christlichen Haltung der Freundlichkeit und Menschenliebe vereinbar, zu der wir in der Nachfolge Christi aufgefordert und eingeladen sind.

Als Christen sind wir in besonderer Weise aufgerufen, unsere Mitwelt freundlich anzusehen und in Nächstenliebe an ihr zu handeln. An einer solchen freundlichen Sicht auf das, was uns fremd oder gar feind erscheint, wird sich entscheiden, welcher Zukunft wir entgegen gehen.

Ich danke allen, die sich für eine menschenfreundliche Atmosphäre einsetzen, indem sie unterschiedlichen Meinungen Raum gewähren und für die Schwachen eintreten. Und ich möchte uns alle ermutigen, von dieser Haltung der Nächstenliebe und Menschenfreundlichkeit nicht abzulassen und sie überall in das Leben und in die Gesellschaft, zu der wir gehören, einzutragen. Menschenwürde ist in der Zuwendung Gottes zu uns begründet. Die christliche Botschaft der Nächstenliebe wollen wir im alltäglichen Leben für andere zum Leuchten bringen.



■ *Dr. Carsten Rentzing*

Landesbischof der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

GELEITWORT

des Bistums Dresden-Meißen

Klarheit kann helfen, Nächstenliebe zu leben. Als Gläubiger hat Christus uns den Auftrag gegeben, unseren Nächsten zu lieben. Papst Franziskus legt bei seinen pastoralen Besuchen immer wieder den Finger in offene Wunden und geht zu den Menschen an den Rändern unserer Gesellschaft. Dabei spricht und handelt er immer direkt und konkret. Der Mensch steht im Mittelpunkt.

Diesem wendet sich der barmherzige Gott in besonderer Weise zu. In seinem Apostolischen Lehrschreiben ‚Gaudete et exsultate‘ sagt Papst Franziskus: *„Das Christentum ist nämlich vor allem dafür gemacht, gelebt zu werden“*. In seiner Weltgerichtsrede hat Jesus auch diese Menschen beschrieben: die Hungrigen, die Gefangenen, ... und die Fremden (Mt 25,31-46). Oft selbstverständlich und mit großem Engagement erfahren diese Menschen Hilfe, um ihre Not zu lindern.

Gleichzeitig gilt es auch die Ursachen für diese Not zu sehen: Rechtsgerichtete, populistische und fremdenfeindliche Strömungen in der Gesellschaft verbreiten sich in Deutschland, Europa und Teilen der Welt zunehmend. Polarisierungen und Radikalisierungen werden versteckt oder offen gestreut. Begriffe, wie Heimat, werden umgedeutet oder deren inhaltliche Position verschoben. Ist die Liebe zur Heimat schon ‚Rechts‘ oder etwas Natürliches? Die Menschen leben scheinbar in einer Zeit großer Unsicherheiten. Übergriffe, Hetzreden und politische Gewalt prägen die Nachrichten. ‚Besorgte Bürger‘ demonstrieren und locken mit ihren Parolen und ihrer Weltsicht. In ihrer Freiheit können Menschen sich hierin verirren. So entstehen neue Mauern, die die Menschen ‚1. Klasse‘ von denen der ‚2. Klasse‘ abschotten. Die große Vision der Einen Welt mit einer gemeinsamen Verantwortung scheint verloren zu gehen.

Diese Entwicklung bildet ein ‚Zeichen der Zeit‘ und fordert Christen und Kirchen heraus, klare Orientierungen zu geben. Wie sollen wir als gläubige Christen reagieren? Gibt es da nicht auch berechnete Fragen? Der Apostel Paulus schreibt an die Galater:

„Es gibt nicht mehr Juden und Griechen, nicht Sklaven und Freie, nicht Mann und Frau; denn ihr seid alle einer in Christus Jesus.“ (Gal 3,28) Jeder Mensch hat seine von Gott gegebene Würde und verdient, geschätzt und geliebt zu werden. Damit zeichnet der Apostel eine Leitlinie für ein klares Handeln.

Im Titel der vorliegenden Schrift werden Klarheit und Nächstenliebe in Beziehung gesetzt. Klarheit ermöglicht, Entwicklungen zu erkennen und daraus notwendige Schlüsse zu ziehen. Die Schrift will helfen, sehen und erkennen zu lernen, was um uns passiert und wie wir reagieren können. So kann dem Weg Christi im göttlichen Vertrauen und mit menschlicher Freiheit begangen werden. Ich danke allen, die sich aus ihrem Glauben heraus dafür einsetzen, dass totalitäre Ideologien keinen Raum gewinnen sowie Fremdenfeindlichkeit sowie Rassismus überwunden werden und sich immer mehr Menschen in den demokratischen Strukturen unseres Landes engagieren.



■ Heinrich Timmerevers

Bischof des Bistums Dresden-Meißen

*„Klarheit ermöglicht,
Entwicklungen
zu erkennen und
daraus notwendige
Schlüsse zu ziehen.“*

GELEITWORT

der ACK Sachsen – Nächstenliebe und Gastfreundschaft

Nun liegt die zweite Auflage der Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsradikalität und Fremdenfeindlichkeit vor. Wir als Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) im Freistaat Sachsen hatten im November 2013 aus Anlass von Protesten gegen die Einrichtung von Unterkünften für Asylbewerber eine Erklärung veröffentlicht, die Eingang in die erste Ausgabe dieser Handreichung fand. Nach mehr als fünf Jahren hat sie in Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklung leider nichts von ihrer Aktualität verloren. Wenn sich auch Aspekte zur Unterbringung verändert haben, bleiben die Grundaussagen hochaktuell.

Die AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte umschreibt ihre Motivation mit folgenden Begriffen: ökumenisch, couragiert, aufmerksam, mitmenschlich, solidarisch, weltoffen, biblisch fundiert.

Diesem vom Evangelium vorgegebenen Denken und Handeln mit dem Ziel

- ▶ der Verstärkung des Problembewusstseins zu Rechtsextremismus und Gefährdung der Demokratie,
- ▶ des Anstoßens von Diskursen,
- ▶ des Sensibilisierens von Gemeindemitgliedern für das Problem Rechtsextremismus,
- ▶ der Motivierung von Menschen aus dem kirchlichen Umfeld, sich für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zu engagieren und
- ▶ sich mit anderen Akteuren zu vernetzen,

wollen wir als ACK Sachsen mit unseren Möglichkeiten gern unterstützen und mithelfen, diese Anliegen in alle christlichen Bereiche und darüber hinaus zu tragen.

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Sachsen, November 2013:

„Ich bin Fremder gewesen, und ihr habt mich aufgenommen. Ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich bekleidet. Ich bin krank gewesen, und ihr habt mich besucht. Ich bin im Gefängnis gewesen, und ihr seid zu mir gekommen.“ (Mt 25, 35 f.)

Der Maßstab, an dem das Handeln von Christen in der Welt erkannt werden soll, ist von Jesus selbst im Neuen Testament ganz unmissverständlich benannt: Es ist der Einsatz für den Nächsten, der Hilfe und Unterstützung benötigt. Am konkreten Handeln für Menschen in Not erweist sich der christliche Glaube.

Ganz Deutschland ist in diesen Monaten gefordert, humanitäre Hilfe an Flüchtlingen zu leisten. Kein Bundesland, keine Region, keine Stadt, kein Landkreis kann sich der Verantwortung entziehen, die nur gemeinsam getragen werden kann. Wo dafür die Kapazitäten zur Unterbringung von Flüchtlingen erweitert werden müssen, braucht das die Unterstützung der Bevölkerung. Helfen Sie mit, dass diese Menschen unter menschenwürdigen Bedingungen unter uns leben können!

„Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn.“ (1. Mose 1, 27)

Alle Menschen sind Gottes Geschöpfe und alle Menschen haben das gleiche Recht und die gleiche unverlierbare Menschenwürde. Ein beachtlicher Teil der Propaganda gegen Asylbewerber ist von rassistischen Motiven getragen, die Menschen aus anderen Erdteilen und Kulturkreisen als minderwertig betrachten. Daraus folgt eine Behandlung, als ob sie kein Recht auf eine menschenwürdige Behandlung hätten. Dem muss entschieden widersprochen werden – mit Worten und mit Taten.

„Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.“ (2. Mose 20, 16)

Die gegenwärtige Stimmung gegen Asylbewerber steckt voller Lügen und Unterstellungen. Lassen Sie sich davon nicht verführen. Viele Argumente beruhen auf pauschalen negativen Urteilen und falschen Zuschreibungen. Prüfen Sie Ihre Rede auf Wahrhaftigkeit. Verbreiten Sie keine Übertreibungen und Lügen. Deren Zweck ist es, Zwietracht zu säen und Menschen, die im Frieden kommen und unsere Freunde werden wollen, zu Feinden zu erklären. Widersprechen Sie Hetzreden, die ganze Bevölkerungsgruppen pauschal diffamieren.

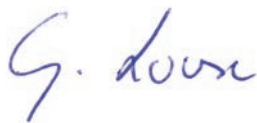
„Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch!“ (Mt 7,12)

Wer wünscht es sich, in eine Situation zu geraten, bei der man all sein Hab und Gut, seine Freunde und Verwandten zurücklassen muss, um irgendwo in der Fremde auf ein neues Leben zu hoffen? Niemand verlässt ohne Not seine Heimat. Wer mit nichts in der Hand hier Asyl beantragt, hat große und schwere Not erlitten. Das gilt für die allermeisten dieser Menschen. Sie sehnen sich nach einem menschenwürdigen Leben, nach einer Perspektive für die Zukunft, die nicht von Hunger, Angst, Krieg und Verfolgung bedroht ist. Welche Aufnahme würden wir uns wünschen, wenn wir in der Situation dieser Flüchtlinge wären?

„Deine ganze Schuld habe ich dir erlassen, weil du mich gebeten hast; hättest du dich da nicht auch erbarmen sollen über deinen Mitknecht, wie ich mich über dich erbarmt habe?“ (Mt 18,33)

Alles, was wir sind und haben, verdanken wir der Gnade und Güte Gottes. Unser Besitz, unser Geld, unseren relativen Wohlstand hat niemand in Deutschland allein seiner eigenen Anstrengung zu verdanken. Keiner hat sich ihr Geburtsland selbst ausgesucht. Wir sind von Gott beschenkt, und wir sollen uns dieser Geschenke würdig erweisen, indem wir etwas davon weitergeben an andere Menschen, denen es am Nötigsten fehlt.

Wir bitten Sie: Lassen Sie sich nicht verblenden und zum Hass aufstacheln. Fragen Sie stattdessen nach dem Schicksal der Betroffenen. Nehmen Sie die konkreten Menschen in den Blick. Schließen Sie die Familien in Ihre Fürbitte mit ein! Arbeiten Sie mit den zuständigen staatlichen und kommunalen Stellen gemeinsam daran, dass diese Menschen nicht Hass und Feindschaft, sondern Zuwendung und Hilfe in unserem Land und an Ihrem Ort erfahren.



■ Gert Loose

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen
im Freistaat Sachsen, für die ACK





GLAUBE

FÜR EINE ÖFFENTLICHE KIRCHE

Warum Glaube politisch ist

■ Heinrich Bedford-Strohm

Politisch oder unpolitisch?

Soll die Kirche politisch sein? Um diese Frage wird gestritten. Manchen ist die Kirche zu politisch, anderen nicht politisch genug. Für die einen mischt sie sich zu viel ein in die politischen Auseinandersetzungen, für die anderen noch längst nicht genug. Die Frage ‚Soll die Kirche politisch sein?‘ klingt so, als gäbe es eine Wahl, als könnte die Kirche nicht-politisch oder unpolitisch sein. Hat die Kirche also eine Wahl? Nein, auch wenn die Kirche unpolitisch wäre, wäre sie politisch. Wenn sich die Kirche den Fragen und Problemen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der politischen Entscheidungen verweigern würde, wäre auch dies nicht unpolitisch, sondern höchst politisch. Ein Rückzug hinter die vermeintlich sicheren Kirchenmauern und die nur noch private Sorge um das Heil der Einzelnen wären nicht unpolitisch. Der Rückzug würde den öffentlichen Raum und den politischen Prozess, das Ringen um die Grundfragen des Zusammenlebens schlicht anderen Mächten und Gewalten überlassen. Dies aber darf, um Gottes und der Menschen willen, nicht sein.

Die Kirche ist öffentlich und sie ist politisch, weil diese Welt von Gott geschaffen ist und weil Gott sie so sehr geliebt hat, dass er in Jesus Christus in diese Welt gekommen ist, um sie mit sich zu versöhnen und sie heilsam zu verwandeln. Diese rettende Liebe Gottes zu bezeugen und ihr handelnd zu entsprechen – dies ist der Auftrag der Kirche und dieser Auftrag ist eminent politisch.

„Nein, auch wenn die Kirche unpolitisch wäre, wäre sie politisch.“

Wie soll die Kirche politisch sein?

Soll die Kirche also politisch sein? Ja, sie soll es, weil sie es immer schon ist. Aber wie politisch soll die Kirche sein? Anders gewendet könnte man fragen: Wie soll die Kirche politisch sein? Es geht, dies soll die kleine Verschiebung anzeigen, nicht um die quantitative Frage eines bloßen ‚mehr oder weniger politisch‘, es geht vielmehr um

eine qualitative Frage. ‚Wie soll die Kirche politisch sein?‘ heißt dann: Für welche Inhalte steht die Kirche, wofür und für wen setzt sie sich ein? Und weiter gefragt: Auf welche Weise beteiligt sich die Kirche am politischen Prozess, in dem die Entscheidungen getroffen werden, welche die Gestalt des Gemeinwesens und damit das gemeinsame Leben betreffen. In der Teilhabe an diesen politischen Aushandlungsprozessen zeigt sich, in welcher Weise die Kirche eine ‚Öffentliche Kirche‘ ist. Die Positionen, die die Kirche im politischen Prozess einnimmt, müssen gegründet sein im Evangelium von Jesus Christus: die Wahrung der Menschenwürde jedes einzelnen Menschen, die anwaltliche Stimme für die Armen und Ausgeschlossenen, der Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Eine ‚Öffentliche Kirche‘ speist diese tiefsten Impulse des christlichen Glaubens ein in die gesellschaftlichen und politischen Verständigungsprozesse. Sie übersetzt gleichsam die in der Glaubenspraxis verankerten und in der Sprache des Glaubens formulierten starken Wertungen in die geteilte Sprache öffentlicher Vernunft. Damit ermöglicht sie auch denjenigen, welche die Glaubensüberzeugungen nicht teilen, die in diesen Überzeugungen wurzelnden Erfahrungen wahrzunehmen, abzuwägen und in ihrer das Gemeinwohl fördernden Kraft einzuschätzen.

Diesen Prozess der Verständigung dürfen wir uns nicht zu harmonisch vorstellen und zwar auf beiden Seiten der Übersetzung nicht. Was es für die Kirchen bedeutet, aus den Basiserfahrungen des Evangeliums konkrete politische Positionen abzuleiten, bedarf der geduldigen und hörbereiten Klärung. Und auch im gesellschaftlichen und politischen Raum ist es nicht ausgemacht, ob kirchliche Positionen wertschätzend aufgenommen oder eher kritisch befragt oder gar marginalisiert werden. Eine in diesem Sinne ‚Öffentliche Kirche‘ beteiligt sich in Kooperation und, wenn nötig, auch im Konflikt am politischen Prozess.

Öffentliche Kirche – Jenseits von Funktionalisierung und Abgrenzung

Diese Selbstbeschreibung von Kirche als ‚Öffentliche Kirche‘ möchte ich unterschieden sehen von zwei anderen Beschreibungen des Verhältnisses von Kirche und Gesellschaft. Es gibt eine Verhältnisbestimmung, die kirchliches Handeln ganz auf die Bedürfnisse und Anforderungen der modernen pluralistischen Gesellschaft bezieht, Kirche also von ihrer Funktion für die Gesellschaft und ihren Leistungen für andere Teilbereiche der Gesellschaft her beschreibt. Diese

‚gesellschaftsdiakonische Kirche‘ oder schlicht ‚Gesellschaftskirche‘ lässt sich so sehr von der Intention bestimmen, an gesellschaftlichen Prozessen teilzuhaben, dass die inhaltliche Bestimmtheit ihres Handelns durch das Evangelium von Jesus Christus zweitrangig zu werden droht. Damit aber verliert die Kirche ihre kritische und unterscheidende Kraft im Gegenüber auch zu gesellschaftlichen Fehlentwicklungen, die zu ihrer Identifikation einer Außenperspektive bedürfen.

Für eine andere Verhältnisbestimmung wiederum von Kirche und Gesellschaft wird diese Unterscheidung der Perspektiven und wird die Abgrenzung so wichtig, dass die kooperative Dimension der Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen sehr grundsätzlich in Frage steht. Kirche wird in dieser Selbstbeschreibung zu einer ‚Kontrastgesellschaft‘ – je nach theologischer und politischer Präferenz zu einer eher konservativ gestimmten ‚heiligen Kontrastgesellschaft‘, die überkommene Werte und Traditionen zu schützen vornimmt, oder zu einer eher progressiv gestimmten ‚prophetischen Kontrastgesellschaft‘, die sich als Speerspitze des gesellschaftlichen Wandels versteht.

Zwischen diesen Verhältnisbestimmungen einer ‚Gesellschaftskirche‘ oder einer ‚Kontrastgesellschaft‘, die jeweils auf ihre Weise die Unterscheidung zwischen Kirche und Gesellschaft auflösen oder überhöhen, steht das Modell einer ‚Öffentlichen Kirche‘, die ihre Positionen einerseits aus den Quellen des Evangeliums von Jesus Christus und aus der sozialen Praxis gelebten Glaubens schöpft und andererseits in Konflikt und Kooperation, im Modus des Zeugnisses ebenso wie im Modus des Argumentierens mit den Mitteln öffentlicher Vernunft an der Aushandlung politischer Entscheidungen teilnimmt. In dieser doppelten Bestimmtheit durch eine substantielle Vorstellung und Praxis eines ‚guten Lebens‘ und durch die Teilhabe an den vielfältigen Aushandlungsprozessen einer pluralistischen Gesellschaft unterscheidet sich die Kirche zunächst einmal nicht von anderen Gruppen, Gemeinschaften und Akteurinnen im politischen Raum, die ihre jeweiligen Vorstellungen einbringen. Der Ordnungsrahmen einer freiheitlichen Demokratie lebt ja davon und wird erst dadurch auch mit Leben gefüllt, dass vielfältige Begegnungen, Verständigungsprozesse und auch Grenzziehungen stattfinden.

Kirche in der Zivilgesellschaft

Kirche bewegt sich so in dem Raum, den man heute vielfach als ‚Zivilgesellschaft‘ bezeichnet. Damit ist der gesellschaftliche Bereich gemeint, in dem weder der Staat hoheitlich oder versorgend handelt, noch Individuen am ‚Markt‘ ihre wirtschaftlichen



Eigeninteressen vertreten. Zivilgesellschaft markiert jenen ‚Zwischenraum‘, in dem Zusammenschlüsse, Vereine, Gemeinschaften und Initiativen Menschen zu einem gemeinsamen Engagement für das Zusammenleben verbinden. Hier ist ein wesentlicher Ort des Politischen in einer freiheitlichen Gesellschaft von Bürgern. Heißt das, wie manche meinen, dass Kirche nicht mehr ist als ein ‚Verein‘ unter anderen Vereinen, dass sie damit die Größe ihrer Berufung und ihres Auftrages zur Disposition stellt?

Auch hier ist Differenzierung nötig: Wenn Kirche im politischen Raum handelt, dann kann sie dies nicht im Selbstbewusstsein tun, eine höhere Wahrheit zu vertreten, die der Kritik überhoben wäre. Damit würde die Kirche die ihr anvertraute Botschaft mit ihrer eigenen institutionellen Gestalt verwechseln. Im politischen Raum zählt die Kraft des guten Arguments und es zählt, ob das Wort der Kirche durch eine überzeugende und ausstrahlungskräftige Gestalt ihres eigenen Lebens und Handelns gedeckt ist. Das Reden und Handeln der Kirche im politischen Raum kann daher nur auf Augenhöhe mit den Gesprächspartnerinnen stattfinden. Wichtig ist es allerdings, diesen Partnern die Motivationsquellen, aus denen politische Positionen der Kirche gespeist sind, und die Sprachformen und die Praxisgestalten des Glaubens, in denen diese Positionen verankert sind, nicht vorzuenthalten. Auch diese haben ihren Platz in der Öffentlichkeit.

Das Politische und ‚das eine Wort Gottes‘ (Barmen I)

Dort aber, wo es um ihr Selbstverständnis geht, wird es für die Kirche wichtig bleiben, sich nicht nur als eine Akteurin der Zivilgesellschaft unter vielen anderen zu beschreiben. Wenn aus der Perspektive des Staates die Rechtsordnung das



„Allgemeine“ markiert, und die vielen Akteure innerhalb dieses Rahmens jeweils nur für besondere, „partikulare“ Positionen und Traditionen stehen, so kehrt sich dieses Verhältnis von „universal“ und „partikular“ in der Perspektive des Evangeliums von Jesus Christus in gewisser Hinsicht um. Der politische Prozess ist veränderlich und politische Ordnungen vergehen. Für den Grund der Kirche aber gilt, was in der ersten These der Barmer Theologischen Erklärung prägnant ausgedrückt ist: *„[...] Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.“*^[1]

Diese theologisch so konzentrierte – und damit scheinbar unpolitische – Formulierung war im Jahr ihrer Entstehung, 1934, hoch politisch. Sie bezeichnet den für Staat und Gesellschaft unzugänglichen und angreifbaren Grund des Seins der Kirche, von dem aus für viele Christinnen erst Widerstand gegen die nationalsozialistische Unrechtsdiktatur möglich war.

Wohl bemerkt: Hier geht es um den ‚Ausnahmestand‘ des Widerstands gegen eine ins Verbrechen abgeglittene totalitäre politische Ordnung, nicht um den ‚Normalfall‘ des politischen Lebens in einer freiheitlichen Demokratie. Nicht in jedem politischen Konflikt wird man sich auf ein Widerstandsrecht berufen können, aber dennoch bleibt es für die politische Ordnung entscheidend wichtig, dass es diese Grenzbestimmung des Widerstands und des zivilen Ungehorsams gibt – nicht um die Rechtsordnung in Frage zu stellen, sondern gerade um sie zur Geltung zu bringen.

Politische Kirche sein in Deutschland

Was heißt es nun, im Deutschland gegenwärtig ‚politisch‘ Kirche zu sein? Die große, die entscheidende innenpolitische Herausforderung unseres Landes wird es in den nächsten Jahren und vermutlich noch viele Jahre lang sein, mit Fremdheit, mit Diversität, mit Unterschieden umzugehen. Viele geflüchtete Menschen sind nach Deutschland gekommen. Mit den Familiennachzügen werden es noch mehr werden, und es ist nicht absehbar, dass politische Gesamtstrategien für den Gürtel der Gewalt existieren, aus dem sich von Nordafrika bis nach Pakistan Menschen auf die Flucht begeben, um ein sicheres und besseres Leben zu suchen.

Der Klimawandel und wachsende Ungleichheit in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd verschärfen diese Situation. Die großen Wanderungsbewegungen beschleunigen die rasanten Prozesse des sozialen Wandels in unserem Land. Der Eindruck, dass vertraute Lebensumgebungen, Institutionen und Werte diesem Wandel nicht mehr standhalten, macht vielen Menschen Angst, sie fürchten, abgehängt zu werden. Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen wird brüchig. In diesem Umfeld gedeiht die Sehnsucht nach einfachen Lösungen für komplexe Probleme und nach homogenen Lebenswelten. Politische Extremismen und politische Gewalt können sich in diesen Räumen ausbreiten, in denen das staatliche Gewaltmonopol in Frage gestellt scheint und eine demokratische Kultur der Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen geschwunden ist. Hier werden Schritt für Schritt auch Vorstellungen plausibel, die Anerkennung der Menschenwürde und der Menschenrechte von ‚Zugehörigkeit‘ abhängig machen und nicht mehr als universales und unteilbares Prinzip für jeden Menschen gelten lassen.

„Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Institutionen wird brüchig. In diesem Umfeld gedeiht die Sehnsucht nach einfachen Lösungen für komplexe Probleme und nach homogenen Lebenswelten.“

Hier muss die Kirche politisch ganz klar Position beziehen: Vom Evangelium her gilt für jeden Menschen, unabhängig von seiner oder ihrer Zugehörigkeit zu einem politischen Gemeinwesen oder einer kulturellen oder religiösen Gemeinschaft, die universale Norm des Respekts und der Anerkennung, die in der biblischen Überzeugung gründet, dass jeder Mensch geschaffen ist zum Bilde

Gottes. Die Kirche wird diese Norm im politischen Raum zur Geltung bringen und wird in einem nächsten Schritt der Konkretion Politiken der Integration und der Inklusion einfordern und in ihrem eigenen Verantwortungsbereich exemplarisch verwirklichen. Umgekehrt wird sie Politiken und Kulturen der Exklusion widersprechen, wird sich jeder Gewalt widersetzen und für eine Praxis der Verständigung einstehen. Sie wird dies mit einem wachen Auge und Sinn für ihre eigenen Gefährdungen tun, dort etwa, wo in der Kirche und aus der Kirche heraus für eine vermeintliche kulturelle oder religiöse Homogenität eines ‚christlichen Abendlandes‘ agiert wird.

Die unbedingt nötige Abgrenzung gegenüber derartigen entstellten Formen des Bezuges auf christliche Tradition wird man aber mit einem wachen Sinn für die Ängste betroffener Menschen zu vollziehen haben und in einem sorgsamem Hören und ernst Nehmen der Erfahrungen hinter den Ressentiments. Selbst die Politik der Abgrenzung darf nicht von vornherein exkludieren, sondern muss auf Integration und Inklusion in eine Kultur des Aushandelns und der Verständigung bezogen sein.

Beten und Tun des Gerechten

Die Essenz dieser Überlegungen lässt sich bei einem der großen Vorbilder eines in gleicher Weise politischen wie spirituell gefüllten Christseins unter den Bedingungen der totalitären Herrschaftsformen des 20. Jahrhunderts finden, bei Dietrich Bonhoeffer. In einem Text aus dem Mai, Gedanken zum Taufstag von D.W.R., schrieb Bonhoeffer: *„[...]unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten unter den Menschen. Alles Denken, Reden und Organisieren in den Dingen des Christentums muß neu geboren werden aus diesem Beten und aus diesem Tun.“*^[2] Aus diesem Beten soll und muss auch heute alles politische Tun der Kirche geboren werden. Dieses politische Tun soll und muss aber auch die notwendige Konsequenz dieses Betens sein.

[1] Barmer Theologische Erklärung, Artikel 1

[2] Bonhoeffer (1977) S. 156

„[...] unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten unter den Menschen. Alles Denken, Reden und Organisieren in den Dingen des Christentums muß neu geboren werden aus diesem Beten und aus diesem Tun.“

GERECHTIGKEIT

Ein Grundbegriff – auch in der Bibel

■ Peter Meis

(1) „Weder der Abendstern noch der Morgenstern sind so wundervoll“ wie die Gerechtigkeit. Dieses Loblied des Aristoteles^[1] auf die Gerechtigkeit hat nichts von seiner poetischen Kraft verloren. Bis heute verstummt der Ruf nach Gerechtigkeit nicht, auch in unserem Herzen tragen wir Sehnsucht nach ihr. Dabei sind die Wünsche und Forderungen nach (mehr) Gerechtigkeit so bunt wie die Lebenslagen, aus denen der Ruf kommt. Was würde wohl herauskommen, wenn jede von uns den Satz zu Ende schreiben würde: „Gerecht finde ich...“ – oder gar: „Gerechtigkeit ist...“. Vermutlich könnten wir uns auf eine Definition nicht einigen.

Ist Gerechtigkeit eine Eigenschaft, ein ethisches Prinzip oder ein gesellschaftlicher Zustand? Ist es eine Tugend, die wir uns aneignen sollen oder ein System, in dem unserer Vorstellungen von Gerechtigkeit angemessen umgesetzt sind? Ist es ein unerreichbares Ideal oder gar eine Utopie – was dann freilich bedeutet: womöglich wissen wir gar nicht, was Gerechtigkeit wirklich ist?

(2) Angesichts der Offenheit dieser Fragen ist das Ganze der Gerechtigkeit seit je her fragmentiert worden, freilich um den Preis neuer Fragen. So unterscheiden wir heute etwa in ‚Bedarfsgerechtigkeit: Jeder soll das erhalten, was er zum Leben braucht. Was aber gehört dazu, und was gehört nicht zum persönlichen Bedarf? Ein zweites Segment heißt ‚Bildungsgerechtigkeit‘. Also Chancengleichheit in KiTa, Schule oder Ausbildung. Das leuchtet auf Anziehung ein. Wie aber denen gerecht werden, denen aufgrund ihrer Herkunft oder der finanziellen Möglichkeiten gleiche Bildungschancen verwehrt sind? Weitere Segmente firmieren unter ‚Leistungsgerechtigkeit‘ oder ‚Verteilungsgerechtigkeit‘. Was aber bekommen dann die, denen geistig oder körperlich zu arbeiten nicht gegeben ist? Und was wäre ein gerechter Anteil an dem, was ich selber nicht erarbeitet habe? Nicht zuletzt reden wir aktuell auch von ‚Kommunikationsgerechtigkeit‘. Wie aber können Datenschutzfragen und Regeln im Internet angesichts des steigenden Missbrauchs gerechter werden?

(3) So wenig befriedigend diese Segmentierungen (partikulare Gerechtigkeit) sind, eines zeigen sie deutlich: Das menschliche Verlangen nach Gerechtigkeit rührt aus dem Vergleich. Erst der Vergleich mit anderen weckt den Eindruck der Ungerechtigkeit. Als ungerecht empfinden wir in der Regel, wenn eine auf Kosten des anderen ‚mehr hat‘ - mehr Rechte, mehr Chancen, mehr Einkommen, mehr Macht. Die Asymmetrie des ‚Zuvielhabens‘ der einen, das anderen ‚zuwenig‘ lässt, ist die Wurzel der Suche nach Gerechtigkeit, die ‚so wundervoll wie der Abendstern noch der Morgenstern‘ sein möchte.

(4) Auch die Bibel preist die Gerechtigkeit, oft nicht weniger poetisch: *„Gerechtigkeit erhöht ein Volk“* (Spr 14,34); *„Ehre wohnt in einem Volk, wenn Güte und Treue einander begegnen, Gerechtigkeit und Friede sich küssen“* (Ps 85,10f). Indes kennen nicht nur die Psalmen oder Propheten das Loblied auf die Gerechtigkeit, die oft einhergeht mit dem Lobpreis des Gesetzes, weil nur beide zusammen die Wohlordnung der Lebensverhältnisse – biblisch Schalom - ermöglichen. Dem Bundeswillen Gottes zu entsprechen, heißt darum besonders den Armen und Entrechteten Recht und Gerechtigkeit zu verschaffen (vgl. Ps 72,4 u.ö.). Auch im Neuen Testament wird Gerechtigkeit zu einem Schlüsselbegriff für das Verständnis des Evangeliums.

(5) Wichtig für das Verständnis der biblischen Texte sind indes die klassischen griechischen Definitionen, wie sie Platon und Aristoteles bis heute geprägt haben. Platon (427–347 v.Chr.), dem das ‚Ziel alles ethischen und politischen Handelns‘ die ‚Sorge für die Seele‘ ist, hat dazu den drei Kardinaltugenden (Klugheit, Tapferkeit, Besonnenheit) die Gerechtigkeit als Vierte zugeordnet. Sein Schüler Aristoteles (384–322) hat der Gerechtigkeit die Aufgabe des harmonischen Zusammenwirkens der anderen drei Tugenden zugeschrieben. Daraus erwuchs dann seine berühmte Definition: *„Die Gerechtigkeit ist eine Tugend, durch die jeder das Seine erhält und wie das Gesetz es angibt. Ungerechtigkeit hingegen ist das, wodurch einer fremdes Gut erhält und nicht nach dem Gesetz.“*^[2] Gerechtigkeit ist in diesem Sinne also nicht nur ein Vorzug dessen, dem ‚das Seine zukommt‘. Sie ist vielmehr eine Tugend, die nicht nur dem Gerechten selbst, sondern eben auch den anderen zum Vorteil gereicht. Letztlich ist sie auf Gleichheit aller Menschen aus.

(6) Da die biblischen Texte aber nicht nur horizontal, sondern vor allem vertikal denken, stellt sich ihnen unausweichlich die Frage nach der Gerechtigkeit Gottes. *„Er liebt Gerechtigkeit und Recht“* (Ps 33,5), der Beter respondiert dann *„Ich übe Gerechtigkeit und Recht“* (Ps 118,121).

Überträgt man die griechische Definition auf Gott, ist er gerecht, weil er ‚jeder das Ihre‘ gibt. Mithin den (tugendhaften) Gerechten belohnt straft. Die Erfahrung eines gerechten Gottes verbindet sich dann mit der eines zürnenden und strafenden Gottes.

(7) Mit dieser Gottesvorstellung setzt sich das Neue Testament intensiv auseinander. Jesus knüpft zunächst an die jüdische Wertschätzung von Recht und Gerechtigkeit an, etwa wenn er den reichen Jüngling auf den Dekalog verweist (Mk 10,17ff par) oder Schriftgelehrten gegenüber das Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe als Grundbekenntnis Israels herausstellt (Mk 12,28ff par). Der Evangelist Matthäus wird Jesus darum so zitieren: *„Ihr sollt nicht meinen, dass ich gekommen bin, das Gesetz und die Propheten aufzulösen; ich bin nicht gekommen aufzulösen, sondern zu erfüllen...Wenn eure Gerechtigkeit nicht besser ist als die der Schriftgelehrten und Pharisäer, so werdet ihr nicht in das Himmelreich kommen.“* (Mt 5,17-20)

(8) Indes korrigiert Jesus – nicht nur Im Blick auf die Gerechtigkeit Gottes – die auch im zeitgenössischen Judentum präsente Vorstellung des kausalen Zusammenhanges von Tun und Ergehen. Besonders empfindlich wird das in der aufregenden Parabel von den Arbeitern im Weinberg (Mt 20,1-16) vor Augen gestellt: Ein Weinbergbesitzer wirbt hier für die kurze Zeit der Ernte arbeitslose Männer an, um das saisonalen Arbeitsaufkommen zu bewältigen. Sie stehen ‚müßig auf dem Markt‘ – damals eine Art offener Arbeitsagentur. Dass die Tagelöhner an ihrer Einkommensarmut schuld wären, wird nicht gesagt. Im Stundentakt werden sie eingestellt, mit den ersten schließt der Arbeitgeber noch Verträge. Später werden die noch Wartenden umstandslos in den Weinberg geschickt – allein mit dem Versprechen *„Ich will euch geben, was recht ist.“* Überraschend erhalten dann bei der abendlichen Auszahlung alle den gleichen Lohn – einen Silbergroschen!

So verblüfft die einen sind, so verständlich empört die anderen: *„Diese letzten haben nur eine Stunde gearbeitet, doch du hast sie uns gleich gestellt, die wir des Tages Last und Hitze getragen haben.“* Ob die ‚Langzeitarbeitenden‘ die Reaktion des Weinbergbesitzer als gerecht akzeptieren konnten, bleibt offen: *„Mein Freund, ich tue dir nicht Unrecht. Bist du mit mir nicht einig geworden über einen Silbergroschen? Nimm, was dein ist und geh! ...Siehst du scheel drein, weil ich so gütig bin?“*

Gewiss ist diese Parabel kein Konzept zur Führung einer Firma. Ihre Pointe zielt auch nicht auf die Alternative sozialistischer oder kapitalistischer Wirtschaftsordnung. Sie ist vielmehr ein (freilich nicht zufällig sehr weltliches) Bild für die austeilende Gerechtigkeit Gottes. ‚Jedem das Seine‘ – nur eben nicht nach dem Maßstab menschlicher Leistung,



sondern: So viel Lohn für die, die weniger zu tun vermochten! Insofern ist die Parabel eine werbende Mahnung zur Solidarität ‚um Gottes Willen‘.

(8) Es war vor allem der Apostel Paulus, der dieses Verständnis der Gerechtigkeit Gottes theologisch reflektiert und neu definiert hat. Demnach konkurrieren Gottes Gerechtigkeit und das Gesetz miteinander. Das menschliche (tugendhafte) Bestreben, durch Einhaltung des Gesetzes ein Gerechter zu werden, muss scheitern, weil uns das Gesetz unserer Unzulänglichkeit überführt. Es fungiert als eine Art Geburtshelferin, die einen latenten Zustand ans Licht bringt. Einerseits ist das Gesetz – weil gottgegeben – *„heilig, gerecht und gut“* (Röm 7,12). Andererseits macht es dem Menschen sein Begehren zuallererst bewusst. Was also als Ordnung zur Befriedung und dem geregelten Zusammenleben dient, fordert den Widerstand gegen die gesetzten Grenzen heraus. Was Paulus hier meint, kennen wir nicht nur aus der (Kinder)Erziehung: Jedes ‚*Du sollst*‘ wird als ‚*ich muss*‘ verstanden und weckt sogleich ein ‚*ich will eigentlich nicht*‘.

Insofern bedient sich die Sünde des guten Gesetzes (Röm 6,20; Gal 3,24). Sie verbündet sich mit ihm, um den Menschen so zu knechten, dass er nicht mehr in sich selbst zu Hause ist - als mein eigener Todfeind ist sie in mir heimisch geworden. Meisterhaft und atemberaubend hat Paulus diese anthropologische Konfliktlage in den Versen Römer 7, 14-25 beschrieben.

Die Wende aus dieser ausgewogenen Situation des Menschen sieht Paulus mit dem Kommen und Sterben Christi gegeben. Das Kreuz ist also der Ort, an dem die neu wahrgenommene Gerechtigkeit Gottes offensichtlich wird. Darum kann Paulus die an Kreuz und Auferstehung Glaubenden als ‚neue Kreatur‘ preisen, *„denn Gott war in Christus und versöhnte die Welt mit sich selbst und rechnete ihnen ihre Sünden nicht zu...“* (2 Kor 5,17ff).

(9) Diese befreiende Einsicht in die Gerechtigkeit Gottes ist aber keine, die nur verinnerlicht sein will. Sie drängt vielmehr auf gesellschaftliche Relevanz. So wenig Gottes rechtfertigendes, also unverdient gnädiges Handeln an uns (vgl. die Arbeiter im Weinberg) seine unmittelbare Fortsetzung im menschlichen Handeln finden kann, so sehr wird uns die Menschlichkeit Gottes zur ‚Pflicht‘ (Kant), menschliche Gerechtigkeit anzunehmen und Kriterien dafür zu entwickeln. Das entscheidende biblische Kriterium ist dabei (wie schon bei Aristoteles) die Ausrichtung an der Anderen: Nicht mein Recht, sondern die Hilfe zum Recht der Anderen steht im Zentrum. Diese Zumutung an den Gesetzgeber reicht vom Strafrecht über Wirtschafts- und Klimagerechtigkeit bis hin zur Wahrung der Rechte künftiger Generationen.

(10) Was das für die aktuellen Migrationsbewegungen bedeutet, liegt auf der Hand. Politischer Gerechtigkeit ist – jedenfalls in einer Demokratie – dauerhaftes Ausländertum fremd. Integration ist hier keine Frage menschlichen oder politischen Wohlwollens, sondern eine Frage der Gerechtigkeit, die alle an den Sozialgütern, Sicherheit, Ehre und Ämtern teilhaben lässt. Dabei bleibt die Akzeptanz unserer pluralen Rechtsgemeinschaft (wie sie im Grundgesetz festgeschrieben ist) in dem Maße vorausgesetzt, wie wir uns umgekehrt mit eklatanten Ungerechtigkeiten – etwa der Verweigerung von Menschenrechten – in anderen Rechtssystemen nicht abfinden können. Schließlich steht über aller Mühe um eine umfassende Gerechtigkeit: noch *„wunderbarer als der Abendstern und der Morgenstern“* leuchtet der Schalom Gottes, der in seiner Menschwerdung Gestalt gewonnen hat und so (vgl. Eph 2,14-17) aus Fernen Nahe macht.

[1] Aristoteles: *Nikomachische Ethik*, E, 1129B

[2] Aristoteles: *Rhetorik*, A, 1366

GOTT SCHUF DEN MENSCHEN ZU SEINEM BILDE...

Soziale und politische Konsequenzen eines alten Bekenntnisses

■ Johannes Berthold

Das Orakel zu Delphi – wichtigste Kultstätte der hellenistischen Welt – begrüßte die Besucherinnen mit der Inschrift ‚Erkenne dich selbst‘. Die seither gegebenen Antworten sind Dokumente eines bis heute nicht abgeschlossenen Ringens.

Schon der griechische Dichter Sophokles (496-406 v.Chr.) lässt Größe und Elend des Menschen ahnen: *„Ungeheuer ist viel. Doch nichts ungeheurer als der Mensch.“*^[1] Staunend schreibt Aurelius Augustin (356-430 n.Chr.) in seinen ‚Bekenntnissen‘: *„Ich bin mir selbst zur Frage geworden. Welch schauerliches Geheimnis, mein Gott, welch tiefe, uferlose Fülle! Und das ist die Seele, und das bin ich selbst? Was bin ich also, mein Gott? Was bin ich für ein Wesen? Ein Leben, so mannigfaltig und vielgestalt und völlig unermesslich!“*^[2] Der Philosoph Martin Heidegger (1889-1976) resümiert: *„Keine Zeit hat so viel und so Mannigfaltiges vom Menschen gewusst wie die heutige. Aber auch keine Zeit wusste weniger, was der Mensch sei, als die heutige.“*^[3] Und Richard David Precht fragt keck: *„Wer bin ich und wenn ja, wie viele!“*^[4]

So bleibt der Mensch eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Auch der jüdisch-christliche Glaube beansprucht nicht, das Geheimnis des Menschen aufzulösen; vielmehr vertieft er es, wenn er durch den Begriff der Gottebenbildlichkeit das Geheimnis des Menschen mit dem noch größeren Geheimnis Gottes verbindet. Von der schier unermesslichen Wirkungsgeschichte dieses Begriffes sollen uns hier nur seine ethischen Implikationen beschäftigen, insbesondere im Blick auf unser soziales und politisches Zusammenleben.

Gottebenbildlichkeit des Menschen als Götterkritik

Die Rede von der Gottebenbildlichkeit des Menschen überrascht innerhalb des Alten Testaments. Denn im Gegensatz zu allen antiken Religionen mit ihren zahllosen Götterbildern war den Israeliten die Darstellungen ihres Gottes streng verwehrt. Das Verbot „Du sollst dir kein Bildnis machen...“ (vgl. Ex 20,4, aber auch Dtn 27,15) gehört geradezu zu den religiösen Grundgeboten des Alten Testaments.

Worum ging es? Sollte durch das Bilderverbot einer Vermischung mit fremden Kulturen gewehrt werden? Oder ging es – tiefer – darum, die Größe und Unbegreiflichkeit Gottes vor menschlicher Ingriffnahme zu schützen? Oder – noch grundsätzlicher – um die Unterscheidung zwischen Gott und Welt, Schöpfer und Geschöpf, deren Vermischung in den heidnischen Kulturen tragische Konsequenzen hatte? Denn die dort übliche Identifikation der Götter mit den widerstreitenden Kräften der Natur trug deren ständigen Kampf immer auch in das Zusammenleben der Menschen hinein, deren Kriege nun nichts anderes als ein Spiegelbild des Götterhimmels waren.

Deutlich ablesbar war dies an der Gestalt des Baal, dem kanaanäischen Wetter- und Fruchtbarkeitsgott, dessen Aggressivität und sexuelle Potenz im Bild des kraftstrotzenden Stieres religiös verehrt wurde. Ähnliches erlebten die gefangenen Israelitinnen in Babylon, dessen Hauptgott Marduk ebenfalls als „*verwüstender Stier, Gewaltiger, dein Name ist über die Länder*“^[5] besungen wurde. Im Namen dieses kraftstrotzenden Stieres hatte König Nebukadnezar mit unvorstellbarer Grausamkeit die ganze damalige Welt unterworfen; denn immer verwandelt sich der Mensch in das hinein, was er anbetet.

„Überall, wo auch heute die Kräfte der Natur wie ‚Blut und Boden‘, ‚Rasse‘ oder ‚Klasse‘ religiös oder ideologisch überhöht werden, findet sich jenes (neu)heidnische Denken wieder, das regelmäßig in die menschliche Geschichte Kampftheorien einträgt. Immer geht es dabei auch um die Verehrung biologischer Mächte und militärische Selbstdurchsetzung.“

Überall, wo auch heute die Kräfte der Natur wie ‚Blut und Boden‘, ‚Rasse‘ oder ‚Klasse‘ religiös oder ideologisch überhöht werden, findet sich jenes (neu)heidnische Denken wieder, das regelmäßig in die menschliche Geschichte Kampftheorien einträgt. Immer geht es dabei auch um die Verehrung biologischer Mächte und militärische Selbstdurchsetzung. Es ist die Physiognomie der Stiergötter, und sie hat bis heute nichts von ihrer Faszination eingebüßt; wer sich den Blick dafür schärfen lässt, wird sie überall erkennen. Die Leiden-

schaft, mit der Gott die Bilder dieser Götter abwehrt, ist nichts anderes als seine Leidenschaft für den Menschen.

Interessant aber ist, dass in Gen 1,26ff. für die Gottebenbildlichkeit des Menschen genau jene Begriffe verwendet werden (‚Bild‘ und ‚Gleichnis‘), die dem kultischen Abbild Marduks galten. Das war nichts anderes als eine kühne ‚Enteignung‘ des tyrannischen Stiergottes, der die Welt zur Arena und das Leben zum Kampf gemacht hatte. Zugleich war es Ausdruck des Widerstandes gegen das durch diese Götter legitimierte Herrschaftssystem der Babylonier.

Gottebenbildlichkeit des Menschen als Bildungsprogramm

Das Bekenntnis zur Gottebenbildlichkeit des Menschen geht in solcher Abwehr natürlich nicht auf. Die radikale Verneinung der kultischen Götterbilder war vielmehr eine ‚Platzhalterin‘ für die ebenso radikale Bejahung des Gottesbildes – des Menschen! Wie aber ist dieser Begriff zu verstehen?

Auf alle Fälle geht es nicht darum, den Menschen an die Stelle Gottes zu setzen. Die beiden in Gen 1,26ff. verwendete Worte ‚Bild‘ und ‚Gleichnis‘ schließen eine solche Identifikation aus. Das eine spricht von der unvergleichlichen Nähe des Menschen zu Gott, das andere von der Distanz, die Gott allein Gott und den Menschen Mensch sein lässt. Gottebenbildlichkeit des Menschen meint vielmehr, dass der Mensch in seinem Menschsein an Gott als sein ‚Urbild‘ gewiesen ist, nach dem er geschaffen ist. Im Anschauen dieses Urbildes soll der Mensch ‚gebildet‘ werden. In diesem Sinne bezeichnet Gottebenbildlichkeit eine Art ‚Bildungsprogramm‘, das den Menschen in seine schöpfungsmäßige Bestimmung einführt.

Es ist gerade dieses ‚Urbild‘, das dem Bilderverbot im Dekalog vorausgeht und an dem sich Gott und die Götter scheiden: *„Ich bin der JAHWE, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft, geführt habe. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir. Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen, weder von dem, was oben im Himmel, noch von dem, was unten auf Erden, noch von dem, was im Wasser unter der Erde ist.“* (Ex 20, 2ff.) Dieser Gott, der Sklavinnen aus dem Staube erhebt und ihnen ihre Würde zurückgibt, ist keine Manifestation mächtiger Naturgewalten noch offenbart er sich in den Bildern kraftstrotzender Tiere. Es ist geradezu ein Kontrastprogramm, wenn er zu Mose aus dem Dornbusch spricht – dem niedrigsten aller Bäume. In der jüdischen Tradition versinnbildlicht der Dornbusch Israels

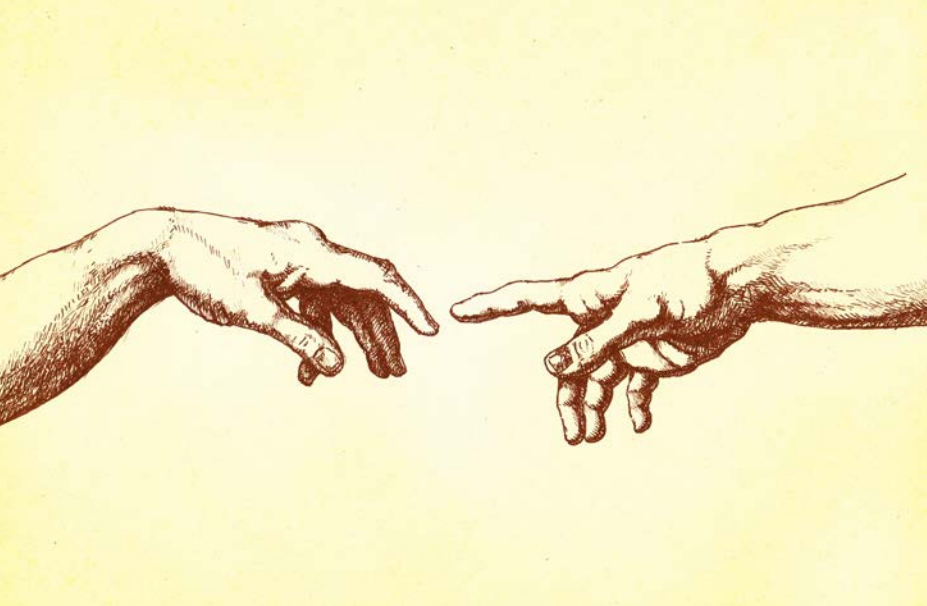
Not und zugleich Gottes Mitleid: „Der Heilige, gelobt sei er, erniedrigte sich und sprach aus der Mitte des Dornbuschs. Warum aus dem Dornbusch und nicht aus der Mitte eines großen Baumes, etwa einer Dattelpalme? Der Heilige, gelobt sei er, sagte: Ich bin bei ihm in der Not. Sie befinden sich in der Unterjochung, ich bin desgleichen im Dornbusch, an einem engen Ort.“ – Es sei hier nur angemerkt, dass auch die Selbstoffenbarung Gottes in Jesus Christus dem Geiste nach aus dem ‚Dornbusch‘ heraus geschah. Denn sie offenbart dasselbe Wesen – seine Liebe, sein Erbarmen, sein Herz gerade auch für die Erniedrigten dieser Welt.

Wenn also das ‚Urbild‘ das geoffenbarte Wesen Gottes, sein Charakter ist – dann wird klar, dass es „nicht etwas am Menschen [ist], das ihn zu einem Bild Gottes macht – sei es die körperliche Gestalt, der aufrechte Gang, die Geistnatur, die Ansprechbarkeit, die Zweigeschlechtlichkeit oder der Herrschaftsauftrag“, meint Wilfried Härle. Bild Gottes bedeute vielmehr die „gelebte Veranschaulichung, eine Darstellung, ja eine Verwirklichungsform des Wesens Gottes.“ Und weiter folgert er aus dem Gesagten, „dass der Mensch die Gottebenbildlichkeit nicht hat wie eine Eigenschaft oder einen Teil seines Wesens, sondern dass sie die dem Menschen zugesagte, zuge dachte und zugemutete Bestimmung zur Liebe ist, die freilich als solche unverbrüchlich für ihn gilt. Und weil sie unverbrüchlich gilt, darum besteht im Blick auf jeden Menschen die Hoffnung, dass sie sich ihm (wieder) erschließen und er sie (wieder) finden kann.“^[6]

Die Bestimmung zur Liebe macht den Begriff der Gottebenbildlichkeit zu einem Beziehungswort, das sowohl das Verhältnis zu Gott als auch zum Mitmenschen prägen soll. Ähnlich sagt es Bernd Janowski: „Der Mensch [...] bleibt nur Mensch, wenn er diesen Zusammenhang von Gottes- und Nächstenliebe als für sein Leben bestimmend sein lässt.“^[7] Ausgeschlossen sind hier alle ‚Kampftheorien‘, die statt der Liebe den Hass lehren. Ausgeschlossen sind Ideologien, deren Wahrnehmung von Feindbildern geprägt ist, die die Realität verzerren und die Geschichte der Menschheit zum Kriegsgebiet erklären.

Mit der Bestimmung zur Liebe sind sofort zwei weitere Bestimmungen mitgegeben. Zum einen kann Liebe sich nur in Freiheit verwirklichen. Wirkliche Liebe kann nicht erzwungen werden. Emil Brunner meinte, Gott habe den Menschen so frei gemacht, „dass sogar sein Zwingen unsere Liebe nicht erzwingen könnte“ Und deshalb will Gott „uns gegenüber allmächtig sein, dass er unser Herz gewinnt durch seine Herablassung im Sohn, im Kreuz des Sohnes. Keine andere Allmacht Gottes kann unser Herz erobern und öffnen.“^[8]

Ausgeschlossen sind hier alle religiösen und ideologischen Versuche, das Denken und das Gewissen der Menschen zu beherrschen – sei es mit sanfter Verführung oder mit hartem Diktat, sei es durch freiwillige Unterwerfung oder mit Gewalt. Ausgeschlossen sind auch



‚Führerprinzipien‘, die absoluten Gehorsam fordern und damit die Würde des Einzelnen auflösen und ihn zur Masse degradieren. Die Stärke einer Gesellschaft liegt hingegen darin, dass sie Persönlichkeit der Einzelnen fördert, ihr Freiheit und Verantwortung zutraut - und zumutet. Zum anderen setzt Liebe auch Recht. Im Recht nimmt die Nächstenliebe konkrete Gestalt an. Im Recht akzeptiert der Mensch, dass seine Freiheit an der Freiheit des anderen seine Grenze findet. Es verwehrt dem Menschen, sein Glück dort zu suchen, wo er das Glück des anderen zerstören würde. Es benennt, was Gut und Böse ist und die andere schützt oder ihr schadet.

Ausgeschlossen ist dabei, dass die Macht das Recht setzt - und notfalls auch beugt. Ausgeschlossen ist auch die Selbstbestimmung dessen, was gut und böse ist – die *„eigenmächtige Okkupation... des Ethischen... Der Mensch soll Gottes Gebot über gut und böse entsprechen, nicht selbtherrlich über gut und böse befinden, sein wollend wie Gott (Gen 3,5). Er soll es sich gesagt sein lassen (Mi 6,8).“*^[9]

In all dem wird deutlich, dass die Grundbestimmung des Menschen zur Liebe aus ihrem innersten Wesen heraus zu einer Gesellschaft drängt, deren Grundpfeiler Freiheit und Recht sind. Damit wird eine kritische Instanz eingeführt, an der sich Politik ebenso messen lassen muss wie Wirtschaft und Bildung, ja eine Gesellschaft in ihrem sozialen Zusammenleben insgesamt. Auch Herrschaftsansprüche und Parteiprogramme müssen sich daran messen lassen, ob sie die Liebe verletzen, das Recht beugen oder die Freiheit beschränken.

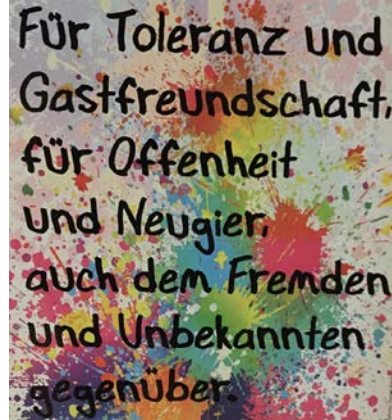
Gottebenbildlichkeit des Menschen als Grundlage der Demokratie

Das Bekenntnis zur Gottebenbildlichkeit des Menschen hat die nachhaltigste Wirkung darin entfaltet, dass es uns anleitet, in jedem Menschen das Antlitz Gottes zu sehen und damit auch seine Würde, seinen Wert, ja sein Geheimnis. Die göttliche ‚Abstammung‘, die in altorientalischen Königshäusern als Privileg lediglich den herrschenden Dynastien vorbehalten und zur Legitimation ihrer eigenen Herrschaft dienen musste, wird nun im Schöpfungsbericht ‚demokratisiert‘.

Die Gottebenbildlichkeit wird zuerst ausgesagt im Blick auf Mann und Frau. Souverän und lapidar heißt es: *„Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau.“* (Gen 1,27).

Man halte sich das Unerhörte dieses Satzes in damaliger Zeit vor Augen! Doch steht die Aussage nur exemplarisch für alle Menschen. Sie verbindet alle in einer tiefen Solidarität, die in jedem Menschen den Bruder und die Schwester sehen lässt. Genau in diesem Sinne hatte der Lutherische Weltbund 1977 in Daressalam im Blick auf die Apartheid in Südafrika sogar den status confessionis ausgerufen – zu Recht.

Vissert Hooft bezeichnete diese Erklärung als *„das Kühnste, das eine internationale Kirchenorganisation bisher je gesagt hat. Denn keine hat bisher je gewagt, über eine Situation den Bekenntnisstand auszurufen, was weit radikaler als zum Beispiel das Anti-Rassismus-Programm ist.“*^[10] Und als nach 27 Jahren bitterer Gefangenschaft auf der Robben Island Nelson Mandela der erste schwarze Präsident Südafrikas wurde, verkündete er, dass er lieber farbenblind sein wolle als die Welt in Schwarz und Weiß einzuteilen. Das Land begann sich zu versöhnen. Ehemalige Wärter wuschen ihren Häftlingen die Füße. Die Gottebenbildlichkeit gab gedemütigten Menschen ihre Würde zurück. So ist die Erinnerung an die gemeinsame Gottebenbildlichkeit immer auch der Entwurf eines geheilten Zusammenlebens.



Plakataktion gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, initiiert vom Bündnis Buntes Meißeln

Ausgeschlossen ist deshalb jede Diskriminierung von Menschen z.B. aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Rasse, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer sozialen Zugehörigkeit. Ausgeschlossen ist auch jede Überhöhung nationaler Identität, die sich - oft unter Benutzung alter Bedrohungslügen - bis hin zum Nationalismus steigern kann. Der christliche Glaube löst nationale Identität nicht auf, aber er relativiert sie. Das Nationale hat für ihn nur eine begrenzte Legitimation. Vielmehr verbindet er Menschen über Länder und Grenzen hinweg in einer neuen Identität. Solche Relativierung nationaler Größe gibt den Blick frei auf die Gemeinsamkeit des Menschseins, bei der nicht Jude noch Griechin, nicht Knecht noch Freie, nicht Mann noch Weib gilt, „*denn ihr seid allzumal einer in Christus Jesus*“ (Gal 3,28).

Schließlich stellt die Gottebenbildlichkeit als demokratischer Begriff jeden Menschen nicht nur unter eine gleiche Würde, sondern auch in eine gleiche Verantwortung. Damit wurde auch weltliche Herrschaft angreifbar, sogar die Herrschaft eines Helden wie David, des innigst geliebten König Israels, des strahlenden Kriegshelden und unvergesslichen Psalmendichters. Denn nicht er, sondern Gott war oberste Gesetzgeberin; vor ihm mussten sich alle gleichermaßen verantworten. Ihm, keinem irdischen Herrn, schwor Israel die Treue. Und so geschah, was in anderen orientalischen Königshäusern undenkbar war, weil keine gewöhnliche Sterbliche, sondern ein Halbgott auf dem Thron saß: Der Prophet Nathan kommt zu David und zieht ihn wegen seiner Affäre mit Bathseba zur Rechenschaft. Mit der Gleichheit aller Menschen wird hier der Gedanke der Demokratie grundgelegt, deren innerstes Geheimnis nicht nur in freien Wahlen, Gewaltenteilung oder freier Rede besteht, sondern in der Fähigkeit, sich selbst immer wieder und schonungslos in Frage stellen und verwandeln zu lassen. Solche aus dem jüdisch-christlichen Erbe gewachsene Bereitschaft zur Selbstkritik und damit auch zur Korrektur ist die wesentliche Dynamik jeder freiheitlichen Demokratie.

Schluss

Die sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und auch politischen Dimensionen der biblischen Anthropologie lassen nicht zu, unseren Glauben zu privatisieren. Doch wie können wir sein kritisches und heilendes Potential einer pluralen und säkularen Gesellschaft vermitteln? Wie die Grundlagen des biblischen Menschenbildes und die damit gegebenen Zielvorstellungen gelingenden Lebens weitergeben? Wir können nur daran erinnern, dass die ethische Substanz unserer demokratischen Verfassung sich solcher beschriebenen religiösen Ursprungserfahrungen

verdanken. Sie ist nicht in der Natur des Menschen begründet; Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Recht und Gerechtigkeit – sie alle wurzeln in der biblischen Gotteserfahrung und in dem Adel des Menschen, nach dem Ebenbild dieses Gottes geschaffen zu sein.

Solche Erinnerung können wir als Kirche nicht mehr mit großer, gar von außen gestützter Autorität wach halten. Doch geschieht sie überall dort, wo in dieser Gesellschaft das Wort Gottes verkündet und gelebt wird. Kirchliche Verkündigung wird deshalb darin gesellschaftlich wirksam, dass sie die Gewissen derer schärft, die sie erreicht. Liegt die Stärke unserer Gesellschaft in der Herausbildung der Persönlichkeit der Einzelnen, dann gehört dazu auch, sie auch auf ihre Verantwortung vor Gott und den Menschen hin anzusprechen. In solcher Verantwortung wird das Urteilsvermögen geschärft, das Ethos geformt und die immer wieder nötige Unterscheidung der Geister eingeübt, die uns hilft, in unübersichtlichen Zeiten Orientierung zu finden.

[1] *Sophokles: Antigone: Chor der thebanischen Alten, 2. Akt*

[2] *Augustinus (1989): Bekenntnisse (Confessiones)*

[3] *Heidegger (2010) S. 206*

[4] *Precht (2012) S.1*

[5] *Jastrow (1912) S. 53*

[6] *Härle (2000) S. 434*

[7] *Janowski (2012) S. 121*

[8] *Brunner (1953) S. 272*

[9] *Fritzsche (1981) S. 32*

[10] *Honecker (1995) S. 668*

SUCHET DER STADT BESTES

Gemeinwesenaufgaben von Christinnen.

Eine biblische Studie

■ Christian Wolff

1. Der biblische Befund

„Suchet der Stadt Bestes.“ Dies ist – wie so viele Redewendungen – ein Zitat aus der Bibel, genauer aus dem Prophetenbuch des Jeremia. Dort ist ein Brief überliefert, in dem es heißt: *„So spricht ... der Gott Israels, [...]: Baut Häuser und wohnt darin; pflanzt Gärten und esst ihre Früchte; nehmt euch Frauen und zeugt Söhne und Töchter, nehmt für eure Söhne Frauen und gebt eure Töchter Männern, dass sie Söhne und Töchter gebären; mehrt euch dort, dass ihr nicht weniger werdet. Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum HERRN; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl. ... Denn ich weiß wohl, was ich für Gedanken über euch habe, spricht der HERR: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, dass ich euch gebe das Ende, des ihr wartet [Einheitsübersetzung: dass ich euch Zukunft und Hoffnung gebe].“* (Jer 29,4-7.11)

Historischer Hintergrund dieses Briefes ist eine höchst dramatische Situation im 6. Jahrhundert vor Christus, die sich aber – angesichts der aktuellen Lage im Nahen Osten – so vergangen gar nicht anhört. Ein großer Teil der Bevölkerung Jerusalems wurde nach Babylonien, dem heutigen Irak, verschleppt, 1.000 Kilometer von Jerusalem entfernt – so wie heute Millionen Menschen im Nahen Osten auf der Flucht sind, zusammengepfercht in riesigen Lagern mitten in der Wüste und zur Manövriermasse der Warlords nicht nur des IS und der an den Kriegen beteiligten Staaten degradiert.

Damals gehörte Jeremia zu den Wenigen, die in der Heimat verbleiben konnten. Natürlich wünschten sich die Menschen in der Fremde nichts sehnlicher, als möglichst bald nach Jerusalem zurückkehren zu können. Konnten da die brieflichen Durchhalteparolen die Menschen befriedigen: *„... nehmt euch Frauen und zeugt Söhne und Töchter ...“*

Zweifel sind angebracht. Denn zunächst hört sich die Botschaft des Propheten zwiespältig an:

- ▶ Zum einen ruft er die Vertriebenen auf, sich in der Fremde einzurichten – so, als gäbe es nur dort eine Zukunft. Darum sein Auftrag: „*Suchet der Stadt Bestes.*“ Baut Häuser, pflanzt Bäume, gründet Familien. Ja, man könnte meinen, dass der Prophet so redet, wie viele im Blick auf Ausländer und Geflüchtete bei uns fordern: ‚Integriert euch. Wenn ihr in Deutschland leben wollt, dann passt euch gefälligst an die mitteleuropäischen Gepflogenheiten und westlichen Grundwerte an. Bildet keine Parallelgesellschaften, sondern beteiligt euch vor Ort am gesellschaftlichen Leben. Lernt die Sprache, achtet die kulturellen Besonderheiten des Gastlandes. Zieht euch nicht in den Schmollwinkel einer rückwärtsgewandten Heimatpflege in der Fremde zurück, sondern öffnet euch dem, was hier angesagt ist.‘

Doch nun das in sich so Widersprüchliche: Plötzlich entdecken die, die so und durchaus abwertend in Richtung der Migrantinnen denken und reden, ihre religiösen und kulturellen Wurzeln, die sie schon längst vergessen haben, reden vom christlichen Abendland, obwohl sie selbst aus dieser Heimat des Glaubens längst ausgezogen sind und der Kirche den Rücken gekehrt haben – und merken gar nicht, auf welch dünnem Eis sie sich mit ihren ach so wohlfeilen Ratschlägen an die Fremden bewegen.

- ▶ Zum andern aber verheißt der Prophet den Israeliten langfristig die Rückkehr in das Land der Mütter und Väter – als Ergebnis einer langen Suche nach der eigenen Identität. Allerdings veranschlagt er dafür mindestens 70 Jahre, also drei Generationen – für die Älteren keine aussichtsreiche Perspektive. Man kann sich vorstellen, dass diese mehr als enttäuscht waren. Vor allem aber musste sie ein Widerspruch verwirren: Auf der einen Seite fordert der Prophet sie auf, sich an die neue Umgebung anzupassen; auf der anderen Seite aber macht er die Rückkehr davon abhängig, dass die Menschen ihre eigene religiöse Identität nicht aufgeben, am Gottesglauben festhalten und sich so zumindest eine religiöse Eigenständigkeit bewahren.

Wir halten hier schon einmal fest: Integration hat ganz viel zu tun mit der Bewahrung und Pflege der eigenen Wurzeln. Es ist eben nicht erstrebenswert, dass die Fremden so werden wie wir – und das Umgekehrte gilt natürlich auch! Integration ist weder in der einen, noch in der anderen Richtung eine Einbahnstraße. Der frühere Bundespräsident Johannes Rau (1931-2006) hat es auf Deutschen Evangelischen Kirchentag 2005 in Hannover so auf den Punkt gebracht:

„Wenn Menschen meiner Generation mich fragen, was sie denn weitergeben sollten, dann sage ich ihnen dies: ... dass ohne Kenntnis unserer Geschichte und unserer Tradition eine menschliche Zukunft nicht gebaut werden kann. Sagt ihnen, dass wir ohne innere Heimat keine Reisen unternehmen können. Denn wer nirgendwo zu Hause ist, der kann auch keine Nachbarn haben.“^[1]

2. Die Rolle der Kirche in Stadt und Staat

Und nun die Aufforderung: „*Suchet der Stadt Bestes.*“ Warum steht gerade dieses Wort auf so vielen Rathäusern und wird so gern in Neujahrsansprachen der Bürgermeisterinnen zitiert? Offensichtlich werden hier abseits aller Parteiprogramme die Aufgaben und Ziele benannt, an der sich alle, die im zentralen Gebäude einer Stadt arbeiten und als Stadträte Entscheidungen treffen, messen lassen müssen: Alles, was ihr tut, veranlasst, entscheidet, soll den Menschen, die in einer Kommune leben, zum Besten dienen. Aber wenn wir diesen Satz aus dem biblischen Zusammenhang heraus zu verstehen versuchen, dann sind hier eigentlich die Falschen angesprochen. Denn zum einen müssten wir den Satz allen in Erinnerung rufen, die mit dem Gedanken spielen, einen Ort zu verlassen.

Das ist nicht nur im ländlichen Raum zu einem riesigen Problem geworden. Auch für etliche osteuropäische Staaten stellt der Exodus junger Menschen eine viel größere Herausforderung dar als die Zuwanderung von Fremden. Zum andern sind mit der Aufforderung des Jeremia die angesprochen, die in unseren Städten Zuflucht und eine neue Heimat suchen. Diese sollen ihren Beitrag dazu leisten, dass sich die jeweilige Stadt gedeihlich entwickelt, dass Menschen dort gerne leben und darum bleiben, dass Söhne und Töchter geboren werden und dass Einheimische und Zugewanderte in Frieden das Zusammenleben der Verschiedenen gestalten. Eigentlich müsste das Wort über dem Eingang jeder Asylunterkunft, jeder Ausländerbehörde stehen. Und: Dieses Wort müsste allen per Postwurfsendung ins Haus geschickt werden, die meinen, sich nicht mehr an der demokratischen Meinungsbildung, an Kommunal- und Landtagswahlen beteiligen zu müssen, die sich in Verschwörungstheorien ergehen und sich aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen ausgeklinkt haben – und in diesem Sinn schon lange, auch virtuelle Parallelgesellschaften bilden.

Nun beschreibt das Prophetenwort ziemlich exakt die Haltung, welche die evangelische Kirche an vielen Orten während der DDR-Zeit eingenommen hat: nämlich

sich für das Wohl der Menschen und der Ortschaften einzusetzen und nicht auf gepackten Koffern zu sitzen, sondern das zum gemeinschaftlichen Leben beizutragen, was ihre Aufgabe ist: ‚das Wort Gottes zu verkündigen, für die Menschen zu beten und ungeachtet sich widersprechender Weltanschauungen denen beizustehen, die der Hilfe bedürfen.‘ Dies unabhängig davon, dass der SED-Staat mit allen Mitteln versucht hatte, die Kirche zu marginalisieren und Religion als überständiges gesellschaftliches Relikt im Orkus der Geschichte zu entsorgen.



Darum wurde das Prophetenwort so verstanden: Wir Christinnen können zwar ein System, das den Atheismus fördert, nicht bejahen, wir können auch die Augen nicht vor dem Unrecht verschließen, das staatlich sanktioniert wird. Dennoch müssen wir unter den Bedingungen des real existierenden Sozialismus ‚der Stadt Bestes‘ suchen. Dabei vertrauen wir auf Beides: dass Gott unserem Leben Zukunft und Hoffnung verheißt und dass er uns die Kraft gibt, jetzt den Menschen nahe zu sein. Letztlich war das der biblische Impuls für den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung Ende der 1980er

Jahre mit seiner großen ökumenischen Versammlung in Dresden 1989. Mit dieser konnte das System von Diktatur und Bevormundung delegitimiert werden. In diesem Sinn ist auch der Gedanke des Paulus zu deuten, mit dem seit Jahrhunderten versucht wird, kirchliches Handeln in der politischen Öffentlichkeit zu unterbinden: *„Jedermann sei der Obrigkeit untertan...“* (Röm 13,1)

Richtig ist: Die Kirche hat nicht die Aufgabe, eine ihr genehme Staatsform herzustellen, sich dafür in eine machtpolitische Auseinandersetzung zu begeben und sich womöglich als Regierungsmacht zu etablieren. Kirche kann und darf keine politische Institution des Staates sein oder werden oder in eine Konkurrenz zum Staat treten. Kirche ist keine politische Partei. Schon bei Paulus ist angelegt, was durch die Reformation in Erinnerung und erneuert wurde: die Trennung von Religion und Bürgergesellschaft, der die klare Unterscheidung zwischen Staat und Kirche heute entspricht. Das bedeutet: Kirche versucht unter den jeweiligen politischen Bedingungen das Beste für die Menschen zu erreichen,

so dass an ihrem Handeln die Vorzeichen für das Reich Gottes sichtbar werden. So kann jedermann nachvollziehen: Der Gott, dem wir unser Leben verdanken, trägt Gedanken des Friedens und nicht des Leides in sich, durch die sich uns Zukunft und Hoffnung eröffnen.

In diesem Sinn wirkt Kirche politisch. Kirche ‚unterwirft‘ sich der jeweiligen Staatsordnung nur so lange, so lange dies erforderlich ist, um das Beste zu erreichen. Aber sie lässt keinen Zweifel daran, dass sie in all ihrem Tun daran erinnert, was wir dringend benötigen: Frieden, Gerechtigkeit, Barmherzigkeit und die Ehrfurcht vor dem Leben. Diese Glaubenseinsicht führt heute dazu, dass Kirche den demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaat als die dem Evangelium gemäße Staatsform anerkennt. Denn in diesem wird das aufgenommen, was sich aus der Gottebenbildlichkeit des Menschen ergibt: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“*^[2]

Zur Vertiefung des bisher Gesagten sei an den mittelalterlichen Städtebau erinnert, in dem Rathaus, Marktplatz, Kirche architektonisch aufeinander bezogen sind. Darin spiegelt sich ein Dreiecksverhältnis wieder, das auch heute für das gesellschaftliche Leben unerlässlich ist:

- ▶ das Rathaus, in dem die öffentlichen, politischen Angelegenheiten verhandelt werden;
- ▶ der Markt, auf dem die Waren getauscht werden, Handel und Wandel stattfinden;
- ▶ die Kirchen und andere Religionsgemeinschaften, die die Wahrheitsfrage stellen und durch Wort und Tat an Gottes Barmherzigkeit, Gerechtigkeit und die Ehrfurcht vor dem Leben erinnern – und die, wenn wir an die Reformation denken, die allgemeine Bildung von Jungen und Mädchen anmahnen.

Dieses Dreiecksverhältnis ist im Verlauf der Geschichte immer wieder in Schiefelage geraten: im Mittelalter durch die Übermacht der Kirchen, in den Diktaturen durch Demütigung und Bevormundung durch den Staat und heute durch die Übermacht der Ökonomie. Es ist aber unsere gemeinsame Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass dieses Dreiecksverhältnis vor Ort in einem Gleichgewicht bleibt – auch unter den Bedingungen einer multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft. Das setzt aber voraus, dass sich Kirche als Teil der Stadt versteht und sich am städtischen Leben beteiligt. Strittig kann nicht das ‚Ob‘, sondern nur das ‚Wie‘ sein.

Dieses ‚Wie‘ ist aber nur zu gestalten, wenn Kirche sich nicht abschottet, sondern sich in einem aktiven Kommunikationsverhältnis zu den Akteuren des städtischen Lebens sieht. Dies setzt voraus, dass Kirche das ihr Genuine in Wort und Tat einbringt: Verkündigung der biblischen Botschaft, Verbindung von Glauben und Bildung, Seelsorge und diakonische Arbeit.

Natürlich hat die Kirche vor allem da ihr prophetisches Wächteramt wahrzunehmen, wo gesellschaftliche Entwicklungen in Widerspruch zu den Grundwerten des Glaubens geraten. Das ist vor allem dort der Fall, wo Menschengruppen sich verfeinden, völkisch-nationalistische Ideologien sich breit machen und die Würde des einzelnen Menschen als Geschöpf Gottes bedroht ist. Darum kann es überhaupt keine Frage sein, dass Kirche vor Ort sich rechtsnationalistischen Gruppierungen wie Pegida/AfD in den Weg stellen muss.

3. Die falschen Propheten

Wir leben als Bürgerinnen der Bundesrepublik Deutschland in einem freien, in einem von zwei Diktaturen befreiten Land. Wir können unser Leben gestalten unter den Bedingungen des Rechtsstaates und der Demokratie. Trotzdem haben viele Menschen, auch viele Christen, das Gefühl, Heimat verloren zu haben. Sie leiden unter der Unübersichtlichkeit des Lebens, und darunter, dass so viel an Sicherheit, an Beheimatung weggebrochen ist. Es ist so, wie wenn man in ein Exil geführt wurde, ohne den Ort zu verlassen. Ja, die eigene Stadt, die eigene Kirchgemeinde ist Vielen fremd geworden. Wir können das an Kleinigkeiten festmachen, die doch eine so große Bedeutung haben:

- ▶ Da ist der Straßenzug, in dem ein Geschäft nach dem anderen aufgibt. Wenn dann doch ein Ladenlokal eröffnet wird, ist es eine Döner-Bude.
- ▶ Da sind die Neuzugezogenen, von denen man eigentlich nicht genau weiß, warum die gerade hierhergekommen sind.
- ▶ Da sind die Asylbewerberinnen und Geflüchtete, die einem die heimatlichen Gefilde fremd machen.
- ▶ Schließlich sind da Kirchgebäude, in denen kein Gottesdienst mehr gefeiert wird, Pfarrhäuser, die leer stehen, und Kirchgemeinden, deren Existenz nur noch auf dem Papier sichtbar ist.

Wie mit diesen Verlusterfahrungen umgehen? Wie sich nicht noch weiter herunterziehen lassen von dieser Entfremdung? Wie nicht den falschen Propheten auf den Leim gehen? Denn die treten heute wie damals in Babylonien zuhauf auf. Jeremia warnt die Menschen im Exil: *„Lasst euch durch die Propheten, die bei euch sind, und durch die Wahrsager nicht betrügen, und hört nicht auf die Träume, die sie träumen! Denn sie weis-sagen euch Lüge in meinem Namen. Ich habe sie nicht gesandt, spricht der HERR.“* (Jer 29,8,9)

Auch heute müssen wir äußerst vorsichtig sein, wenn wir nicht Opfer der Lügen werden wollen, die sich in den ach so einfachen Antworten derer verbergen, die sich uns als Problemlöserinnen andienen wollen: ‚Wenn wir keinen Euro hätten, wenn keine Ausländer uns Arbeitsplätze wegnehmen würden, wenn wir keine Geflüchteten aufnehmen müssten, wenn sich keine Musliminnen unter uns mischen würden, wenn wir uns nur auf Deutschland konzentrieren könnten, wenn sich alle so verhalten würden, wie wir das als Deutsche gut finden – dann gäbe es keine Probleme, dann würden wir uns bald wieder heimisch fühlen, müssten keine Angst vor einer Islamisierung Deutschlands oder vor zunehmender Kriminalität haben, dann wären wir wieder Zuhause und die Kirche könnte im Dorf bleiben.‘

Die falschen Propheten können aber auch ein ganz anderes Register ziehen: ‚Wenn wir die Grenzen wieder bewachen würden, wenn wir den freien Handel reglemen-tieren würden, wenn wir Gehälter begrenzen, Gewinne einfrieren, Produktion kontrollieren, wenn wir die Pressefreiheit einschränken und die Richterinnen vom Volk wählen lassen würden, dann gäbe es mehr Gerechtigkeit, denn dann hat das Volk das Sagen.‘

Schließlich gibt es die falschen Propheten, die in der parlamentarischen Demokra-tie, in den Parteien, in den regierenden Politikerinnen, in der kulturellen Vielfalt die Ursachen alles Übels sehen – und uns einreden wollen, als würden wir von lauter ‚Volksverrätern‘, gestützt von einer ‚Lügenpresse‘, regiert.



Damit sollen die demokratischen Institutionen des Staates ausgehöhlt werden – mit dem einen Ziel: den Weg für den sogenannten starken Mann, der das Recht außer Kraft setzt, um sich an keine, außer den eigenen Regeln halten zu müssen. Nun wissen wir aber aus unserer eigenen Geschichte, dass auf all diesen Botschaften kein Segen liegt und dass sich dahinter immer das gleiche Strickmuster verbirgt: den Menschen etwas zu versprechen, was zum einen nicht gehalten werden kann und wenn, dann nur auf Kosten der nahen und fernen Nächsten, und zum andern immer mit gewalttätiger Ausgrenzung, Zerstörung von Vielfalt und der Unterdrückung freien Denkens und Glaubens einhergeht.

4. Ora et labora

Als Kirche sollten wir uns von solch falscher Prophetie weder beeindrucken lassen, noch uns an ihr in irgendeiner Weise beteiligen. Darum ist es geradezu zwingend, dass Kirchengemeinden einen ganz klaren, unmissverständlichen Schnitt machen zu Gruppierungen wie Pegida/AfD. Ihr Reden und Tun widersprechen den Grundlagen der biblischen Botschaft. Das sollte aber damit verbunden sein, uns so in der Gesellschaft einzubringen, wie der Prophet es empfiehlt: *„Suchet der Stadt Bestes, dahin ich euch habe wegführen lassen, und betet für sie zum HERRN; denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl.“*

Ein Gebet für die Stadt, ohne dass wir uns am gesellschaftlichen Leben aktiv beteiligen, ist nicht möglich. Wir sollten uns an die alte Regel der Benediktiner erinnern: ‚Ora et labora‘, bete und arbeite; oder an den Gedanken von Dietrich Bonhoeffer: *„Unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten unter den Menschen.“*^[5] Erneuerung des Lebens, nicht nur der Kirche, entsteht aus diesem Beten. Denken wir nur an die verändernde Kraft der Friedensgebete. Da hat sich bewahrheitet: Wenn wir für das Wohlergehen der Menschen durch Gebet und Tun des Gerechten sorgen, dann geht es uns auch selbst gut. Darum kann und darf uns Christen nicht gleichgültig sein, was im Rathaus entschieden wird und wie es um den Handel auf dem Markt steht.

Aber wir anerkennen, dass nicht wir die besseren Politikerinnen und die besseren Händler sind. Allerhöchstens können wir für uns in Anspruch nehmen, dass wir die besseren Betenden sind – und dadurch immer wieder die Grundüberzeugungen des Glaubens verdeutlichen. Dadurch schützen wir uns zum einen vor den falschen Prophetinnen, zum andern aber geben wir den An- und Zuspruch weiter, dass es ohne diese Grundüberzeugungen nicht geht:

- ▶ Da ist das 1. Gebot: Ich bin der Herr, dein Gott. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir. Dieses schützt vor jeder ideologischen Okkupation der Gewissen und fordert da den Widerstand heraus, wo Politik, Markt, Geld, religiöse Machtzentralen zum Anbetungsort verkommen.
- ▶ Da ist die Freiheitstradition des Glaubens in der jüdisch-christlichen Tradition. Sie hat ihre Wurzel in der sich wiederholenden Grunderfahrung des Volkes Israel: Flucht, Vertreibung, Befreiung. Christen gehören zum wandernden Gottesvolk auf dem Weg zur zukünftigen Heimat (vgl. Heb 13,14).
- ▶ Da ist die grundlegende Botschaft von der Gottebenbildlichkeit des Menschen: Jeder Mensch ist ein Stück von Gott in des Wortes doppelter Bedeutung: von Gott gemacht und ein Teil des Göttlichen. Darin liegen die Würde und das Recht eines jeden Menschen begründet.
- ▶ Daraus resultiert die Nächsten- und Feindesliebe Jesu, aus der kein Mensch aufgrund seines Glaubens, seiner Überzeugung, seiner Herkunft ausgeklammert werden darf.
- ▶ Da sind der unbedingte Vorrang der Gewaltlosigkeit und die Botschaft von Gottes Reich und seiner Gerechtigkeit.

Dieses sollen, nein, können wir Christinnen in Wort und Tat bezeugen – in der gewissen Hoffnung, dass wir in ein Land geführt werden, in dem wir endgültig Heimat finden: das Reich Gottes. So sind wir aufgerufen, Freiheit und Demokratie keinen Moment der Beliebigkeit anheimfallen zu lassen, sondern sie zu leben, für sie einzutreten, sie zu verteidigen und zu entwickeln – konkret vor Ort und gebunden an die Grundwerte des Glaubens.

[1] Rau (2005): *Spiritualität – Impulse*

[2] Artikel 1 GG

[3] Bonhoeffer (1970) S. 328

IDENTIFIKATION UND KRITIK.

Nation aus theologischer Sicht

■ André Fischer

Schauen wir auf die jüngste europäische Vergangenheit, so zeigt sich, dass die Finanzkrise seit 2008 zwar noch mit viel Mühe auf europäischer Ebene bearbeitet werden konnte, dass angesichts der immensen Flüchtlingsströme aus den Krisenländern der Welt die Staaten Europas ihr Heil zunehmend in einer Politik des nationalen Alleingangs suchen. Vergegenwärtigt man sich zudem noch die in den vergangenen Jahren zunehmenden Unabhängigkeitsbestrebungen nationaler Minderheiten in Europa sowie die Abspaltungstendenz ganzer Länder von der EU und macht man sich die europaweiten Wahlerfolge konservativer und nationaler Parteien bewusst, so ist festzustellen: Das Thema Nation ist derzeit aktuell wie lange nicht mehr. Diese angesichts einer zunehmenden Globalisierung fortschreitende Revitalisierung des Nationalen ist nicht zuletzt ein Zeichen menschlicher Sehnsucht nach überschaubaren sozialen Räumen und einer sozialen und kulturellen Zugehörigkeit, die das Gefühl von Sicherheit, Geborgenheit und Beheimatung in einer sich immer rascher wandelnden Welt vermittelt.^[1]

Israel und die Völker

Bei einer theologischen Beurteilung des Phänomens Nation gilt es zunächst auf den biblischen Befund in dieser Frage zu blicken. Die alttestamentliche Urgeschichte leitet in Gen 10 die verschiedenen Völker als autonome Größen aus unterschiedlichen Abstammungslinien der drei Söhne Noahs ab. Die Vorstellung der Völker als verwandt macht deutlich, dass trotz kultureller Eigenheiten alle Menschen zueinander in Beziehung stehen. Alle Völker der Welt gehören zu der von Gott geschaffenen Menschheit.^[2] Im Zentrum des Alten Testaments steht nun freilich das eine Volk Israel. Dieses führt seine Konstituierung als Volk zurück auf das erwählende und rettende Handeln seines Gottes, was eine Aussonderung Israels aus der Welt der anderen Völker mit sich brachte. Die alttestamentlichen Begriffe für Volk bezeichnen eine geschlossene Abstammungs-, Sprach-, Kult- oder Kulturgemeinschaft.^[3] Gegenüber der modernen ethnologischen Einsicht, dass ein solcher Volksbegriff konstruktivistische Züge hat und damit geschichtlichen Dynamiken unterworfen ist, gehen die alttestamentlichen Autoren und Redaktoren von einer natür-



lichen und uranfänglichen Ethnizität des Volkes Israel aus. Ausgehend von einer gemeinsamen Abstammung, wird das Volk Israel als Schicksalsgemeinschaft deklariert (Exodus, Bund, Landnahme etc.), die den Hintergrund für den Glauben an den einen Gott bildet. Die israelitische Erwählungs- und Bundestheologie findet ihre ethische Entsprechung in Heiligkeits- und Reinheitsvorstellungen, die Glauben und Volk gleichermaßen von der Umwelt abgrenzen.

Heil für alle Völker

Auch wenn bereits in späten alttestamentlichen Texten universelle Heilsvorstellungen hinzutreten können, so hat doch erst das neutestamentliche Evangelium den Charakter einer universalen Heilsbotschaft.^[4] Ohne die besondere Beziehung Gottes zu seinem Volk Israel zu leugnen, erkannte die frühe Christengemeinde: Die Heilsbedeutung und die Herrschaft Jesu Christi greift über das empirische Volk Israel hinaus auf alle Völker und damit auf die ganze Menschheit (Mt 28). Theologisch und praktisch bedeutete das die Erweiterung des zum Glauben an Christus gelangten Gottesvolks Israel um die zu eben diesem Glauben gekommenen ‚Heiden‘. Die Zugehörigkeit zu diesem einen endzeitlichen Gottesvolk ergibt sich weder durch ethnische oder kultisch-religiöse Zugehörigkeit zu Israel, sondern allein durch das Wirken des Heiligen Geistes, vermittelt in Glaube und Taufe. Für das Selbstverständnis der einzelnen Christin wie auch für das der christlichen Gemeinschaft sind fortan kulturelle, soziale und ethnische Unterschiede ohne Bedeutung (vgl. Gal 3,26-28), weil durch Glaube und Taufe alle ‚einer in Christus‘ sind. Freilich leben Christen in ethnisch, sozial und kulturell unterschiedlichen Strukturen, ihr Verhalten in diesen wird aber durch die Christuszugehörigkeit bestimmt und verschafft ihnen dadurch die Freiheit und die Kraft zur Veränderung (vgl. Röm 12,2). Staaten und Völker werden im Neuen Testament als gegebene Realitäten

gesehen und ernst genommen (vgl. Röm 13,1-7; Apg 17,26f.). Dass sie Teil der von Gott geschaffenen und erhaltenen Welt nach dem Sündenfall sind und als solche seine Güte und Zuwendung erfahren, ist selbstverständliche Voraussetzung.^[5]

Nation als Schöpfungsordnung?

In der Kirchengeschichte spielt das Thema Nation die meiste Zeit eine untergeordnete Rolle. Erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts, parallel zur politischen Karriere der Nation überhaupt, identifizieren evangelische Theologie und Kirche die Nation als ethischen Bezugspunkt. Spätestens im Ersten Weltkrieg und in seinem für Deutschland verheerenden Ausgang wird die Nation zum zentralen Gegenstand der Ethik,^[6] freilich nicht nur im Protestantismus. In der Zeit der Weimarer Republik erfasst der nationale Gedanke nicht nur nahezu sämtliche politischen Parteien, sondern auch so gut wie alle theologischen Richtungen des Protestantismus. So klärt auch Karl Barth die Hörer seiner Ethik-Vorlesung 1930 darüber auf, dass es, *„von der Schöpfung her gesehen, zu meiner Berufung durch Gottes Gebot gehört, daß ich zu meinem Volke gehöre.“*^[7]

„Eine theologisch verantwortete Sichtweise der Nation kann heute nicht mehr auf die Vorstellung von angeblichen Schöpfungsordnungen zurückgreifen.“

Die in dieser Zeit nachhaltigste theologische Begründung für die ethische Verbindlichkeit der Nation ist ihre Integration in die Lehre von den Schöpfungsordnungen als dem Versuch, die von allen Menschen erkennbare Strukturiertheit menschlicher Lebensbereiche für die Bestimmung des sittlich Gesollten fruchtbar zu machen.^[8] In den historischen Lebensstrukturen der Menschen meint man, den Anspruch des Schöpfers erkennen zu können.

Auch wenn von einzelnen Theologinnen die Verflochtenheit solcher angeblich göttlichen Ordnungen mit der menschlichen Sünde zugegeben wird und damit ihr ungebrochener Verpflichtungscharakter eigentlich bereits infrage gestellt ist, so braucht es doch erst der Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus und seines mörderischen Missbrauchs der Nation, um die Aporien einer Theologie der Schöpfungsordnungen zu erkennen.

Eine theologisch verantwortete Sichtweise der Nation kann heute nicht mehr auf die Vorstellung von angeblichen Schöpfungsordnungen zurückgreifen. Und doch sind Nationen auch in unserer heutigen Welt soziale Größen, die das gesellschaftliche und staatliche Leben bestimmen und Identität und Solidarität stiften. Bei aller nötigen Zurückweisung einer besonderen theologischen Qualifizierung irdischer Gegebenheiten, kann es auf

der anderen Seite kein christliches Ethos an der konkreten Wirklichkeit vorbei geben.^[9] Nehmen wir die Weisung des Apostels Paulus in 1 Kor 7,17-24 ernst, so gilt für die von Christus befreiten Menschen, sich der Welt nicht zu entziehen, sondern an dem geschichtlichen Ort und in den Verhältnissen, in denen sie sich vorfinden, zu leben und Liebe zu üben.

Erfahrungsort im Vorletzten

Anders als im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert richtet sich die Fragestellung heute an die sozialen Grundfunktionen von Nationen. Der theologische Ort solcher Funktionen ist das Regiment Gottes zur Linken, mit dem Gott, wie Martin Luther dargelegt hat, die Welt vor dem Chaos bewahrt und auf das Wohl der Menschen abzielt, um sie für sein ewiges Reich zu bewahren. Der theologische Maßstab für die Beurteilung der Funktionen von Nationen ist daher mit der Frage beschrieben, inwiefern diese an Werten, Zielen und Aufgaben orientiert sind, die dem Leben an sich, und eben nicht nur der eigenen Nation, dienen (Universalismus des Evangeliums vs. Nationalismus und Chauvinismus) und mit christlicher Anthropologie vereinbar sind (Würde aller Menschen als Gottesgeschöpfe vs. Rassismus).^[10] Der Beantwortung dieser Frage liegt die Unterscheidung von Letztem und Vorletztem zugrunde, wie sie sich in Dietrich Bonhoeffers Auffassung der lutherischen Zwei-Regimenten-Lehre findet. So kann die Nation, dem Bereich des Vorletzten zugeordnet, positive Funktionen erfüllen, im Wissen um die Gefahr des Umschlagens ins Negative, wenn angesichts der Korrumpierung unserer Welt durch die Sünde die Ausrichtung auf das dem Leben Dienliche verloren geht.

Die positiven Grundfunktionen der Nation, nämlich Erfahrungs-, Emanzipations-, Verantwortungs- und Sozialisationsgemeinschaft zu sein,^[11] können nicht theologisch deduziert werden, da wir uns nun einmal im Bereich des Vorletzten bewegen. Sie können aber mit Hilfe der Humanwissenschaften bestimmt werden, um sodann theologisch nach den Maßstäben des Letzten beurteilt und gestaltet zu werden.

Die Nation ist ein Ort gemeinsamer Erfahrungen, die erinnert oder gegenwärtig erlebt werden. Aus diesen speist sich das Gefühl von Zugehörigkeit und Gemeinschaft. Für Christen ergibt sich die Aufgabe, diese Erfahrungen und Erinnerungen in all ihrer Unterschiedlichkeit und Ambivalenz theologisch-ethisch zu verarbeiten, in ihrer Prägung durch die Sünde ebenso wie durch die von Gott bestimmte

Ausrichtung auf die Realisierung seines Heilswillens. Ziel dieser Unternehmung ist ein Lernen aus den positiven wie negativen Aspekten der eigenen Nationalgeschichte, um diese für das gegenwärtige und zukünftige Leben aller Menschen fruchtbar zu machen (z. B. in der Versöhnungsarbeit zwischen Menschen und Nationen).

Verantwortungsgemeinschaft

Ausgehend von biblisch-christlichen Impulsen, hat sich in der europäischen Geschichte die Freiheit der Menschen vielfach in der Bildung von Nationalstaaten realisiert. Die zweite positive Grundfunktion der Nation ist daher der Schutz der Emanzipationsgemeinschaft, mit Hilfe derer der Anspruch auf politische Freiheit und Selbstbestimmung gestellt und durchgesetzt werden kann. Individuelle und kollektive Freiheit sind Gottes Wille. Wie schon Israels Gotteserfahrung elementar Freiheitserfahrung war (vgl. Exodus), so hat auch die Nation die Verantwortung, in allen Bereichen menschlichen Zusammenlebens Unfreiheit zu bekämpfen und der Freiheit – für sich und andere (vgl. die Kritik der Propheten an der Unterdrückung von Waisen, Witwen und Fremden) – Raum zu schaffen. Christen engagieren sich für das Anliegen der Emanzipation, wohl wissend um die historisch immer wieder eingetretene Gefahr, dass aus einem Emanzipationsanliegen neue Unterdrückungsverhältnisse erwachsen können. In der Gestalt des Nationalstaats ist die Nation für die Einzelne Sicherheits-, Rechts- und Solidargemeinschaft und damit politische Verantwortungsgemeinschaft.

Dem Christen ist aufgetragen, innerhalb seiner konkreten Verhältnisse und sozialen Bezugfelder Liebe zu üben und damit Verantwortung für seine Mitmenschen zu übernehmen. Neben der Familie, dem Freundeskreis oder dem Kolleginnenkreis ist die Nation ein solches soziales Bezugsfeld, ebenso wie die einzelne Nation über sich hinausweist auf die Menschheit und die Völkergemeinschaft.

Die Nation hat die Verantwortung, Unfreiheit zu bekämpfen und der Freiheit Raum zu schaffen.

Die verschiedenen Verantwortungsbereiche des Einzelnen mögen je nach dem persönlichen Lebensumfeld einen unterschiedlichen ethischen Verpflichtungscharakter haben, so ist aber doch von der Warte christlicher Theologie aus ein Einzel- oder Gruppenegoismus angesichts der gemeinsamen Verantwortung vor dem Schöpfer der ganzen Welt abzulehnen und stattdessen immer zugleich das große Ganze unserer Welt und der Menschheit im Blick zu behalten (Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Bewahrung

der Schöpfung). Nicht ohne Grund hatte und hat das ökumenische Miteinander der verschiedenen Kirchen in der Welt (‚versöhnte Verschiedenheit‘) Vorbild für das Miteinander der Völker. Menschsein vollzieht sich immer in der geschichtlichen Erfahrungsform konkreter Gemeinschaft. So wie es ohne die Kirche keine einzelne Christin geben kann, so kann es auch ohne die Nation keinen einzelnen Polen oder Französin geben. Die nationale Zusammengehörigkeit ist damit ein Faktor neben vielen anderen in der Entwicklung unserer Persönlichkeit. In diesem Sinne ist Nation auch Sozialisationsgemeinschaft, gerade angesichts des anhaltenden Hanges der Menschen zur Individualisierung und Entsolidarisierung.

Christen sollen sich der Welt nicht entziehen, sondern in ihren jeweiligen Lebensbereichen Gerechtigkeit und Liebe üben. Diese Aufgabe können Christinnen aber nur so wahrnehmen, dass sie sich der Welt nicht gleichschalten lassen. Die Nation als Erfahrungs-, Emanzipations-, Verantwortungs- und Sozialisationsgemeinschaft hat die Möglichkeit, auf ihre Weise dem Leben der Menschen zu dienen. Als Teil der gefallen Welt versagt sie dabei aber immer wieder. Die Identifikation der Christen mit der Nation kann deshalb nur eine ambivalente, die Mitarbeit in ihr immer nur eine konstruktiv-kritische sein, der ständigen Kritik durch das Wort Gottes bedürftig. Sie ist aber ebenso begrenzte Identifikation, weil die Nation als Teil des Vorletzten immer nur eine vorläufige, geschichtlich bedingte Gegebenheit darstellt. Christinnen sind sich dessen bewusst, dass ihre Identität maßgeblich bestimmt ist durch die Zugehörigkeit zum Volk Gottes, in dem alle nationalen Identitäten aufgehoben sind in der Gemeinschaft in Christus.

[1] vgl. Edelmann/Hasselmann (1999) S. 19f.

[2] vgl. Hieke, T.: Die Völkertafel von Genesis 10 als genealogische Raumordnung. *Form, Funktion, Geographie*, S. 23

[3] vgl. Berlejung/Merz (2006) S. 412f.

[4] vgl. Edelmann/Hasselmann (1999) S. 71ff.

[5] vgl. ebd. S. 79f.

[6] Zu den Gründen dafür vgl. Fischer (2012) S. 307-322

[7] ebd. S. 354

[8] vgl. Edelmann/Hasselmann (1999) S. 84

[9] vgl. ebd. S. 87ff.

[10] vgl. ebd. S. 21ff.

[11] vgl. ebd. S. 89-96

JÜNGERE GESCHICHTE DER DEMOKRATIE IN SACHSEN ■ Gert Pickel

Einleitung – Was ist eigentlich Demokratie?

Bereits die Meinungen über das, was Demokratie ist, gehen auseinander. Ist man sich noch einig, dass Demokratie so etwas wie Volksherrschaft bedeutet, so zeigt sich schnell, dass die Einschätzungen, wie diese faktisch auszusehen hat, differieren. Die eine sieht die repräsentative Demokratie als ihre richtige Form an und geht davon aus, dass die Gewährleistung von freien Wahlen bereits ausreichend ist, um eine Bezeichnung als Demokratie zu gewährleisten. Der andere hat größere Erwartungen. So hat sich in jüngerer Zeit in den westlichen Demokratien der Wunsch nach einem ‚Mehr an Beteiligung‘ der Bürgerinnen dahingehend durchgesetzt, dass man eine stärkere politische Partizipation der Bürger als Kernbestandteil einer Demokratie ansieht.

Demokratie ist, wenn Menschen innerhalb eines Rechtsstaates in ihren Handlungen weitgehend frei sind und sich an der Politik beteiligen können. Der Bezugspunkt solcher Wünsche ist das, was heute mit dem Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ in aller Munde ist. Es wird davon ausgegangen, dass eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen an politischen Prozessen dem Ursprungsverständnis von Demokratie wesentlich besser entspricht, als die repräsentative Form der Herrschaftsausübung mit ihrer Delegation von Macht.

Die überwiegend positive Sicht auf Zivilgesellschaft und politische Beteiligung aus der Mitte der Gesellschaft heraus, hat in den letzten Jahren Risse bekommen. Politikwissenschaftler wissen schon länger, dass es auch dunkle Seiten der Zivilgesellschaft gibt. Die mit fremdenfeindlichen Parolen behafteten Demonstrationen verschiedener Bewegungen lassen aber nun auch in der Öffentlichkeit Zweifel aufkommen, dass alle Beteiligten der Zivilgesellschaft eine freiheitliche und offene Demokratie vor Augen haben.^[1]

Die starke Abgrenzung gegenüber anderen Menschen und Bevölkerungsgruppen weist auf eine gewisse Demokratieinkompatibilität dieser Bürgerbeteiligung hin. Mit Pegida ist die wohl als Kernbewegung dieser jüngeren Initiativen anzusehende Form bürgerlichen Protestes in Sachsen angesiedelt. So kann man sich fragen, warum der Ausgangspunkt dieser Proteste in Dresden liegt, ob dies zufällig ist, oder ob jüngere historische Entwicklungen in Sachsen ein Grund hierfür sind. Auch stellt sich die Frage, wie Kirchen und ihre Mitglieder mit diesen Bewegungen und ihren Äußerungen umgehen sollen und können.

Die Ausgangslage – die politische Entwicklung in Sachsen nach 1989

Ein solch kurzer Beitrag zur sächsischen politischen Entwicklung kann nur generelle Stränge der Entwicklung aufgreifen. Mit dem Umbruch 1989 kam es zügig zu einer Etablierung politischer Parteien nach westdeutschem Muster. In den ersten Landtagswahlen 1990 konnte die CDU sich als stärkste Kraft durchsetzen. Diese Position verteidigt sie bis heute, auch wenn sie seit 2004 Koalitionspartner hierfür benötigt werden. 2004 kam es im Freistaat Sachsen zu einer Wählerverschiebung, die beachtliche Stimmengewinne auf Seiten von als rechtspopulistisch bis rechts-extrem eingeschätzten Parteien wie der NPD, den Republikanern und zuletzt der AfD mit sich brachte. Bei den letzten Bundestagswahlen 2017 gelang es der AfD sogar die CDU in Sachsen in den Stimmanteilen hinter sich zu lassen.

	WBT	CDU	SPD	Die Linke	F.D.P.	Die Grünen	NPD	AfD	Andere
1990	72,8	53,8	19,1	10,2	5,3	5,6	0,7	-	-
1994	58,4	58,1	16,6	16,5	1,7	4,1	-	-	3,6 DSU
1999	61,1	56,9	10,7	22,2	1,1	2,6	1,4	-	1,3 REP
2004	59,6	41,1	9,8	23,6	5,9	5,1	9,2	-	1,5 REP
2009	52,2	40,2	10,4	20,6	10,0	6,4	5,6	-	-
2014	49,2	39,4	12,4	18,9	3,8	5,7	4,9	9,7	-

Abb. 1: Wahlergebnisse in Sachsen für die Bundestagswahlen 1990-2014



Gründe für diese Erfolge können eine gewisse Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung seit der Wiedervereinigung und das Gefühl einer sozialen Benachteiligung gegenüber den Bewohnerinnen Westdeutschlands sein.^[2] Hinzu tritt eine wachsende Unsicherheit hinsichtlich der Auswirkungen der (muslimischen) Zuwanderung. Rückgriffe auf nationalistische Formen der Identitätsbildung dienen als Mechanismus zur Bearbeitung dieser Unsicherheiten.

Sachsen ist hier kein Sonderfall, finden sich doch in den ostdeutschen Nachbarbundesländern vergleichbare Entwicklungen, wenn auch nicht überall in gleicher Stärke. Allerdings formierte sich am politisch rechten Rand eine Fundamentalopposition gegenüber der repräsentativen Demokratie. Diese oft unter dem unklaren Label der Politikverdrossenheit behandelten Phänomene der Parteien- und Politikerverdrossenheit drücken sich in zwei Reaktionsformen aus, die der amerikanische Wissenschaftler Albert O. Hirschman als *voice* (Protest) und *exit* (Ausstieg) bezeichnet. Erstere beschreibt den Protest gegen das politische System und seine Autoritäten (wie Protestwahlverhalten), letztere manifestiert sich in politischer Apathie und einer sinkenden Wahlbeteiligung.^[3]

Beide Phänomene sind der in Handlungen manifestierte Ausdruck von Problemen in der politischen Kultur. Diese betreffen stärker Politikerinnen und Parteien als die Demokratie. So empfinden 90 Prozent der Sachsen die Demokratie als gute Herrschaftsform und immerhin 60% der sächsischen Bürgerinnen sind mit der aktuellen Demokratie zufrieden.^[4] Wie diese aber auszusehen hat, da zeigen sich in der Bevölkerung Unterschiede. So wie immerhin 63% sich durchaus eine stärker autoritäre Ausprägung – im Sinne einer ‚starken Hand‘ – vorstellen können, besteht eine massive Distanz zu den gewählten Volksvertretern: Drei Viertel der Sächsinen gehen davon aus, dass die meisten Politiker nur die Stimmen der Wählerinnen wollen und sich nicht für deren Ansichten interessieren.^[5] Insgesamt kann man die Entwicklung Sachsens als eine Erfolgsgeschichte der Etablierung demokratischer Werte ansehen, welche in jüngerer Zeit durch Politikerverdrossenheit und eine steigende Offenheit für populistische Aussagen in der Bevölkerung auch auf der Ebene politischer Handlungen einen für die Demokratie in Teilen bedenklichen Niederschlag erfährt.^[6]

Die Rolle der Kirchen und der Religion

Welche Rolle spielten die Kirchen und die Religion in der politischen Entwicklung? Hier muss man zeitlich zurückgreifen. Während des Umbruchs nahmen die Kirchen eine tragende Rolle für die Durchsetzung der friedlichen Revolution ein. Sie waren als Ansprechpartnerinnen wichtig, wirkten als das, was man in den Sozialwissenschaften als ‚Gelegenheitsstrukturen‘ bezeichnet. Die Zivilgesellschaft versammelte sich in Kirchen, um den politischen Umbruch voranzutreiben. Aus diesen kirchennahen Reihen rekrutierten sich in der Folge viele Politiker. Nicht von ungefähr reicht die Verbindung zwischen einer evangelischen Kirchenzugehörigkeit und Politik in den neuen Bundesländern bis in die heutige Zeit hinein. Gleichzeitig sank die Bedeutung, der im Umbruch noch stark involvierten politischen Bewegungen mit kirchlichem Hintergrund nach 1989 schnell.

Nach der Vollendung des Nahziels ‚politischer Umbruch und Demokratisierung‘ erfolgte ein politischer Bedeutungsverlust dieser Gruppen. Reguläre Parteienpolitik mit den aus Westdeutschland bekannten Parteien ersetzte zügig die eher lose zivilgesellschaftliche Formierung der politischen Landschaft in Ostdeutschland. Auf der religiösen Ebene zeigte sich, dass man es bei vielen 1989 noch im Kirchenraum politisch Engagierten nicht mit primär religiösen Menschen zu tun hatte, sondern das die günstige Gelegenheitsstruktur (oft die einzige Struktur, die in Opposition zum politischen Regime der SED zur Verfügung stand) politisch engagierte Bürgerinnen angezogen hatte.

Letztere entfernten sich nach 1989 genauso von den Kirchen, wie sich der politische Diskurs in die klassische Parteienpolitik hinein verlagerte. Der Einfluss der Kirchen beschränkt sich in Sachsen heute vor allem auf strukturell ausgehandelte Staat-Kirchen-Verträge oder, über das Weiterwirken von Personen mit einem kirchlich-religiösem Hintergrund im politischen Spektrum, auf die persönliche Ebene. Dies bedeutet kein Ende des in den Gemeinden auffindbaren ‚zivilgesellschaftlichen Engagements‘.

Das Engagement veränderte seine Zielrichtung und soziale und sozialpolitische Fragen rückten in den Vordergrund. Neben den guten Gelegenheitsstrukturen bestärkt die Kompatibilität zwischen christlichen Überzeugungen und sozialem Handeln dieses Engagement, wie es heute z.B. in der Beteiligung von Kirchenmitgliedern in der Flüchtlingshilfe sichtbar wird.

Demokratieprobleme und Islamskepsis als aktuelle Herausforderung

Seit kurzer Zeit steht die Demokratie in Sachsen einer neuen Herausforderung gegenüber. Mit der Ausweitung religiöser Pluralisierung und der Wahrnehmung des Islam als potentiell Ursprung weltweiter Konflikte, kam es zu zivilgesellschaftlichen Abwehrbewegungen, die mittlerweile auch ihren Ausdruck in der Parteienlandschaft finden. Diese Entwicklungen finden sich deutschlandweit, besitzen aber in Sachsen – und dort speziell in Dresden – einen regionalen Schwerpunkt, der sich mit der Bewegung Pegida sowie den überdurchschnittlichen Wahlerfolgen der AfD verbinden lässt.



Unter Verweis auf demokratische Freiheitsrechte und nationale Selbstbestimmung werden öffentlich Positionen propagiert, die sich gegen Zuwanderung und Integration sowie Mitglieder einer spezifischen Glaubensgemeinschaft wenden. Unter Aufnahme von in der Bevölkerung bestehenden Ängsten hinsichtlich einer ‚Überfremdung‘ durch muslimische Migrantinnen, einer von ihnen ausgehenden Terrorgefährdung sowie Verlustängsten mit Blick auf persönlichen Wohlstand und kulturelle Eigenheit, werden rigide Abschottungsmaßnahmen gefordert. Die jüngsten ‚Flüchtlingswellen‘ sowie einzelne Ereignisse, wie die Übergriffe überwiegend marokkanischer junger Männer in Köln auf Frauen oder jugendlicher Flüchtlinge auf Passantinnen in Amberg, befördern die Rigidität dieser Forderungen.

Dabei werden in der Bevölkerung verbreitete gruppenbezogene Vorurteile und Vorbehalte gegenüber Muslimen, die durch eine stark negative Medienpräsenz des Islam und von Musliminnen verstärkt wurden, durch rechtspopulistische Mobilisierung kanalisiert. So besaßen in repräsentativen Umfragen 2010 drei von fünf Ostdeutschen eine negative Haltung zu Musliminnen und im Bertelsmann Religionsmonitor 2013 fühlten sich ein gleich hoher Anteil von Ostdeutschen (bzw. auch Sächsinen) durch den Islam bedroht.^[7] Unabhängig von der Berechtigung dieser Ängste besteht somit ein beachtliches Potential, welches mit der Konzentration auf speziell muslimische Immigration mobilisiert werden kann. Entsprechend forderten 2018 44% der Deutschen und eine vergleichbare Zahl an Sachsen eine grundsätzliche Untersagung muslimischer Zuwanderung nach Deutschland.^[8]

Dieses öffentliche Meinungsbild wird derzeit von rechtspopulistischen Bewegungen genutzt. Auch rechtsextreme Gruppierungen, welche die Ängste mit nationalistischen, ethnozentristischen und rassistischen Positionen verzahnen, sehen sich zu einer stärkeren

öffentlichen Präsenz ermutigt. Selbst wenn auf die Zahl der Einwohnerinnen in Sachsen gerechnet die Beteiligungsraten bei den entsprechenden Demonstrationen gering sind und auch die Wählerschaft der AfD immer noch eine Minderheit darstellt, hat sich ein grundsätzliches Problem in der sächsischen politischen Kultur etabliert, welches sich in einer Polarisierung zwischen den Zuwanderern zugewandten und sie teils rigide ablehnenden Personengruppen ausdrückt.

Diese scheint sich in jüngerer Zeit zu verstärken. So wichtig es ist, die Befürchtungen der Bürgerinnen ernst zu nehmen, so konsequent gilt es seitens der Politik und der Zivilgesellschaft gegenüber jenen zu sein, die selbst demokratische Regeln verletzen (sei es verbal oder durch Brandanschläge). Als zentrales Problem erweist sich die Undifferenziertheit in der Diskussion, sei es in der Betrachtung der religiösen Zugehörigkeit, sei es in der Differenzierung zwischen Islamkritik und Muslimfeindlichkeit.

Insgesamt kann man die Entwicklung Sachsens als eine Erfolgsgeschichte der Etablierung demokratischer Werte ansehen, welche in jüngerer Zeit auch auf der Ebene politischer Handlungen einen für die Demokratie in Teilen bedenklichen Niederschlag erfährt.

Fazit – Herausforderungen für die Demokratie in Sachsen und für die christlichen Kirchen

Die aktuellen Entwicklungen fordern die christlichen Kirchen zu Stellungnahmen und zu Selbstvergewisserungsprozessen heraus. Wie in der sächsischen Bevölkerung sind auch die sächsischen Gläubigen hinsichtlich ihrer politischen Überzeugungen gespalten oder zumindest unterschiedlicher Meinung. So wichtig es ist dieser Pluralität der Meinungen durch Ausgewogenheit im Diskurs Rechnung zu tragen, so bedeutsam ist es eine klare Stellung mit Bezug zu christlichen Grundprämissen zu beziehen. Aspekte wie Nächstenliebe, Toleranz und Gewaltfreiheit sind nicht zu hintergehende christliche Botschaften, die für Mitglieder einer christlichen Kirche bindend sind. Dies schließt eine generell offene Haltung zu anderen Religionen, deren Mitgliedern und Flüchtlingen ein. Es ist notwendig, ihnen offen und helfend zu begegnen und nicht mit Ablehnung und Zurückweisung. Letzteres entspricht nicht der christlichen Botschaft. Es ist eine wichtige Aufgabe aller Teile der Kirche, Diskussion und Dialog zu bestärken und zu organisieren.

Man sollte diesen Appell aber nicht falsch verstehen. Gewalt, verbale oder tätliche, ist nicht zu akzeptieren, egal von wem sie kommt. Sowohl Gewalt seitens von Geflüchteten und Menschen anderen Glaubens als auch von ‚besorgten Bürgern‘ ist zu verurteilen. Hier muss in erster Linie der Rechtsstaat dafür sorgen, dass keine rechtsfreien Räume entstehen. Auch die Erfüllung einer solchen Aufgabe ist übrigens Kernbestandteil von Demokratie (Rechtsstaatlichkeit und soziale Ordnung). Kirchen und ihren Mitgliedern kommt die Aufgabe zu, Ängste und Besorgnisse bei ihren Mitgliedern, Mitbürgerinnen und Immigranten zu mildern und sich konstruktiv mit ihnen zu beschäftigen. Angesichts der aufgeheizten Stimmungslage wird dies eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Gleichwohl ist sie eine notwendige Aufgabe.

Sie stellt sich speziell für die Christinnen und deren institutionellen Vertretern. So ist das zentrale Zuweisungsmerkmal für die, die man zurückweisen möchte ein religiöses, die Zugehörigkeit zum Islam. Bereits einmal, vor 1945 wurden Zuweisungen von Personengruppen in ähnlicher Weise vorgenommen. Eine solche Fremdzuschreibung und Zuweisung sollte also jeder Bürgerin einer Demokratie zu denken geben. An dieser Stelle muss sich auch das Christentum fragen, wie zukunftstauglich es in der Bürgergesellschaft ist und welche Werte es heute noch vertritt. Toleranz, Nächstenliebe und Offenheit sollten hierbei vor auf Sicherheit und Verteidigung gerichteten Werten stehen. Angesichts des großen zivilgesellschaftlichen Engagements im Umfeld der Kirchen muss einem in diesem Punkt vielleicht nicht so bange sein. Aber das Verhältnis zu anderen Religionen überhaupt gilt es angesichts dessen noch einmal zu durchdenken. Insofern ist die jüngere Entwicklung der Demokratie in Sachsen mit Herausforderungen für das Christentum und die christlichen Kirchen verbunden, die diese nicht ignorieren können und dürfen.

[1] vgl. Popper (1957)

[2] vgl. Pollack / Pickel (1998) S. 9-23

[3] vgl. Pickel (1992) S. 330-358

[4] vgl. Pickel (2016) S. 45-74

[5] vgl. Pickel / Pickel (2019), i.E.; Berechnungen Sachsenmonitor 2016-2018

[6] vgl. Pickel (2018) S. 61-68

[7] vgl. Pickel (2015) S. 19-56

[8] vgl. Pickel / Yendell (2018) S. 217-243; Berechnungen Sachsenmonitor 2016-2018

*„Gewalt, verbale
oder tätliche,
ist nicht zu
akzeptieren,
egal von wem
sie kommt.“*

DAS ABENDLAND VERTEIDIGEN?

Vom christlichen Umgang mit religiöser Pluralität

■ Harald Lamprecht

Die Angst vor der fremden Religion

Die alltägliche Begegnung mit Menschen anderer Religion ist für viele Bürgerinnen in Sachsen nicht der Normalfall. Insbesondere der Islam ist vielen fremd, und es gibt nur wenige Menschen mit persönlichen Kontakten zu Muslimen. Deshalb werden die medial vermittelten Schreckensbilder von den Grausamkeiten des ‚Islamischen Staates‘ meist nicht durch eigene Erfahrungen abgefedert. Sie erzeugen vielmehr ein Bild ‚des‘ Islam, das vorwiegend von Gewalt und Terror geprägt ist. Diese Situation machen sich rechtsextreme und zunehmend auch rechtspopulistische Gruppen zunutze, indem sie die Islamangst gezielt schüren und für ihre Zwecke instrumentalisieren. Die vorhandene Angst vor dem Fremden wird bewusst verstärkt und auf einer religiösen Ebene gerechtfertigt, indem ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen einer ‚christlich-abendländischen‘ und der ‚islamisch-arabischen‘ Kultur dargestellt wird.

Auch manche engagiert christlichen Kreise sind mitunter auf eine solche Argumentation ansprechbar. Weil die andere Religion eine für falsch geglaubte Lehre vertritt, wird eine wachsende Präsenz ihrer Mitglieder im eigenen Umfeld als Bedrohung gesehen. Das gilt umso mehr, wenn der anderen Religion eine missionarische Kraft und Ausstrahlung zugekraut wird, welche die der eigenen Religion übersteigen könnte. Aus dieser Angst heraus wird nicht erkannt, welche Chancen auch für das eigene Glaubenszeugnis in einem offenen Austausch und einer gewinnenden Begegnung liegen. Solche Beobachtungen können den Eindruck erwecken, die Religionen würden aus Prinzip und grundsätzlich Konflikte zwischen Angehörigen verschiedener Glaubensüberzeugungen erzeugen bzw. verschärfen. Es mehren sich die Stimmen in der Gesellschaft, die schon in der Existenz konkurrierender Wahrheitsansprüche eine Quelle für Krieg und Gewalt sehen wollen. In dem Verzicht auf Religion oder zumindest ihrer Zurückdrängung aus dem öffentlichen

Leben wird darum mitunter ein Heilmittel gesucht, um derartigen Konflikten keine Nahrung zu geben. Vor diesem Hintergrund ist es unverzichtbar, eine Reihe von Fragen zu klären: Wie steht das Christentum zu der Tatsache, dass Menschen mit anderen Glaubensüberzeugungen unter uns leben? Welche Rolle spielt die religiöse Toleranz? Und welche Position nimmt das Christentum zur Religionsfreiheit ein?

Wie entsteht Glaube?

Im christlichen Verständnis ist ‚Glaube‘ nicht einfach ein Fürwahrhalten von bestimmten Lehrsätzen. Zwar ist es durchaus hilfreich und nützlich, wesentliche Inhalte der Bibel zu kennen. Noch besser ist es, wenn dem auch zugestimmt wird, dass es sich tatsächlich so verhält, dass es einen Gott gibt und dieser das Wohl der Menschen beabsichtigt. Entscheidend ist aus christlicher Sicht aber nicht das Wissen, sondern das Vertrauen, das den Glauben erst mit Leben erfüllt. Dies ist eine zutiefst persönliche Angelegenheit. Martin Luther erklärte dazu: *„[...] einen Gott haben heißt also nichts anderes, als ihm von Herzen vertrauen und glauben [...] Woran du nun ... dein Herz hängt und [worauf du dich] verlässest, das ist eigentlich dein Gott.“^[1]*

Nun kann man zwar Wissen lehren. Aber Vertrauen kann man nicht befehlen. Vertrauen erschließt sich als innere Gewissheit, obwohl es sich nicht auf Garantien oder sichere Beweise stützen kann. Das bedeutet für die Weitergabe des Glaubens, dass diese zwar vorbereitet werden kann. Insofern ist das Glaubenszeugnis anderer Menschen unverzichtbar. Ob aber ein Mensch diese Gewissheit des Glaubens im eigenen Herzen gewinnt, die das Wagnis des Vertrauens rechtfertigt, das ist nicht verfügbar. Diese Form des Glaubens – und auf die kommt es im Christentum eigentlich an – ist nicht durch die beste Missionsmethode der Welt zu erzeugen. Sie bleibt immer ein Geschenk und eine Gabe des Heiligen Geistes. Man kann es auch weiter formulieren: Es ist geradezu ein Wesensmerkmal religiöser Überzeugung, dass ihre innere Plausibilität nicht von außen erzeugt werden kann. Sie erschließt sich ihrer Trägerin oder sie tut es nicht – ob es aber geschieht, ist keine unmittelbare Frage von Logik oder Intellekt oder Überzeugungskraft oder einer Willensanstrengung. Glaube kann nicht einfach ‚gemacht‘ werden. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass wahrer Glaube im Sinn von Vertrauen sich nur in Freiheit bilden kann. Mit äußerem Zwang, materiellen Anreizen, sozialem Aufstieg etc. lässt sich zwar äußerlich konformes Verhalten erwirken, nicht aber der Glaube. Das Wesen des Glaubens ernst nehmen heißt, seine Unverfügbarkeit zu akzeptieren.

Vom Wesen der Toleranz

Im Bereich der Technik ist ‚Toleranz‘ die Bezeichnung für ein Maß, nämlich für den Betrag der erlaubten Abweichung vom Idealmaß. Weil auch die exakteste Maschine keine 100% Genauigkeit erreicht, ist jedes Maß eines Werkstücks mit einem Toleranzbereich behaftet. Innerhalb dessen kann eine Abweichung geduldet werden, weil das Miteinander der Teile dennoch funktioniert, um den jeweiligen Zweck zu erreichen. Dieser Toleranzbereich ist bei einem Herzschrittmacher geringer als bei einer Sägeübung an der Grundschule. Aber bei beiden gilt: Toleranz gibt es nur, wo es auch ein Maß gibt. Wo alles egal ist, erübrigt sich Toleranz. Zum Wesen der Toleranz gehört vom Begriff her auch, dass nicht alles toleriert werden kann, denn außerhalb des Toleranzbereiches ist die Funktionalität nicht mehr gegeben.

Als abstrakter Begriff ist Toleranz an sich weder gut noch schlecht. Für sich genommen kann sie weder einen Fehler noch ein Ideal darstellen, denn es kommt immer ganz darauf an, was und in welchem Rahmen toleriert werden soll. Korruption verdient ebenso wenig Toleranz wie eine rechtsextreme Gesinnung. In Bezug auf die Kleiderordnung ist die Toleranz bei Lehrkräften an der Schule üblicherweise größer als bei Mitarbeitenden einer Bankfiliale. Grenzenlos ist sie bei beiden nicht. Was für Werkstoffe und für den zwischenmenschlichen Bereich gilt, lässt sich auch auf die Religionen übertragen. Wo die Religion egal ist, gibt es keine Toleranz, sondern Gleichgültigkeit. Religiöse Toleranz ist daher nicht – wie es oft geschieht – mit religiöser Indifferenz zu verwechseln. Toleranz entsteht dort, wo etwas nicht dem eigenen Ideal entspricht. Beim Zusammentreffen von verschiedenen Religionen ist das zwangsläufig der Fall. Wo gefordert wird, die Religionen sollten um des friedlichen Zusammenlebens willen auf ihre Wahrheitsansprüche verzichten, ist dies weder sinnvoll, noch realistisch, denn der Anspruch auf Wahrheit gehört zum Wesen der Religionen. Zudem gilt es zu sehen: Eine solche Forderung schafft die Toleranz ab, denn es macht sie unnötig. Wo kein Maß ist, gibt es keine Toleranz.

„Wo die Religion egal ist, gibt es keine Toleranz, sondern Gleichgültigkeit.“

Die Forderung nach Verzicht auf Wahrheitsansprüche ist gerade deshalb so beliebt, weil echte Toleranz schwer ist. Toleranz bedeutet ein Ertragen der Andersartigkeit des Anderen. Wenn die Andere nicht anders bleiben darf, sondern mir gleich werden muss, damit ich sie ertrage, brauche ich keine Toleranz mehr. Eine solche Form religiöser Indifferenz wäre aber gerade keine Hilfe für ein friedliches Zusammenleben, denn sie leugnet die Spannungen, statt Wege zu suchen und zu erproben, um mit ihnen leben zu können. Re-

Religiöse Toleranz kann daher definiert werden als Verzicht auf jede Form von Gewalt und Zwang gegenüber Angehörigen anderer Religionen, obwohl deren Glaubensüberzeugung gerade nicht geteilt wird. Das Gespräch über die jeweiligen Glaubensüberzeugungen und das Werben für die eigene Religion ist mit der Toleranz keineswegs abgeschafft, sondern erst ermöglicht. Mit einer Position der Gleichgültigkeit wäre das Glaubensgespräch sinnlos, ohne Toleranz hingegen hätte es keinen Raum. Religiöse Toleranz ist so gesehen eine wesentliche Voraussetzung für Religionsfreiheit. Das gilt in besonderem Maß im Blick auf moderne pluralistische Gesellschaften, wo Angehörige unterschiedlicher Religionen dicht beieinander wohnen.

Religiöse Toleranz und Religionsfreiheit

Aber warum sollte ich – wenn ich von der Richtigkeit des eigenen Glaubens überzeugt bin – überhaupt religiös tolerant sein? Bedeutet dies doch in der Konsequenz, dass ich die Verbreitung eines Irrtums fördere, indem ich ihn nicht verhindere, wo es mir möglich wäre. Die Antwort ist klar: Um der Freiheit willen. Wenn ein religiöser Glaube echt sein und nicht auf Heuchelei beruhen soll, muss seine Annahme frei sein. Deshalb ist die Existenz verschiedener Religionen ein notwendiger Ausdruck der Freiheit, die Gott den Menschen lässt – denn er selbst zwingt niemanden zu einem bestimmten Glauben. In diesem Sinn erklärte auch der Rat der EKD: *„Die evangelische Kirche nimmt den Pluralismus der Religionen und Weltanschauungen nicht nur als ein äußerliches Faktum hin, mit dem man in modernen Gesellschaften eben rechnen müsse. Sie bejaht ihn vielmehr aus grundsätzlichen Überlegungen und aus ihrer eigenen Sache heraus. [...] Da der christliche Glaube eine je eigene individuelle Gewissheit ist, kann er nicht verantwortlich vertreten werden, ohne das Recht divergierender religiöser Überzeugungen und damit das Recht des religiösen Pluralismus anzuerkennen und zu stärken.“*^[2] Zur Freiheit des eigenen Glaubens gehört die Freiheit der Anderen untrennbar dazu. Eine Religion, die meint, Zwang zu brauchen, um sich zu verbreiten, hat nicht verdient, dass sie verbreitet wird. Daher ist die Religionsfreiheit ein Menschenrecht. Sie hat im deutschen Grundgesetz einen sehr hohen Rang und kann nicht einfach durch Gesetze eingeschränkt werden, weil sie zu den wesentlichen Grundwerten einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft gehört.

Die Religionsfreiheit hat untrennbar zwei mitunter gegensätzliche Ausprägungsrichtungen, die in Balance gehalten werden müssen: Zum einen die aktive Religionsfreiheit, den eigenen Glauben aktiv allein und in Gemeinschaft, privat

und öffentlich leben zu können. Zum anderen gehört ebenso dazu die passive Religionsfreiheit, nicht zu einer fremden Religionsausübung gezwungen werden zu dürfen. Zur aktiven Religionsfreiheit gehört auch das Recht zur Weitergabe des Glaubens (Mission), zur passiven Religionsfreiheit das Überwältigungsverbot, dass jede Form von Gewalt, Druck, Zwang oder materiellen Anreizen zur Konversion ausschließt.



In der Praxis ist es nicht immer einfach, diese Balance zwischen aktiver und passiver Seite der Religionsfreiheit zu halten. Die Präsenz von Lebensäußerungen der Religionen im öffentlichen Raum auch in Form von Symbolen und rituellen Handlungen ist – weil Ausdruck der aktiven Religionsfreiheit – auch Nichtmitgliedern zum Ertragen (Toleranz) zuzumuten. Umgekehrt findet auch die aktive Religionsfreiheit dort ihre Grenze, wo Grundrechte anderer betroffen sind.

Mission & Respekt: Christliche Prinzipien des Umgangs mit anderen Religionen

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat gemeinsam mit dem päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog und der Weltweiten Evangelischen Allianz einen Verhaltenskodex für die christliche Begegnung mit anderen Religionen erarbeitet.^[3] Mit diesem Herausgeberkreis ist das Dokument von einer nie zuvor da gewesenen ökumenischen Breite getragen. Unter dem Titel „Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt“ befasst es sich mit den Grundlagen und Prinzipien der christlichen Mission. Diese ist von den beiden in der Präambel genannten Grundlagen bestimmt:

- 1.) *„Mission gehört zutiefst zum Wesen der Kirche. Darum ist es für jeden Christen und jede Christin unverzichtbar, Gottes Wort zu verkünden und seinen/ihren Glauben in der Welt zu bezeugen.“*
- 2.) *„Es ist jedoch wichtig, dass dies im Einklang mit den Prinzipien des Evangeliums geschieht, in uneingeschränktem Respekt vor und Liebe zu allen Menschen.“*

Diese beiden Pole, die sich wie ein roter Faden durch das Dokument ziehen, können auch als Ausdruck der beiden Seiten der Religionsfreiheit (aktiv und passiv) gelesen werden. Konkret bedeutet dies, dass das Bemühen um Weitergabe des Glaubens unaufgebbar zum christlichen Glauben gehört. Jede Forderung nach pauschalem Verzicht darauf beschneidet die aktive Religionsfreiheit in unangemessener Weise. Dies gilt übrigens gegenüber allen Religionen. Für die Akzeptanz geht es nicht um das ‚ob‘, sondern um das ‚wie‘ der Mission. Ausgeschlossen sind hingegen Arroganz, Herablassung und Herabsetzung anderer, die Ausnutzung von Armut und Not und jede Form von Gewalt und ungerechter Diskriminierung. Ebenfalls geht es darum, dass kein falsches Zeugnis über andere Religionen abgelegt wird. Vor aller Kritik muss das Bemühen stehen, den Glauben und der Glaubenspraxis Anderer zu kennen und zu verstehen. Wo diese Prinzipien beachtet werden, sind die Religionen kein Hindernis, sondern eine Hilfe in der Begegnung von Kulturen. Dann können sie einen wichtigen Beitrag zur interkulturellen Verständigung und zum friedlichen Umgang der Menschen miteinander leisten.

Die Verteidigung der oft beschworenen ‚Werte des Abendlandes‘, wie Religionsfreiheit, Respekt, Rücksichtnahme, Solidarität und Gerechtigkeit, geschieht in erster Linie dadurch, dass sie von uns selbst beachtet und gelebt werden. Nur dann werden sie ihre Ausstrahlung und Überzeugungskraft behalten.

„Für die Akzeptanz geht es nicht um das ‚ob‘, sondern um das ‚wie‘ der Mission.“

[1] VELKD (Hrsg.): *Unser Glaube* (2000) S. 595f.

[2] Rat der EKD: *Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive* S. 19

[3] *Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt*

GUTES REGIEREN – BIBLISCHE PERSPEKTIVEN

Good governance – according to the Bible

■ Uwe-Karsten Plisch

In der Bibel ist von Demokratie nicht die Rede. Die kurze Blüte der attischen Demokratie ist am entlegenen (von Athen aus gesehen) Israel spurlos vorübergegangen. Das kleine Israel war vielmehr stets von mächtigen orientalischen Königreichen umsäumt – Ägypten im Westen, Assur, Babel und Persien im Osten, Syrien im Norden. Das römische Reich tritt am Ende nicht als Republik in den Horizont des Judentums, sondern als weltbeherrschendes Kaiserreich.

Immerhin: das Herzstück der athenischen Demokratie, die Volksversammlung, heißt auf Griechisch ‚ekklesia‘. Im Neuen Testament bezeichnet ‚ekklesia‘ dann zunächst die christliche Gemeinde und nimmt schließlich die Bedeutung ‚Kirche‘ an. Was natürlich nicht heißt, dass es in der Kirche stets demokratisch zugegangen wäre oder dass ‚Kirche‘ der politischen Herrschaftsform ‚Demokratie‘ immer aufgeschlossen gegenüberstanden hätte. Im Gegenteil.

Gleichwohl lassen sich der Bibel Anregungen entnehmen, wie Staat und Gesellschaft zu gestalten wären, damit es all ihren Mitgliedern wohl gehe. Natürlich nicht im Sinne eines Handbuchs, dessen Anordnungen bloß zu befolgen wären – dies widerspräche schon dem dialogischen Charakter der Bibel. Von der ersten Seite an stehen hier unterschiedliche Traditionen neben- und gegeneinander, Herrschaftskritik trifft auf Hofberichterstattung, nationalreligiöser Fanatismus auf die Vision einer Völkerwallfahrt. Es kommt also darauf an, die roten Fäden ausfindig zu machen und sich an ihnen zu orientieren.

Befreiung

Der zentrale Gründungsmythos des Volkes Israel ist die Befreiung aus der ägyptischen Knechtschaft. Als ethnische Minderheit wurden die Hebräerinnen von der Mehrheitsgesellschaft unterdrückt und ausgebeutet: *„Man setzte Fronvögte über sie, die sie mit Zwangsarbeit bedrücken sollten. Und sie bauten dem Pharao die Städte Pitom und Ramses als Vorrats-*



Gespräche beim Fachtag ‚Nächstenliebe-Polizei-Gesellschaft‘ 2018 in Bautzen

städte. Aber je mehr sie das Volk bedrückten, desto stärker mehrte es sich und breitete sich aus. Und es kam sie ein Grauen an vor Israel. Da zwangen die Ägypter die Israeliten unbarmherzig zum Dienst und machten ihnen ihr Leben sauer mit schwerer Arbeit in Ton und Ziegeln und mit mancherlei Frondienst auf dem Felde, mit all ihrer Arbeit, die sie ihnen auflegten ohne Erbarmen.“ (Ex 1,11-14)

Man sieht: Die Unterdrückung einer ethnischen Minderheit geht leicht einher mit der Angst vor Überfremdung und mündet in noch größere Unterdrückung. Ein Übermaß an Unterdrückung führt zu Aufruhr. Aus dieser Erfahrung heraus ergeben sich für Israel überraschende, weil keineswegs selbstverständliche, soziale Konsequenzen. Bei der Wiederholung der zehn Gebote am Ende der Thora wird das Sabbatgebot (anders als in Ex 2) nicht mit der Schöpfung, sondern mit der ägyptischen Unterdrückungserfahrung begründet:

„Den Sabbattag sollst du halten, dass du ihn heiligest, wie dir der HERR, dein Gott, geboten hat. Sechs Tage sollst du arbeiten und alle deine Werke tun. Aber am siebenten Tag ist der Sabbat des HERRN, deines Gottes. Da sollst du keine Arbeit tun, auch nicht dein Sohn, deine Tochter, dein Knecht, deine Magd, dein Rind, dein Esel, all dein Vieh, auch nicht dein Fremdling, der in deiner Stadt lebt, auf dass dein Knecht und deine Magd ruhen gleichwie du. Denn du sollst daran denken, dass auch du Knecht in Ägyptenland warst und der HERR, dein Gott, dich von dort herausgeführt hat mit mächtiger Hand und ausgerecktem Arm. Darum hat dir der HERR, dein Gott, geboten, dass du den Sabbattag halten sollst.“ (Dtn 5,12-15)

Die Sieben-Tage-Woche mit einem arbeitsfreien Ruhetag ist vielleicht das größte Geschenk Israels an die Menschheit und sollte auch in demokratischen Gesellschaften nicht leichtfertig preisgegeben werden.

Gerechtigkeit und Frieden

Zu den roten Fäden, die sich durch die gesamte Bibel ziehen, gehören neben Befreiung auch Gerechtigkeit und Frieden, die, aus gutem Grund, häufig zusammengedacht werden. Der biblische Schalom ist mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg; er beinhaltet vielmehr die göttliche Verheißung eines umfassenden Heilszustandes, der Gerechtigkeit einschließt. Zu denken wäre an die prophetischen Verheißungen in Jesaja 2 und Micha 4, dass die „*Schwerter zu Pflugscharen und die Spieße zu Sicheln*“ umgeschmiedet werden, „*und man hinfort nicht mehr lernen werde, Krieg zu führen*“, oder die (uneingelöste) Vision der Völkerwallfahrt in Jesaja 60. Wirklicher Friede ist ohne Gerechtigkeit nicht zu haben, Gerechtigkeit nicht ohne Frieden, wie es exemplarisch in Psalm 85 ausgedrückt ist:

*„... dass Güte und Treue einander begegnen,
Gerechtigkeit und Friede sich küssen;
dass Treue auf der Erde wachse
und Gerechtigkeit vom Himmel schaue;
dass uns auch der HERR Gutes tue
und unser Land seine Frucht gebe;
dass Gerechtigkeit vor ihm her gehe
und seinen Schritten folge.“*
(Ps 85,11-14)

Mit der Seligpreisung der ‚Friedensmacher‘ (Mt 5,9) und der Seligpreisung derer, die „*hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit*“ (Mt 5,6) in der Bergpredigt verknüpft auch Jesus die Themen Gerechtigkeit und Frieden. Oft ist es Sache der Propheten, für die Belange der schwächsten, am stärksten benachteiligten Glieder des Gemeinwesens, Witwen, Waisen und Fremdlinge, einzutreten. Gelegentlich nehmen es starke Frauen wie Ruth oder Thamar (Gen 38) aber auch selbst in die Hand, sich Recht zu verschaffen.

Einhegung der Macht

Zu den Grundpfeilern moderner Demokratien gehört das Prinzip der Gewaltenteilung. Dieses Prinzip gibt es in antiken Königreichen nicht. Dort fungiert der König als Garant des Rechts (oder auch nicht). Als König David einen Auftragsmord an einem seiner Soldaten befiehlt (2. Sam 11,14-15), um dessen Frau seinem Harem einzuverleiben, tritt ihm anschließend Nathan mutig entgegen und überführt ihn seiner Schuld. Ebenso tritt Elia König Ahab entgegen, der Nabot ermorden ließ, um seinen Weinberg zu rauben, und

macht das Verbrechen öffentlich (1. Kön 21). Die Kirche, die doch so gern am Katzentisch der Macht Platz nimmt, hat das ‚prophetische Wächteramt‘ immer wieder für sich reklamiert, doch scheint hier Zurückhaltung geboten: (Individueller) prophetischer Widerstand richtete sich stets gleichermaßen gegen die Willkür der Mächtigen wie gegen die Zumutungen institutionalisierter Religion, sofern sie Teil des Machtgefüges war.

„Darum, weil ihr die Armen unterdrückt und nehmt von ihnen hohe Abgaben an Korn, so sollt ihr in den Häusern nicht wohnen, die ihr von Quadersteinen gebaut habt, und den Wein nicht trinken, den ihr in den feinen Weinbergen gepflanzt habt. Denn ich kenne eure Freveltaten, die so viel sind, und eure Sünden, die so groß sind, wie ihr die Gerechten bedrängt und Bestechungsgeld nehmt und die Armen im Tor [dem Ort der Rechtsprechung] unterdrückt. Darum muss der Kluge zu dieser Zeit schweigen; denn es ist eine böse Zeit. ... Ich bin euren Feiertagen gram und verachte sie und mag eure Versammlungen nicht riechen. Und wenn ihr mir auch Brandopfer und Speisopfer opfert, so habe ich kein Gefallen daran und mag auch eure fetten Dankopfer nicht ansehen. Tu weg von mir das Geplärr deiner Lieder; denn ich mag dein Harfenspiel nicht hören! Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“ (Am 5,11-13.21-24).

Politische Auftragsmorde kommen natürlich auch in modernen Demokratien vor, etwa als der vorherige US-Präsident zur Sicherung seiner Wiederwahl die Tötung eines Top-Terroristen anordnete.^[1] Warum während des Münchner NSU-Prozesses drei wichtige Zeugen verstorben sind, ist bislang ungeklärt.^[2] Wo die Justiz an ihre Grenzen stößt, wäre es in der Tat Sache weiterer Gewalten, der Medien oder eben der Kirchen, zumindest Öffentlichkeit herzustellen.

Ethnische Homogenität vs. Pluralität

Auch in der Bibel konkurriert das Konzept ethnischer Homogenität zur Sicherung eines stabilen Gemeinwesens mit dem Konzept von kultureller und ethnischer Vielfalt. Für das erste Konzept steht exemplarisch das Buch Nehemia, als fiktive Autobiografie Nehemias literarisch ein Höhepunkt, als nationalreligiöses Manifest theologisch ein Tiefpunkt biblischer Überlieferung. Nehemia, Vertriebenenknecht in x-ter Generation, als Mundschenk am persischen Königshof in gehobener Vertrauensstellung, kehrt, ausgestattet mit königlichen Vollmachten, als religiöser Nationalist heim nach Jerusalem. Dort, in der unbefestigten Stadt, die Nehemia noch nie gesehen hat, leben längst unterschiedliche Völker, Ammoniter, Horoniter,



Araber und Juden, friedlich nebeneinander. Heimlich, gegen den Willen der ortsansässigen Autoritäten, beginnt Nehemia, zunächst mit dem Mauerbau und anschließend mit ethnischen Säuberungen.

„Und als ich nach Jerusalem kam und drei Tage da gewesen war, machte ich mich in der Nacht auf und wenige Männer mit mir ... und forschte genau, wo die Mauern Jerusalems eingerissen waren und die Tore vom Feuer verzehrt. ... Und die Ratsherren wussten nicht, wohin ich gegangen war und was ich gemacht hatte; denn ich hatte bis dahin den Juden, nämlich den Priestern, den Vornehmen und den Ratsherren und den andern, die am Werk arbeiten sollten, nichts gesagt. ... Als das [den geplanten Mauerbau] aber Sanballat, der Horoniter, und Tobija, der ammonitische Knecht, und Geschem, der Araber, hörten, verspotteten und verhöhnten sie uns und sprachen: Was ist das, was ihr da macht? Wollt ihr von dem König abfallen? Da antwortete ich ihnen: Der Gott des Himmels wird es uns gelingen lassen; denn wir, seine Knechte, haben uns aufgemacht und bauen wieder auf. Für euch gibt es keinen Anteil, kein Anrecht noch Gedenken in Jerusalem.“ (Neh 2,11-20)

„Zu dieser Zeit sah ich auch Juden, die sich Frauen genommen hatten aus Aschdod, Ammon und Moab. [...] Und ich schalt sie und fluchte ihnen und schlug einige Männer und packte sie bei den Haaren und beschwor sie bei Gott: Ihr sollt eure Töchter nicht ihren Söhnen geben noch ihre Töchter für eure Söhne oder euch selbst nehmen. So reinigte ich sie von allem Ausländischen.“ (Neh 13,23.25.30)

Die Bibel setzt diesem Konzept das aus der gleichen Zeit stammende Buch Ruth entgegen: Die Moabiterin Ruth folgt ihrer jüdischen Schwiegermutter nach Israel und sucht sich dort unter den männlichen Verwandten einen Ernährer. So wird sie zur Urgroßmutter des großen Königs David, dem König Israels schlechthin. Der Evangelist Matthäus führt sie und weitere Ausländerinnen in seinem Stammbaum als Ahnfrauen Jesu – nicht als biografische Randnotiz, sondern als Teil eines geschichtstheologischen Programms (Mt 1).

Wählen und Losen

Freie und geheime Wahlen sind ein weiterer Grundpfeiler moderner Demokratien. Gewählt wurde gelegentlich auch in biblischer Zeit, etwa wenn das Volk Abimelech zum König ernennt (Ri 9) oder der designierte König zumindest der Akklamation des Volkes bedarf (1 Sam 10 mit vorausgehender Grundsatzkritik am Prinzip der Königsherrschaft in 1 Sam 8). Selbstverständliches Mittel politischer Willensbildung waren Wahlen in biblischer Zeit freilich nicht. Dafür kennt die Bibel, wie allgemein der Alte Orient und die Spätantike, noch ein weiteres, heute aus der Mode gekommenes, aber bedenkenswertes Instrument der Entscheidungsfindung: das Los. Nach dem Tod des Judas wollte z.B. die Jerusalemer Urgemeinde den Zwölferkreis wieder vervollständigen. Dazu bestimmte man – nach konkreten Kriterien – zwei geeignete Kandidaten, die Entscheidung fiel dann aber nicht durch (offene oder geheime) Wahl, sondern durch Losentscheid.

„So muss nun einer von diesen Männern, die bei uns gewesen sind die ganze Zeit über, als der Herr Jesus unter uns ein- und ausgegangen ist ... mit uns Zeuge seiner Auferstehung werden. Und sie stellten zwei auf: Josef, genannt Barsabbas, mit dem Beinamen Justus, und Matthias, [...] Und sie warfen das Los über sie und das Los fiel auf Matthias; und er wurde zugeordnet zu den elf Aposteln.“ (Apg 1,21-26)

Gerade bei Personalentscheidungen hat dieses Verfahren große Vorteile. Das Vorhandensein mehrerer geeigneter Kandidatinnen vorausgesetzt, ist die Entscheidung im Idealfall nicht von persönlichen Befindlichkeiten, Vorlieben oder machtpolitischen Konstellationen abhängig. Es gibt keine Verlierer, die durch ein niederschmetterndes Ergebnis für weitere Aufgaben ‚verbrannt‘ wären. Fähige Kandidaten stehen dann für andere Aufgaben zur Verfügung, persönliche Verletzungen halten sich in Grenzen. Die koptische Kirche praktiziert das Verfahren bis heute bei ihrer Papstwahl. Offensichtlich, weil es sich bewährt hat.

[1] Gemeint ist die am 2. Mai 2011 von US-Präsident Barack Obama befohlene Militäraktion, bei der Osama Bin Laden von Spezialeinheiten der Navy Seals in Abbottabad erschossen wurde.

[2] vgl. Hofer, Jan / Goergens, Matthias: Das reihenweise Sterben der NSU-Zeugen

MULTIKULTI IN DER EINWANDERUNGSGESELLSCHAFT?

Ein Blick aus praxisorientierter und diakonischer Sicht

■ Gerlinde Franke und Felix Kim

„Kultur ist das Vergnügen, die Welt zu verändern.“

Bertolt Brecht

„Multikulti, so wie es bisher gelebt wurde, ist organisierte Verantwortungslosigkeit.“

Seyran Ates

„I know that there are many ways/ To live there in the sun or shade“

Pet Shop Boys, Go West

Go East! Sachsen als Zuwanderungsgewinner

Begriffe der Migration begegnen uns im Alltag überall. Zum Beispiel wenn wir uns bewegen, genauer: durch Räume. Wir öffnen und wir schließen dabei Türen, die trennendes wie auch verbindendes Element gleichermaßen sind. Kommt es zu einer Notsituation, sind Türen gar als Fluchtweg gekennzeichnet. Ähnlich dem Modell einer Tür, welche entweder gedrückt oder gezogen werden kann, unterscheidet Franz Nuscheler bei der Erforschung von Wanderungsströmen zwischen push- und pull-Faktoren. Menschen weltweit werden u.a. durch Hungersnot, Krieg, Naturkatastrophen, repressive politische Systeme dazu gezwungen, ihr Heimatland zu verlassen (push). Faktoren wie wirtschaftliche Prosperität, etwa die Aussicht auf Arbeit oder mehr Lohn, oder einfach nur der Wunsch, geliebten Menschen nahe zu sein, können dahingegen anziehend wirken (pull).^[1]

Beiden Positionen liegt jeweils ein Bestreben zugrunde, das erfahrene Defizit ausgleichen zu wollen. Das Recht zur persönlichen Selbstverwirklichung^[2] stellt es jedem Menschen frei, dieser Sehnsucht zu folgen und den einen Ort zu verlassen, um an einem anderen Ort zu leben. Im Kern dient Migration (lat. migrare: wandern, reisen) als Oberbegriff für all jene Bewegungen, bei denen der Lebensmittelpunkt von Menschen an



einen anderen Ort verlagert wird. Die Vereinten Nationen definieren Migration als Aufenthalt in einem anderen als dem Herkunftsland von länger als einem Jahr.^[3] Migration ist nicht notwendigerweise eine Frage von Ländern, Grenzen, Kulturen oder Kontinenten. Zwar müssen ihre Ursachen und Auswirkungen in der Tat global betrachtet werden, gelegentlich hilft aber auch ein etwas kleinerer, differenzierter Blick.

Sachsen ist ein auf mehreren Ebenen von Migration geprägtes Bundesland. 2017 sind laut Statistischem Bundesamt 38.803 Ausländer zugezogen (2016: 45.403). Zugleich sind 24.346 Ausländerinnen wieder ins Ausland gegangen (2016: 28.879). Interessant ist, dass zwischen 2016 und 2017 die Zahl Deutscher, welche ins Ausland gingen, abgenommen und die Zahl Deutscher, welche aus dem Ausland nach Sachsen kamen, zugenommen hat (Zuzüge aus dem Ausland: 6.262 (2016: 4.901); Fortzüge nach dem Ausland: 9.426 (2016: 10.371)).^[4]

Offensichtlich gibt es pull-Faktoren, die Sachsen anziehend machen für mehrere Gesellschaftsgruppen. Dies bestätigt sich auch im Hinblick auf die Binnenmigration. Am 30. Januar 2019 gab das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung bekannt, dass, erstmals seit der Wiedervereinigung, mehr Menschen aus den alten in die neuen Bundesländer gezogen sind als umgekehrt.^[5]

Bis dahin waren etwa 1,2 Millionen Menschen aus dem Osten abgewandert. Zwar ist die Migration der 18-29-Jährigen gen Westen immer noch etwas größer, doch für alle anderen sozialen Gruppen ergibt sich ein positiver Saldo. Die Richtung der Binnenmigration in Deutschland scheint sich im Wandel zu befinden. Und Sachsen zählt, neben Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, zu den Zuwanderungsgewinnern.^[6]

Geert Mackenroth, seit 2014 Sachsens Ausländerbeauftragter, unterstreicht dies mit einigen statistischen Bonbons zur internationalen Zuwanderung:

- ▶ Immer mehr ausländische Studenten sind an sächsischen Hochschulen immatrikuliert. Im Wintersemester 2017/18 waren es 16.747 Personen (15,3 Prozent aller Studenten).
- ▶ Die Zahl ausländischer Ärzte steigt stetig. Ende 2017 waren 2.677 Mediziner aus 98 Nationen in Sachsen tätig (2016: 2.517 aus 94 Nationen).
- ▶ Ende 2016 sind mehr als 180 Staatsangehörigkeiten in Sachsen vertreten. Die größte Gruppe bilden Syrerinnen (11,4 Prozent) vor Polen (7,6 Prozent) und russischen Staatsbürgerinnen (6 Prozent). Weitere Nationalitäten sind u.a. Afghanen, Vietnamesinnen, Rumänen, Irakerinnen.^[7]

Multikulturalismus und Integration

Vor dem Hintergrund so vieler Menschen verschiedener Herkunft, die nicht nur ihre Traditionen und Werte mit nach Deutschland gebracht, sondern auch Eingang in die Strukturen unseres Systems gefunden haben, ließe sich zweifelsfrei von ‚Multikulti‘ sprechen. Und doch handelt es sich dabei um mehr als das Nebeneinander unterschiedlicher Kulturen. Klingt es zunächst nach dem hippen Lebensgefühl einer jungen, bunten Generation, ist die Vorstellung davon bisweilen auch negativ konnotiert: als Kampfbegriff für einen politisch nicht regulierten Raum, in dem, durch ein zu hohes Maß an Toleranz, Parallelgesellschaften und eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft entstehen können.

In diesem Zusammenhang werden oft Berlin-Neukölln, die Eisenbahnstraße in Leipzig oder andere Städte und Stadtbezirke genannt, wo ein hoher Anteil an zugewanderten Menschen lebt. Diese Orte sind dann sozialer Schwer- oder Brennpunkt. Bewohner beherrschen oft nur schlecht die deutsche Sprache und haben Probleme in der Schule. Daraus resultieren eine schlechtere Berufsperspektive und damit ein Nicht-Ankommen in der Mehrheitsgesellschaft.

‚Assimilation‘ (lat. *assimilatio*: Ähnlichmachung) bzw. ‚Integration‘ (lat. *integratio*: Wiederherstellung eines Ganzen) können als Gegenmodelle verstanden werden, da sie versuchen, zuvor selbständige Größen zu einer Einheit (Kulturnation) zusammenzuführen.^[8]

Der Sachsen-Monitor 2018 dokumentiert, dass große Teile der Bevölkerung den Verlust deutscher Kultur und Eigenart befürchten. Auch spielt die Schere zwischen Arm und Reich innerhalb wie außerhalb Sachsens eine zentrale Rolle.^[9] Daraus lässt sich schlussfolgern, dass viele Menschen eher Assimilation statt Integration wünschen, insbesondere die Anpassung der Ausländer an das deutsche Leitbild und den ökonomischen Anschluss von Ost- an Westdeutschland.^[10]

Sachsen hat mit 171.631 Ausländerinnen zum Jahresende 2016 (4,2 Prozent der Gesamtbevölkerung von 4,08 Millionen) einen vergleichsweise geringen Ausländeranteil.^[11] Dennoch sind Ressentiments stark verbreitet und weithin akzeptiert. Die oft feindselige Haltung der Bevölkerung gegenüber Einwanderern schlägt sich in einem abwehrenden, ignoranten Verhalten nieder. Jeder Zweite (56 Prozent) ist der Meinung, Deutschland sei in einem gefährlichen Maße überfremdet, allerdings kann nur jeder Fünfte (21 Prozent) eben dies für sein direktes Umfeld bestätigen.^[12]

Offenbar ist gruppenbezogene Fremdenfeindlichkeit also eher ein Ergebnis pauschaler Annahmen statt persönlicher Erfahrungen. Dies ist umso bedauerlicher, da – nach unserem Verständnis – Kultur stets aus der zwischenmenschlichen Begegnung heraus und damit immer wieder neu entsteht. So gesehen gibt es eben gerade nicht diese eine Kultur. Vor diesem Hintergrund suchen wir, als Sozialpädagoginnen in der Migrationsberatung, zu allererst nach dem uns Verbindenden. Die dreistufige Kulturpyramide nach Geert Hofstede war diesbezüglich bisher am förderlichsten.^[13]

„Offenbar ist gruppenbezogene Fremdenfeindlichkeit also eher ein Ergebnis pauschaler Annahmen statt persönlicher Erfahrungen. Dies ist umso bedauerlicher, da Kultur stets aus der zwischenmenschlichen Begegnung heraus und damit immer wieder neu entsteht.“

Die erste Stufe beinhaltet Grundlagen/ Grundbedürfnisse, zum Beispiel Vererbtes, Hunger, Durst, der Wunsch nach Wärme usw. Die zweite Stufe bezeichnet, was als Spezifisches in der Gruppe bzw. im Land erlernt und als allgemein gültig angesehen wird. Die dritte Stufe ist die der individuellen Persönlichkeit, in welcher alle erlernten Muster und Mechanismen in Handlung und Verhalten sichtbar werden. Exakt hier wird durch die einheimische Bevölkerung die größte Differenz wahrgenommen.



Demonstration für Seenotrettung im Mittelmeer, Dresden, August 2018

Liest man den Begriff Einwanderungsgesellschaft nach, so bezieht er sich konkret auf das Zusammenleben und die Interaktion von Menschen, welche einerseits schon in dem Land leben und andererseits von Menschen, welche aus einem anderen Land hinzugekommen sind und dauerhaft bleiben wollen.^[14] Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich unser Handeln als Beratungsstelle im diakonischen Kontext mit Migranten. Die Realität unterscheidet sich jedoch erheblich von unseren Erwartungen und Ansprüchen, wie sie in biblischen Texten formuliert werden:

„Wenn ein Fremdling bei euch wohnt in eurem Lande, den sollt ihr nicht bedrücken. Er soll bei euch wohnen wie ein Einheimischer unter euch, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland. Ich bin der HERR, euer Gott.“ (Lev 19, 33-34)

„Denn ich war hungrig und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und ihr habt mich aufgenommen.“ (Mt 25, 35)

Die zwei zitierten Bibelverse wie auch die Definition von Einwanderungsgesellschaft gehen jeweils davon aus, dass Migrantinnen wertschätzend aufgenommen und mit dem für sie Wichtigsten ausgestattet werden. Dazu gehört nicht zuletzt die Interaktion zwischen Aufgenommenen und Aufnehmenden.

Erfahrung aus 25 Jahren Migrationsberatung

Wie sieht es aber tatsächlich in unserem Umfeld aus? Bei der Ankunft in Deutschland werden Menschen sofort in rechtliche Kategorien eingeteilt: in Asylsuchende und Asylbewerber, in Flüchtling, anerkannter Flüchtling, Kontingentflüchtling, Geduldete,

EU-Bürger, ausländischer Ehegatte u.v.m. Das Ausländergesetz nimmt weitere Differenzierungen vor und leitet aus ihnen entsprechende Zugeständnisse in Form von Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen ab. Dabei geht es stets um die Durchsetzung von Recht und Ordnung im weitesten Sinn. Nicht aber um Berücksichtigung von Wünschen, Hoffnungen und Zielsetzungen, die jeder einzelne für das Leben in Deutschland mitgebracht hat. Von einer solchen Motivation und Ressourcenvielfalt kann auch das Aufnahmeland grundsätzlich profitieren. Wenn wir Statistiken und die fortschreitende Globalisierung unserer Welt in Betracht ziehen, werden sich politisch Verantwortliche zeitnah intensiver mit den Themen Einwanderung bzw. Einwanderungsgesellschaft auseinandersetzen müssen.

Hier können wir Christinnen, aus unserem Glauben heraus, mit dem Liebesgebot in der Gesellschaft beitragen. Das bedeutet Schutz des Fremden und Liebe zum Fremden. Das Gastrecht ist in der alttestamentlichen Theologie verwurzelt.

Mit wie viel Offenheit begegnen wir Christen Fremden? Und regelt diese Offenheit alle Fragen und Probleme im alltäglichen Zusammenleben? Grundsätzlich nein. Denn neben diesen Aspekten geht es auch darum, ein Miteinander im sozialen Zusammenleben zu schaffen und zu gestalten. Dies fängt im kleinen Rahmen der Familie an und streckt sich über alle gesellschaftlichen Bereiche wie Schule, Arbeit, Sport, Freizeit etc.

„Es genügt nicht, nur nebeneinander und in friedlicher Koexistenz zu leben. Vielmehr geht es um die Interaktion in Liebe, um Achtung und um gegenseitigen Respekt.“

Es genügt nicht, nur nebeneinander und in friedlicher Koexistenz zu leben. Vielmehr geht es um die Interaktion in Liebe, um Achtung und um gegenseitigen Respekt. Es gilt zu klären, welche Grundrechte, Regeln und Werte der Mehrheitsgesellschaft bisher gedient haben und daher weiterhin wichtig sind. In Deutschland bildet das Grundgesetz das Regelwerk sozialen Zusammenlebens. Gleichzeitig ist es notwendig, Menschen, die für eine gewisse Zeit oder für immer in unserem Land leben, einzubeziehen, ihnen auf Augenhöhe zu begegnen und ihre Interessen zu erfragen. An diesem Punkt kann eine beidseitige Entwicklung einsetzen und ein persönlicher Mehrwert, der dann gleichzeitig in einen gesellschaftlichen Mehrwert einfließt, entstehen. Wir denken hierbei exemplarisch an den hohen Stellenwert der Familie und die Wertschätzung der älteren Generation durch jüngere Menschen im östlichen, vor allem aber auch im arabischen Kulturraum. Könnte dies nicht eine Lücke schließen und daher Antwort sein auf ein Problem, das alle

Teile der Gesellschaft betrifft? Der demografische Wandel; die Überlastung in der Seniorenpflege (ambulant wie stationär); überforderte Kinder, für die der Spagat zwischen eigener Familie, Job und Elternfürsorge nicht machbar ist etc. Oft steht ein Mangel an Zeit dahinter, nicht selten aber auch ein Mangel an Wertschätzung und Respekt vor einer Lebensleistung. Ist denn der Gedanke, Zugewanderte, mit den erwähnten Werten und Traditionen, könnten hier für einen Ausgleich sorgen, so abwegig?

Um das Bild vom Anfang abschließend noch einmal aufzugreifen: Es liegt an uns zu entscheiden, ob wir die Tür, auf welcher Migration geschrieben steht, öffnen oder schließen wollen. Veränderung bzw. Anpassung muss auf beiden Seiten geschehen. Dies setzt Begegnung auf Augenhöhe und in (Nächsten-) Liebe voraus. Als Christinnen können wir hier Wegbereiter sein. Zentrale Elemente für ein friedliches und konstruktives Miteinander sind aus unserer Sicht die Verständigung auf Regeln und Werte und eine Aufgabe, die wir gemeinsam verfolgen.

[1] Nuscheler spricht im Deutschen von Schub- und Sogfaktoren. Er hebt hervor, dass es Mischformen aus beiden gibt. Vgl. Nuscheler (2004) S. 102f

[2] Im Sinne der Werte und Grundrechte (hier die Freiheit der Person §2, Abs. 1 GG), denen wir uns lt. Verfassung verschrieben haben

[3] Die Frage bleibt offen, wie Menschen dann zu bezeichnen sind, die kürzer als ein Jahr im Aufnahmeland leben. Am sichersten und am wenigsten diskriminierend ist es wahrscheinlich, von Menschen mit Migrationshintergrund zu sprechen. Vgl. Meier-Braun (2015) S. 33

[4] vgl. Statistisches Bundesamt (Destatis): Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland

[5] Das ist ein Plus von 4.000 Personen, Berlin eingerechnet, sogar ein Plus von 13.000 Personen.

[6] Es handelt sich um einen Durchschnitt für die neuen Bundesländer. Daher ergeben sich qualitative Unterschiede. Nicht jedes dieser Bundesländer verzeichnet eine Positivbilanz. Vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Go East. Erstmals mehr Umzüge von Westdeutschland in die ostdeutschen Flächenländer.

[7] vgl. Der Sächsische Ausländerbeauftragte: Statistiken

[8] vgl. Schmidt (2004) S. 322f.

[9] vgl. Staatsregierung Sachsen: Sachsen-Monitor 2018

[10] Petra Köpping, seit 2014 Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, veröffentlicht 2018 ein Buch mit dem Titel ‚Integriert doch erstmal uns! – Eine Streitschrift für den Osten.‘

[11] Sachsen liegt im bundesdeutschen Vergleich auf Platz 13, hinter Sachsen-Anhalt (4,4 Prozent) und vor Thüringen (4,1 Prozent). Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung: Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern.

[12] vgl. Staatsregierung Sachsen: Sachsen-Monitor 2018

[13] vgl. Hofstede, Geert: Kulturdimensionen

[14] vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: ‚Was ist deutsch im Jahr 2016 – die Vermessung der Einwanderungsgesellschaft‘

„Es liegt an uns zu entscheiden, ob wir die Tür, auf welcher Migration geschrieben steht, öffnen oder schließen wollen. Veränderung bzw. Anpassung muss auf beiden Seiten geschehen.“





WISSEN

DIE VOLKSGEMEINSCHAFT ALS EINIGENDE IDEOLOGIE

■ *Susanne Feustel*

Erschreckend ist: In Deutschland, besonders in Sachsen, sind sehr viele Menschen aktiv, deren politische Einstellung mit Wörtern wie menschenverachtend, rassistisch, rechts-populistisch oder -radikal oder neonazistisch zu beschreiben ist. Derlei Gesinnungen werden täglich in Verhalten übersetzt. Das macht sie besonders gefährlich für die, die zum Feindbild erklärt wurden, d.h. Menschen mit Migrationshintergrund, Engagier-te für Demokratie und Menschenrechte, Menschen, die Geflüchteten bei ihrem Start in Deutschland helfen, Homosexuelle, Minderheiten wie Roma und Sinti, Obdachlose und viele andere.

In den Kommentarspalten so mancher Tagesszeitung, auf Online-Plattformen oder bei Demonstrationen wird gehasst und gehetzt. Auf der Straße werden Menschen tätlich angegriffen. Die Täterinnen kommen dabei aus ganz unterschiedlichen Umfeldern. Sie sind manchmal einfach nur Teilnehmende bei Demonstrationen. Oder sie sind Mitglied in Initiativen und Parteien. Sie sind Teil von Facebookgruppen, rechten Kameradschaften oder Terrorgruppen. Die Unterschiede sind also groß. Dennoch lassen sich zentrale Gemeinsamkeiten benennen. Freie Kameradschaften wie neonazistische oder rechts-populistische Parteien, Mitglieder von Bürgerwehren, Terroristen wie Demonstrationsteilnehmende – die politischen Ziele des rechten Rands zielen immer auf das ‚deutsche Volk‘, auf ‚die Volksgemeinschaft‘ oder andere völkische Ideen.

Die Idee der ‚Volksgemeinschaft‘

Mitglieder solcher Gruppen definieren sich selbst über Deutsch-Sein, stellen sich je nach Zusammenschluss eine gemeinsame kulturelle und ethnisch-biologische Herkunft vor. Ungeachtet aller Widersprüche, die dieses Denken angesichts der europäischen Nationalstaats- und Religionsgeschichte, der innerdeutschen und -europäischen kulturellen Vielfalt hervorruft, wird die Zugehörigkeit zum ‚Volk‘ wahlweise über Abstammung,

Sprache und Historie konstruiert. Imaginiert wird eine homogene Menschengruppe, deren vermeintlich gemeinsame Charaktereigenschaften, Kultur, Geschichte und Aussehen wiederholt in Bildern, Broschüren und Webbeiträgen inszeniert wird.

Tatsächlich allerdings waren Deutschland und Europa nie etwas anderes als multi-ethnische und multikulturelle Gebilde, Konstrukte aus tausenden Dingen und Sprachen, Religionen und Traditionen. Die Idee, dass es so etwas wie eine geschlossene Nation, ein einheitliches Volk gäbe, verbreitete sich erst im 18. Jahrhundert. Das so konstruierte ‚Wir‘ bildet die Voraussetzung für Feindbilder der ‚Anderen‘ und führte zu viel Leid und Elend, bis hin zu zwei Weltkriegen. Dennoch scheint die Fiktion des einen und einheitlichen ‚Volkes‘ nicht überwunden zu sein.

Volkstod durch Multikulti

Seit 2006 etwa machten neonazistische Gruppen wie die ‚Spreelichter‘, mit der so genannten ‚Volkstod-Kampagne‘ auf sich aufmerksam. Sie griffen die Diskussionen um den demographischen Wandel auf und stellten dem Tod des ‚deutschen Volkes‘ das Ideal einer Volksgemeinschaft gegenüber, deren Konzept aus dem Nationalsozialismus bekannt ist. Oftmals wird die völkische Zielstellung als Kritik am so genannten ‚Multikulturalismus‘ getarnt. Im Programm des Kreisverbandes Nordhausen-Eichsfeld-Mühlhausen der AfD-Thüringen wird formuliert: *„Die von den Altparteien bewusst herbeigeführte oder zumindest geduldete Multikulturalisierung [...] gefährdet die staatliche Einheit. Wir setzen uns dagegen für die kulturelle und ethnische Kontinuität unseres Volkes und aller Völker weltweit ein.“*^[1]

Auch im Parteiprogramm und Äußerungen der NPD konnte man in den vergangenen Jahrzehnten völkische Ideen finden. Auf Wahlplakaten und in Broschüren, die Kindergeld, Soziales oder Familienpolitik zum Thema hatten, forderten sie mehr Sozialhilfe oder Müttergehalt für deutsche Mütter, Schutz für deutsche Kinder und nutzten dabei altbekannte und gefährliche Vorstellungen von dem, was vermeintlich ‚deutsch‘ sei. Zu sehen waren meist hellblonde, hellhäutige Kinder und Frauen.

Das ‚völkische Moment‘ durchzieht fast alle Themengebiete, die von diesen Organisationen bearbeitet werden. Der Zuzug von Geflüchteten wird weniger als soziale und kulturelle Herausforderung betrachtet denn als genuine Bedrohung ‚des Volkes‘. Geschlechtergerechtigkeit und Gender Mainstreaming werden verteufelt, da klassische Geschlechterbilder aufgebrochen würden, was unter anderem – so

die Befürchtungen – dazu führe, dass deutsche Frauen den Herd gegen Lohnarbeit und Selbstständigkeit eintauschen. Das wiederum bedeute weniger Kinder. Die Verlautbarungen bei Pegida-Demonstrationen seit Ende 2013 haben zudem immer wieder gezeigt: Völkisches Denken wird von dem Gedanken dominiert, das ‚deutsche Volk‘ gegen alle, die es bedrohen, verteidigen zu müssen. Gehetzt wurde gegen Geflüchtete und andere Migrantinnen, gegen die Presse, die Regierungen und Politiker, andere Staaten, politisch anders Denkende, Homosexuelle und Punker. Kurz: alle Menschen, die nicht ins eigene völkische Weltbild passen.

Gefährliche Implikationen

Bei Auseinandersetzung mit entsprechenden Organisationen und Positionen sollte also immer mitbedacht werden, dass es diesen nicht nur um Abwehrprojekte geht – also Fremdenfeindlichkeit, rassistisch aufgeladene Kriminalitätsfurcht, diffuse Abstiegsängste, Furcht vor zu viel Veränderung oder Demokratieverdrossenheit. Und schon gar nicht um mehr Demokratie durch ‚Volk‘entscheide. Mit ‚dem Völkischen‘ schreibt sich eine alte nationalistisch-rassistische Idee ein, die klare politische Zielstellungen und Visionen beinhaltet. Es soll ein Land nach dem altem Vorbild geschaffen werden. Dieses Vorbild hat – man kann wohl sagen glücklicherweise – nie existiert. Die Vorstellungen von einem deutschen Staat setzten sich erst seit dem 19. Jahrhundert fest. Und auch der Alltag der Menschen im 19. Jahrhundert war nicht gekennzeichnet durch Homogenität, die sich in äußeren Merkmalen von Menschen, Charaktereigenschaften, Lebensstilen und Traditionen und kulturellen Werten gespiegelt hätte.

Gegenmodell offene Gesellschaft

Die Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ ist so etwas wie das Gegenmodell zur Idee einer offenen, demokratischen, pluralistischen Gesellschaft.

In einer offenen Gesellschaft leben Individuen mit unterschiedlichen Lebensstilen, Glücksvorstellungen und Weltanschauungen miteinander. Sie bauen auf einer Wertebasis auf. Die besteht aus solchen Begriffen wie Menschenrechten und Freiheit, Solidarität und Vielfalt. Für dieses Modell von Vergesellschaftung engagieren sich glücklicherweise sehr viele Menschen.

[1] AfD Kreisverband Nordhausen-Eichsfeld-Mühlhausen

BRAUNES SACHSEN: NEONAZISTISCHE UND RECHTE PARTEIEN UND BEWEGUNGEN IN SACHSEN

■ Steven Hummel

Einen Beitrag über neonazistische und rechte Parteien und Zusammenschlüsse in Sachsen zu schreiben, erscheint uferlos: die Organisationsformen und Protagonistinnen sind entgegen ihrer Ideologie sehr heterogen. Der Artikel fokussiert auf wesentliche Strukturen und Akteure und muss daher an einigen Stellen an der Oberfläche verbleiben. Die Vielschichtigkeit soll dabei mit Hilfe von Beispielen illustriert werden, welche einige der wichtigsten Parteien und Zusammenschlüsse vorstellen bzw. welche exemplarisch für die jeweilige Kategorie stehen können.

Parteien

Am rechten Rand des Parteienspektrums gibt es in Sachsen mehrere Parteien. Diese unterscheiden sich dabei sowohl im Bezug auf ihre Bedeutung, den Grad der Etablierung sowie der inhaltlichen Verortung. Nachfolgend werden die vier wichtigsten vorgestellt.

NPD

Die NPD entstand bereits 1964 und expandierte kurz nach der Wiedervereinigung Deutschlands in die neuen Bundesländer. In Sachsen schaffte die NPD 2004 (9,2%) sowie 2009 (5,6%) den Einzug in den Sächsischen Landtag. 2014 scheiterte die Partei denkbar knapp (4,9%).

Der Bundesrat reichte 2013 einen Antrag zum Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht ein, welcher 2017 abgelehnt wurde. Nach Aussage des Bundesverfassungsgerichtes vertritt die NPD allerdings *„ein auf die Beseitigung der*



Aufkleber der Partei „Der III. Weg“ in Dresden-Zschertnitz, Februar 2019

bestehenden freiheitlichen Grundordnung gerichtetes Konzept. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten ‚Volksgemeinschaft‘ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar.“^[1]

Nach dem Verlust der politischen Bühne des Sächsischen Landtages in Dresden 2014 und den damit einhergehenden finanziellen Engpässen gibt es immer wieder interne Streitigkeiten und Austritte aus der Partei. Trotz ihres zunehmenden Bedeutungsverlustes ist die NPD in einigen Kommunen fest verankert und sitzt außer im Landkreis Bautzen sowie der Stadt Leipzig auch in allen Kreistagen bzw. Stadtparlamenten.

III. Weg

Die neonazistische Kleinstpartei der III. Weg wurde 2013 in Heidelberg gegründet und inszeniert sich als straff organisierte Partei. Inhaltlich orientiert sich ihr 10-Punkte-Programm am Parteiprogramm der NSDAP. Die Partei setzt sich für einen „deutschen Sozialismus“, „fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus“ ein. Die aktuellen politischen Grenzen werden unter der Losung „Deutschland ist größer als die BRD“ nicht akzeptiert.^[2]

Schwerpunktmäßig ist die Partei in Sachsen in Plauen und Umgebung aktiv: Am 1. Mai 2014 demonstrierten 700 Neonazis bei einer vom III. Weg angemeldeten Demonstration durch Plauen. Im Februar 2015 wurde ein ‚Stützpunkt‘ in Plauen errichtet und die Demonstration 2016 mit 1.000 Teilnehmenden wiederholt. Auf den Demonstrationen laufen die Teilnehmenden in fester Block-Formation, tragen Trommeln und Fahnen und zumeist einheitliche Oberbekleidung. Dadurch wirken die Aufmärsche militärisch organisiert.

Im Januar 2017 eröffnete die Partei in Plauen ein Partei- und Bürgerbüro. Neben klassischer Partearbeit und Veranstaltung bewirbt die Partei ihr Bürgerbüro mit weiteren Angeboten: Selbstverteidigungskurse, Kleiderkammer sowie einer regelmäßigen ‚Volksküche für Deutsche‘. Die Partei hat verkündet, 2019 sowohl zur Landtagswahl in Sachsen als auch in einigen Regionen zur Kommunalwahl anzutreten.

Pro Chemnitz

Pro Chemnitz ist eine Wählervereinigung aus Chemnitz, welche 2009 von Stadtrat Martin Kohlmann und dem ehemaligen Chemnitzer Stadtparlamentspräsidenten Reinhold Breede gegründet wurde. Der Name deutet auf eine Verwandtschaft zur „Bürgerbewegung pro Deutschland“ hin. Diese wurde im November 2017 aufgelöst. Den Mitgliedern wurde empfohlen, in die AfD zu wechseln.

Pro Chemnitz erhielt zur Kommunalwahl 2009 bereits 4,6% der Stimmen und stellte damit drei Stadträte. 2014 konnte sie ihren Stimmenanteil auf 5,7% verbessern, was ebenfalls drei Stadtratssitze einbrachte. Inhaltlich charakterisiert sich Pro Chemnitz als „*einzigste politische Kraft [...], [die] glaubwürdig die Interessen der Chemnitzer ohne Blick auf den eigenen Vorteil*“^[5] vertritt. In klassisch rechtspopulistischer Manier wird sich dabei gegen eine „*anmaßende und entmündigende Politik*“^[4] in Stellung gebracht.

Als in der Nacht vom 26. zum 27. August 2018 Daniel H. in Chemnitz niedergestochen wurde, organisierte Pro Chemnitz eine Vielzahl von Demonstrationen, auf welchen neben Chemnitzer Bürgerinnen ebenfalls Rechte aller Couleur, wie z.B. Vertreter der Parteien AfD, NPD und III. Weg teilnahmen.^[5] Auf den Demonstrationen wurde mehrfach der Hitlergruß gezeigt sowie rassistische und neonazistische Parolen skandiert.

AfD

Die AfD wurde 2013 gegründet und scheiterte im Gründungsjahr bei der Bundestagswahl noch knapp an der 5-Prozent-Hürde. 2017 zog sie dort mit 12,6% als drittstärkste Kraft ein. Die Partei ist aktuell im Bundestag, in Europaparlament sowie allen Landtagen vertreten. In den Sächsischen Landtag zog die AfD 2014 mit 9,7% ein.

Die Gründungsgeschichte der AfD war aber nicht nur „*die erfolgreichste einer Partei-neuformierung in der Bundesrepublik*“^[6], sondern zugleich die einer fortschreitenden



Pegida-Demonstration in Dresden, 09.11.2015

Radikalisierung hin zu einer maßgeblich völkisch-nationalistischen Partei. Im Laufe der kurzen Geschichte kam es zu mehreren Abspaltungen von und Abgängen aus der Partei, wobei sich immer der rechtere Flügel durchsetzte. Ob sich André Poggenburgs (ehemaliger Landesvorsitzender AfD Sachsen-Anhalt) Versuch einer Neugründung rechts der AfD mittelfristig etablieren kann, darf bezweifelt werden.

Die Politik der AfD besteht zu großen Teilen aus Zuspitzung, Übertreibung sowie bewusster Grenzüberschreitung: *„Verbale Grenzübertritte, seien es Schießbefehle an deutschen Grenzen, rassistische und sexistische Beleidigungen, die Agitation gegen Grundrechte oder die Relativierung der Shoah und der Verantwortung der Deutschen für den Nationalsozialismus sind nicht das skandalöse Beiwerk der Politik der AfD, sondern ist der Grund für ihren fortwährenden Erfolg.“*^[7] Zur Bundestagswahl 2017 wurde die AfD in Sachsen mit 27,0% der abgegebenen Zweitstimmen knapp vor der CDU (26,9%) stärkste Kraft.

Kameradschaften

Neben Parteien finden sich in Sachsen viele Kameradschaften und lose Zusammenschlüsse, in welchen Neonazis aktiv sind. Diese haben zwar meist einen informellen Charakter (keine Rechtsform o.ä.), sind aber dennoch hierarchisch aufgebaut.

Die Organisation in Kameradschaften umfasst oftmals eine ein- bis zweistellige Zahl von zumeist jüngeren Männern, die sich aufgrund politischer und/oder subkultureller Gemeinsamkeiten zusammenfinden. Einige Kameradschaften sind konspirativ organisiert, andere treten auch in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Nachfolgend sei ein bekanntes Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit vorgestellt.

Freie Kameradschaft Dresden

Die ‚Freie Kameradschaft Dresden‘ (FKD) wurde 2015 in der Kneipe ‚Petersilie‘ in Dresden-Gruna gegründet, wo sich die Mitglieder und weitere Neonazis und Rassistinnen montagsabends nach Pegida regelmäßig trafen. Mitglieder der FKD waren an verschiedenen Übergriffen und Ausschreitungen beteiligt. So u.a. an den pogromartigen Ausschreitungen in Heidenau und dem Angriff auf Asylunterkünfte in Dresden im August 2015, dem Angriff auf das Wohnprojekt ‚Mangelwirtschaft‘ in Dresden-Übigau im Oktober 2015, Übergriffe auf Migranten am Rande einer AfD-Demonstration im Oktober 2015 in Pirna, sowie dem organisierten Überfall von 250 Neonazis auf den Leipziger Stadtteil Connewitz im Januar 2016.^[8] Offenbar löste sich die Gruppe nach internen Streitigkeiten im Februar 2016 auf. Nach Ermittlungen der Polizei mussten sich bereits mehrere Personen unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruchs und Herbeiführens von Sprengstoffexplosionen verantworten. In einem ersten Prozess im Sommer 2017 wurden zwei Männer zu je viereinhalb Jahren Haft verurteilt.^[9] Weitere Prozesse folgten bzw. stehen aus.

Rassistische Initiativen und rechte Vereine

Als 2015 einerseits an vielen Orten Geflüchtete willkommen geheißen wurden, stiegen andererseits gleichzeitig asylfeindliche Demonstrationen und Kundgebungen sowie rassistisch motivierte Anschlägen und Angriffen sprunghaft an. Sachsen war dabei im deutschlandweiten Vergleich einer der Schwerpunkte. Nur wenige der damals gegründeten rassistischen Initiativen, Gruppen und Strukturen sind heute noch in derselben Form existent. Viele haben sich mindestens gewandelt, teilweise sogar aufgelöst. Das Spektrum reicht dabei von klassischen neonazistischen Initiativen bis hin zu Bürgerinitiativen ohne Beteiligung von Neonazis.

Wir lieben Sachsen/Thügida

Die Gruppe ‚Wir lieben Sachsen/Thügida‘ (WLS/T) ist 2016 aus dem Zusammenschluss der beiden neonazistischen Gruppe ‚Thügida‘ (angelehnt an Pegida) und ‚Wir lieben Sachsen‘ hervorgegangen. Die Gruppierung unterstützte und organisierte mit Schwerpunkt Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen diverse asylfeindliche und rechte Demonstrationen. Im Oktober 2016 wurde ein Verein gegründet, welchem bekannte Neonazis angehörten, darunter (ehemalige) Mitglieder der NPD, der ‚Initiative Heimatschutz Meißen‘ sowie der neonazistischen Kleinstpartei ‚Die Rechte‘.^[10]

„Engagierte Demokratinnen sollten also nicht nur den klassischen Neonazismus in den Blick nehmen, sondern dem darüber hinausgehenden Graubereich ebenso Beachtung schenken.“

WLS/T führte im Laufe seines Bestehens diverse Mini-Kundgebungen durch, bei welchen zumeist einige wenige Mitglieder der Gruppe den Marktplatz einer Kleinstadt beschallten.^[11] Neben der Agitation gegen die bundesdeutsche Asylpolitik organisierte die Gruppe die Kampagne „Ein Volk hilft sich selbst“, Dabei wurden „jene Landsleute, die in Zeiten zunehmender sozialer Ungerechtigkeit kaum Unterstützung erhalten“^[12] unterstützt.

Profitieren durften von diesen Aktionen natürlich nur nach rassistischen Kriterien definierte Deutsche. Im Rahmen der Kampagne wurde bereits an verschiedenen Orten Kleidung, Möbel und Nahrung an Bedürftige und prekär lebende Menschen verteilt – teilweise auch vor Grundschulen.^[13]

Heimattreue Niederdorf

Die ‚Heimattreue Niederdorf‘ (HN) gründete sich, um gegen die Asylpolitik der Bundesregierung im Allgemeinen und gegen den Zuzug von Geflüchteten im Speziellen zu agitieren. Die Initiative organisierte und beteiligte sich an mehrere Demonstrationen. Organisatorisch ist die HN als Verein strukturiert, welcher vorgibt „Menschen wie du und ich“, aber keine „Rechtsradikalen“ zu sein. Auch in die Satzung des Vereins klingt mit dem Ziel der „Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, [...] Pflege des erzgebirgischen Brauchtums, heimatlichen Liedgutes und erzgebirgischer Mundart“^[14] nach weitverbreiteter Heimat-Folklore. Allerdings sind mehrere Mitglieder des Vereins bekannte Rechte, welche immer wieder an neonazistischen Veranstaltungen teilnehmen. So beteiligten sich Vereinsmitglieder an den rechten Demonstrationen im Sommer 2018 in Chemnitz und übernahmen dort Ordnerfunktionen.^[15] Seit 2016 besitzt die HN ein eigenes Vereinsheim, in welchem sie Veranstaltungen durchführt. Weiterhin fanden lange Zeit Veranstaltungen im der kommunalen Sport- und Freizeithalle statt. Dies wurde im Januar 2018 durch den Gemeinderat untersagt, da einige der Vereinsmitglieder vom Verfassungsschutz beobachtet würden.

Fazit

Wie eingangs erwähnt, muss ein Beitrag über neonazistische und rechte Parteien und Zusammenschlüsse in Sachen überblickshaft sowie an der Oberfläche verbleiben. Die beschriebenen Beispiele zeigen allerdings, dass Sachsen ein Problem mit neonazistischen und rechten Parteien und Zusammenschlüssen hat. Diese lassen sich nach inhaltlichen

und organisatorischen Gesichtspunkten unterscheiden. Dabei existieren diese Strukturen nicht unabhängig voneinander, denn trotz Differenzen und Streitigkeiten findet in der rechten Szene eine gewisse Arbeitsteilung statt.

Die AfD verstärkt diese Entwicklungen und wirkt an vielen Orten und in vielen Bereichen als Katalysator. Trotz einer versuchten Abgrenzung nach rechts und diversen Unvereinbarkeitsbeschlüssen ist die AfD in vielen Orten zum Stichwortgeber und Netzwerkort für die politische Rechte geworden. Engagierte Demokratinnen sollten also nicht nur den klassischen Neonazismus in den Blick nehmen, sondern dem darüber hinausgehenden Graubereich ebenso Beachtung schenken.

[1] vgl. Bundesverfassungsgericht 2017

[2] vgl. Der III. Weg: Zehn-Punkte-Programm

[3] Pro Chemnitz: Freiheit. Heimat. Zukunft. – Unser Programm

[4] ebd.

[5] vgl. Antifaschistisches Infoblatt 2018

[6] Häusler / Roesner (2015) S. 7

[7] chronik.LE 2019

[8] vgl. Kulturbüro Sachsen 2018

[9] Zur juristischen Aufarbeitung vgl. Schneider, Alexander: Freiheitsentzug für „Freie Kameraden“.

In: Sächsische Zeitung online vom 25.08.2017 und ders:

Halbherzige Geständnisse. In Sächsische Zeitung online vom 05.01.2018.

[10] vgl. Pure Coincidence 2016

[11] vgl. exemplarisch chronik.LE 2016

[12] Ein Volk hilft sich selbst. Facebookauftritt

[13] vgl. Le Radiophare: Tweet vom 01.11.2016

[14] §1 der Satzung der Heimattreue Niederdorf

[15] vgl. Alshater 2018

DIE ‚IDENTITÄRE BEWEGUNG‘ IN SACHSEN

■ Kulturbüro Sachsen e.V., MBT Südwest

Seit spätestens 2012 ist die Identitäre Bewegung (IB) auch in Deutschland aktiv. Die Zentren der IB in Sachsen sind Dresden und Zwickau. Darüber hinaus bestehen Ortsgruppen im Erzgebirge, sowie in Bautzen^[1] und Leipzig. Ihr Ziel ist es, *„die Stimme der Deutschen“* *„gegen die fundamentale Gefährdung unseres Staates und unseres Volkes durch den Großen Austausch und den Asylwahnsinn unserer derzeitigen Regierung“* und *„für Heimat, Freiheit und Tradition“* zu erheben.^[2]

Zielgruppe der Identitären Bewegung sind vor allem Jugendliche und junge Erwachsene. Soziale Medien^[3], Graffiti, Stencils, Straßenaktionen, Performances – nicht nur die Aktionsformen, auch das Design der Bewegung schließt an Jugendkulturen an. Ihr Symbol ist der griechische Buchstabe Lambda – angelehnt an spartanische Truppen, reinszeniert in der Comicverfilmung ‚300‘ aus dem Jahr 2006. Das Logo findet sich neben Bannern und Flyern auch auf zahlreichen Merchandise-Artikeln, die unter anderem über den Vertrieb ‚Phalanx-Europa‘ verkauft werden, der in Österreich registriert ist. ‚Phalanx‘ steht für eine spartanische Kampfformation.

Neben Produkten mit dem eigenen Logo gibt es dort T-Shirts mit eindeutigen Aufdrucken wie ‚Fortress Europe‘ (Festung Europa) und ‚Ehre – Freiheit – Vaterland‘, aber auch Designs mit neurechter Symbolik und Bildsprache sind erhältlich. Ein weiterer Vertriebsweg ist beispielsweise der ‚Identitäre Bewegung Laden‘^[4], ein Onlineversand der IB Deutschland. Anfangs wurden Aufkleber auch über die Chemnitzer Jugendzeitschrift ‚Blaue Narzisse‘ vertrieben.^[5] Phalanx-Europa sieht sich dabei als Teil der politischen Aktion. Die Bekleidung des Labels zu tragen *„[...] positioniert dich klar. Es ist eine Aussage, eine ästhetisch-politische Tat: gegen das Multikulti-Empire, gegen tatenlose Spießherren und visionslose Pessimisten. Nein zur Überflutung Europas, nein zu dumpfem Konsum – ja zum Heroismus.“*^[6] So beschreibt es das Selbstverständnis aus dem Jahr 2015.

Hintergrund: ‚Bloc Identitaire‘

Entstanden ist die Identitäre Bewegung aus dem französischen ‚Bloc Identitaire‘, der sich Ende 2002 aus verschiedenen Untergruppen formierte. Gründungsmitglieder waren zuvor in der Organisation ‚Unité radicale‘ aktiv, die aufgrund eines Mordversuchs einer ihrer Mitglieder am ehemaligen französischen Staatspräsidenten Jaques Chirac verboten wurde. Anfang Oktober 2012 veröffentlichte der ‚Bloc Identitaire‘ die sogenannte Kriegserklärung der ‚Génération Identitaire‘:

„(...) Wir sind die Generation der ethnischen Spaltung, des totalen Versagens von Koexistenz und der erzwungenen Mischung von Rassen. Wir sind die doppelt bestrafte Generation, dazu verdammt, in ein Sozialsystem einzuzahlen, das so großzügig zu Fremden ist, dass es für die eigenen Leute nicht mehr reicht. (...) Unser Erbe ist unser Land, unser Blut, unsere Identität. Wir sind die Erben unserer eigenen Zukunft. (...) Wir haben unsere Botschaft an die Wände geschrieben. Haben in unsere Lautsprecher gerufen für ‚Jugend an die Macht‘ und haben unsere Lambda Flaggen gehisst. (...) Wir sind die Génération Identitaire.“^[7]

Wenige Tage später besetzten Mitglieder des ‚Bloc Identitaire‘ eine Moschee in Poitiers, um den Erinnerungsmythos um Karl Martell als ‚Retter des Abendlandes‘ von 732 im Kampf gegen arabische Truppen wiederzubeleben. Im November 2012 veranstaltete der ‚Bloc Identitaire‘ anlässlich seines zehnjährigen Bestehens einen Konvent im südfranzösischen Orange, zu dem beispielsweise ein Europaabgeordneter der separatistischen ‚Lega Nord‘ aus Italien oder Götz Kubitschek und Martin Lichtmesz für die Zeitschrift ‚Sezession‘ kamen.^[8] Gespeist auch aus Bezügen zur offen (neo-)faschistischen Bewegung ‚CasaPound‘ in Italien vollführt die IB in der Bundesrepublik einen Spagat: So versucht sie sich einerseits nach außen von offen (neo-)nazistischen Strukturen abzugrenzen und pflegt einen Habitus der kulturellen und politisch gebildeten Überlegenheit gegenüber gewaltaffinen (Neo-)Nazi-Gruppen, andererseits übernimmt sie Weiterentwicklungen der (Neo-)Nazi-Ideologie: Das Konzept des Ethnopluralismus.

Das Konzept der ethnokulturellen Identität

Die Entstehung des ‚Ethnopluralismus‘ ist maßgeblich zwei für nationalistische Strömungen essentiellen Problemen zuzuschreiben: Die NS-Ideologie zeigte nichtdeutschen Sympathisantinnen und Vertretern nationalistischer und rassistischer Positionen Grenzen auf. Zwar wurde seitens des NS-Staates Wohlwollen

gegenüber Unterstützerinnen außerhalb ‚des Reichs‘ signalisiert, letztlich waren sie aber nie den ‚Reichsdeutschen‘ gleichgestellt. Von einem Umgang auf Augenhöhe konnte keine Rede sein. Zugleich war die NS-Ideologie durch das Bekanntwerden der systematischen und industriellen Massenvernichtung von Juden, Sinti und Roma, Behinderten, Nichtheterosexuellen und des Umgangs mit (bekennenden) Christinnen, Demokraten und Abweichterinnen diskreditiert. Es bedurfte einer Abgrenzung, die sich des Verdachtes einer Schönfärberei des NS entledigen konnte, gleichzeitig aber die rassistische Grundhaltung als weiterhin akzeptabel erscheinen lassen würde.

Die IB vollführt einen Spagat: nach außen grenzt sie sich von Neonazi-Strukturen ab, zugleich übernimmt sie eine weiterentwickelte (Neo-) Nazi-Ideologie: Das Konzept des Ethnopluralismus.

In Anlehnung an Alain de Benoist richtet sich die Identitäre Bewegung gegen jegliche Form des Universalismus: gegen die drei politischen Theorien Liberalismus, Marxismus und Nationalismus, und gegen diejenigen religiösen Bewegungen, die sich auf das Diesseits und nicht nur auf das Jenseits beziehen. Alle universalistischen Denkformen zerstörten konkrete – vermeintlich gleichförmige – ethnokulturelle Gemeinschaften.

Die eigene Wahrheit gelte als die absolute Wahrheit, das ‚Andere‘ werde dabei zwangsläufig negiert. Die Alternative zu diesen universalistischen Weltbildern sei nicht der Relativismus, sondern das Konzept der ethnokulturellen Identität. Dieses Konzept einer ethnokulturellen Identität fächert sich in mehrere komplementäre Ebenen auf: Region, Nation und Europa. Die Bedeutung der Ebenen und auch deren Zusammensetzung kann für einzelne Personen unterschiedlich sein und sich in ihren Ausprägungen wandeln. Die Zugehörigkeit aber könne man sich nicht aussuchen, man würde hineingeboren. Und auch der Veränderung sind Grenzen gesetzt: Zum einen durch die Identitätsmarker Region, Nation und Europa, die zum normativen Prinzip des Denkens und Handelns werden. Und zum anderen durch die Tradition, die es, wenn auch kritisch, zu bewahren gelte. Ethnokulturelle Identitäten beruhten dabei auf einem subjektiven Empfinden und funktionierten als eine geschichtliche Nach- und Weitererzählung. Jemand, der die Frage „Was ist Identität? Was ist Kultur?“ stelle, habe „zu einem gewissen Grad schon ein Identitätsproblem“^[9].

Eurozentrismus könnte man der IB vorwerfen. Das wird sie aber eher als Lob denn als Kritik ansehen. Als Europäer kann natürlich auch nur europäisch gedacht werden. Und die eigene ethnokulturelle Identität wird nicht als höherwertig, andere Identitäten nicht als minderwertig bezeichnet – darauf legt die IB wert. Es gebe Verbindendes zwischen verschiede-



nen ethnokulturellen Identitäten, die einen Dialog über die Identitätsgrenzen hinweg möglich machten, vor allem natürlich, wenn man den Identitätsmarker ‚Europa‘ teilt. Dominiere das Trennende, dann sollte Distanz gewahrt werden, da Dialog zur Zerstörung einzelner ethnokultureller Identitäten führen würde. Die größte aktuelle Gefahr für verschiedene ethnokulturelle Identitäten sei – neben den universalistischen Ideologien wie Liberalismus, Nationalismus und Marxismus^[10] – die „*nichteuropäische Einwanderung und kulturelle Assimilation*“, weil es diese „*in Europa in Jahrtausenden nicht oder kaum*“ [gegeben habe; Anm.d.Verf.] und diese damit einen „*radikalen Einschnitt*“ bedeute.^[11]

Zusammengefasst: Der Ethnopluralismus akzeptiert, dass es auch außerhalb des Einflussbereichs der überlegenen ‚arischen Herrenrasse‘ gleichwertige nationalistische Bewegungen geben darf. Sofern sie zwei Grundbedingungen erfüllen: 1. Das Primat der Weißen über die Nichtweißen und 2. die Zustimmung zu der Auffassung, dass Gesellschaften in den Grenzen des jeweiligen Nationalstaats als gleichförmig – homogen – begriffen werden, und zwar homogen qua Abstammung. Und so können beispielsweise der französische ‚Front national‘, die ‚Partij voor vrijheid‘ von Geert Wilders in den Niederlanden, der ‚Vlaams belang‘ in Belgien ‚Sverigedemokraterna‘ (Schwedendemokraten), die ‚Fremskridtpartiet‘ (Fortschrittspartei) in Dänemark, die UKIP in Großbritannien, die Freiheitliche Partei in der Bundesrepublik Österreich, die FIDESZ in Ungarn und NPD und AfD in der Bundesrepublik Deutschland trotz inhaltlicher Differenzen sich je als die Sachwalterinnen ‚des‘ je eigenen ‚Volkes‘ wännen und sich trotzdem als europäische Bewegung unter Gleichen begreifen.

Die Identitäre Bewegung in Sachsen

Die sächsische Regionalgruppe der IB, die seit 2016 im sächsischen Verfassungsschutzbericht auftaucht^[12], wurde maßgeblich durch Felix Menzel mitgestaltet. Dieser war zunächst in der ‚Pennalen Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz‘

aktiv, die er gemeinsam mit Benjamin Jahn Zschocke und dem jetzigen Pro Chemnitz-Stadtrat Martin Kohlmann ins Leben rief.^[13] Außerdem gründete und schreibt er für die ‚Blaue Narzisse‘.^[14] Als Chefredakteur war und ist er dabei eng mit Götz Kubitschek und dem ‚Institut für Staatspolitik‘ (IfS) verbunden^[15] – einem Scharnier zwischen bürgerlichen Nationalkonservatismus und (Neo-)Nazi-Ideologie. Später war er am Aufbau des ‚Zentrums für Jugend, Identität und Kultur‘ in Dresden beteiligt^[16] und organisiert die von Götz Kubitschek gegründete Messe ‚zwischentage‘^[17], die Akteure aus der nationalistischen und rassistischen Szene jedes Jahr zu Schwerpunktthemen deutschlandweit zusammenbringt. Menzel schreibt für zudem für die ‚Sezession‘ und veröffentlichte Bücher mit bewusst provokant gewählten Titeln wie *„Die Ausländer. Warum es immer mehr werden“* (2015). Zuletzt veröffentlichte er gemeinsam mit anderen Autoren der ‚Blauen Narzisse‘ den Sammelband mit dem Titel *„Rechts!? Eine Strategiedebatte“*.

Die Nähe der IB zu offen (neo-)nazistischen Akteurinnen in Sachsen wird an den folgenden Beispielen sichtbar: Im August 2011 veranstaltete Manual Tripp, damals NPD-Stadtrat und Mitglied der ‚Nationalen Sozialisten Geithain‘ den Geithainer ‚Tag der Identität‘^[18]. Unter den Rednern waren u.a. Maik Sch.^[19] und Patrick Fischer.^[20] Die Chiffre der gleichförmigen Identität qua Abstammung spielte auch 2012 für die NPD-Jugendorganisation ‚JN‘ eine Rolle. In ihrer Kampagne *„Werde, wer du bist“* nutzten sie das Sinnbild einer in weiße Farbe getunkten Hand, um die Menschen aufzufordern, sich ihrer ‚Identität‘ bewusst zu werden^[21].

Überschneidungen gibt es auch in die sächsische AfD. Ein Beispiel dafür ist Felix Koschkar, der lange Zeit als führender Vertreter der ‚Identitären Bewegung‘ in Sachsen galt.^[22] Er kandidierte 2014 als Landtagskandidat für die sächsische AfD^[23] und war Mitglied der mittlerweile aufgelösten Patriotischen Plattform.^[24] Aktuell ist er Schatzmeister der Jungen Alternative Sachsen-Anhalt.^[25]

Die Ortsgruppe der ‚Identitären Bewegung‘ in Zwickau wurde bis 2018 von Tony G. geleitet, der ebenfalls Herausgeber des mittlerweile eingestellten Blogs ‚Identit:ära‘ auf YouTube war^[26] und des Videoformats *„Wehr Dich“* in dem er Selbstverteidigungstechniken erläuterte.^[27] G. soll als jugendlicher Verbindungen zum NSU-Unterstützer André Eminger gepflegt haben. 2009 kandidierte er für die NPD bei den Stadtratswahlen^[28]. Nach Medienberichten soll er zudem bei den ‚Nationalen Sozialisten Zwickau‘ aktiv gewesen sein, sowie im ‚Freien Netz‘^[29] – einer überregionalen Plattform (neo-)nazistischer Gruppen v.a. im Süd- und Nordwesten Sachsens mit guten Verbindungen zu ähnlichen Gruppen in Bayern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Auch wenn Tony G. im Januar 2018



Die Stadt Dresden spricht sich für Vielfalt aus | Dresden Hauptbahnhof

von seiner Führungsrolle in der IB zurücktrat, zeigt seine Personalie die Offenheit der IB gegenüber rechtsextremistischen Akteuren und Gruppen deutlich.

Aktionen in Sachsen: PEGIDA, Banner und Graffiti

Nach einer längeren Koordinierungsphase trat die Identitäre Bewegung in Sachsen im Jahr 2015 verstärkt mit Straßenaktionen, Bannern und Graffiti in die Öffentlichkeit. Besonders aktiv war dabei die Zwickauer Ortsgruppe. Im Erzgebirge ist eine Ortsgruppe seit November 2015 aktiv.

2015 sollen IB-Mitglieder Medienberichten zufolge versucht haben in den sächsischen Landtag einzudringen, um Solidarität mit PEGIDA zu zeigen.^[30] Sie liefen regelmäßig bei PEGIDA- und LEGIDA-Aktionen mit, erkennbar durch ihre gelb-schwarzen Lambda-Fahnen und Banner mit Aufdrucken wie: „Wehr dich. Es ist dein Land“ oder „Gegen die Selbstabschaffung. Für Familie – Deutschland – Europa!“. 2015 sprach Tony G. bei LEGIDA über den „Großen Austausch“ in Europa, der alle bedrohe. Die Konsequenzen der „Massenzuwanderung durch außereuropäische Zuwanderer“ seien Überfremdung, ethnische Spannungen und steigende Kriminalität. Im Westen Deutschlands habe er selbst schon erlebt, wie die – homogen gedachte – Bevölkerung verschwinde und durch Zugewanderte ersetzt werde. Deutsche würden zu „Fremden im eigenen Land.“^[31] Und auch 2018 beteiligten sich Mitglieder der ‚Identitären Bewegung‘ am 4. Jahrestag der ersten PEGIDA-Demonstration in Dresden.^[32]



Banneraktion mit dem Motto der Identitären Bewegung in Pirna, November 2015

Seit 2015 hängten sächsische Ortsgruppen immer wieder Banner auf und sprühten Graffiti. Einige Beispiele dafür sind das Banner „Festung Europa. Macht die Grenzen dicht“, die Plakatintervention „Stoppt den Austausch“ in Dresden und die Banner am Zwickauer Bahnhof und vor einer Zwickauer Asylsuchendenunterkunft bedruckt mit den Worten „No Way – You will not make Europe your home!“ (Kein Weg – Ihr werdet Europa nicht zu eurem Zuhause machen!). Weitere Beispiele sind Banner mit der Aufschrift: „Pro Border (Für Grenzen)! Pro Nation (Für Nationen)! Grenzen schützen Leben“ oder „Minderheit im eigenen Land. Wehr dich gegen den Grossen Austausch“ in Zwickau.

Banner dienen der IB auch zur Störung im Umfeld von Veranstaltungen. So störten sie 2015 die Zwickauer ‚Tage für Demokratie und Toleranz‘ mit dem Banner „Lass deine Wurzeln nicht verdorren. Bewahre deine ethnokulturelle Identität“. Oder sie zeigten am Rande des Sachsengesprächs mit Ministerpräsidenten Michael Kretschmer 2018 in Hoyerswerda ein Banner mit der Aufschrift „Heuchler“ neben den Konterfeis von Angela Merkel und Kretschmer. Gängige Aktionsform ist zudem das Verteilen von Flugblättern mit Inhalten wie „Stoppt den Asylwahn – stoppt den großen Austausch“ wie in Zwickau und auf dem Weihnachtsmarkt in Annaberg. Die Regionalgruppe im Erzgebirge fiel 2016 durch eine Aktion in Bad Schlema auf, in der sie Misthaufen vor dem Rathaus platzierten, aus denen Schilder ragten mit Aufschriften wie „Wer Multikulti sät wird Scheiße ernten.“^[33]

Banner- und Graffitiaktionen waren auch 2018 noch probate Mittel für die sächsischen Regionalgruppen der IB. So wurden in Leipzig und Bautzen Banner gegen den Migrationspakt an öffentlich zugänglichen Plätzen und Gebäuden gehisst und Graffitis an den Betonklötzen dokumentiert, die eine Durchfahrt zu den regionalen Weihnachtsmärkten verhindern sollen. Darauf: „Danke Merkel“ oder „MultiKulti läuft“^[34]. Neben diesen Aktionen ist die IB vor allem in Sozialen Medien und virtuellen Plattformen aktiv, ein Beispiel für die Präsenz der sächsischen Regionalgruppe ist der Youtube-Kanal eines Leipziger IB-Mitglieds Alexander K. „Laut gedacht“^[35], oder die Twitter-Kanäle der einzelnen

Regionalgruppen.^[36] Neben internen Schulungen, gemeinsamen Wanderausflügen ins Elbsandsteingebirge oder auf den Fichtelberg und offenen Stammtischen, trafen sich die Gruppen in der Vergangenheit auch zu selbstgeleiteten Selbstverteidigungskursen^[37]. Außerdem nahmen Mitglieder der Gruppen bei bundesweiten Aktionen der ‚Identitären Bewegung‘ sowie an Demonstrationen in Wien und im Spätherbst 2018 in Chemnitz teil.^[38] Die Bundesebene der ‚Identitären Bewegung‘ unternahm im August 2018 den Versuch eines ‚Vernetzungs- und Austauschtreffens‘ verschiedener rechter Akteure in Dresden. Mit einer überschaubaren Zahl an Teilnehmenden blieb es denn auch bei einem Versuch.^[39] Ebenfalls auf Bundesebene angesiedelt waren in den letzten Jahren immer wieder Kampagnen, wie „Der große Austausch“ oder „Sichere Grenzen – Sichere Zukunft“. 2017 starteten sie die Kampagne „Defend Europe“ bei der unter anderem ein Boot gechartert wurde, mit dem sie versuchten die europäische Grenze in den Gewässern vor der libyschen Küste symbolisch gegen Geflüchtete abzuschotten. Die Politikwissenschaftlerin und Journalistin Andrea Röpke schreibt zu den Folgen dieser medial inszenierten und per Crowdfunding finanzierten Kampagne:

„Defend Europe‘ stellt trotz aller Pannen eine Mahnung dar. Die Aktionen der ‚Identitären Bewegung‘ treffen den Nerv einer sich verändernden Gesellschaft. Wenn extrem Rechte gegen ‚Boots-Invasoren‘ aus Afrika hetzen, die Europa angeblich bedrohen, dann werden ihnen kaum zivilgesellschaftliche Grenzen gezeigt. Vom Rufmord gegen Lebensretter auf dem Mittelmeer bleibt etwas hängen.“^[40]

Neben dem bleibenden Eindruck solcher Narrative ist vor allem die Vernetzung der IB besorgniserregend. Sie ist neben Verbindungen zur AfD auch zu fast allen anderen Akteurinnen der sogenannten Neuen Rechten vernetzt. So wurde die IB Sachsen in der Vergangenheit zum Beispiel durch die bundesweite Aktion ‚einprozent.de‘ beworben und unterstützt.^[41] Über crowdfunding wurden dabei Spenden für die Recherche und Dokumentation der „Asylkatastrophe“, die Vernetzung der „Widerstandsbewegungen“ und die Vorbereitung einer Verfassungsbeschwerde gesammelt. Daraus entstanden unter anderem Kurzfilme von Initiativen in Einsiedel, Zwickau und Spielfeld.^[42] Hinter ‚einprozent.de‘ stand neben Jürgen Elsässer und Götz Kubitschek auch Philip Stein^[43], Mitglied der Marburger Burschenschaft Germania, Pressesprecher des Dachverbandes ‚Deutsche Burschenschaft‘ sowie Autor der ‚Blauen Narzisse‘ und neben Felix Menzel Autor des Buchs „Junges Europa“.^[44] Diese Personalie sei stellvertretend für die vielen ausgeprägten Personalunionen genannt, die im Umfeld der ‚Identitären Bewegung‘ keine Seltenheit sind.

- [1] Die Ortsgruppe nennt sich selbst „Identitäre Bewegung Oberlausitz“ und gibt zudem noch Standorte in Hoyerswerda, Bischofswerda und Görlitz an.
- [2] Identitäre Bewegung, Der Blog der Identitären. Aktiv in Sachsen - Für Deutschland
- [3] vgl. z.B. Sellner, Martin: Debunking the Dogma of Diversity. YouTube-Video
- [4] vgl. IB-Laden. Der Materialshop der Identitären
- [5] vgl. Menzel (Blog vom 18. März 2014)
- [6] Das Zitat stammt aus dem Selbstverständnis des Labels, das 2015 auf ihrer Website zu lesen war. Mittlerweile wurde die Seite umgestaltet. In einem Artikel von Théo Garrel findet sich das Zitat noch: Garrel, Théo: Phalanx Europa: Kleidung von Identitären für Identitäre. 2019 schreibt Phalanx Europa folgendes über sich: „Phalanx Europa steht für ein konsequent patriotisches Weltbild.“ Phalanx Europa. Internetgeschäft.
- [7] Génération Identitaire. Die Kriegserklärung der französischen Jugend. YouTube-Video (26.05.2013)
- [8] vgl. Schmid, Bernhard: Die „identitäre Bewegung“ lud zum „Konvent“. In: haGalil.com. Jüdisches Leben online
- [9] vgl. Interview mit Nils Altmieks. YouTube-Video (12.10.2014)
- [10] Neben diesen drei universalistischen Ideologien, spricht Sellner (IB Österreich) auch vom universalistischen Islam. vgl. Identitäre Bewegung. Nationalismus revisited – Teil 4
- [11] ebd., vgl. auch Identitäre Bewegung. Nationalismus revisited – Teil 3
- [12] vgl. Freistaat Sachsen. Staatsministerium des Inneren. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2016
- [13] vgl. DGB Region Südwestsachsen (2014) S. 55f. 
- [14] ebd.
- [15] vgl. Beyer, Lukas: Das Netzwerk Kubitschek – Teil 1. In: Zeit online (16.02.2017)
- [16] DBG Region Südwestsachsen (2014) S. 5f.
- [17] vgl. Krass, Sebastian: Extremisten bei rechter Messe in Erlangen. In: Süddeutsche Zeitung online (11.06.2015)
- [18] vgl. Sieber, Roland: Neonazis übernehmen die „Identitäre Bewegung“. In: Zeit online (16.12.2012)
- [19] Maik Sch. hat sich laut eigener Angaben in den letzten Jahren von der rechtsextremen Szene abgewendet.
- [20] vgl. Fuchs, Kevin: Die „Identitäre Bewegung“ erklärt den Krieg. In: Lotta online (15.01.2013); Maegele, Anton: „Tag der Identität“ am 13. August. In: brn.de online (27.07.2011); Fischer, Patrick: Tag der Identität 2011 in Geithain. YouTube-Video (17.11.2011)
- [21] vgl. Identität – Werde, wer DU bist. Internetauftritt der NPD (14.12.2012)
- [22] vgl. Neonazi in der AfD. MDR Exakt. YouTube-Video (03.09.2014)
- [23] vgl. Freistaat Sachsen: Internetauftritt des Freistaates Sachsen. Wahlen. Bewerber(-Statistik)
- [24] vgl. Patriotische Plattform. WIR SIND IDENTITÄR! (14.06.2016) Die patriotische Plattform war ein Zusammenschluss aus AfD-Mitgliedern, die sich im September 2018 selbst aufgelöst hat. Sie zählte zum rechten Flügel innerhalb der AfD mit Verbindungen in rechtsextreme Kreise. Vgl. Geyer, Steven: AfD-Rechtsaußen will „Patriotische Plattform“ auflösen. In: Frankfurter Rundschau online (23.09.2018)
- [25] Vgl. Junge Alternative des Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Zuvor war Koschkar bei der Jungen Alternative Sachsen aktiv.
- [26] vgl. Eckes (2016) S.100. Formate des Vlogs waren u.a. Interviews wie dieses mit einem IB-Aktivistin aus Mecklenburg-Vorpommern: vgl. IDENTITÄRA – Im Interview mit einem Aktivistin der IB (27.08.2017).
- [27] Freistaat Sachsen: Staatsministerium des Inneren. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017 (2018) S.111
- [28] vgl. Stadt Zwickau. Wahlarchiv online
- [29] vgl. Das NSU-UnterstützerInnenumfeld zwischen Chemnitz und Zwickau. In: Antifaschistisches Infoblatt online (03.03.2017); Die gefährliche Nähe einer Rechtsextremismusexpertin zur Identitären Bewegung. In: jungle.world online (02.08.2018)
- [31] vgl. Federl, Fabian: Hausfriedensbruch im sächsischen Landtag. In: Der Tagesspiegel online (06.01.2015)
- [32] vgl. LEGIDA. 13. Abendspaziergang in Leipzig am 15. Juni 2015, Richard-Wagner-Platz. YouTube-Video (ab Minute 28:34)
- [33] vgl. Identitäre Bewegung Sachsen. Vier Jahre Pegida (24.10.2018)
- [34] vgl. Identitäre Bewegung, Der Blog der Identitären. Identitärer Protest im Erzgebirge (22.04.2016)
- [35] vgl. Internetauftritt der Identitären Bewegung Sachsen
- [36] vgl. BelltowerNews (Hrsg.): Früher NPD, jetzt „Identitäre Bewegung“. In: Belltower News online (25.04.2017)
- [37] Im Mai 2018 wurden die meisten Facebook und Instagram-Profile der IB in Deutschland gelöscht oder deaktiviert. Vgl. Facebook und Instagram sperren Seiten der „Identitären Bewegung“. In: Rheinische Post online (31.05.2018)
- [38] vgl. Frontal 21 online: Die neue Bewegung der Identitären. YouTube-Video (4.11.2014)
- [39] vgl. Rassistische Mobilisierungen in Chemnitz - eine Einordnung. In: Antifaschistisches Infoblatt online (03.09.2018)
- [40] vgl. Sommerlich, Karla: Niemand will Teil der „Identitären Bewegung“ sein. In: Belltower.News online (27.08.2018)
- [41] Röpke (2018) S. 66 
- [42] So wird beispielsweise der oben erwähnte Youtube-Kanal „Laut gedacht“ durch die einprozent-Aktion ermöglicht.
- [43] vgl. den Internetauftritt www.einprozent.de
- [44] Kubitschek und Elsässer werden aktuell nicht mehr als Vorstand geführt, waren jedoch mitverantwortlich für die Gründung der Initiative. Vgl. Neumann, János: Zwischen Hetze und peinlicher Inszenierung. In: Das „Ein Prozent“ Recherchenetzwerk. Magazin „der rechte rand“ Ausgabe 169 11/2017.

„In einer offenen Gesellschaft leben Individuen mit unterschiedlichen Lebensstilen, Glücksvorstellungen und Weltanschauungen miteinander. Sie bauen auf einer Wertebasis auf. Die besteht aus solchen Begriffen wie Menschenrechten und Freiheit, Solidarität und Vielfalt.“

NEONAZISTISCHE SUBKULTUR IN SACHSEN

Kleidung und Musik

■ Franz Hammer

Die subkulturelle Ebene, welche sich unter anderem in Musik und Kleidungsstilen widerspiegelt, spielt eine wesentliche Rolle für die organisierte Naziszene. Häufig sind dies auch die auffälligsten Ausprägungen, die uns in der Öffentlichkeit begegnen. T-Shirts und Aufkleber mit eindeutigen Aussagen sind sinnstiftend in die eigene Szene hinein. Nach außen fungieren sie als Kampfansage an politische Gegnerinnen, Menschen die als nicht-deutsch wahrgenommen werden, Christen oder an das ‚System‘ als solches. Musik ist ein wesentlicher Teil dieser Subkultur und transportiert die weltanschaulichen Inhalte an ein breiteres Publikum. Außerdem fasziniert sie junge Menschen, nicht zuletzt auch, weil das Hören dieser Musik durch die Erwachsenen missbilligt oder sanktioniert wird.

Musik

Musik ist einer der wesentlichen Faktoren, um Menschen schrittweise an die Szene heranzuführen und für Ideen organisierter Nazis zu begeistern. So kopierte die sächsische NPD nicht zufällig eine Idee der Freien Kräfte und verteilte während des Landtagswahlkampfes 2004 rund 25.000 mal die „Schulhof-CD“. Ziel war es, junge Wählerinnen an die Ideen der NPD und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ heranzuführen. Dieses Konzept wurde als erfolgreich eingeschätzt und in den folgenden Jahren bundesweit immer wieder aufgegriffen. Natürlich sind Wirkungsaussagen schwierig zu treffen, denn nicht zwingend führt die Rezeption von Nazimusik zur Übernahme ihrer ideologischen Positionen und Wertvorstellungen. Jedoch eröffnen sich Möglichkeiten, auf ansprechende Weise Jugendliche mit politischen Ideen und Akteuren vor Ort in Kontakt kommen zu lassen. Befragt man Jugendliche an sächsischen Schulen, so ist zu beobachten, dass diese oft einschlägige Nazibands kennen und auch hören. Hier eröffnet sich ein Feld für alle Beteiligten (Eltern, Pädagogen, Vertrauenspersonen etc.), gemeinsam mit den Jugendlichen die Inhalte dieser Musik zu reflektieren und sich damit auseinanderzusetzen.

Ein Blick auf die Musikstile zeigt: Die Bandbreite reicht von Bands, die den klassischen Rechtsrock vertreten, über NS-Hiphop, Liedermacherinnen bis hin zu NS-Hatecore. Kurz formuliert lässt sich sagen, dass sich für nahezu jede erfolgreiche Musikrichtung ihre Entsprechung untersetzt mit Nazitexten finden lässt. Dabei geht es nicht zuletzt darum, zeitgemäß und anschlussfähig zu bleiben.

„Musik ist einer der wesentlichen Faktoren, um Menschen schrittweise an die Szene heranzuführen und für Ideen organisierter Nazis zu begeistern.“

Die Szene in Sachsen

Sachsen verfügt über eine agile und hoch organisierte Szene. Eine Vielzahl von Bandprojekten ist hier beheimatet. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass diese Bands Teil bestehender Nazinetzwerke sind. Drei Beispiele sollen dies hier kurz belegen:

- 1.) ‚Storm of Mind‘ ist ein in Bennewitz beheimatetes Projekt rund um den Sänger Chris Rox, welcher als Teil der gewaltbereiten ‚Terrorcrew Muldentale‘ (TCM) bei einem brutalen Überfall auf den antirassistischen Fussballverein ‚Roter Stern Leipzig‘ im Jahr 2009 beteiligt war. Wegen dieses Überfalls wurde er zu einer Haftstrafe verurteilt. ‚Storm of Mind‘ lieferte unter anderem mit dem Titel „TCM“ den Soundtrack zu den Gewalttaten, die gegen politische Gegnerinnen verübt wurden. Gegen die Terrorcrew Muldentale wird wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt.
- 2.) Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Bandprojekt ‚Inkubation‘ aus Döbeln im Umfeld der ‚Nationalen Sozialisten Döbeln‘. Im Februar 2013 wurden sowohl die Vereinigung ‚Nationale Sozialisten Döbeln‘ als auch die Band ‚Inkubation‘ verboten, da sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten und aus sich überschneidenden Personenkreisen bestanden.
- 3.) Die Dresdner Band ‚Blutzeugen‘ nimmt nicht nur mit ihrem Namen Bezug auf den historischen Faschismus, sondern spielte im Februar 2019 auch beim ‚Tag der Ehre‘ in Budapest, einem durch die ungarische ‚Blood & Honour‘- Sektion ausgerichtetem Festival. Am ‚Tag der Ehre‘ wird seit mehreren Jahren bereits gefallenen Soldaten von Einheiten ungarischer Faschisten und der Waffen-SS gedacht. Das Event gehört seit vielen Jahren zum festen Ritual von Faschisten aus ganz Europa.

Konzerte

Konzerte sind wichtig für den Zusammenhalt der Szene. Da die Veranstaltungen aufgrund öffentlichen und ordnungspolitischen Drucks, wenn sie nicht in eigenen Immobilien stattfinden, nur versteckt und szenenintern beworben und durchgeführt werden können, finden die Treffen und Feiern intern statt. Dies ist mit einem hohen Erlebnisfaktor verbunden. Sachsen war immer der Ort mit den bundesweit meisten Konzertveranstaltungen organisierter Nazis. Vielfach wurden die Konzerte durch die im Jahr 2000 in der BRD verbotene Organisation ‚Blood & Honour‘, einem europaweit agierenden Netzwerk, organisiert. Parallel organisierten die NPD und Jungen Nationaldemokraten Konzerte, bei denen sie die Kameradschaftsszene erreichen wollte.

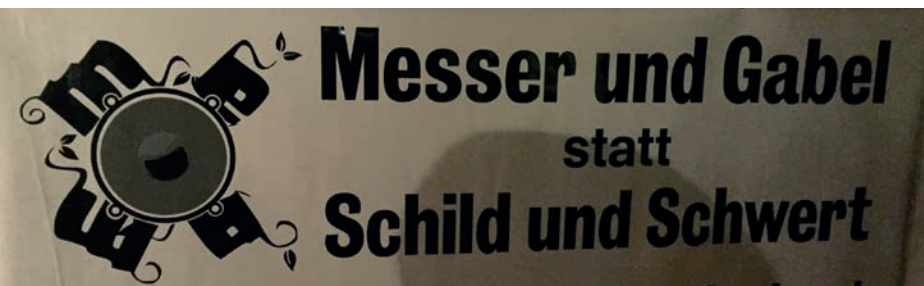
In Sachsen konnte sich ein legaler Konzertort etablieren. Seitdem geht die Zahl illegal durchgeführter Konzerte zurück. In Staupitz, einem Ortsteil von Torgau, gelang es dem Eigentümer eines alten Gasthofs diesen als Konzertort zu schaffen. Die Landkreisverwaltung schöpfte alle bau- und veranstaltungsrechtlichen Möglichkeiten aus, eine Schließung war jedoch nicht möglich. Die Auflagen wurden stets erfüllt, so dass ordnungspolitische Sanktionen kaum erfolgen können. Die Konzerte werden angemeldet und Listen mit den zu spielenden Titeln dem Ordnungsamt vorgelegt. Das Publikum ist informiert, dass im Vorfeld polizeiliche Kontrollen erfolgen, und verzichtet weitestgehend auf Symbole auf Kleidungsstücken, welche strafrechtlich relevant sein können. Baurechtliche Auflagen, wie die Einrichtung eines barrierefreien WC, wurden durch den Eigentümer erfüllt. So können hier bis zu zehn Szenekonzerte pro Jahr mit teilweise bundesweit und international anreisenden Nazis stattfinden. Die durch das Ordnungsamt festgelegte Zahl von 250 Gästen wird immer akkurat eingehalten, um keinen Anlass für Sanktionierungen zu geben.

Sachsen beheimatet die meisten Konzertveranstaltungen und ein Drittel aller bekanntesten Versandhäuser für Musik und Kleider der Naziszene.

Bereits mehrmals konnte das ‚Schild- & Schwert‘-Festival auf dem Gelände des ehemaligen Hotels ‚Neißeblick‘ in Ostritz stattfinden. Veranstalter war der stellvertretende Bundesvorsitzende der NPD, Thorsten Heise. Damit scheint sich ein neuer Festivalort für die internationale, insbesondere die deutsche rechte Szene zu etablieren. Beobachter berichten immer wieder davon, dass die Konzerte und Festivals neben dem Zelebrieren faschistischer Subkultur auch den Rahmen für strategische Absprachen und Kontaktaufnahme bieten.

Szeneläden und Versandhandel

Für Musik und Kleidung existiert in Sachsen ein breiter Markt. Eine Vielzahl von Szeneläden und Versandhäusern vertreiben Kleidungsstücke mit expliziten Inhalten. Geführt werden sie von Personen, die selbst aus der organisierten Naziszene kommen. Rund ein Drittel der bundesweit bekannten Online-Versandhandels-häuser für rechte Musik befinden sich in Sachsen, darunter die drei wohl bundesweit bedeutendsten: PC-Records, Front-Records und OPOS-Records^[7].



Kreativer Protest gegen das „Schild und Schwert“-Festival im Verpflegungszelt beim Ostritzer Friedensfest 2018

Gelder, die hier erwirtschaftet werden, fließen gezielt in die Unterstützung der Szene. Außerdem wird ideelle Unterstützung durch den Vertrieb von Kleidungsstücken und Stickern geleistet. Eine Aussage des ehemaligen Eigentümers des ‚Nordsachsen Versandes‘, des Eilenburger NPD-Stadtrats Kai Rzehaczek, welcher den Versandhandel gemeinsam mit seinem Sohn (ebenfalls NPD-Stadtrat und JN-Funktionär) betrieb, belegt dies: *„Wir unterstützen damit die Aktionsgruppe hier in Eilenburg so gut wie es geht. Unser langfristiges Ziel ist es, hier in Eilenburg ein Objekt finanzieren bzw. kaufen zu können, um der deutschen Jugend hier einen Anlaufpunkt zu geben. Desweiteren unterstützen wir Projekte und Kampagnen, mit denen wir uns identifizieren können, soweit es die finanziellen Verhältnisse das möglich machen. Wie zum Beispiel zurzeit die Initiative ‚Volkstod-stoppen.de‘ der JN Chemnitz. Hierzu wird es von uns demnächst ein T-Hemd, Aufkleber und Plakate geben.“*^[8]

Musik und Terror

Die enge Verknüpfung zwischen Versandhäusern, Bands, Konzertveranstaltern, Fans und organisierter, politisch arbeitender Szene ist spätestens seit den Nachforschungen zur Terrorgruppe ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘ bekannt. Die

Unterstützerinnen, die den drei untergetauchten Terroristen in Sachsen halfen, kannten sich über die Arbeit im Netzwerk ‚Blood & Honour‘ und durch gemeinsame Konzertbesuche. ‚Blood & Honour‘ war jedoch immer mehr als ein Netzwerk, welches europaweit Konzerte und Musikvertriebsstrukturen organisierte: mit Konzerten, dem Verkauf von Tonträgern und sonstigen Einnahmen finanzierte ein eingeweihter Kreis bewaffnete Zellen, welche Terroranschläge verübten. ‚Combat 18‘, der bewaffnete Arm des seit dem Jahr 2000 verbotenen Netzwerkes, verübte europaweit Angriffe auf Journalistinnen, politische Gegner oder als zugewandert wahrgenommene Menschen.

Ziel des Netzwerkes war es, kleine Zellen aufzubauen, welche autark Anschläge und Übergriffe verüben sollten, ohne sich öffentlich dazu zu bekennen. Dies wurde in den 90-er Jahren in Fanzines neben Plattenkritiken, Konzertberichten und -ankündigungen propagiert. Als Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe vor der Polizei aus Jena flüchteten, waren es Mitglieder von ‚Blood & Honour Sachsen‘ und ihren Vorfeldorganisationen, die ihnen Unterkunft und weitere Unterstützung zukommen ließen.

Im Lied „Döner Killer“ des Projektes ‚Gigi und die braunen Stadtmusikanten‘ heißt es: *„Neun mal hat er es jetzt schon getan. Die SoKo Bosphorus, sie schlägt Alarm.“*^[3] Da dieser Song bereits im Juni 2010, also mehr als ein Jahr bevor sich Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt ihrer Festnahme durch Selbsttötung entzogen, veröffentlicht wurde, bedeutet dies, dass innerhalb der Szene die Taten des NSU bekannt waren und gefeiert wurden. Und in Anknüpfung an die durch ‚Blood & Honour‘ propagierte Strategie, keine Bekennerschreiben zu hinterlassen, heißt es weiter im Text: *„Alles durchleuchtet, alles überprüft, doch kein einziger Hinweis und kein Tatmotiv.“*^[4] Eine eingeweihte Szene, welche die Taten interpretieren kann und in Musikstücken für die Szene feiert, oder nur Zufall? Der Kreis zwischen Terrorszene und sächsischer Musikszene schließt sich jedenfalls: Das Lied wurde 2010 beim Chemnitzer Label ‚PC-Records‘ veröffentlicht, aus dessen Umfeld einige der Helfenden kamen, welche das Trio beim Untertauchen unterstützten.

[1] Das durch den Dresdener Musikproduzenten Sebastian Raack gegründete Label, wurde inzwischen in die brandenburgische Lausitz kurz hinter der Landesgrenze zu Sachsen verlegt. Raack betreibt dort verschiedene Firmen.

[2] Freies Netz Jena: Interview

[3] Gigi & die braunen Stadtmusikanten: Dönerkiller

[4] ebd.

KLIMA DER ANGST

Wie rechte Gewalt wirkt

■ Andrea Hübler

Im Jahr 2015 eskalierte in Sachsen die Gewalt. Was im Herbst 2013 in Schneeberg begann, als tausende Menschen auf sogenannten ‚Lichtelläufen‘ gegen die Unterbringung Geflüchteter in der Erzgebirgsstadt auf die Straße gingen, spitzte sich über die Jahre zu. Was Pegida, ‚Nein zum Heim in xy‘ und Co. an rassistischer Hetze auf die Straße trugen, senkte die Hemmschwelle und führte zu einer massiven Zunahme rechter und rassistischer Gewalttaten. Sächsische Städte, von Freital über Dresden, Heidenau, Bautzen, Wurzen bis Leipzig, schafften es mit besonders heftigen Ausbrüchen rassistischer und rechter Gewalt in die bundesdeutschen, aber auch internationalen Medien. In atemberaubender Geschwindigkeit radikalisierten sich sowohl Einzelne als auch ganze Gruppen in einem Umfeld der Hetze und Verachtung gegen alles ‚Andere‘.

Anfang März 2018 verurteilte das Oberlandesgericht Dresden nach 74 Verhandlungstagen die sogenannte ‚Gruppe Freital‘, sieben Männer und eine Frau, als terroristische Vereinigung zu hohen Haftstrafen. Mehrere Sprengstoffanschläge, versuchter Mord und gefährliche Körperverletzung gingen auf ihr Konto; sie verübten in nur vier Monaten mindestens fünf Anschläge – auf das Auto eines Linken-Stadtrats, auf Wohnungen Geflüchteter in Freital und auf ein alternatives Wohnprojekt in Dresden.^[1]

Ende August 2018 verurteilte das Dresdner Landgericht Nino K. zu fast 10 Jahren Haft u.a. wegen versuchten Mordes. Er hatte im September 2016 selbstgebaute Rohrbomben an einer Dresdner Moschee sowie am Kongresszentrum in der Landeshauptstadt zur Detonation gebracht. In der Moschee hielt sich die Familie des Imams auf, im Kongresszentrum wurde wenige Tage später anlässlich des 3. Oktobers der Bundespräsident erwartet.^[2]

Beide Fälle stehen exemplarisch für eine gefährliche gesellschaftliche Entwicklung. Wenn Rassismus zur Normalität wird, wenn öffentlich verhandelbar scheint, Menschen im Mittelmeer ertrinken zu lassen, wenn rassistisch motivierte Gewalttaten

nicht als solche ernst genommen, sondern ausgeblendet, verharmlost oder gerechtfertigt werden, dann ist die Bildung solcher Strukturen und Anschläge auf Migrantinnen, people of color, Muslime, und Jüdinnen oder als politische Gegner ausgemachte Menschen jederzeit möglich und lediglich eine Frage der Zeit und des Ortes. Die Silvesternacht zu 2019 hat dies wieder tragisch vor Augen geführt, als ein 50jähriger in Bottrop und Essen sein Auto in Menschengruppen steuerte. Acht Menschen, größtenteils mit Migrationshintergrund, wurden zum Teil schwer verletzt. Ausgewählt hatte der Täter die Gruppen ganz offenbar bewusst nach seinem rassistischen Weltbild.^[3] Zwar ging die Gewalt in den zurückliegenden zwei Jahren in Sachsen wieder zurück, jedoch zeigen Ereignisse wie in Wurzen zu Anfang des Jahres 2018 oder in Chemnitz im Sommer 2018 deutlich, wie sich eine rassistisch geprägte Grundstimmung jederzeit zuspitzen und eskalieren kann. Eine nicht unerhebliche Rolle spielen dabei auch aktive Neonazistrukturen in einigen Regionen Sachsens.

229 rechtsmotivierte Angriffe zählte die Opferberatung „support“ des RAA Sachsen e.V. für das Jahr 2017, 162 davon waren rassistisch motiviert, der Großteil Körperverletzungen. Für 2018 ist nach aktuellem Stand wieder von einem deutlichen Anstieg auszugehen. Rassismus ist erneut das häufigste Tatmotiv. Die Gewalt richtet sich in der über die letzten Jahre entstandenen aggressiven Anti-Asyl-Stimmung gegen Geflüchtete und Migrantinnen, aber auch gegen all jene, die sich öffentlich gegen die Hetze positionieren oder Geflüchtete aktiv unterstützen. Selbst Journalisten sind zunehmend in den Fokus geraten.

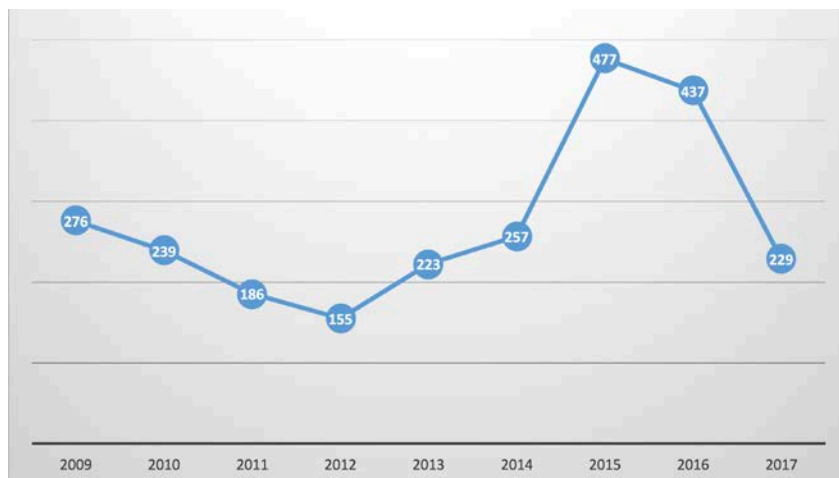


Diagramm zur Entwicklung rechtsmotivierter Angriffe

Sie werden als ‚Lügenpresse‘ beschimpft und attackiert, wenn sie versuchen von Demonstrationen zu berichten. In aller Deutlichkeit zeigte sich die gegen eine unabhängige Presse gerichtete Aggressivität bei den Demonstrationen in Chemnitz im Sommer 2018. In der drittgrößten sächsischen Stadt gab es 2018 nach aktuellem Stand 61 rechtsmotivierte Gewalttaten, 48 allein seit Ende August.

Wenn Rassismus zur Normalität wird und rassistisch motivierte Gewalttaten nicht als solche ernst genommen werden, dann ist rechte Gewalt jederzeit möglich und lediglich eine Frage der Zeit und des Ortes.

Richtetete sich die Hälfte der Taten gegen Journalistinnen und politische Gegner, war die andere Hälfte gezielt gegen Migrantinnen, people of color oder Geflüchtete gerichtet. Auch in Chemnitz fand sich, wie bereits in Freital 3 Jahre zuvor, eine sogenannte ‚Bürgerwehr‘ zusammen, die organisiert gegen diese vorgehen wollte – erneut ermittelt nun der Generalbundesanwalt in Sachsen wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung.^[4]

Wie wirkt rechte Gewalt auf die Betroffenen und darüber hinaus? An den Ereignissen in Chemnitz soll dies exemplarisch dargestellt werden. Es wird aufgezeigt werden, wie sich Zonen der Angst für alle jene bilden, die von rechter Gewalt potentiell betroffen sind: Asylsuchende, Migranten, Linke, Alternative, Flüchtlingsunterstützerinnen, Lokalpolitiker. Auf welchen Ebenen rechte Gewalt wirkt und auf welche Weise die Etablierung von Angstzonen verhindert werden kann, soll abschließend geklärt werden.

Zur Entstehung einer Angstzone

Am frühen Abend des 26. August 2018 folgten in Chemnitz bis zu 1.000 Personen – vor allem rechte Hooligans und Neonazis – einem Aufruf der Ultra-Gruppe „Kaotik“ des Chemnitzer FCs unter dem Motto ‚Zeigen, wer in der Stadt das Sagen hat‘. Anlass war eine nächtliche Auseinandersetzung am Rande des Chemnitzer Stadtfestes, bei der ein Mensch tödlich verletzt wurde. Tatverdächtig waren Asylsuchende. Unmittelbar danach kursierten auf rechten Facebook-Seiten Gerüchte zu den vermeintlichen Tätern und Hintergründen der Tat. Trotz der Aufrufe der Polizei besonnen zu reagieren und Spekulationen zu vermeiden, wurde die Trauer um einen Toten instrumentalisiert, um rassistische Vorurteile zu schüren und die

Stimmung gegen in Chemnitz lebende Migrantinnen anzuheizen. Unter Rufen wie „*Kanakenklatschen*“, „*Wir sind das Volk*“, „*Ausländer raus*“ und „*Das ist unsere Stadt*“ zog ein gewaltbereiter Mob unkontrolliert durch die Chemnitzer Innenstadt. Die Polizei, die anfangs mit nur geringen Kräften vor Ort war, hatte sichtlich Probleme die Situation unter Kontrolle zu bringen. Laut verschiedenen Berichten wurden mehrfach vermeintlich nicht-deutsche Menschen gejagt und attackiert.^[5]

In den folgenden Tagen wurde erneut nach Chemnitz an das Karl-Marx-Monument mobilisiert. An der Mobilisierung beteiligte sich ein breites Spektrum rechter Organisationen in Sachsen – darunter Hooligans, Neonazis, Pegida, Pro Chemnitz, AfD, Identitäre Bewegung. Ein AfD-Abgeordneter rief gar öffentlich über seinen Twitter Account zur Selbstjustiz auf: „*Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selber. Ganz einfach! Heute ist es Bürgerpflicht, die todbringende ‚Messermigration‘ zu stoppen!*“^[6]

An mehreren Tagen gingen Tausende Rassistinnen, Rechte und Neonazis in Chemnitz auf die Straße. Bei vier Demonstrationen von AfD, Pro Chemnitz und Pegida nutzten sie den Anlass um gegen Geflüchtete, Migranten, Linke und Medien zu hetzen und massiv Gewalt auszuüben, von der Polizei nur unzureichend in Schach gehalten. Mehr als 30 Angriffe wurden allein in diesen Tagen gezählt^[7]. Für people of color, Migranten, Geflüchtete war die Chemnitzer Innenstadt über Tage eine Angstzone. Auch in anderen Stadtteilen wurden Menschen angegriffen.^[8] Viele Betroffene berichteten, aus Angst vor Attacken die Wohnung nicht mehr zu verlassen. Zwei Wochen später agierte in Chemnitz eine selbsternannte ‚Bürgerwehr‘. Am 14. September, im Nachgang der nun wöchentlichen Demonstration umzingelten 15 Angreifer zunächst eine Gruppe Jugendlicher und wollten deren Ausweise kontrollieren. Die Jugendlichen konnten flüchten. Danach griffen sie eine weitere Gruppe von Deutschen und Migrantinnen an. Es fielen rassistische Beleidigungen, ein Iraner wurde verletzt. Inzwischen ermittelt der Generalbundesanwalt wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung. ‚*Revolution Chemnitz*‘ soll weitere Angriffe geplant haben.^[9] Auch Restaurants wurden gezielt attackiert. Bereits während der rassistischen August-Ausschreitungen attackierten Neonazis das jüdische Restaurant ‚Shalom‘. Im Oktober folgten Angriffe auf ein persisches und ein türkisches Restaurant.^[10]

Verunsicherung und Angst prägen seither den Alltag von people of color und Migranten in Chemnitz. „*So etwas hat es in den letzten 10 Jahren noch nie gegeben, dass ich mir überlegen muss, ob ich das Haus verlassen sollte und so geht es vielen meiner Bekannten*“, berichtete eine Sprachmittlerin^[11].



Rechtsextreme Demonstration am 13. Februar 2013 in Dresden

Zur gesellschaftlichen Dimension

Rechte Gewalt ist keine Form von Gewalt wie jede andere, sondern geht einher mit spezifischen Wirkungen. Auslöser für eine rechte Gewalttat ist gerade kein persönlicher Konflikt zwischen ‚Täterinnen‘ und den Betroffenen. Die ‚Angreifer‘ vertreten eine menschenfeindliche Einstellung, aus der heraus sie eine Person bspw. aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder auch wegen ihrer politischen Einstellung als Feind definieren und entsprechend handeln. Daraus spricht die Vorstellung, dass nicht alle Menschen gleich viel wert sind. Rechte Gewalt wird zumeist spontan verübt, aber auch in geplanter und organisierter Weise in Form von Anschlägen. Rechte Angriffe erzielen immer auf drei Ebenen ihre Wirkung:

- 1.) Rechte Gewalt richtet sich zuerst gegen die einzelnen Menschen.
- 2.) Doch sie werden nicht als einzelnes Individuum, sondern als Vertreter einer Gruppe angegriffen. Die Tat signalisiert Ablehnung an die Gruppe der Betroffenen und verbreitet so Angst und Unsicherheit in dieser. Sie signalisieren allen Angehörigen der betroffenen Gruppe, dass sie weniger wert sind, dass sie verachtet, verunglimpft und gehasst werden und generell in der Gesellschaft nicht erwünscht sind. Für viele Betroffene sind Gewalt und Diskriminierung keine einmaligen Erfahrungen, sondern sich wiederholende Erlebnisse.
- 3.) Auf dritter Ebene widerspricht rechte Gewalt den Bürger-, Grund- und Menschenrechten. Sie ist deshalb immer auch ein Angriff auf die Grundlagen unserer Demokratie und unserer Gesellschaft. Rechte Gewalttaten sind Botchaftsverbrechen mit Auswirkungen auf individueller, gruppenbezogener und gesellschaftlicher Ebene.

Als Angriffe auf die Grundprinzipien einer demokratischen, offenen Gesellschaft erfordert rechte Gewalt besondere Beachtung. Die Gesellschaft und ihre Institutionen bis hinein in die lokalen Zusammenhänge tragen die Verantwortung für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander aller hier lebenden Menschen. Deshalb ist rechter Gewalt, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit mit Entschlossenheit und Klarheit entgegenzuwirken.

„Rechte Gewalttaten sind Botschaftsverbrechen mit Auswirkungen auf individueller, gruppenbezogener und gesellschaftlicher Ebene.“

Um diesem Anspruch gerecht zu werden und die Entwicklung einer Angstzone wie in Chemnitz frühzeitig zu verhindern ist zweierlei notwendig: Das Problem erkennen – heißt: Wachsam sein gegenüber rechten Strukturen, sensibel sein gegenüber Einstellungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Das Problem benennen und Stellung beziehen – heißt: klare Bekenntnisse statt Relativierung, Ächtung rechter und rassistischer Gewalt und wahrnehmbare Solidarisierung mit den Betroffenen.

[1] vgl. RAA (Hrsg.) Prozessdokumentation; Hübler (2018) S. 129-133

[2] vgl. Fast zehn Jahre Haft für Dresdner Anschläge. In: Zeit online vom 31.08.2018

[3] vgl. Vu Vanessa: Die Grenzen zwischen Amok und Terror können verwischen. Interview mit Matthias Quent. In: Zeit online vom 02.01.2019; Hartleb, Florian: Einsame Wölfe, unterschätzte Gefahr. In: Cicero vom 09.01.2019

[4] vgl. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (Hrsg.). Festnahme- und Durchsuchungsmaßnahmen wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung. Pressemitteilung vom 1.10.2018

[5] vgl. Grunert, Johannes: Rechte jagen Menschen in Chemnitz. In: Zeit online vom 27.08.2018

[6] Frohnmeier, Markus: #Frohnmeier_AfD (26.08.2018)

[7] vgl. RAA (Hrsg.) Chemnitz: eine erste Bilanz

[8] vgl. Polizei ermittelt: Ausländerfeindlicher Angriff in Chemnitz. In: Freie Presse online vom 14.09.2018; Tausende Menschen bei Protesten gegen Rechts und gegen Flüchtlinge. In: Freie Presse online vom 01.09.2018

[9] vgl. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (Hrsg.). Festnahme- und Durchsuchungsmaßnahmen wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung. Pressemitteilung vom 1.10.2018

[10] vgl. Ausländische Wirte in Chemnitz: „Wir müssen stark bleiben“. In: Freie Presse online vom 24.10.2018

[11] anonyme Mitteilung

VÖLKISCHES LANDLEBEN

Eine extrem rechte Graswurzelstrategie

■ Anna Schmidt

„Was meine ökologische Landwirtschaft angeht, so betreibe ich sie, weil es in einer Zeit der beabsichtigten Vergiftung der Lebensräume unseres Volkes friedlichen Widerstand gegen die Missstände darstellt. Blut und Boden funktioniert und die Menschen werden es glauben und verstehen, wenn sie es sehen“^[1], heißt es auf der Facebook-Seite eines extrem Rechten. Er hat sich vor einigen Jahren in einem kleinen Dorf im Wendland niedergelassen, auf seinem Hof eine Streuobstwiese angelegt und hält alte Nutztierassen.

Seinen Nachbarinnen fiel seine extrem rechte Einstellung anfangs nicht auf, weil er gegen Atomkraft protestierte und sich gegenüber anderen freundlich und hilfsbereit verhielt. Doch seine Freunde, die ihm bei Arbeitseinsätzen an Wochenenden halfen, den Hof aufzubauen, stammen aus der extrem rechten Szene, Deutschrock schallte bei seinen Feiern durch die Gegend und im angetrunkenen Zustand bezeichnete er sich selbst als ‚Nationalsozialist‘. Die zunehmend kritischen Nachbarinnen in seiner Umgebung bezeichnete er abfällig als ‚Juden‘ und bedrohte sie mit einem Knüppel.

Die völkische Avantgarde

Der Landwirt ist ein völkischer Siedler: Schon seit Beginn der neunziger Jahre ziehen extrem Rechte auf das Land, um dort ihre menschenfeindliche Weltanschauung zu leben. Weil sie versuchen, Selbstversorgung zu betreiben und sich naturnah geben, werden sie häufig als harmlose Ökos oder alternative Aussteigerinnen angesehen. Aber ihre politische Einstellung richtet sich gegen die demokratische Gesellschaftsordnung, sie vertreten rassistisch-antisemitische Positionen und sehen Geflüchtete, Homo-, Transsexuelle und Behinderte als Bedrohung an.

Ihr völkisches Weltbild beruht auf der Annahme, es gebe eine ‚deutsche Volksgemeinschaft‘, der nur diejenigen angehören könnten, die ihre Abstammung bluts-

mäßig mit einer möglichst langen deutschen Ahnenreihe nachweisen können. Diese Idee stammt aus der völkischen Bewegung, die sich Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts formierte, ihren Höhepunkt im Nationalsozialismus fand und sich auch heute noch unter extrem Rechten großer Beliebtheit erfreut. Die ‚Volksgemeinschaft‘ wird als natürlicher Zusammenhang verstanden, als organisches Ganzes, dem sich alle Einzelnen zu unterwerfen hätten. Die Gemeinschaft wird allen anderen Menschen als überlegen angesehen. Wer nicht zu ihr zählt oder sich gegen sie stellt, wird als unnatürlich, krank und feindlich wahrgenommen.

„Die ‚Volksgemeinschaft‘ wird als natürlicher Zusammenhang verstanden, als organisches Ganzes, dem sich alle Einzelnen zu unterwerfen hätten.“

Die völkischen Siedler vertreten diese Weltanschauung mit großer Überzeugung. Sie stammen häufig aus dem Kern der extrem rechten Szene und sind zum Teil schon von Klein auf mit diesen Idealen erzogen worden. Dementsprechend sind sie gut vernetzt, ihre Kontakte reichen in die NPD, die Freien Kameradschaften, rechte Jugend- und Hochschulbünde, zu den Reichsbürgerinnen und in neurechte Kreise.

Sich selbst begreifen die Siedler als eine Avantgarde innerhalb der Szene, aber auch der gesamten Gesellschaft. Sie wollen ihre politische Überzeugung nicht nur auf Demonstrationen oder im Parteiamt vertreten, sondern sie tagtäglich leben, um anderen vorzuführen, was sie für richtig halten. Für die extrem rechte Szene stellen sie einen wichtigen Ankerpunkt dar, weil sie mit ihrem Lebenskonzept eine langfristige, solide Basis schaffen, um die menschenfeindliche Weltanschauung zu verbreiten.

Siedeln auf der ‚deutschen Scholle‘

Es zieht die völkischen Siedler in den ländlichen Raum, weil sie größere Städte wegen ihrer Modernität und der Vielfalt der Kulturen ablehnen. Auf dem Land ist die Lebensweise zum Teil noch traditioneller, daran können sie besser anknüpfen und in manch menschenleeren Gegenden können sie ungestörter ihre rechten Ideale leben. Dabei kommt ihnen zugute, dass die Grundstücks- und Immobilienpreise auf dem Land geringer sind, als in den Städten. Wie der eingangs genannte Siedler aus dem Wendland versuchen seine Gesinnungsgenossen Selbstversorgung zu betreiben, um sich von größeren Wirtschaftskreisläufen unabhängig zu machen. Aus der vermeintlichen Bedrohung der ‚Volksgemeinschaft‘ durch Außenstehende leiten die Siedlerinnen einen ständigen Ausnahmezustand ab, sie wittern den ‚Volkstod‘ und glauben, sich für den ‚Ernstfall‘ eines



Bürgerkrieges rüsten zu müssen. Sie betätigen sich häufig als Handwerker oder Landwirtinnen, weil sie so besser autark leben können, aber auch, weil die Völkischen das Bauerntum als höchste Form der Selbstverwirklichung der deutschen ‚Volksseele‘ ansehen. Die Frauen stehen den Männern dabei in nichts nach: Eine Siedlerin aus Thüringen nahm bei einem öffentlichen Gespann-Pflügen im traditionellen Bauernkleid teil. So knüpfen sie über ihre Produkte und Dienstleistungen unauffällig an ihre Umgebung an und geben sich als freundliche Nachbarn oder engagierte Vereinsmitglieder.

Naturschutz im Namen der ‚Volksgemeinschaft‘

Ihre Lebensweise wird als umweltbewusst wahrgenommen, weil sie dem zunehmend verbreiteten ökologischen Lifestyle ähnelt. ‚Natürlich‘ ist für die völkischen Siedler aber nur die deutsche ‚Volksgemeinschaft‘. Mit gesunder Ernährung wollen sie nicht in erster Linie sich, sondern den deutschen ‚Volkskörper‘ stärken. Engagiert bei Tierrechtsorganisationen oder Anti-Gentechnikinitiativen finden sie gut Anschluss in der Umweltbewegung, wirken fortschrittlich und alternativ. Doch ihre Gesellschaftskritik richtet sich nicht gegen deutsche Firmen, die Massenproduktion und -tierhaltung betreiben, weil sie den global durchgesetzten Bedingungen der kapitalistischen Profitmaximierung folgen wie alle anderen auch. Die Siedlerinnen bevorzugen regionale Produktionskreisläufe, weil sie aus rassistischen Motiven ausländische und internationaler Firmen ablehnen. Ihnen unterstellen sie, aus reiner Profitgier zu handeln und den deutschen Boden zu vergiften. ‚Naturschutz = Heimat = Volksschutz‘ ist die Gleichung, die schon völkische Naturschützerinnen zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts vertraten und die auch jetzt noch in der extrem rechten Szene vertreten wird. Völkische Siedler haben nicht das Ziel für alle Lebewesen, ob Mensch, Tier oder Pflanze, ein gutes Leben zu ermöglichen, sondern nur für die, die sie als deutsch ansehen.

Der ganzheitliche Ansatz, der häufig ein Scharnier zwischen umweltbewusstem und esoterischem Denken darstellt, bietet den Siedlerinnen einen weiteren Anknüpfungspunkt an den gesellschaftlichen Mainstream. Während Öko-Anhänger, Esoterikerinnen und Anthroposophen sich in der allumfassenden Verbundenheit mit allem Lebenden wähen, bedeutet Ganzheitlichkeit für die Siedlerinnen die organische Verbundenheit aller in der deutschen ‚Volksgemeinschaft‘. Besonders in der anthroposophischen Lebensweise finden die Siedler immer wieder Bezugspunkte, die sie in ihr Weltbild gut integrieren können: Rudolf Steiners Theorie beruhte auf einer rassischen Einteilung der Menschheit in hierarchisch eingeteilte Wurzelrassen. Seine kosmisch-mythische Welterklärung rechnet mit dem Wirken höherer Wesenheiten, welche die Menschheitsentwicklung leiten. Die von ihm verwendete Vorstellung der ‚Volkseele‘ kann in Entsprechung zur völkischen Idee der ‚Volksgemeinschaft‘ gedeutet werden.^[2]

Von klein auf politisch gedrillt

Waldorfschulen sind bei völkischen Siedlerinnen nicht nur wegen ihrer weltanschaulichen Ausrichtung beliebt, sondern auch, weil sie wie auch andere freie Schulen und Kindergärten der staatlichen Kontrolle in Teilen entzogen sind. Die Siedler versuchen ihre Kinder möglichst lange von demokratischen Einflüssen fern zu halten und erziehen häufig zu Hause. Die Schulpflicht zwingt sie aber dazu, die Kinder in anderen Erziehungsinstitution unterzubringen und so wählen sie häufig freie Träger aus, weil sie hier innerhalb von Vereinsstrukturen auf die Ausrichtung der Bildung Einfluss nehmen können. Ihnen geht es dabei nicht nur um die eigenen Kinder: Nicht selten ergreifen die Frauen in der extrem rechten Szene Erziehungsberufe und versuchen, schon den Kleinsten ihre menschenfeindliche Weltanschauung zu vermitteln. In der NPD-Zeitung Deutsche Stimme wurden Frauen schon vor Jahren dazu aufgerufen, diese Berufe zu ergreifen, um „den Etablierten nicht das Feld zu überlassen.“^[3]

Völkische Siedlerinnen können über ihre Kinder einfacher Sozialkontakte aufbauen: Als engagierte Mutter im Elternbeirat oder in der Fahrgemeinschaft setzen sie sich in den Alltagsstrukturen fest, übernehmen Verantwortung und Ämter, bis sie nicht mehr so leicht aus diesen Positionen verdrängt werden können. Entsprechend eines immer noch weit verbreiteten Stereotyps von der Frau als friedfertigen und unpolitischem Wesen, wird ihnen eine extrem rechte Weltanschauung weniger zugetraut als ihren männlichen Gesinnungsgenossen. Innerhalb des völkischen Weltbildes sind die Geschlechterrollen traditionell aufgeteilt: Die Frau ist für die Geburt und Erziehung der Kinder sowie den Haushalt zuständig, der Mann versorgt und beschützt die Familie. Diese gilt als Keimzelle

der ‚Volksgemeinschaft‘ und so ist es die Pflicht der Eltern, möglichst viele Kinder zu zeugen, um die Gemeinschaft zu erhalten. In wenig bewohnten Gegenden, die die Menschen zunehmend auf der Suche nach Arbeit verlassen, werden die Großfamilien der völkischen Siedlerinnen zunächst als Bereicherung wahrgenommen, weil sie die Orte wieder mit Leben erfüllen.

Häufig stammen die Siedler selbst schon aus Großfamilien, die sie ‚Sippen‘ nennen, und die die völkische Weltanschauung schon seit Generationen, teilweise seit dem Nationalsozialismus, tradieren. Dementsprechend gefestigt sind sie in ihrer Einstellung. Ihre Kinder schicken sie gerne in rechte Jugendverbände, die mit naturnahen Aktivitäten werben, die Kleinen aber politisch schulen und militärisch drillen. Mit Wehrsportübungen, Überlebenstrainings und Fahnenappellen trainieren hier – auch die Eltern – für den vermeintlichen Ernstfall. Sie wollen in der Lage sein, ihre Weltanschauung nach Bedarf mit Härte und Gewalt zu vertreten. Ihre Kinder sollen zur zukünftigen Elite der extrem rechten Szene hochgezüchtet werden.



Mit dem Segen nordischer Götter

Die Fokussierung der Siedlerinnen auf Krieg und Härte spiegelt sich auch in ihrer kulturellen Ausrichtung wieder: Sie pflegen ein ‚germanisches‘ Brauchtum, das sie an die nordische Mythologie anlehnen. Damit grenzen sie sich vom Christentum ab, das sie als internationalistisch und aufgrund seines Gebots der Nächstenliebe als verweichlicht ansehen. Der nordische Glaube gilt ihnen dagegen als stark und kämpferisch und entspricht damit

mehr ihrer Haltung, sich dauernd im Kampf gegen die ‚Volksfeinde‘ bewähren zu müssen. Ihr Brauchtum drücken sie durch das Tragen traditioneller Kleidung aus und sie verwenden gerne Runen, mit denen sie sich schmücken.

Die ‚Artgemeinschaft germanische Glaubensgemeinschaft wesensgleicher Lebensgestaltung‘ ist eine der wichtigsten völkisch-rassistischen Glaubensgruppen. Sie organisiert (Winter-)Sonnenwendfeiern, zu denen sich bisweilen hunderte von extrem Rechten versammeln und die besonders bei völkischen Familien beliebt sind. Gleichzeitig ruft sie ihre Anhänger aber auch zu politischen Handeln auf und verfolgt dabei dieselbe Strategie, mit der die völkischen Siedlerinnen vorgehen.

„Natürlich ist nicht jeder Biobauer mit einer großen Familie ein völkischer Siedler. Aber gerade weil nicht ungerechtfertigt Misstrauen verbreitet werden soll, ist es wichtig, über diese Siedlungstendenz innerhalb der extrem rechten Szene zu informieren.“

In dem Manifest ‚Die Zukunft des Artglaubens‘ heißt es: „Wir können kleine Gruppen bilden, die wissen, was sie wollen. Persönlich können wir ‚infiltrativ‘ wirken, in Vereine, Gesellschaften, Gruppen gehen und dabei viele Mitmenschen über die erkannten Zusammenhänge nachdenklich machen, ihnen Denkanstöße geben, ihnen naturnahe Ansichten darstellen, sie letztlich ‚zu sich selbst führen‘ [...] Das Wichtigste aber angesichts dieses sterbenden Volkes ist, das Leben in möglichst großer Zahl weiterzugeben. (Erfreulicherweise gehört es bei uns ‚zum guten Ton‘, viele Kinder zu haben.) [...] Wenn sich die derzeit herrschenden Kräfte infolge ihrer gewollten Kinderlosigkeit und ihrer Eigensüchtigkeit verflüchtigt haben werden, dann könnten wir, wenn wir Geduld haben, rein zahlenmäßig ein gewisser Faktor geworden sein.“^[4]

Die völkischen Siedlerinnen sind in ganz Deutschland verbreitet, ihre Vorgehensweise ist aber immer noch weitgehend unbekannt und wenig erforscht. Natürlich ist nicht jeder Biobauer mit einer großen Familie ein völkischer Siedler. Aber gerade weil nicht ungerechtfertigt Misstrauen verbreitet werden soll, ist es wichtig, über diese Siedlungstendenz innerhalb der extrem rechten Szene zu informieren. Ebenso ist es wichtig, sich gemeinsam über die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft zu verständigen, um sie tagtäglich mit Leben zu erfüllen und den Siedlerinnen keine Anknüpfungspunkte für ihre extrem rechte Weltanschauung zu bieten.

[1] Schmidt, Anna: Die netten Nazis vom Ökohof, 03.09.2015. In: *jungle.world*

[2] vgl. Steiner, R.: Die Mission einzelner Volksseelen im Zusammenhang mit der germanisch-nordischen Mythologie

[3] Schreiber (2010)

[4] Hopfner, W. Dr.: Die Zukunft des Artglaubens

VOM UNSICHTBARWERDEN DER FRAU IN (NEUEN) POPULISTISCHEN DEBATTEN

■ Kathrin Wallrabe

„Gott, wie dein Name, so ist auch dein Ruhm bis an der Welt Enden. Deine Rechte ist voll Gerechtigkeit. Es freue sich der Berg Zion und die Töchter Juda seien fröhlich um deiner Rechte willen.“ (Ps 48)

In der Bibel wird das Thema Gerechtigkeit an vielen Stellen prominent aufgegriffen^[1], auch das Thema Geschlechtergerechtigkeit. Aktuell ist zu beobachten, dass Werte, die die christlichen Gemeinschaften vertreten und die der gesamten Gesellschaft dienen, von populistischen Argumentationen aufgegriffen und instrumentalisiert werden. Konkret ist dies bei Themen wie ‚Schutz vor Gewalt gegen Frauen‘, ‚Schwangerschaftsabbruch‘, ‚sexueller Selbstbestimmung‘ und ‚Rollenbilder‘ in Familie und Gesellschaft zu beobachten. Dabei scheint die Frau als selbstständige Person in den Hintergrund zu treten, sozusagen als Bürgerin zu ‚verschwinden‘. Sie erscheint als Objekt, das beschützt werden soll, als Mutter, die sich ausschließlich der Familie widmet, als Person, die zur Freude der Männer lebt. Die Debatte ist nicht neu, aber Frauenrechte und Wahlfreiheit der Lebensformen sind in Deutschland Selbstverständlichkeit und scheinen nun in populistischen Forderungen in Frage zu stehen. Woher kommt dies und wem nutzt das?

Schutzmacht für deutsche Frauen

Zahlen^[2] zeigen: Zum Rechtspopulismus fühlen sich eher Männer hingezogen. Besonders für eine Gruppe sind sie attraktiv: die ‚kulturellen Modernisierungsverlierer‘. Für sie sind das traditionelle Frauenbild und der Anti-Asyl-Kurs verlockend. *„Der Antifeminismus und die Ablehnung des Islams, diese beiden Ideen haben eine Scharnierfunktion zwischen Männern und Frauen innerhalb der AfD und auch zwischen der*

AfD und der Gesellschaft^[3], analysiert die Rechtsextremismus-Forscherin Esther Lehnert von der Berliner Alice Salomon Hochschule. Sexuelle Übergriffe gegenüber deutschen Frauen dienen als zentrales Argument, mit dem die AfD um weibliche Wählerinnen wirbt. Die Partei verkauft sich als Schutzmacht für deutsche Frauen, die sich belästigt oder unterdrückt fühlen von männlichen Zuwanderern aus Staaten, in denen Frauen weniger Rechte haben.

In vielen ländlichen Gebieten Sachsens sind Frauen selten geworden. Besonders junge und gut ausgebildete Frauen haben Sachsen den Rücken gekehrt.^[4] Dies beschleunigt die demografische Entwicklung und bedeutet Einsamkeit, genauer gesagt auch unfreiwilliges Zölibat. „Wenn Sie für mich auf dem Land eine Frau finden, gehe ich nicht mehr zu Pegida.“^[5], so schrieb ein Mann an Petra Köpping, die sich als Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration die Frage stellt, wieso gerade in Ostdeutschland das Misstrauen und die Distanz zu Demokratie und Politik so groß sind. Es gibt viele weitere Gründe, aber der gefühlte Verlust von Heimat, Familie und klaren Rollen ist elementar. Vor diesem Hintergrund wird der Zuzug von jungen Männern umso bedrohlicher erlebt und auch skandalisiert.

„Schutz vor Gewalt ist ein existentielles Thema, nicht nur für Frauen.“

Schutz vor Gewalt ist ein existentielles Thema, nicht nur für Frauen. Sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen, auch häusliche Gewalt, wurden lange Zeit als Privatthema gesehen. Heute noch werden Straftaten in diesem Kontext verharmlosend als ‚Beziehungstat‘ dargestellt.

Mittlerweile gibt es in Sachsen 16 Einrichtungen zum Gewaltschutz für Frauen. 2016 wurden dort 544 Frauen und 575 Kinder^[6] betreut. Es gibt keine Trägerschaft in evangelischer Hand. Aktuell gibt es in Dresden und in Leipzig je eine Männerschutzwohnung.^[7]

Es ist zu begrüßen, wenn der Schutz gegen Gewalt gegen Frauen thematisiert wird, denn Frauen sind überdurchschnittlich betroffen. Allerdings finden die meisten Taten im Kontext häuslicher Gewalt statt, nicht durch Fremde.

Krise der Männlichkeit – ‚das deutsche Weichei‘

Seitens der rechtspopulistischen Vertreter wird „eine zeitbedingte Krise der Männlichkeit“ beklagt, in dem „die Frau aus jeden Rahmen der Tradition freigelassen“^[8] würde. Der Aufbau einer nichthierarchischen Gesellschaft würde die Dekadenz des Westens verdeutlichen,

ein Beispiel sei die Emanzipation der Frau und die Verweichlichung des Mannes. Dies bedeute die Schwächung der Gesellschaft, die sich dazu der Bedrohung durch den Islam gegenübersehe. Die Ächtung männlicher Gewalt sei Mord an der männlichen Identität^[9], so beschreibt Jack Donovan 2017 die Gedankenwelt in der Alt-Right-Bewegung. Der AfD-Landtagsfraktionschef in Thüringen und Gründer des rechtsnationalen Flügels Björn Höcke ermutigt seine Anhänger: „Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken.“^[10]

Die Skandalisierung der angeblichen Benachteiligung von Männern durch die Gleichberechtigung der Frauen wird in der ‚Aktion Weiße Weihnachten‘, einer AfD-Kampagne, deutlich. „Weiße Männer sind im Zuge einer längst aus den Fugen geratenen Gender-Kampagne in den letzten Jahren für manche zum Schimpfwort geworden“, klagt der AfD-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus, Georg Pazderski.^[11] Daher präsentierte die Partei bei Youtube einen Video-Adventskalender, in dem prominente Vertreter dieser ‚diskriminierten Spezies‘ vorgestellt werden. Die ‚Aktion Weiße Weihnachten‘ wird begleitet vom Hashtag #JaZuWeißenMännern.^[12]

Der Mythos des Opfers wird auf die Gruppe ‚weißer Männer‘ übertragen, da sie vor der Aufgabe steht, Privilegien abzugeben. Tatsächlich verdienen Männer in Deutschland durchschnittlich 21 % mehr als Frauen.^[13] Frauen sind stärker von Altersarmut betroffen, weniger in politischen Entscheidungsgremien vertreten und häufiger Opfer von Gewalt, insbesondere von häuslicher und sexueller Gewalt. Trotzdem beklagt Schriftsteller und Inhaber einer PR-Agentur Thor Kunkel den Zustand der einheimischen Männer (‚das deutsche Weichei‘) und der Bundesrepublik (der ‚marode Hippie-Staat‘). Die von ihm für die AfD entworfene



Kampagne mit Wahlplakaten lassen das Frauenbild deutlich werden. Junge Mädchen im Bikini mit der Unterschrift: „Burkas? - Wir stehen auf Bikini“, zeigen eher den männlichen Blick, ebenso das Plakat mit einer schwangeren Frau, von der hauptsächlich der Bauch wahrzunehmen ist, versehen mit dem Text: „Neue Deutsche machen wir lieber selber.“^[14]

Frauen werden als Sexsymbole dargestellt oder dienen der Fortpflanzung. Bei letzterer ist das ‚Staatsvolk‘ im Fokus. So steht im Parteiprogramm für den Wahlkampf 2017 der AfD: „Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe der Politik und jeder Regierung. Eine kinderfreundliche Gesellschaft und der Erhalt des Staatsvolks sind daher als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen.“^[15]

Schwangerschaftsabbruch als populistisches Thema

In diesem Kontext wird der mühsam ausgehandelte gesellschaftliche Konsens zum Schwangerschaftsabbruch skandalisiert. Die in Deutschland praktizierte Abtreibungspraxis wird als ‚ethisch verwarhlost‘ bezeichnet und werde durch ‚unengagierte Beraterinnen‘ verschärft.^[16] Schwangerschaftskonflikte sind keine Konflikte für die Straße. Eine Entscheidung für das Kind kann nur mit der Mutter und nicht gegen sie getroffen werden. Beratungseinrichtungen, u.a. der diakonischen Werke, bieten Gesprächsmöglichkeiten und im geschützten Rahmen Hilfe für Frauen an. Im Schwangerschaftskonflikt hat die evangelische Kirche mit ihren diakonischen Beratungsangeboten eine Haltung der Achtung gegenüber Frauen entwickelt, die sie in ihrer Notlage unterstützt und begleitet und nicht verurteilt. Es wird kaum Frauen geben, die sich durch Werbung



für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden oder durch ein Verbot davon Abstand nehmen würden. Sollte es wirklich ein Ziel sein, dass Frauen gegen ihren Willen ein Kind austragen? Übrigens sind im Zeitraum von 2004 – 2016 die Schwangerschaftsabbrüche im Freistaat Sachsen um ca. 20 %^[17] zurückgegangen. Dennoch wird diese sensible Thematik zu Lasten der Frauen als Wahlkampfthema instrumentalisiert. Auch hier lohnt sich der genaue Blick auf Parteiprogramme: *„Nicht tatenlos zusehen, wie unser Volk langsam verschwindet!“*^[18] ist ein Appell im AfD-Programm, der auf den ersten Blick harmlos klingt, aber aufhorchen lassen sollte. Der Schutz des ungeborenen Lebens richtet sich nicht an alle: Nicht das Kind als solches (oder die Mutter) steht im Vordergrund, sondern das ‚Staatskind‘. Hinter dieser Thematik verbirgt sich auch der gesamte Komplex zur Fragen der Reproduktionsmedizin.

Die Gemeinschaft der Evangelischen Kirchen in Europa (GEKE) hat dazu eine sehr lesenswerte Orientierungshilfe *„Bevor ich Dich im Mutterleib gebildet habe ...“* herausgegeben. Fakten und medizinische Entwicklungen werden dargestellt und durch kirchliche Stellungnahmen ergänzt.

Missbrauch der Bilder von der traditionellen Familie

Wie Familien leben, ob traditionell oder nicht, wird in unserer Gesellschaft nicht vorgeschrieben. Dennoch scheint auch hier die Vielfalt der Lebensformen ein klares Feindbild im Kontext rechtspopulistischer Argumentationen zu sein. *„Nur die AfD setzt sich für die traditionelle Familie ein!“* und *„Echten Schutz für Familien gibt es nur mit der AfD“*, so wirbt die Bundesgeschäftsstelle der AfD.^[19] Familiennahe Betreuung wird im AfD-Konzept gewürdigt, ein Gehalt müsse ausreichen, um die Familie zu ernähren. Frauen in der Arbeitswelt kommen im Programm gar nicht vor. Staatliche Unterstützungen, die Rahmenbedingungen für eine Wahlfreiheit bieten, wie z.B. Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder Maßnahmen zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf, werden als staatlicher Eingriff oder ‚Umerziehung‘ gedeutet. Andererseits sollen Väter gestärkt werden. Dies wiederum soll durch eine Stärkung der Rechte der Männer geschehen.

Die Frau soll als Mutter ‚gegen den Trend zur Selbstabschaffung unseres Volkes‘ dienen und dafür erzogen werden. Auch Alleinerziehenden (Frauen) soll nur dann Hilfe zuteil werden, *„wenn sie den anderen Elternteil nicht aus der Teilhabe an der Erziehungsverantwortung und praktischen Erziehungsleistung hinausdrängen.“*^[20] Wie soll

das eine Mutter verstehen, die sich von ihrem gewalttätigen (Ehe)partner getrennt hat? Soll sie keine staatliche Unterstützung bekommen, wenn sie ihr Kind vor einem Täter schützt? Auch Organisationen, die ‚Einelternfamilien‘ als normalen oder gar erstrebenswerten Lebensentwurf propagierten, sollten von Unterstützung ausgenommen werden. Die fachliche Arbeit von Frauenschutzeinrichtungen und Beratungsstellen von Opfern häuslicher oder sexueller Gewalt würde demnach nur noch Unterstützung verdienen, wenn sie die Option eines eigenständigen Lebens ausschließt.

„Die gleichberechtigte Frau hat die Natur nicht vorgesehen.“^[21] Diese These wird von der neuen Männerrechtsbewegung kämpferisch vertreten. Es gilt, die Ungleichheit von Mann und Frau (wieder) festzuschreiben. Es geht nicht um Verschiedenheit, sondern um Unterordnung und Ungleichwertigkeit. Merkwürdig in diesem Zusammenhang ist die Abneigung gegen das Frauenbild im traditionellen Islam, welches Geschlechterhierarchie befürwortet. An dieser Stelle scheint das Überlegenheitsgefühl zu überwiegen, was gegenüber anderen Kulturen zum Ausdruck gebracht werden soll, ironischerweise nun durch Verteidigung der Errungenschaften bei der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Jahrzehntelang haben Frauen dafür gekämpft, nicht nur im Kontext von Familie, sondern als eigenständige Person wahrgenommen zu werden.

Jahrzehntelang haben Frauen dafür gekämpft, nicht nur im Kontext von Familie, sondern als eigenständige Person wahrgenommen zu werden. Auch sexuelle Selbstbestimmung ist ein Thema, das nicht erst durch die Missbrauchsskandale im Fokus stand. 2018 standen weltweit Frauenrechtlerinnen an der Spitze des Kampfes für die Menschenrechte.

Zu diesem Ergebnis kommt Amnesty International im Bericht „Rights Today“ (Rechte Heute) zum 70. Jahrestag der Verkündung der Menschenrechtserklärung. „Es sind die Frauenrechtlerinnen, die in diesem Jahr die stärkste Vision im Kampf gegen repressive Anführer geboten haben“^[22], betonte Amnesty-Generalsekretär Kumi Naidoo.

In Argentinien, Irland und Polen habe es große Demonstrationen für ein Ende repressiver Abtreibungsgesetze gegeben. In den USA, Europa und Japan sind Millionen Menschen dem Aufruf der #MeeToo-Kampagne zu Kundgebungen gegen Sexismus und Missbrauch gefolgt. Doch man könne das Erstarken der Bewegung nicht feiern, ohne die Gründe dafür zu nennen. Viele der derzeitigen Regierungschefs gerierten sich als Verteidiger traditioneller Werte wie Familie, sagte Naidoo: „Aber die Wahrheit ist, dass sie eine Agenda vorantreiben, die Frauen die grundlegende Gleichberechtigung verweigert.“^[23]

Konservatismus und Populismus – Kirche und der Zeitgeist

Die Rolle der Kirchen scheint ambivalent. In der Tradition sind evangelische wie katholische Kirche an den gesellschaftlich üblichen Geschlechterhierarchien beteiligt gewesen und haben sie gerechtfertigt. An den Gleichheitsgedanken, wie er im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert ist, haben sie sich mühsam gewöhnen müssen. Die Familie würde leiden, auch das Gemeinwesen, wenn Frauen gleiche Rechte einforderten. Der Appell an Frauen zum Verzicht wurde biblisch begründet, insbesondere mit den unterschiedlichen Aufgaben, die schöpfungsgemäß Männern und Frauen zugeordnet seien. Das ‚Wesen der Frau‘ wurde hauptsächlich in der Mütterlichkeit gesehen, auch im Dienen. Allerdings wird in der jüngeren Schöpfungserzählung (dem zweiten Schöpfungsbericht) von der Gottesebenbildlichkeit der Menschen in männlicher und weiblicher Form berichtet. Das Aufeinandergewiesensein untereinander und gegenüber Gott ist das Zentrum dieser Erzählungen. Auch finden sich in der Bibel eine Vielzahl von Familienbildern. Ein reiner Verweis auf die Tradition ist heute theologisch nicht mehr anschlussfähig.

Sind auch Christen für Ideen der Rechtspopulisten anfällig?

Die Sehnsucht nach Gewissheiten ist groß. Die Angst und Verunsicherung angesichts schneller Veränderungen ebenso. Besonders bedrohlich wird dies bei existenziellen Dingen, wie Familie und Geschlechterrollen, erlebt. Unkritisch werden gelegentlich auch von Christinnen Behauptungen übernommen und verbeitet, dass nur durch Unterstützung rechtspopulistischer Parteien die Familie erhalten und ungeborene Kinder geschützt werden könnte. Durch die Resonanz in christlichen Medien werden die Inhalte gewissermaßen gefiltert. Niemand wünscht sich die Tötung ungeborenen Lebens, den Zerfall von Familien oder ‚Frühsexualisierung‘. Dennoch wird unterstellt, dass all dies durch bestimmte Parteien vorangetrieben würde.

Kirchen sind bewahrende Institutionen, die sich natürlicherweise für Werte, wie Familie und Gemeinschaft, einsetzen. Das ist gut so. Eine klare Abgrenzung gegen populistische Vereinnahmungen wäre hilfreich. Das Diakonische Werk Deutschland veröffentlichte im Herbst 2018 eine Handreichung zum Umgang mit Rechtspopulismus, die eine klare Haltung gegen jede Form von Rassismus, Ausgrenzung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit beschreibt. Von Mitarbeitenden der Diakonie wird erwartet, dass sie diese Haltung vertreten.

„In unseren Einrichtungen und Arbeitsfeldern sollte klar werden, dass die Diakonie uneingeschränkt und unmittelbar für die Menschenwürde und Gleichheit aller Menschen eintritt. Die Diskriminierung und Abwertung von einzelnen Menschen und Gruppen, die von Rechtspopulisten betrieben wird, darf daher nicht toleriert oder als Privatmeinung verharmlost werden.“^[24]

Vielleicht hilft eine Klärung zum Unterschied zwischen ‚Konservatismus‘ und ‚Rechtspopulismus‘, damit sich nicht unversehens fatale Allianzen zwischen Christinnen und Populisten bilden. Konservativ zu sein bedeutet ‚etwas zu erhalten, zu bewahren‘ (lat. conservare) oder auch ‚etwas in seinem Zusammenhang erhalten‘. Konservativ zu sein heißt nicht, rechtspopulistisch zu sein.

„Auch finden sich in der Bibel eine Vielzahl von Familienbildern, sodass ein Verweis auf ‚traditionell‘ heute kaum anschlussfähig ist.“

Rechtspopulismus zeichnet sich durch Abwertung anderer Menschengruppen (z.B. Frauen, Ausländer, Juden, Homosexuelle) und einer Hierarchisierung von Menschengruppen aus. Die Gleichwertigkeit der Frauen wird auch nicht dadurch hergestellt, indem ihnen besonderer Schutz durch die höher bewertete Menschengruppe (weiße Männer) versprochen wird. Dieser Schutz wird an Bedingungen der Unterordnung und Einfügung in das hierarchische Weltbild gebunden.

Das Christentum ist eine Religion, die sich auf die Heilige Schrift beruft und zur Gleichwertigkeit aller Menschen bekennt. *„Denn ihr seid alle durch den Glauben Gottes Kinder in Christus Jesus. Denn ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus angezogen. Hier ist nicht Jude noch Grieche, hier ist nicht Sklave noch Freier, hier ist nicht Mann noch Frau; denn ihr seid allesamt einer in Christus Jesus.“* (Gal 3,27).



Werte der Gemeinschaft, der Familie und der Zuwendung zu Kindern werden erst dann glaubwürdig umzusetzen sein, wenn sie von der Gleichwertigkeit der Geschlechter und dem Verzicht auf Machtansprüche und Gewalt gelebt werden. Christliche Werte beziehen sich auf Gewaltlosigkeit und die gegenseitige Annahme – in den Worten des Grundgesetzes: auf die Würde der Menschen, die es zu respektieren gilt.

„Frühsexualisierung“ oder Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt?

Rücksichtslose Machtausübung gegenüber Schutzbedürftigen ist der Kern sexualisierter Gewalt. Aus diesem Grund ist es nötig, sexualpädagogische Konzepte zu entwickeln, die einerseits Diskriminierung von sexueller Vielfalt ausschließt und andererseits wirksame Schutzkonzepte gegenüber sexueller Gewalt beinhaltet. Auch hier wird im Ton der Skandalisierung von ‚Frühsexualisierung‘, vor der es die Kinder zu schützen gelte, gesprochen. Allerdings ist das Gegenteil richtig, denn eine kindgemäße Sexualpädagogik und gut eingeführte Schutzkonzepte können Kinder vor sexualisierter Gewalt schützen.

„Werte der Gemeinschaft, der Familie und der Zuwendung zu Kindern werden erst dann glaubwürdig umzusetzen sein, wenn sie von der Gleichwertigkeit der Geschlechter und dem Verzicht auf Machtansprüche und Gewalt gelebt werden.“

Kirchgemeinden und kirchenleitende Organe haben eine hohe Verantwortung in ihrer Organisation und in ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Im Bereich Prävention, Intervention und Hilfe bei sexualisierter Gewalt werden viele Anstrengungen unternommen, um flächendeckende Präventionskonzepte zu installieren.

Dazu gehören klare Handlungsanweisungen bei Grenzüberschreitungen und sexualisierter Gewalt sowie Schulungen der Haupt- und Ehrenamtlichen zu diesem Thema.^[25] ‚Der Zeitgeist‘ ist ein Schimpfwort, mit dem versucht wird, die Angst vor gesellschaftlichen Veränderungen zu verstärken. Natürlich muss nicht alles ungeprüft begrüßt werden. Dennoch lohnt es sich, gesellschaftliche Veränderungen, die zu mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit führen und Schutz vor Gewalt bieten, zu unterstützen.

Fazit

Die Kommunikation hat sich verändert hin zur Skandalisierung, gern auch mit Falsch-aussagen. Im Grunde geht es um die Ablehnung der Vielfalt von Lebensentwürfen, was an zentralen Themen, wie Familie, Schwangerschaft oder Sexualität, beschrieben wird. Der Körper und die Sexualität von Frauen sind zentrale Symbole in einer Gesellschaft. *„Der Körper der Frau ist der Ort, an dem sie ihren Besitz und ihre Identität verliert.“* [26]

Frauen werden im Rechtspopulismus und im traditionellen Islam als Objekt für das Ziel einer steigenden Geburtenrate (für das ‚Staatsvolk‘) gesehen. Durch strikte Disziplinierung der Frau wird ein totaler Zugriff auf alle Lebensbereiche ermöglicht. Repressive Sexualitätsdiskurse zeichnen die Debatten aus. Frauen erscheinen in der populistischen Debatte nicht als Personen. Die Akzeptanz der Pluralität von Lebensentwürfen wird als ‚familienzerstörend‘ dargestellt, besonders deutlich wird dies bei der Genderdebatte oder beim Thema ‚Frühsexualisierung‘. Mühsam erworbene Frauenrechte, die sicher schienen, werden nun wieder neu diskutiert.

Das Mittel der Dramatisierung erhöht den Erregungszustand der Adressaten. Ein Bedrohungsszenario wird aufgezeichnet, das unmittelbar zum schnellen Handeln, zum ‚Retten‘ zu zwingen scheint, beispielsweise durch eine Wahlentscheidung, die Strömungen begünstigt, die Grundrechte neu in Frage stellen. Die Links-Rechts-Debatte beschreibt die Verunsicherungen zu ungenau. Der Wunsch nach Abgrenzung und Identität wird verbunden mit einem Wunsch nach Autorität und der Zurückdrängung von Vielfalt und Gleichheitsgedanken. Das ist eine Grundanfrage an die Werte der Demokratie, die erst durch Vielfalt möglich wird.

Auf der 12. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes wurde im Rahmen der Abschlussbotschaft ein klarer Appell für die gleiche Teilhabe aller Menschen, die Ächtung von Gewalt und für Geschlechtergerechtigkeit [27] verabschiedet. Die Kirchen sind aufgerufen, dies in ihren Gemeinden umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Der Einsatz für Menschenwürde und Gleichwertigkeit aller Menschen gehört zum christlichen Grundverständnis. Dies schließt eine klare Haltung gegen Diskriminierung ein. Debatten über Familien und Lebensformen bedürfen einer gründlichen Prüfung, inwieweit christliche Werte tatsächlich vertreten werden oder ob christliche Werte instrumentalisiert werden, um rechtspopulistische Strömungen zu stärken.

-
- [1] Peter Meis: „Gerechtigkeit – ein Grundbegriff – auch in der Bibel“, S. 28 in dieser Broschüre
- [2] Laut der Sonntagsfrage durch das Meinungsforschungsinstitut Emnid vom 5. 11 2018 wählen Frauen anders als Männer. Für die AfD stimmten 22 % Männer, 7 % Frauen. Daraus wird geschlossen, dass für Frauen das Schwerpunktthema der AfD Sicherheit und Migration keine so hohe Relevanz hat. Vgl. Sternberg, Jan: Frauen wählen anders. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung online. 13.11.2018.
- [3] Clasmann, Anne-Beatrice / dpa: AfD als Partei von Männern für Männer: Nur die härtesten Frauen kommen durch. In: Merkur. 22.2.2018
- [4] Lasch, Hendrik: Die Abwanderung ist weiblich, jung und klug. Neues Deutschland. 19.03.2002
- [5] Köpping (2018) S. 90
- [6] Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping: Kleine Anfrage der Abgeordneten Karin Wilke. AfD-Fraktion. Thema: Frauenschutzhäuser, Drs.-Nr.: 6/11582. 2018
- [7] Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping: Kleine Anfrage der Abgeordneten Sarah Buddeberg. DIE LINKE. Thema: Kapazitäten Frauenschutzhäusern - Aktualisierung der Kleinen Anfrage in Drs. 6/2628, Drs.-Nr.: 6/14130. 2018
- [8] Mitschrift eines Vortrages von Quint Czymmek „Geschlechtervorstellungen und antifeministische Kampagnen der ‚Neuen Rechten‘“ am 10. Oktober 2018
- [9] Donovan (2017)
- [10] Am 21. und 22. November 2015 veranstaltete das Institut für Staatspolitik seinen dritten Kongress, diesmal zum Thema „Ansturm auf Europa“. Die hier dokumentierte Festrede hielt der thüringische AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke, die am 12.12.2015 veröffentlicht wurde.
- [11] AFP: AfD hält weiße Männer für diskriminiert. In: Zeit online. 6.12.2019
- [12] NEON: AfD will mit Adventskalender weiße Männer ehren - und erntet Spott im Netz. Stern online. 6.12.2018
- [13] Reisin, Andrej: Wie hoch ist der Gender Pay Gap wirklich? Faktenfinder Tagesschau. Stand 15.03.2018
- [14] Wüstenberg, Daniel: Bikini statt Burka: Dieser Mann steckt hinter provokanten AfD-Plakaten. Stern online. 23.06.2017
- [15] Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017 S. 37
- [16] Kuhs (2018) S. 24
- [17] Stellungnahme der Staatsregierung zum Antrag der AfD-Fraktion, Thema: Schutz ungeborenen Lebens sichern. Schwangerschaftskonfliktberatung auf den Prüfstand stellen. DS 6/12639. 2018
- [18] Flyer: Alternative für Deutschland: Traditionell? Uns gefällt's!
- [19] ebd.
- [20] Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017, S. 38
- [21] Ivana Imoli: Vereint im Hass gegen Frauen
- [22] evangelisch.de: Frauenrechtlerinnen bestimmten die Schlagzeilen 2018
- [23] ebd
- [24] Diakonie Deutschland (2018)
- [25] hinschauen – helfen – handeln. Eine Initiative der evangelischen Landeskirchen und der Diakonie gegen sexualisierte Gewalt
- [26] Weiß (2017) S. 249
- [27] Grundsatzpapier: Gendergerechtigkeit im Lutherischen Weltbund 2014

SACHSEN: RUHE UND RÜCKZUGSRAUM DES NSU

■ *Valentin Lippmann*

Am 4. November 2011 enttarnte sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU), dem mindestens zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge und fünfzehn Raubüberfälle zur Last gelegt werden. Nach der Selbstenttarnung wurde bekannt, dass Uwe Bönhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe – der Kern des NSU – bereits kurz nach ihrer Flucht aus Thüringen im Januar 1998 im Freistaat Sachsen untertauchten, zunächst in verschiedenen Wohnungen in Chemnitz, später in Zwickau. Rund vierzehn Jahre lang nutzten die drei Sachsen als Ruhe- und Rückzugsraum für ihre Straftaten. Dabei beging das Trio elf der fünfzehn Raubüberfälle in Sachsen. Der nachfolgende Artikel beleuchtet schlaglichtartig den Umgang mit den NSU-Verbrechen in Sachsen.^[1]

Aufgrund der Vielschichtigkeit des Themas können dabei nur einige Aspekte betrachtet werden. Die gesamte Aufarbeitung der Taten des NSU und der Unterstützung durch sein Umfeld, der Verstrickungen und Unterlassungen staatlicher Behörden bei der Aufklärung der Straftaten der Rechtsterroristen und der Entstehung einer solchen rechten Terrorzelle ist noch nicht abgeschlossen. Zwar wurden Beate Zschäpe und die vier weiteren Mitangeklagten nach fünf Jahren NSU-Prozess im Juli 2018 u. a. wegen Mittäterschaft bzw. Beihilfe an den Morden und wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung zu lebenslanger Haft und langjährigen Haftstrafen verurteilt. Jedoch laufen derzeit noch Ermittlungen gegen weitere Unterstützerinnen des NSU, die zur Aufklärung des weiteren Umfeldes zwingend notwendig sind. Auch die zahlreichen, in verschiedenen Bundesländern und im Bundestag eingesetzten Untersuchungsausschüsse, die das Versagen staatlicher Behörden aufarbeiten, sind noch nicht alle abgeschlossen. Allerdings wird die Aufklärung mit zunehmendem Abstand zu den Taten immer schwieriger. Gerade die Vernehmung von Zeugen ist wegen – teils nachvollziehbarer – Erinnerungslücken nicht einfach. Der vorliegende Artikel erhebt nicht den Anspruch, ein Gesamtbild des Wirkens des NSU zu zeichnen.

Das Abwiegen nach dem Auffliegen des NSU

Die Wahl Sachsens als Ruhe- und Rückzugsraum des NSU war kein Zufall. In Sachsen konnte das untergetauchte Trio auf eine aktive Unterstützungsszene der extremen Rechten bauen. Neben den allgemein gut ausgebauten Strukturen von Kameradschaften und/oder der sogenannten freien Szene hat es konkrete Hilfeleistungen sächsischer Aktivisten der extremen Rechten für das flüchtige Trio gegeben. Dazu gehörten beispielsweise das Anmieten von Wohnungen und das Zurverfügungstellen von Ausweisdokumenten. Auch eine der Tatwaffen soll von einem Aktivisten des sächsischen ‚Blood & Honour‘-Netzwerks beschafft worden sein. Begünstigend kam ein allgemeines gesellschaftspolitisches Klima hinzu, das auf Verleugnung und Verharmlosung des Problems Rechtsextremismus ausgerichtet war. Prägnantestes Beispiel für dieses Klima ist die wahrheitswidrige Aussage des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf aus dem Jahr 2000, der erklärte, die Sachsen hätten sich als „vollkommen immun erwiesen gegenüber den rechtsradikalen Versuchungen“, überdies hätten in Sachsen „noch keine Häu- gerbrannt, es ist auch noch niemand umgekommen.“^[2]

Auch nach dem Auffliegen des NSU wurde vonseiten der sächsischen Staatsregierung schnell das Muster des Verdrängens und Verharmlosens der vorausgegangenen Jahre reproduziert. Die konsequente Bezeichnung des Trios als ‚Thüringer Trio‘ oder ‚Thüringer Zelle‘ durch die Staatsregierung machte bereits sprachlich deutlich, dass der NSU nicht als sächsische Angelegenheit betrachtet wurde und die Existenz eines breiten Umfeldes negiert wurde.

„In Sachsen konnte das untergetauchte Trio auf eine aktive Unterstützungsszene der extremen Rechten bauen.“

In Thüringen stieß die dortige Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht schnell die Aufarbeitung der im Raum stehenden Fragen, welches Wissen thüringische Behörden zu welchem Zeitpunkt hatten und was mit den Informationen geschehen ist, durch eine unabhängige Expertenkommission an. Diese legte innerhalb weniger Monate einen umfangreichen Bericht vor (den sogenannten Schäfer-Bericht), der bereits zu einem frühen Zeitpunkt eine Vielzahl von Fehlern und Missständen thüringischer Behörden im Umgang mit dem Trio deutlich machte. In Sachsen hingegen sperrte sich die Staatsregierung gegen eine solche Aufarbeitung aus eigener Kraft. Hier wurde schnell die Lesart ins Spiel gebracht, die sächsischen Behörden

hätten nichts falsch gemacht, da thüringische Behörden federführend in der Fahndung gewesen seien und sächsische Behörden lediglich unterstützt hätten.^[3] An dieser Einschätzung hat sich bis heute nichts geändert. Allenfalls wurden Defizite beim Austausch der Informationen im Einzelfall zwischen den beteiligten Behörden eingeräumt; dieses Fehlen hätte aber – so die Lesart der Staatsregierung – die Ermittlungen auch nicht erheblich beeinträchtigt.

**Die Hauptsorge der
Staatsregierung: Der
NSU als Imageproblem**

Zudem verwies die Staatsregierung immer wieder auf andere Gremien, die die Aufarbeitung leisten sollen, etwa die von der Bundesregierung eingesetzte Bund-Länder-Kommission oder auch der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages.

Die Hauptsorge der sächsischen Staatsregierung schien dabei zu sein, dass sich die Taten des NSU als Imageproblem für Sachsen herausstellen könnten. In einem Interview mit der BILD-Zeitung Ende 2011 sagte der damalige Ministerpräsident Stanislaw Tillich: *„Zuletzt die Nachrichten über das rechtsextremistische Trio in Zwickau. Das ist nicht Ausdruck dessen, was Sachsen eigentlich bedeutet. Es schmälert die Leistung der Menschen. Das ist unfair! Wir Sachsen werden für etwas verantwortlich gemacht, wo wir das Gegenteil unter Beweis gestellt haben, z.B. mit vielen Initiativen.“*^[4] Diese Auffassung hat sich in den letzten Jahren im Zusammenhang mit den rechtsextremen Ausschreitungen in Heidenau, Bautzen und Chemnitz erneut reproduziert.

Fehleinschätzungen und Nichtweitergabe von Informationen durch sächsische Behörden

Begünstigend für den NSU war einerseits, dass vorhandenes Wissen über das untergetauchte Trio von Behörden nicht in ausreichendem Maße weitergegeben wurde und andererseits, dass es erschreckende Fehleinschätzungen über Strukturen der extremen Rechten in Sachsen gab. Insbesondere das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) muss hier in den Blick genommen werden. So wurde beispielsweise durch die Arbeit des von den Oppositionsfraktionen von LINKEN, SPD und GRÜNEN im Sächsischen Landtag 2012 eingesetzten parlamentarischen Untersuchungsausschuss deutlich, dass sächsischen Behörden eine Vielzahl von Informationen über das Trio vorlagen, es aber trotz gegebener eigenständiger Ermittlungspflichten keine eigenständigen Ermittlungen gegeben hat. Besonders brisant erscheint vor diesem Hintergrund, dass das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz bereits im Herbst 1998 Informationen darüber

hatte, dass das Trio auf der Suche nach einer Waffe sei, um damit Überfälle zu begehen. An die Polizei weitergegeben wurde diese Information jedoch nicht.^[5]

Auch Fehleinschätzungen des LfV über die Bedeutung einzelner rechtsextremer Strukturen sind in der Betrachtung des Komplexes NSU relevant. ‚Blood & Honour‘, lange Zeit eine der zentralen Strukturen der extremen Rechten, wurde und wird durch das LfV nach wie vor lediglich als eine Art Konzertveranstaltungsagentur beschrieben und die politische Dimension weitgehend ausgeblendet.

„Die fehlende Analysekompetenz des LfV führt dazu, dass bis heute die Vernetzungswirkung in der rechtsextremen Szene von Gruppen und Veranstaltungen ignoriert wird.“

Obwohl nach dem Auffliegen des NSU deutlich wurde, dass eine Reihe von Unterstützern des NSU aus dem Umfeld von ‚Blood & Honour‘ stammt, war das LfV nicht bereit, seine Fehleinschätzung dieser Struktur zu revidieren. Noch im April 2013 antwortete die Staatsregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu ‚Blood & Honour‘ wie folgt: *„Blood & Honour hat sich nicht als politische Organisation angesehen, sondern viel mehr als Multiplikator nationalsozialistischer Ideologie durch das Mittel Musik. Für die Führungsmitglieder von Blood & Honour-Sachsen war die Ideologie zweitrangig, deshalb wurden keine politischen Treffen beabsichtigt bzw. durchgeführt [...]. Generell sah Blood & Honour in der Musik das ideale Mittel für den Transport der nationalsozialistischen Ideologie.“*^[6] – eine absurde Verklärung der Wirklichkeit mit erheblichen Folgen.

Anders ausgedrückt, Staatsregierung und LfV werten das Verbreiten nationalsozialistischer Ideologie mit dem Mittel Musik nicht als politische Betätigung bzw. Kennzeichen einer politischen Organisation. Diese fehlende Analysekompetenz des LfV führt dazu, dass bis heute die Vernetzungswirkung in der rechtsextremen Szene von Gruppen und Veranstaltungen ignoriert wird.

Schwierige parlamentarische Aufarbeitung des NSU in Sachsen

Erst mit der Einsetzung des ersten NSU-Untersuchungsausschusses durch die demokratischen Oppositionsfraktionen konnte eine gewisse Transparenz darüber hergestellt werden, über welches Wissen sächsische Behörden zu welchem Zeitpunkt verfügten. Allerdings konnte der erste dazu eingesetzte Ausschuss trotz




seiner über zweijährigen Tätigkeit nicht alle relevanten Fragen klären. Hier machte sich insbesondere bemerkbar, dass der Ausschuss nicht wie im Deutschen Bundestag, in Thüringen und in Bayern durch einen breiten Konsens aller demokratischen Fraktionen von CDU bis LINKE eingesetzt wurde, sondern als klassisches Kontrollinstrument der Opposition. Die Einsetzung des Untersuchungsausschusses in Sachsen wurde von Vertretern der Regierungsfractionen CDU und FDP massiv kritisiert und zum Teil sogar als „NPD-*Informationsausschuss*“ diskreditiert.^[7]

Die Folge dieses fehlenden gemeinsamen Konsenses war, dass sich die Ausschussarbeit äußerst zäh und langwierig gestaltete und die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses in der 6. Legislaturperiode notwendig wurde. Diese erfolgte am 11. April 2015 wiederum auf Antrag der Oppositionsfractionen LINKE und GRÜNE. CDU und SPD enthielten sich der Stimme, allerdings erfolgte die Plenardebatte über die Einsetzung des Ausschusses und die gesamte Arbeit des Untersuchungsausschusses, anschließend an die Feststellung der Notwendigkeit der weiteren Aufarbeitung, die im Abschlussbericht des ersten NSU-UA getroffen wurde, in deutlich sachlicherer Atmosphäre. Der zweite NSU-Untersuchungsausschuss wird seinen Abschlussbericht voraussichtlich im Juni 2019 vorlegen.

Mehr als noch im Vorgängerausschuss wurde der Schwerpunkt der Untersuchung auf das gesellschaftspolitische Klima in Sachsen gelegt, um herauszuarbeiten, warum gerade Sachsen der Ruhe- und Rückzugsraum des NSU werden konnte. Dabei wurde sehr deut-

lich, dass das Problem des Rechtsextremismus jahrelang unterschätzt und Straftaten von Neonazis oft als Dumme-Jungen-Streiche abgetan wurden, sowohl durch den Verfassungsschutz als auch durch kommunale Verantwortungsträgerinnen. Die dahinterliegende gefährliche Ideologie, aus der manche die Legitimation ziehen, Menschen, die in ihren Augen minderwertig sind, zu ermorden, wird teilweise bis heute nicht wahrgenommen. Dabei zeigen die Anschläge der Terrorgruppe Freital im Jahr 2015 oder der Anschlag auf eine Moschee in Dresden im September 2016 durch einen PEGIDA-Redner, sowie die rechtsextremen Ausschreitungen in Chemnitz: Einen NSU kann es jederzeit wieder geben, gerade in Sachsen.

-
- [1] Der Artikel beruht im Wesentlichen auf dem Beitrag von Miro Jennerjahn, Obmann des NSU-Untersuchungsausschusses im Sächsischen Landtag von 2012 bis 2014, aus der Voraufgabe dieser Handreichung. Er wurde aktualisiert um die neuen Entwicklungen aus dem 2. Untersuchungsausschuss zum NSU, der seinen Abschlussbericht voraussichtlich im Juni 2019 vorlegen wird.
- [2] Opposition: Biedenkopf verharmlost rechte Gewalt. In: Sächsische Zeitung online. 29.9.2000
- [3] Deutlich wird dieses Muster beispielsweise im Gesamtresümee des „Vorläufigen Abschlussbericht des Sächsischen Staatsministerium des Innern zum Fallkomplex ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘“ (Staatsministerium des Innern 2012) S. 19.
- [4] Fischer, Christian (2011): Auf einen Glühwein, Herr Ministerpräsident. In: Sächsische Zeitung online. 29.9.2000
- [5] Im Minderheitenvotum der Fraktionen LINKE, SPD und GRÜNE zum Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses können die bislang bekannten Versäumnisse sächsischer Behörden nachvollzogen werden. Der Bericht ist online einsehbar. 
- [6] Staatsministerium des Innern: Antwort auf die Große Anfrage zu „Blood & Honour“. 11.04.2013
- [7] So äußerte sich beispielsweise Prof. Dr. Günther Schneider von der CDU-Fraktion bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses im Rahmen der 51. Sitzung des 5. Sächsischen Landtags am 7. März 2012. Vgl. Sächsischer Landtag: Plenarprotokoll 5/51. S. 5035.

„ICH BIN DOCH KEIN RASSIST, ABER...“

Die Abwertung der Anderen

■ Harald Lamprecht

Rassismus ist böse. Das hat sich mittlerweile herumgesprochen und darum möchte auch niemand als Rassistin bezeichnet werden. Was ist aber genau das Böse am Rassismus? Dass er benennt, dass es Menschen mit unterschiedlicher Hautfarbe gibt? Das kann es wohl nicht sein, denn dies ist ein offensichtlicher Fakt und an sich kein ethischer Sachverhalt. Das Böse liegt darin, dass der Rassismus allen Menschen, die diese (oder andere) Merkmale tragen,

- 1) bestimmte unveränderliche Eigenschaften zuschreibt und
- 2) diese Eigenschaften eine Abwertung und Minderstellung rechtfertigen sollen.

Insofern ist Rassismus ein klassisches Beispiel für eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die Menschengruppen in wertvoll und weniger wertvoll einteilt. Aus christlicher Perspektive, die darum weiß, dass jeder Mensch ein geliebtes Geschöpf Gottes ist, verbieten sich solche abwertenden Kategorisierungen.

Biologischer und kultureller Rassismus

Seitdem unter der nationalsozialistischen Herrschaft die Rassenideologie zur Rechtfertigung von millionenfachem Mord an unschuldigen Menschen herangezogen wurde, ist in Deutschland die Abwertung aufgrund der Hautfarbe (zu Recht) ein gesellschaftliches Tabu. Die damit verbundenen Vorurteile sind deswegen aber nicht verschwunden. Sie werden nur anders begründet. Die Kriterien, aufgrund derer eine dem Rassismus analoge Abwertung und Ausgrenzung anderer Menschen erfolgt, sind fast beliebig wählbar.

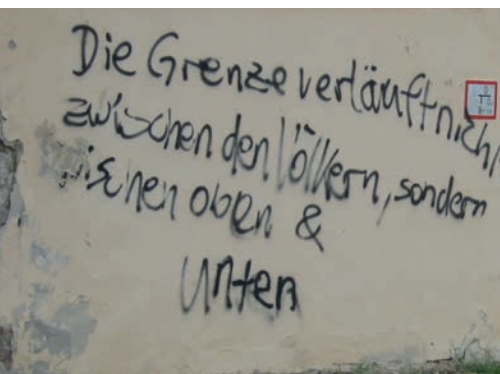
„Die biologistischen Argumente früherer Rassenkundler sind heute wissenschaftlich widerlegt. Es gibt keine höhere oder niedere Intelligenz bestimmter Rassen, sondern nur von Individuen (und auch das besagt nichts über ihren ‚Wert‘).“

Besonders beliebt sind in rechtsnationalistischen Kreisen Argumente, die sich auf die ‚Völker‘ und ihre spezifischen, ihnen angeblich wesenseigenen ‚Kulturen‘ beziehen. Die biologistischen Argumente früherer Rassenkundler sind heute wissenschaftlich widerlegt. Es gibt keine höhere oder niedere Intelligenz bestimmter Rassen, sondern nur von Individuen (und auch das besagt nichts über ihren ‚Wert‘). Die Unterschiede im genetischen Material sind innerhalb einer menschlichen ‚Rasse‘ größer als zwischen ihnen. Deshalb spricht die Humanbiologie in Bezug auf Menschen längst nicht mehr von unterschiedlichen ‚Rassen‘, sondern unterscheidet lediglich allgemein jeweilige ‚Populationen‘.

Rassismus ist in der Praxis ohnehin schon immer mehr ein soziales als ein biologisches Phänomen. Es geht ihm vorrangig darum, das Selbstwertgefühl der eigenen Gruppe durch Unterscheidung und Abwertung der anderen Gruppe zu erhöhen. Die UNO hat darum in ihrer Rassismusdefinition nicht nur streng biologische Merkmale genannt, sondern bezieht allgemein ethnische Unterscheidungen ein und bezeichnet als Rassendiskriminierung *„jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird.“*^[1] In der gegenwärtigen Rassismusforschung wird der Begriff vielfach noch weniger auf biologische Merkmale eingeschränkt, sondern wie in der Definition des Soziologen Albert Memmi^[2] als Kombination von mehreren Elementen gesehen:

- 1) eine verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede,
- 2) die zum Nutzen des Anklägers und zum Schaden des Opfers
- 3) dessen Privilegien oder seine Aggression rechtfertigen sollen.

Die bloße Feststellung einer Unterschiedlichkeit beinhaltet folglich noch keinen Rassismus, wohl aber ihre Verzweckung zur Rechtfertigung der Abwertung anderer Menschengruppen. Das unterscheidet z.B. Reiseberichte, die die Fremdheit aber auch Schönheit des Orient beschreiben, von rassistischen Traktaten. Dazu gehört auch ein typisches Schwarz/Weiß-Malen in der Beschreibung der Unterschiede, die (unter Absehung von der Wirklichkeit) auf Seiten der Rassistin immer positiv, auf Seiten des Opfers hingegen immer negativ dargestellt werden.



Wirklich friedliebende Muslime und gewalttätige Christinnen kann es darum im Weltbild eines sich selbst als christlich verstehenden Rassisten schwerlich geben. Eine Sonderform stellen positive kollektive Zuschreibungen dar (positiver Rassismus, Exotismus), die ebenso die konkrete Situation übergehen und für die Betroffenen eine Quelle des Leidens sein können, weil auch pauschale Überhöhungen kein reales Bild ergeben und zur gesellschaftlichen Exklusion führen.

Antimuslimischer Rassismus

Besonders häufig ist in den aktuellen Auseinandersetzungen die Argumentation mit einer gefühlten Bedrohung durch ‚den Islam‘. Mit der Verschiebung auf die religiöse Ebene versuchen die Protagonistinnen, dem Rassismusvorwurf zu entfliehen, denn der Islam sei ja eine Religion und keine Rasse. Weil es am Islam aus christlicher Sicht begründete Kritik gebe, könne die Warnung vor ihm doch nicht als ‚rassistisch‘ bezeichnet werden - so eine häufige Gegenrede. Allerdings ist dabei der gewichtige Unterschied zwischen Islamkritik und Islamfeindschaft zu bedenken.

Eine sachbezogene Islamkritik bezieht sich auf konkrete Elemente in der Ausgestaltung von Glaubenslehre und Praxis des Islam (z.B. den Umgang mit Apostasie). Sie akzeptiert aufgrund der Religionsfreiheit das grundsätzliche Existenzrecht des Islam und der Muslime und bemüht sich um begründete Unterscheidungen zwischen hilfreichen, aufbauenden und der Lebensorientierung dienlichen Elementen (Frömmigkeit, Gebet, Verantwortung vor Gott etc.), und solchen Interpretationen, die eine einengende oder zerstörerische Dynamik entfalten (z.B. Dschihadismus). Islamfeindschaft demgegenüber bestreitet das Existenzrecht des Islam insgesamt, verweigert sich einer differenzierten Betrachtung und betreibt mit der Gleichsetzung von Islam und Islamismus pauschalisierende Feindbildpflege. Im Ergebnis erfüllt eine islamfeindliche Argumentation, wie sie u.a. von Internet-Hetzportalen wie pi-news.net verbreitet und bei Pegida wie ein Schwamm aufgesogen wird, die oben genannte soziologische Rassismusdefinition in Reinkultur. Deshalb steht das Falblatt der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, das sich mit dem Thema der Islamfeindlichkeit auseinandersetzt, unter der Überschrift ‚Antimuslimischer Rassismus‘.^[3]

Kritik oder Pauschalkritik

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Die begründete kritische Auseinandersetzung mit konkreten Problemen und Defiziten auch in Bezug auf Dinge, die mehrere Menschen gemeinsam tun oder auf Haltungen, die mehrere Menschen gemeinsam vertreten, ist kein Rassismus. Wohl aber ist es die Ausweitung und Generalisierung von tatsächlichen oder zusätzlich aufgebauchten Problemen mit dem Ziel oder der Folge der Abwertung dieser Menschengruppe.

„Mord und Totschlag gibt es (leider) in jeder Gesellschaft. Wo aber solche Vorkommnisse benutzt werden, um Migrantinnen aus bestimmten Ländern generell eine höhere Neigung zu Gewalt oder Missachtung von Gesetzen zu unterstellen, dort wird die Schwelle zwischen sachgerechter Auseinandersetzung und unangemessener Pauschalzuschreibung überschritten.“

Wo es z.B. in der Silvesternacht 2015 in Köln zu Übergriffen auf die sexuelle Selbstbestimmung gekommen ist, darf und muss das kritisch benannt und die konkreten Ursachen (soweit möglich) untersucht werden, um Gegenmaßnahmen in Angriff nehmen zu können. Auch tödliche Messerattacken wie z.B. im Sommer 2018 in Chemnitz müssen selbstverständlich aufgeklärt und mit den Mitteln des Rechtsstaates geahndet werden. Zugleich gilt es, die Verhältnismäßigkeit zu wahren: Die überwiegende Zahl sexueller Übergriffe geschieht im familiären Nahbereich. Mord und Totschlag gibt es (leider) in jeder Gesellschaft. Wo aber solche Vorkommnisse benutzt werden, um Migrantinnen aus bestimmten Ländern generell eine höhere Neigung zu Gewalt oder Missachtung von Gesetzen zu unterstellen, dort wird die Schwelle zwischen sachgerechter Auseinandersetzung und unangemessener Pauschalzuschreibung überschritten. Wer solches tut, muss sich nicht wundern, mit dem Rassismusvorwurf konfrontiert zu werden, selbst wenn sie keine biologische Argumentation gebraucht hat, denn der Effekt ist gleich: Abwertung einer Menschengruppe zum Schaden dieser, um die Besserstellung der eigenen Gruppe zu rechtfertigen.

[1] Wikipedia: Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung

[2] Memmi (1992) S. 164

[3] vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (Hrsg.): 5 Fragen zum Antimuslimischen Rassismus

RECHTSPOPULISMUS UND KIRCHEN

■ Sonja Angelika Strube

Rechte Einstellungen machen vor Kirchentüren nicht halt

Dass es Vernetzungen zwischen christlichen Personenkreisen und politisch eindeutig rechten Medien und Parteien gibt, wird viele Gläubige irritieren. Im Zentrum des christlichen wie schon des jüdischen Glaubens stehen ja die Überzeugung von der Gottebenbildlichkeit aller Menschen, das Gebot grenzüberschreitender Nächstenliebe und der Einsatz für Gerechtigkeit als biblisches Leitmotiv. All dies legt eine besondere christliche Menschenfreundlichkeit nahe.

In der Realität – in quantitativen Studien ebenso wie auf Internetseiten – zeigt sich jedoch, dass auch Christinnen keineswegs immun sind gegen Vorurteile, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und sogar rechtsextreme Einstellungen.

Nicht nur gehen rechtspopulistische Parteien wie (AfD, FPÖ u.a.) und Medien der extremen Rechten wie z.B. ‚Junge Freiheit‘, ‚Blaue Narzisse‘, ‚eigentümlich frei‘, ‚Compact‘, ‚Sektion‘ oder ‚Freie Welt‘ schon seit vielen Jahren werbend auf Christen zu. Sondern auch umgekehrt schlagen einige sich ausdrücklich christlich verstehende Personen Brücken ins explizit rechte politische Lager, schreiben etwa für rechtsintellektuelle Medien, werben für diese oder leiten die Leserinnen ihrer Weblogs und privaten christlichen Internetportale per Mausklick auf rechte Websites bis hin zu extrem rassistischen Hetzportalen wie ‚Politically incorrect‘ (PI).

Warum sind manche ‚eifrige‘ Christinnen anfällig für rechte Ideologien?

Offenbar können bestimmte Glaubensweisen und Frömmigkeitsstile dazu führen, dass manche ‚eifrigen‘ Christen anfällig werden für menschenfeindliche Ideologien. Im Folgenden möchte ich deshalb nachzeichnen, wie gläubige Menschen schrittweise und in fließenden Übergängen zu einer Abwertung und Ablehnung Andersdenkender kommen können – aber keinesfalls müssen. Ganz bewusst beginne ich meine Ausführungen bei

der Überzeugung von der Richtigkeit des eigenen Glaubens, die wünschenswert und keinesfalls anrühlich ist. Trotzdem kann die Abwertung anderer hier ihren Anfang nehmen.

Überlegenheitsanspruch und Abwertung

Es ist jedem gläubigen Menschen von Herzen zu wünschen, dass er sich von seinem Glauben getragen fühlt und darauf vertraut, auf seinem Glaubensweg einst bei Gott anzukommen. Für einige Gläubige ist das Vertrauen in den eigenen Glauben gleichbedeutend mit der Überzeugung, der eigene Glaube sei der einzig wahre und der einzige Weg, der zu Gott führt. Diese Überzeugung beinhaltet bereits – ob man will oder nicht – eine gewisse Abwertung anderer Überzeugungen und einen gewissen Dualismus, ein Schwarz-Weiß-Denken: Nur die eigene Form der Religiosität kann unumwunden gut geheißt werden; in allem ‚Anderen‘ wird zumindest etwas graduell Schlechteres gesehen.

Dennoch muss die Überzeugung der exklusiven Richtigkeit des eigenen Glaubens nicht zwangsläufig mit einer Abwertung Andersgläubiger einhergehen. So gibt es zum Beispiel auch im Bereich biblizistisch ausgerichteter Freikirchen Menschen und Gemeinden, die das Urteil darüber, wer am Ende ‚bei Gott ankommt‘, getrost Gott selbst überlassen.

Diesen Menschen gelingt es, ein Paradoxon auszuhalten: Auf der einen Seite sich selbst dem Anspruch des Johannesevangeliums „*Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben*“ (Joh 14,6) verpflichtet zu fühlen und auf der anderen Seite Gott demütig als den ‚immer Größeren‘ anzuerkennen, dessen Ratschluss wir nicht kennen können. Sie tapen trotz ihrer exklusiven Überzeugung nicht in die Falle eines ‚theologischen Totalitarismus‘, der sich anmaßt, zu wissen, was Gott denkt.

*Gott ist immer
der Größere,
dessen Ratschluss
wir nicht kennen
können.*

Ethisches Schwarz-Weiß-Denken und feindselige Ablehnung anderer

Leichter als dieses Paradoxon auszuhalten ist es allerdings, in Kategorien von Schwarz und Weiß zu denken. Dann wird nur die eigene Überzeugung als gut betrachtet, und alles von ihr Abweichende ‚Anderes‘ gilt als unvereinbar der eigenen Wahrheit feindlich entgegengesetzt, als grundlegend schlecht und böse. Die andere Konfession, Religion, Lebensweise wird als ‚falsch‘ und ‚böse‘ abgelehnt.

Abgewertet werden mit ihr pauschal auch die Menschen, die sie praktizieren, nämlich als ‚Häretikerinnen‘, ‚Ungläubige‘, ‚Sünder‘. Über sie wird vielleicht geredet und geschimpft; echter Kontakt mit ihnen wird jedoch vermieden. Mangelnder Kontakt wiederum vertieft Berührungängste, Vorurteile und Feindseligkeit.

Die Alternative zu solchen Menschen abwertenden und damit menschenfeindlichen Haltungen besteht keinesfalls in theologischer oder ethischer Gleichgültigkeit. Sowohl die eigenen Glaubensüberzeugungen als auch die eigenen ethischen Leitlinien dürfen und sollen immer wieder in die kirchliche wie gesellschaftliche Diskussion eingebracht werden. Mit Respekt vor den anderen Menschen auszuhalten sind jedoch die inneren und äußeren Spannungen, die sich ergeben, wenn die eigenen Überzeugungen nicht von allen geteilt werden und möglicherweise gar zu Mehrheitsentscheidungen führen, die von meiner Ansicht abweichen. Hilfreich ist es auch, einen Teilkonsens dort, wo er besteht, wahrzunehmen und zu würdigen. Dies erfordert den Willen, zu differenzieren, und widerspricht einem reinen Schwarz-Weiß-Denken, das nur sich selbst im Recht sieht.

Die Verurteilung Andersgläubiger und Anderslebender: Andockmöglichkeit für menschenfeindliche Ideologien

Ein ausgeprägtes Schwarz-Weiß-Denken und eine ablehnende Haltung gegen alle, die die eigenen Glaubensvorstellungen und Lebensweisen nicht teilen, führt manche Christinnen dazu, Andersgläubige und Anderslebende rigoros und scharf zu verurteilen. Solcherlei ‚moralische Empörung‘ über andere bietet dann Anschlussmöglichkeiten z.B. für Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus, für religiösen Antijudaismus und sogar Antisemitismus – als vermeintliche Abwehr von als ‚falsch‘ empfundenen Glaubensweisen – ebenso wie für Homophobie, Emanzipations- und Frauenfeindlichkeit – als vermeintliche Abwehr von als ‚falsch‘ angesehenen Lebensweisen. Spätestens an diesem Punkt haben Neurechte, Rechtspopulisten und Rechtsextreme ein leichtes Spiel, wenn sie mit bürgerlichem Erscheinungsbild und familienbezogenen Themen auf Christinnen zugehen oder vorgeben, für das christliche Abendland und gegen Christenverfolgung einzutreten.

Fazit: Fromm ist nicht rigoros oder rigide

Es ist gut, die Schönheiten des eigenen Glaubens zu sehen. Ebenso ist es in einer pluralen Gesellschaft im Widerstreit verschiedener Meinungen wichtig, die eigene moralische Position auszusprechen und sich für sie stark zu machen. Mit Blick auf die Vielfalt der

Religionen, Weltanschauungen und Meinungen unserer globalisierten Welt sind gläubige Christen in ein Spannungsverhältnis hineingestellt: Es gilt, den eigenen Glauben (der selbst schon plural ist) zu bezeugen, und zugleich sind wir aufgrund unseres Glaubens zur radikalen Wertschätzung anderer Menschen mitsamt ihren anderen Überzeugungen aufgerufen.

Problematisch werden Glaubensüberzeugungen dann, wenn sie nicht mehr hinterfragt werden dürfen, sondern verabsolutiert und mit Rigorismus vertreten werden: Wenn es Gläubigen nicht ausreicht, in einer pluralen Gesellschaft positiv und mit guten Argumenten für ihre Überzeugungen zu werben, sondern wenn andere Menschen und deren Überzeugungen angefeindet und verbal oder gar tödlich bekämpft werden.

Die eigene begrenzte Perspektive darf nicht mit der unergründlichen Perspektive Gottes verwechselt werden.

Gesellschaftlich wie auch theologisch problematisch ist die Auffassung, es gäbe nur eine einzige richtige Weltansicht, nämlich die eigene, und diese müsse deshalb die Gesellschaft (theokratisch) beherrschen. Aus theologischer Sicht geschieht hier eine folgenschwere Verwechslung: Die eigene Überzeugung, die eigene kleine menschlich-enge Perspektive wird verwechselt mit der unendlich größeren und für uns immer unergründlichen Perspektive Gottes.

Was tun? Einige Impulse

Informieren, unterscheiden und Grenzen ziehen

- ▶ Ein wichtiger Schritt ist bereits getan, wenn über bürgerliche Erscheinungsweisen, Verstellung („Mimikry“) und andere rechte Strategien sowie über Vernetzungen informiert wird. So wird die unbemerkte Unterwanderung christlicher Gruppen durch extrem rechtes Gedankengut erschwert.
- ▶ Für konservative Menschen und Gruppen stellt sich die Aufgabe einer klaren Abgrenzung und Grenzbestimmung: Worin und wodurch unterscheidet sich ihr berechtigter Konservatismus innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums von extrem rechten Einstellungen?
- ▶ Für alle Demokratinnen gilt die Frage: Was ist zu beachten, damit sich klare Werthaltungen nicht mit menschenfeindlichen Einstellungen gegenüber Andersdenkenden paaren?



Spannungen aushalten (lernen)

- ▶ Damit die Überzeugung von der Richtigkeit des eigenen Glaubensweges nicht zur feindseligen Ablehnung Andersdenkender führt, bedarf es der Fähigkeit, Meinungsverschiedenheiten und Spannungen auszuhalten.
- ▶ Noch grundlegender ist die Einsicht, dass uns unsere Welt – Gottes Schöpfung – immer vielfältig und mehrdeutig begegnet und vieles nicht einfach ‚nur gut‘ oder ‚nur böse‘ ist, sondern: ambivalent. Wer schwarz-weiß denkt, verleugnet die Vielfarbigkeit der Schöpfung.
- ▶ Eine weitere auszuhaltende Spannung ergibt sich daraus, dass wir als Geschöpfe Gottes nie unseren Schöpfer durchschauen und seinen Willen exakt festlegen können. Gott ist immer der viel Größere und für uns unverfügbar. Glauben bedeutet deshalb, das Wagnis des Vertrauens einzugehen – und nicht, exakt zu wissen, wie Gott und die Welt ‚ticken‘.
- ▶ Frömmigkeit darf deshalb nicht verwechselt werden mit Rigidität: Es geht nicht an, ein besonders rigoroses Verhalten und Denken als Ausdruck besonders großer Frömmigkeit positiv zu bewerten, Menschen mit einem tiefen gelassenen Gottvertrauen dagegen der ‚Lauheit‘ zu bezichtigen, weil sie ihre Frömmigkeit ohne Schärfe und Aggressivität gegen andere leben.

Impulse zum persönlichen Nachdenken

- ▶ Habe ich Vertrauen zu Gott und in seine Schöpfung? Bin ich emotional verwurzelt in meinem Glauben und in meiner Gottesbeziehung? Denn eine positive emotionale Verwurzelung reduziert Angst und Verunsicherung und erleichtert auf diese Weise das unbefangene Zugehen auf Menschen anderen Glaubens.

- ▶ Kann ich emotional annehmen, dass Gott un-
verfügbar ist? Damit verbunden ist auch die
Annahme der Tatsache, dass ‚die Wahrheit‘
nicht zu besitzen ist.

**„Wer schwarz-weiß denkt,
verleugnet die Vielfarbig-
keit der Schöpfung.“**

- ▶ Kann ich die Richtigkeit meines Glaubens nur exklusiv denken oder habe ich
ein religiöses Konzept, das Wahrheit und Pluralität sinnvoll zusammendenken
kann?

Die katholische Kirche vertritt ein theologisches Konzept, das Wahrheit und Pluralität zusammendenken kann, in den Texten des Zweiten Vatikanischen Konzils, z.B. in der Erklärung ‚Nostra aetate‘ über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen.^[1]

- ▶ Ein ganz entscheidendes Moment ist die Frage, wie ich emotional mit der Verunsicherung umgehen kann, die immer mit Pluralität, Entscheidungsfreiheit und der Anerkennung Anderer als gleichwertig einhergeht: Kann ich mich selbst auch mit meinen Schwächen und Unsicherheiten annehmen – und weiß mich von Gott angenommen? Oder brauche ich zu meiner eigenen Sicherheit glasklare Vorgaben bzw. ein möglichst homogenes Umfeld? Dann wäre es meine geistliche Aufgabe, mich in Gottvertrauen zu üben.

[1] Zweites Vatikanisches Konzil (1965): *Nostra aetate*

MUT ZUR WAHRHEIT?

Junge Freiheit, Compact und andere Medien der extremen Rechten

■ Frank Schubert

Auch in Zeiten von Facebook und einschlägigen Blogs im Internet spielen traditionelle Medien eine wichtige Rolle für das extrem rechte, völkische und rassistische Milieu. Die mit Pegida und der AfD angeschwollene Klage über die ‚Lügenpresse‘ impliziert ja geradezu, dass es auch eine ‚Wahrheitspresse‘ gibt. So berufen sich viele Pegida- und AfD-Anhängerinnen auch gern auf die sonst von ihnen pauschal gescholtenen ‚Mainstream-Medien‘, wenn deren Berichterstattung mal zu ihrer Weltanschauung passt. Doch nicht zufällig gehörte etwa das Titelbild des Compact-Magazins vom Januar 2015, das Angela Merkel mit Kopftuch als ‚Mutti Multikulti‘ zeigt, zu den beliebtesten Plakaten bei den Pegida- und Leugida-Kundgebungen. Sowohl diese vergleichsweise junge Zeitschrift als auch die über 30-jährige Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘ rühmten sich zuletzt steigender Auflagen. Sie tragen mit ihrer publizistischen Arbeit selbst zum Anwachsen und zur Konsolidierung von AfD und Pegida bei und profitieren gleichzeitig von der Verschiebung des öffentlichen Diskurses durch diese Bewegungen.^[1]

Der Chefredakteur der ‚neurechten‘ Zeitschrift ‚Sezession‘, Götz Kubitschek, skizzierte die Rolle seiner und ähnlicher Publikationen im Oktober 2015 so: *„Sprechen, Publizieren, Veröffentlichungen ist bereits jeweils ein Tun, denn es mobilisiert und stabilisiert diejenigen, die nicht mehr hinnehmen möchten, was unserem Land widerfährt. [...] [U]nsere Zeitschriften, Verlage und Organisationen sind in dieser Phase auch Sammelbecken zur raschen Verbreitung anderer Formen des Widerstands.“*^[2]

Die gestiegenen Auflagenzahlen von ‚Junge Freiheit‘ und ‚Compact‘ deuten daraufhin, dass die bisherigen Abgrenzungen und Vorbehalte gegenüber diesen Zeitschriften erodieren. Sie sind derzeit die größten und wahrscheinlich einflussreichsten extrem rechten Printmedien in Deutschland – aber bei weitem nicht die einzigen. Mit ‚Zuerst!‘ gibt es in vielen Zeitschriftenläden noch ein weiteres monatliches Hochglanz-Magazin, mit der ‚Preußischen Allgemeinen Zeitung‘ eine weitere Wochenzeitung für ein nationalis-

tisches Klientel. Selbst die NPD-Postille ‚Deutsche Stimme‘ ist an vielen Bahnhofsbuchhandlungen käuflich zu erwerben. Weitere rechte Magazine mit nicht ganz so eindeutigen Profilen und Zielgruppen seien nur genannt: Cato (seit 2017), eigentümlich frei (seit 1998), Tichys Einblick (seit 2016) und Tumult aus Dresden (seit 2013).

Neben diesen Produkten existieren mit der bereits erwähnten ‚Sezession‘ oder der ‚Blauen Narzisse‘ weitere Publikationsorgane, die nicht so sehr an die Öffentlichkeit drängen, aber durchaus wichtige Stichwortgeber für ein rechts-intellektuelles Milieu darstellen. Wer es ein wenig seichter mag, greift zu Romanheften wie dem ‚Weltkrieg‘. Diese Heftreihe hat mit ihren ‚Erlebnisberichten‘ nahtlos die Nachfolge der berühmten ‚Landser‘-Groschenhefte angetreten, die 2013 eingestellt wurden. Das offenbar weiterhin bestehende Interesse an einer revisionistischen Sicht auf den Zweiten Weltkrieg und den Nationalsozialismus befriedigt am Kiosk auch die zweimonatlich erscheinende ‚Deutsche Militärzeitschrift‘ (DMZ).

Für alle bereits erwähnten und im Folgenden kurz näher beschriebenen Medien gilt, dass deren Selbstcharakterisierung als lediglich (rechts-)konservativ, als ‚deutsches Nachrichtenmagazin‘ oder als ‚Magazin für Souveränität‘, kritisch hinterfragt werden muss.

Junge Freiheit (Wochenzeitung)

Die ‚Junge Freiheit‘ (JF) wurde 1986 in Freiburg als Organ der Jugendorganisation der Republikaner-Abspaltung ‚Freiheitliche Volkspartei‘ gegründet. Als Schüler- und Studierenden-Zeitschrift erschien das Blatt zunächst nur aller zwei Monate, seit 1991 monatlich. Zur Wochenzeitung wurde die JF erst 1994. Erscheinungsort ist nach einem Zwischenspiel in Potsdam seit 1996 Berlin. Der Gründer und Chefredakteur Dieter Stein war bis 1990 selbst Mitglied der Republikaner, seitdem ist er parteilos. Zu den Redakteuren der Zeitschrift gehörte zeitweise auch der spätere NPD- und DVU-Politiker Andreas Molau. Im Jahr 2016 waren zwei der 14 Redakteure – bis auf eine Ausnahme alles Männer – Mitglieder der AfD.^[3]

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter attestierte der Jungen Freiheit eine „Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“. Aufgrund ihrer Orientierung am Staatsrechtler und ‚Kronjuristen‘ der Nationalsozialisten, Carl Schmitt, und anderen antidemokratischen, völkischen Autoren



der Weimarer Republik rechnet er die Zeitung der sogenannten ‚Neuen Rechten‘^[4] zu. Diese Anfang der 1970er Jahre entstandene Bewegung distanziert sich vom historischen Nationalsozialismus und dessen heutigen Anhängerinnen, den alten ‚Rechten‘, und versucht vor allem über publizistische Aktivitäten an Einfluss und Deutungsmacht zu gewinnen. Einer ihrer Vordenker, der Franzose Alain de Benoist, ist seit vielen Jahren Stammautor der JF.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen führte die Junge Freiheit von 1994 bis 2005 in seinen Berichten unter der Rubrik ‚Rechtsextremismus‘ auf. Nach einem jahrelangen Rechtsstreit attestierte das Bundesverfassungsgericht 2005, die Erwähnung der Zeitschrift als rechtsextreme Publikation im Verfassungsschutzbericht stelle eine unzulässige Einschränkung der Pressefreiheit dar.^[5] Und tatsächlich bemüht sich die Zeitung mittlerweile spürbar um Seriosität. Auf provozierende Slogans aus ihrer Anfangszeit wie *„Jedes Abo eine konservative Revolution“* wird verzichtet. Politisch unterstützt die JF derzeit den ‚gemäßigten‘ Flügel innerhalb der AfD (insofern man überhaupt von einem solchen sprechen kann) und nicht den einen Umsturz herbeisehnden Björn Höcke aus Thüringen.

Die verkaufte Auflage der JF betrug im vierten Quartal 2018 knapp 31.000 Exemplare pro Woche, bei einer Druckauflage von knapp 34.000.^[6] Damit hat sich die verkaufte Auflage der JF seit der Gründung der AfD im Jahr 2013 um fast die Hälfte erhöht.

Preußische Allgemeine Zeitung (Wochenzeitung)

Die ‚Preußische Allgemeine Zeitung‘ (PAZ) wird von der Landsmannschaft Ostpreußen mit Sitz in Hamburg herausgegeben und erschien von 1950 bis 2004 unter dem

Titel ‚Ostpreußenblatt‘. Nach einer Hochphase in den 1950er und 60er Jahren schrumpfte die Leserschaft des Blattes in den folgenden Jahrzehnten beständig. Seit den späten 1990er Jahren wird sich um eine Neuausrichtung und die Erschließung neuer Zielgruppen bemüht. In diesem Zuge kam es 2003 zur Umbenennung in Preußische Allgemeine Zeitung (mit dem Untertitel ‚Das Ostpreußenblatt. Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland‘). Seit 2010 ist das Blatt bundesweit an Zeitungskiosken erhältlich. Die verkaufte Auflage betrug zu diesem Zeitpunkt nach eigenen, unbestätigten Angaben über 18.000 Exemplare. Zur aktuellen Auflagenhöhe gibt es keine Angaben.

Die Herausgeber bezeichnen die Ausrichtung der Zeitung als „preußisch-wertkonservativ“ und als „preußisch korrekt statt politisch korrekt“.^[7] Bei den Autorinnen gibt es Überschneidungen mit denen der Jungen Freiheit. Zeitweise veröffentlichten auch rechtsextreme Autoren wie Horst Mahler und Rigolf Henning in der PAZ.

Compact (Monatszeitschrift)

Das Hochglanzmagazin ‚Compact‘ wurde Ende 2010 gegründet, seit August 2011 erscheint die Zeitschrift monatlich. Die herausgebende Compact-Magazin GmbH sitzt in Werder (Havel) in Brandenburg, die Redaktion ist laut Informationen von 2017 im Wohnsitz von Chefpublizist Jürgen Elsässer in Falkensee bei Berlin angesiedelt.^[8] Zuvor gab es als Kontakt eine Postfachadresse in Leipzig. Die Druckauflage soll monatlich 75.000 Exemplare betragen, wovon laut Angaben von ‚Insidern‘ gegenüber der ‚Zeit‘ im Jahr 2016 etwa 40.000 Hefte verkauft werden.^[9]

Neben dem eigentlichen Compact-Magazin erscheinen in dem Verlag zusätzliche Themenhefte namens ‚Compact-Spezial‘ (zuletzt u.a. zu verschwörungsideologischen Themen wie ‚Volksaustausch‘, ‚Politische Morde‘ und ‚Finanzmächte‘), ‚Compact-Geschichte‘ (mit Titeln wie ‚1000 Jahre Deutsches Reich‘, ‚Deutsche Helden‘ und ‚Mythisches Deutschland‘; zuletzt zu den angeblichen Ursachen des Zweiten Weltkriegs und zum Versailler Vertrag) sowie eine Reihe namens Compact-Edition (u.a. mit gesammelten Reden von Wladimir Putin und Donald Trump).

Im Internet gibt es neben der Compact-Homepage und Elsässers Blog seit Anfang 2015 ein Video-Format namens Compact-TV. Seit 2012 veranstaltet das Magazin eine jährliche ‚Konferenz für Souveränität‘. Daran nehmen jeweils mehrere Hundert Personen teil, die sich auch von den beträchtlichen Eintrittspreisen



(zwischen 50 und 350 Euro) nicht abschrecken lassen. Konferenzort war bisher meist Berlin. Zweimal fand die Veranstaltung bereits in Sachsen statt: 2013 in Schkeuditz und 2017 in Leipzig.

Zu den Rednern gehören meist Vertreter des Höcke-Flügels in der AfD sowie der ‚Identitären Bewegung‘ oder von Kampagnen wie ‚Ein Prozent für unser Land‘. An die Konferenzen anknüpfend trägt das Heft seit 2013 den Untertitel ‚Magazin für Souveränität‘. Als Werbemotto wird u.a. der von der AfD bekannte Slogan ‚Mut zur Wahrheit‘ verwendet. Die Partei wird ebenso wohlwollend begleitet wie Pegida und ähnliche Initiativen.

Zuerst! (Monatszeitschrift)

Das ‚Zuerst!‘-Magazin ist Nachfolger der traditionsreichen, seit 1951 erscheinenden (neo-)faschistischen Theorie- und Strategiezeitschrift ‚Nation Europa‘, die sich seit 1990 ‚Nation und Europa‘ nannte. Diese nicht im Zeitschriftenhandel erhältliche Monatszeitschrift mit einer Auflage von rund 14.500 Exemplaren wurde 2009 durch den extrem rechten Verleger Dietmar Munier (Lesen & Schenken GmbH) aus Schleswig-Holstein aufgekauft. Der Abonnentenstamm von Nation und Europa bildete die Grundlage für das im Dezember 2009 erstmals erschienene Hochglanzmagazin. Zuerst! ist auf den Massenabsatz in Zeitschriftenläden ausgerichtet – die Startauflage soll immerhin beachtliche 86.000 Exemplare betragen haben^[10] – und daher weitaus boulevardesker gestaltet als sein Vorgänger.

Chefredakteur war anfangs Günther Deschner, zuvor u.a. Ressortleiter für Kulturpolitik bei der konservativen Tageszeitung ‚Die Welt‘. Durch den Verzicht auf offen rechtsextreme Agitation sollten offenbar auch unzufriedene CDU- und CSU-Wählerinnen und andere Konservative angesprochen werden. Allerdings kommen in der Zeitschrift mit dem Untertitel ‚Deutsches Nachrichtenmagazin‘ immer wieder einschlägige Autoren und Interviewpartnerinnen zu Wort. Seit 2011 ist Manuel Ochsenreiter Chefredakteur des

Magazins. Dieser war einst Ressortleiter Innenpolitik bei der Jungen Freiheit und später Chefredakteur der 1995 gegründeten, seit 2003 ebenfalls in Muniers Verlagsgruppe erscheinenden Deutschen Militärzeitschrift (DMZ). Von September 2018 bis Januar 2019 war Ochsenreiter für den AfD-Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier als Referent tätig. Das Arbeitsverhältnis endete nach bislang ungeklärten Vorwürfen, Ochsenreiter sei in einen Anschlag in der Ukraine verwickelt.^[11]

Deutsche Stimme (Parteiorgan)

Die vom NPD-Bundesvorstand herausgegebene ‚Deutsche Stimme‘ (DS) erscheint seit 1976 im gleichnamigen Verlag, der seit 2000 in Riesa ansässig ist. Chefredakteur war lange der sächsische NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel, von 2008 bis 2014 der wissenschaftliche Berater der sächsischen NPD-Landtagsfraktion Karl Richter. Richter war in den 1990er Jahren u.a. Chefredakteur des Zuerst!-Vorgängers Nation und Europa. Seit 2014 fungiert der Riesaer NPD-Kreisrat und frühere parlamentarische Berater der Landtagsfraktion Peter Schreiber neben seiner Tätigkeit als Geschäftsführer des Deutsche-Stimme-Verlags auch als DS-Chefredakteur.

In der Ausgabe vom Februar 2016 teilte Chefredakteur Schreiber mit, dass die Druckauflage der Deutschen Stimme nach einem leichten Rückgang 2015 wieder auf 20.000 angestiegen sei. 2009 soll es noch 25.000 Exemplare gewesen sein.

Sezession (Theoriezeitschrift)

Die Zeitschrift ‚Sezession‘ erscheint seit 2003 im Verlag Antaios aus Schnellroda in Sachsen-Anhalt. Herausgeber ist das private ‚Institut für Staatspolitik‘ (IfS).^[12] Der Institutsgründer und Inhaber des IfS-Hausverlags Antaios, Götz Kubitschek, ist von Anfang an Chefredakteur der Sezession. Kubitschek war Anfang der 1990er Jahre Redakteur bei der Jungen Freiheit.

Die Sezession erschien anfangs als Vierteljahresperiodikum, seit Februar 2007 aller zwei Monate. Der überwiegende Teil der Auflage geht an einen festen Abonentenkreis, nach eigenen Angaben derzeit „fast 4000 Leser“^[13]. Neben der ‚Theoriearbeit‘, die sich v.a. in Artikeln zu Ikonen der Neuen Rechten wie Carl Schmitt, Ernst Jünger oder Armin Mohler niederschlägt, bemüht sich die Redaktion auch um Anschluss an aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen. Dafür stehen

Sonderhefte zu Thilo Sarrazins Buch ‚Deutschland schafft sich ab‘ (2010), zur Identitären Bewegung und zur AfD (2013) sowie zur Pegida-Bewegung (2015). Der Internetauftritt der Zeitschrift (Sezession im Netz) ist in Form eines Autoren-Blogs gestaltet. Hier werden auch die Reden dokumentiert, die Kubitschek selbst bei seinen Auftritten bei Pegida und Legida gehalten hat.

[1]  weiterführende Literatur im Anhang

[2] Bednarz, L.: Clausnitz ist kein Zufall - Die gefährliche „Widerstands“-Saat der neuen Rechten geht auf

[3] Álvarez, Sonja: AfD und Pegida bescheren „Junger Freiheit“ Auflagenrekord. In: Der Tagesspiegel. 25.01.2016

[4] vgl. Gessenharter (2007) S. 77-94

[5] vgl. Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Mai 2005 (BVerfGE 113, 63)

[6] Vgl. Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. Die Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) prüft regelmäßig die Auflagenhöhe von Zeitungen und anderen Werbeträgern. Die Junge Freiheit ist als einzige der in diesem Beitrag behandelten Medien Mitglied der IVW. Bei den anderen Publikationen gibt es daher keine von unabhängiger Seite überprüften Auflagenzahlen.

[7] vgl. Preußische Allgemeine Zeitung. Das Ostpreußenblatt. Wer wir sind

[8] vgl. Weber, Daphne: „Gegen Jürgens Journalismus“. #Redaktionssitz des rechten Magazins „Compact“ geoutet

[9] vgl. MEEDIA: Zeit-Recherche über die Finanzen beim Verschwörer-Magazin Compact

[10] vgl. Tzschoppe, Tilman, Wider die „herrschende Meinungsdictatur der politischen Korrektheit“

[11] vgl. Majic, Danijel: Referent vom rechten Rand; Fuchs, Christian/Daniel Müller: AfD trennt sich nach Terrorvorwurf von Mitarbeiter

[12] Vgl. grundlegend zum IfS und zu dessen nicht immer spannungsfreien Verhältnis zur Jungen Freiheit: Kellershohn (2016)S. 439-468.

[13] Website der Sezession

PFARRER IM PARTEIVORSTAND?

■ Viola Vogel

Vereinbarkeit der Übernahme von Ämtern und Mandaten in der Kirche und im politischen Raum

In Deutschland sind Staat und Kirche getrennt. Das bedeutet, dass es seit dem Wegfall des landesherrlichen Kirchenregimentes 1919 keine Staatskirche mehr gibt (Art. 140 GG. i.V.m. Art. 137 Abs. 1 WRV). Der Staat ist seitdem gehalten, gegenüber allen auf seinem Staatsgebiet tätigen Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen die Grundsätze der Parität (rechtliche Gleichbehandlung) und der religiös-weltanschaulichen Neutralität zu wahren. Daraus folgt jedoch nicht, dass der Staat sich gegenüber den Religionsgemeinschaften laizistisch verhalten muss wie etwa in Frankreich.

Im Gegenteil, ermöglicht das religionsverfassungsrechtliche Konzept der religiös-weltanschaulichen Neutralität in Deutschland es dem Staat, die Religionsgemeinschaften nicht zu ignorieren, sondern mit ihnen in einzelnen Punkten auf der Grundlage der Neutralität und Parität zu kooperieren und inhaltliche Partnerschaften einzugehen.^[1] Diese Partnerschaften sind über sog. Staatskirchenverträge rechtlich abgesichert (bspw. im Bereich der Gefängnis-, Krankenhaus-, Militär- und Polizeiseelsorge, bzgl. der theologischen Fakultäten, der Erteilung von Religionsunterricht in der Schule etc.).

Staatlicherseits existieren nur für die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts umfassende Beschränkungen für die Ausübung politischer Mandate (vgl. Art. 94 Abs. 1 GG). Sinn und Zweck dieser Norm ist die Gewährleistung des in Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG niedergelegten Prinzips der Gewaltenteilung. Zudem regelt Art. 137 Abs. 1 GG, dass die Wählbarkeit bestimmter Berufsgruppen (bspw. Beamte, Berufssoldatinnen, Richtern) gesetzlich beschränkt werden kann. Kirchliche Ämter können hier aus Perspektive des staatlichen Rechts nicht erwähnt werden aufgrund der o.g. religiös-weltanschaulichen Neutralitätspflicht des Staates, zu der er sich selbst religionsverfassungsrechtlich verpflichtet hat.

Es kann daher gesagt werden, dass sich Pfarrerinnen und Kirchenbeamte im politischen Raum betätigen dürfen, es jedoch Grenzen gibt, die sich aus dem Amt des Pfarrers und dem kirchlichen Auftrag ergeben, dem sie zuallererst verpflichtet sind.

Ob und unter welchen Voraussetzungen die Religionsgemeinschaften es ihren Mitarbeitenden ermöglichen, im zivilgesellschaftlichen Raum politische Ämter zu übernehmen, dürfen die Religionsgemeinschaften selbst regeln. Der Staat gewährt den Religionsgemeinschaften bzgl. der Regelung ihrer eigenen Angelegenheiten ein umfassendes Selbstbestimmungsrecht, sofern sie sich hierbei selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes bewegen (Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 3 WRV). Es ist somit der Staat, der das Religionsverfassungsrecht als Teil des allgemeinen Verfassungsrechts setzt. Innerhalb dieses rechtlichen Rahmens dürfen die Religionsgemeinschaften die gewährten Freiräume durch ihren eigenen, kirchlichen Rechtskreis selbstbestimmt ausüben und gestalten.^[2]

Im Gegensatz zur katholischen Kirche, die in Canon 287 § 2 eine Generalklausel enthält, die es den Klerikern grundsätzlich untersagt, sich in politischen Parteien und Gewerkschaften zu betätigen, besteht ein solches Verbot in den evangelischen Landeskirchen in Deutschland nicht.^[3] Für den Bereich des evangelischen Kirchenrechts kann daher gesagt werden, dass sich Pfarrerinnen und Kirchenbeamte wie auch bei den evangelischen Gliedkirchen der EKD angestellte Mitarbeiterinnen neben ihrem Beruf in der Kirche grundsätzlich im politischen Raum des deutschen Staates betätigen dürfen. Im Rahmen ihrer politischen Betätigung gibt es jedoch Grenzen, die sich aus dem Amt des Pfarrers und dem kirchlichen Auftrag ergeben, dem sie zuallererst verpflichtet sind.

Im Folgenden wird der Schwerpunkt der Untersuchung auf das kirchliche Binnenrecht der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens gelegt.

Übernahme von Ämtern und Mandaten in der Kirche und im politischen Raum durch Pfarrerinnen und Kirchenbeamte

Pfarrer

Für Pfarrerinnen gelten die §§ 34, 35 des Pfarrerdienstgesetzes der EKD (PfdG.EKD). Die Normen erkennen an, dass Pfarrer wie alle anderen Menschen in Deutschland Bürgerinnen dieses Landes sind und Anteil am öffentlichen Leben haben. Wenn Pfarrerinnen sich politisch betätigen, müssen sie erkennen lassen, dass das anvertraute Amt sie an alle Ge-

meindglieder weist und mit der ganzen Kirche verbindet. Sie haben die Grenzen zu beachten, die sich hieraus für Art und Maß ihres politischen Handelns ergeben. Bzgl. der politischen Betätigung unterscheidet das PFDG.EKD zwischen Mandaten für die Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag, einem Landesparlament und zwischen Mandaten hinsichtlich kommunaler Ämter. In den drei ersteren Fällen tritt bei der Annahme der Wahl eine Beurlaubung ein, die Rechte aus der Ordination ruhen und die Pfarrer verlieren ihre Stelle oder ihren Auftrag. Im Falle der Mandatsausübung in einer kommunalen Vertretungskörperschaft darf die Pfarrstelle dagegen beibehalten werden und es gelten die Vorschriften des Bundesbeamtengesetzes entsprechend (§ 35 Abs. 4 PFDG.EKD). Die unterschiedliche Behandlung erklärt sich daraus, dass die kommunalrechtliche Mandatsausübung in der Regel ehrenamtlich erfolgt, während politische Mandate auf der Ebene des EU-Parlaments, des Bundestages oder des Landtages in der Regel eine hauptberufliche Tätigkeit voraussetzen.

Kirchenbeamtinnen

Bei Kirchenbeamten verhält es sich ganz ähnlich. Auch hier wird unterschieden zwischen den sog. ‚Vollzeitmandaten‘ (EU-Parlament, Bundestag, Landtag) und dem ‚Ehrenamtsmandat‘ der kommunalen Gebietskörperschaft (Stadtrat etc.). In § 27 des Kirchenbeamtengesetzes (KBG.EKD) heißt es, dass *„Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte bei politischer Betätigung und bei Äußerungen zu Fragen des öffentlichen Lebens die Mäßigung und Zurückhaltung zu üben [haben], welche die Rücksicht auf ihr Amt gebietet. Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamte dürfen eine Vereinigung nicht unterstützen, wenn sie dadurch in Widerspruch zu ihrem Amt treten oder in der Ausübung des Dienstes wesentlich behindert werden.“* § 27 a Abs. 4 KBG.EKD verweist für die Mandatsausübung in kommunalen Vertretungskörperschaften ebenfalls auf das Bundesbeamtengesetz.

Übernahme von Ämtern und Mandaten in der Kirche und im politischen Raum durch angestellte Mitarbeiter und ehrenamtlich Tätige

Für privatrechtlich angestellte Pfarrerinnen wie auch andere kirchliche Mitarbeiter gilt neben den im individuellen Arbeitsvertrag festgelegten Regelungen und den Loyalitätspflichten das Kirchengesetz über die Rechtsverhältnisse von kirchlichen Mitarbeitern bei Zugehörigkeit zu einer politischen Körperschaft vom 17. November 1992 (ABl. 1992, S. A 183). Auch hier wird die Unterteilung in Vollzeitmandate

(EU-Parlament, Deutscher Bundestag, Sächsischer Landtag) und Ehrenamtsmandate auf kommunaler Ebene vorgenommen. Je nach Mandat bestehen Anzeigepflichten gegenüber der obersten kirchlichen Dienstbehörde und gegenüber dem Kirchenvorstand bzw. dem jeweiligen Dienstvorgesetzten. Darüber hinaus gilt das Gesetz auch für nicht privatrechtlich angestellte Pfarrer und Kirchenbeamtinnen wie auch für ehrenamtlich tätige Kirchenglieder, die als Ordinierte oder Nichtordinierte mit der öffentlichen Wortverkündigung beauftragt sind, ohne dass ein Dienstverhältnis zur Landeskirche besteht (bspw. Prädikanten, Pfarrerinnen im Ehrenamt, §§ 1, 7 Zugehörigkeit zu politischer KörperschaftsG).

Grundsätzlich gilt, dass alle politische Tätigkeit von ehrenamtlich oder hauptamtlich Mitarbeitenden der Kirche nicht im Widerspruch zum kirchlichen Verkündigungsauftrag stehen darf.^[4] Mitgliedschaften in Parteien, die offen oder verdeckt die angebliche Ungleichwertigkeit von Menschen propagieren und Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Hautfarbe, ihrer Sexualität, ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminieren, widersprechen fundamentalen Grundaussagen des christlichen Glaubens (Gottesebenbildlichkeit des Menschen und christliche Nächstenliebe). In solchen Parteien aktive Kirchenbeamtinnen, Pfarrer und privatrechtlich Angestellte wie auch Ehrenamtliche werden deshalb aufgrund dieser nicht aufzulösenden Spannungslage zum kirchlichen Verkündigungsauftrag mit Widerstand und dienst- und disziplinarrechtlichen bzw. arbeitsrechtlichen Konsequenzen ihres Dienstherrn oder Anstellungsträgers – der Landeskirche – rechnen müssen.

„Grundsätzlich gilt, dass alle politische Tätigkeit von ehrenamtlich oder hauptamtlich Mitarbeitenden der Kirche nicht im Widerspruch zum kirchlichen Verkündigungsauftrag stehen darf. Mitgliedschaften in Parteien, die offen oder verdeckt die angebliche Ungleichwertigkeit von Menschen propagieren und Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Hautfarbe, ihrer Sexualität, ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminieren, widersprechen fundamentalen Grundaussagen des christlichen Glaubens.“

Wahlkampf in der Kirche?

Nutzung kirchlicher Räume für politische Veranstaltungen

Ob und inwiefern die Nutzung kirchlicher Räume für nichtkirchliche, namentlich politische Zwecke gestattet wird, ist eine Frage des innerkirchlichen Rechtskreises und somit eine eigene Angelegenheit der Religionsgemeinschaft. Auch diesbezüglich gewährt



Pegida-Demonstranten vor der katholischen Hofkirche in Dresden, 9.11.2015

der deutsche Staat den Religionsgemeinschaften ein umfassendes Selbstbestimmungsrecht, sofern sie sich hierbei selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes bewegen (Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 3 WRV). Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind über § 166 Abs. 2 StGB strafrechtlich vor Beschimpfungen geschützt, die in der Lage sind, den öffentlichen Frieden zu stören. Danach wird derjenige mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, der öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Einheitliches, für alle Gliedkirchen der EKD geltendes Recht gibt es für den Themenbereich der Fremdnutzung kirchlicher Räume und Gebäude bisher nicht. Einige Gliedkirchen der EKD haben Richtlinien^[5] oder Orientierungshilfen^[6] erlassen und Grundsätze aufgestellt, die aus Sicht der jeweiligen Gliedkirche für die Überlassung kirchlicher Räume an nichtkirchliche Dritte in ihrem Bereich gelten sollen. Die Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens hat bisher keine landeskirchenweit geltenden Regelungen erlassen. Sie überlässt es somit gegenwärtig dem jeweils das Hausrecht über das Gebäude ausübenden Gremium (i.d.R. der Kirchenvorstand), für den bestimmungsgemäßen Gebrauch der Kirche und der anderen kirchlichen Gebäude zu sorgen und für die Überlassung an andere Rechtsträger oder Personen vorher die Genehmigung durch das Regionalkirchenamt einzuholen, vgl. § 13 Abs. 1 lit. h) KGO. Gleichwohl geben die §§ 13 – 15 der Ausführungsverordnung der

Kirchgemeindeordnung (AVO.KGO) neben Details wie der Notwendigkeit einer schriftlichen Vereinbarung für die Überlassung von Kirchengebäuden Rahmenvorgaben für kirchliche Räume vor. Dort ist beispielsweise geregelt, dass die Kirche nur dann für andere Zwecke gebraucht werden darf, wenn dies „weder dem Widmungszweck der Kirche entgegensteht noch ein Ärgernis in der Kirchgemeinde hervorrufen wird“. Explizit regelt § 14 Absatz 1 Satz 3 AVO.KGO, dass Veranstaltungen unzulässig sind, „die parteipolitische Werbung bezwecken oder in denen eine gegen die evangelische Kirche gerichtete Agitation betrieben wird“. Welche Sachverhalte unter diese unbestimmten Rechtsbegriffe fallen, entscheidet wiederum der Inhaber des Hausrechts – in der Regel der Kirchenvorstand.

Bei der Vergabe von kirchlichen Räumen für nichtkirchliche Zwecke besteht daher Einigkeit dahingehend, dass es sich mit kirchlichen Räumen primär um Räume handelt, die zur Ehre Gottes errichtet wurden und somit für Gottesdienst, Gesang und Gebet zu nutzen sind. Daneben liegt es jedoch in der evangelischen Tradition, die Räume vor dem theologischen Hintergrund der liebenden Weltzuwendung Gottes als Stätten für Kunst und Kultur, als Versammlungsorte und Räume lebendiger Begegnung miteinander zu gestalten.

Der Nutzung steht unter Einhaltung der genannten Einschränkungen nichts im Wege, solange das kirchliche, spezifisch evangelisch-lutherische Gepräge der Räumlichkeiten gewahrt, nicht konterkariert oder gefährdet wird und die Verantwortungsträgerinnen vor Ort mit der Fremdnutzung einverstanden sind.

Im Ergebnis steht demnach vor dem Hintergrund der genannten Einschränkungen grundsätzlich der Nutzung kirchlicher Räume für politische Veranstaltungen in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens nichts im Wege, solange das kirchliche, spezifisch evangelisch-lutherische Gepräge der Räumlichkeiten durch die politische Veranstaltung gewahrt und durch seinen Inhalt nicht konterkariert oder gefährdet wird und die jeweiligen Verantwortungsträgerinnen vor Ort inkl. der kirchlichen Leitungsebene mit der Fremdnutzung einverstanden sind. Kirchen und Gemeinderäume sind stets (auch) öffentliche Räume gewesen und sollen dies bleiben. Kirchengebäude waren zu keiner Zeit nur auf den Gottesdienst beschränkt. Insofern haben auch nichtkirchliche Nutzungen der Kirche wie auch der kirchlichen Gemeinderäume ihre Berechtigung.

Konkret wird von Fall zu Fall geprüft werden müssen, ob die jeweilige Veranstaltung mit dem Evangelium und mit dem Zeugnis der Gemeinde vereinbar ist. Gewaltverherr-

liche Veranstaltungen, die die Menschenwürde Anderer in Frage stellen oder Menschen nach Geschlecht, Hautfarbe, Sexualität oder Religion diskriminieren, sind grundsätzlich nicht mit dem Evangelium vereinbar. Ein Grenzbereich werden Veranstaltungen sein, die primär den Charakter von Werbeveranstaltungen haben. Diese sind, sofern sie vom Kirchenvorstand als solche erkannt werden, unzulässig (s.o., § 14 Absatz 1 Satz 3 AVO.KGO). Entsprechend detailliert ausgearbeitete Nutzungsverträge im Einzelfall (Mustervereinbarungen) und die Information des zuständigen Gremiums über Ablauf und Inhalt der geplanten Veranstaltung werden hier im Vorfeld streitschlichtenden Charakter haben.

[1] Zur Parität und religiös-weltanschaulichen Neutralitätspflicht des Staates vgl. Frhr. v. Campenhausen (1994) S. 75 ff.

[2] Zu den Grundfragen des evangelischen Kirchenrechts und verschiedener Rechtskreise vgl. De Wall (2016) Rn. 7 ff.

[3] Deutscher Bundestag: Vereinbarkeit von hohen politischen Ämtern und Leitungsfunktionen in der Kirche (2012) S. 10.

[4] vgl. Evangelischer Pressedienst: Dokumentation 44 / 2017

[5] So die Nordkirche: NEK: Grundsätze für die Überlassung kirchlicher Räume; die ehem. Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen (jetzt EKM und dort als noch gültiges EKM-Recht auch ausgewiesen): Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen: Richtlinien über die Nutzung von kirchlichen Gebäuden und Räumen für nichtkirchliche Zwecke.

[6] So die EKBO: Orientierungshilfe zur Nutzung von kirchlichen Gebäuden und Räumen; EKHN: Orientierungshilfe zur Nutzung von kirchlichen Räumen und Gebäuden.





HANDELN

GRUNDPRINZIPIEN KIRCHLICHER AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS

■ Martin Becher, Sandra Windisch

Ein starkes und konkretes Engagement für ein friedliches und menschenwürdiges Miteinander wird immer wichtiger. Der Schutz von Schwachen und Benachteiligten ist von Anbeginn an ein fester Bestandteil des christlichen Selbstverständnisses. Durch ihren Einsatz geben Christinnen ihrem Glauben an die Gottebenbildlichkeit des Menschen und das Gebot der Nächstenliebe eine Gestalt innerhalb der Gesellschaft. Kirche stellt sich also deutlich gegen Diskriminierung und menschenverachtendes Verhalten. Offen ist dagegen, in welcher Art und Weise sie dies tut. Dazu möchten wir unsere Gedanken mit auf den Weg geben.

Akzeptieren Sie, dass die nicht nur Teil der Lösung sind, sondern auch Teil des Problems.

Auch als Kirche können wir erst dann Teil der Lösung im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus oder Diskriminierung sein, wenn wir akzeptieren, dass wir immer auch Teil des Problems sind. Rassismus und Diskriminierung gibt es nicht nur ‚da draußen‘. Auch die Kirche und ihre Mitglieder sind nicht gegen diskriminierendes Verhalten oder tief sitzende Vorurteile immun. Es ist davon auszugehen, dass es in jeder Kirchengemeinde auch diejenige gibt, die rassistischen, sexistischen oder homophoben Äußerungen zustimmen.

Aus diesem Grund ist die Reflexion unserer eigenen Einstellungen und Haltungen von zentraler Bedeutung. Eine Abwertung bestimmter Menschengruppen darf nicht toleriert werden, auch und v.a. dann nicht, wenn diese Menschenverachtung mit einer angeblich biblischen Begründung einhergeht – etwa weil biblische Texte wörtlich genommen und nicht im historischen Kontext interpretiert werden. Wenn wir Menschenfeindlichkeit nach außen verurteilen wollen, aber nichts gegen die Menschenfeindlichkeit in unseren eigenen Reihen tun, werden wir als Kirche unglaubwürdig.

Sehen Sie deshalb hin und sprechen Sie auch unbequeme Dinge an. Setzen Sie sich mit Ihren eigenen Vorurteilen und Ressentiments auseinander. Wie gehen Sie damit um, als Einzelperson und als Kirchengemeinde? Wie reagieren Sie darauf, wenn jemand sich im Kirchenkaffee, in der Seniorenrunde, im Gemeindenachmittag oder im Konfirmationsunterricht rassistisch äußert, eine bestimmte Kleidung oder eindeutige Symbole trägt? Scheuen Sie nicht die kritische Diskussion zu diesen Themen, machen Sie deutlich, dass das Nebeneinander verschiedener Meinungen gut und wichtig ist – aber dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, wie beispielsweise Homophobie, Islamophobie oder Fremdenfeindlichkeit, nicht mit dem christlichen Menschenbild vereinbar sind.

Sich immer wieder selbst in Frage stellen, die eigenen Motive und Hintergründe beleuchten, sich mit sich selbst und den eigenen Vorurteilen beschäftigen – das sind wichtige Voraussetzungen, um eine (möglicherweise auch unabsichtliche) moralische (Selbst-)Erhöhung über andere zu vermeiden. Stetige Selbstreflexion wirkt auf andere und führt auch bei ihnen auf lange Sicht zur Klärung der eigenen Haltungen und Einstellungen.

**„Auch die Kirche
und ihre Mitglieder
sind nicht gegen
diskriminierendes
Verhalten oder tief
sitzende Vorurteile
immun.“**

Es ist hilfreich, wenn man sich bewusst wird, dass es sehr unterschiedliche Wege gibt, sich menschenfeindlichem Gedankengut entgegen zu stellen. Wenn es uns gelingt, wertschätzend diese unterschiedlichen Wege zu würdigen, vermeiden wir Reibungsverluste und Konflikte, die bei der Suche nach dem angeblich einzig richtigen Vorgehen zwangsläufig entstehen – wer Vielfalt der Menschen als inhaltliches Ziel verfolgt, sollte diese Vielfalt auch im Weg darin zum Ausdruck bringen. Stärken wir die vorhandene Energie im Einsatz für Menschenwürde und Toleranz, indem wir uns mit anderen vernetzen. Schließen Sie sich in Ihrem Engagement mit anderen zusammen, die das gleiche Anliegen haben: mit Helferinnen- und Unterstützerkreisen für Geflüchtete, Bürgerbündnissen und Initiativen gegen Rechts, mit anderen christlichen, jüdischen oder muslimischen Gemeinden, mit Vereinen, Verbänden oder Gewerkschaften, mit Gedenkstätten oder engagierten Einzelpersonen. Indem wir gemeinsam mit anderen für ein demokratisches und respektvolles Miteinander auftreten, tragen wir dazu bei, dass uns die Deutungshoheit über Symbole, Orte, Ereignisse oder gesellschaftliche Themen nicht entzogen wird – es ist beispielsweise mitnichten so, dass etwa Schwarz-Rot-Gold die Farben eines völkischen Nationalismus sind, sie sind die Farben der Republik und der Demokratie!

Und zugleich können wir so konstruktiver mit dem Dilemma umgehen, dem wir uns gegenüber sehen: dass extreme und populistische Rechte ihre demokratischen Rechte und Möglichkeiten nutzen, mit dem Ziel, eben diese Demokratie und ihre Rechte abzuschaffen; dass sie für sich selbst Grund- und Menschenrechte in Anspruch nehmen, die sie anderen Menschen nicht zugestehen.

Akzeptieren Sie, dass dieses Dilemma nicht nur für die Zivilgesellschaft spürbar ist, sondern auch für kommunale und staatliche Akteure. Suchen und stärken Sie deshalb einen konstruktiven Dialog mit der Kommune und der Polizei vor Ort. Letzten Endes eint uns alle der Wunsch, mit dem Dilemma konstruktiv umzugehen und praktikable Lösungen zu finden. Unterschiedliche Ansätze oder Herangehensweisen führen leicht zu Spannungen und Problemen. Wenn wir diese Auseinandersetzung führen in dem Wissen, dass uns allen an einem respektvollen Umgang miteinander gelegen ist, leisten wir dadurch unseren Beitrag zu einer konstruktiven Zusammenarbeit.

Verurteilen Sie Einstellungen, Äußerungen oder Handlungen – nicht Personen!

Auf rassistische und diskriminierende Aussagen reagieren zu können, bedeutet zu allererst, sie als solche zu erkennen. Viele menschenverachtende Äußerungen sind in harmlose Worte gekleidet, die im Alltagsgespräch kaum noch auffallen. Seien Sie sensibel dafür, wo Ihnen in Ihrem Alltag beispielsweise sexistische, fremdenfeindliche oder homophobe Sätze begegnen, und begnügen Sie sich nicht mit dem Gedanken ‚Das sagt man doch nur so dahin‘.

Lassen Sie kein Missverständnis aufkommen, dass Themen, wie Menschenwürde und das Grundgesetz, nicht verhandelbar sind. Aber bleiben Sie zugleich barmherzig, auch mit denjenigen in Ihrem Umfeld, die durch abwertende Äußerungen oder Handlungen wenig Barmherzigkeit zeigen. Besonders in einem so heiklen Themenfeld ist es wichtig, immer wieder zu betonen, dass nie der Mensch verurteilt wird, sondern immer nur eine Einstellung oder eine Handlung. Versuchen Sie, mit Ihrem Gegenüber dennoch im Gespräch zu bleiben – und wenn das nur bedeutet, dass Sie Fragen stellen.

**„Die perfekte Lösung
zum Umgang mit
Menschenfeindlichkeit
gibt es nicht.“**

Und seien Sie nicht zuletzt auch barmherzig mit sich selbst. Die perfekte Lösung zum Umgang mit Menschenfeindlichkeit gibt es nicht. Jeder Mensch und jede Situation ist anders, gestehen Sie sich auch mal zu, dass Sie vielleicht morgen eher zu einem konstruktiven Gespräch in der Lage sind als heute.

*„Verurteilen Sie
Einstellungen,
Äußerungen oder
Handlungen –
nicht Personen!“*

GOTT LIEBT DIE SÜNDER, NICHT DIE SÜNDE

*Zum Umgang mit Rechtsextremistinnen und
Rechtspopulisten in der Gemeinde*

■ Harald Lamprecht

Erfahrungen zeigen, dass fremdenfeindliche und nationalistische Einstellungsmuster nicht automatisch an der Kirchentür enden. Auch im Bereich von Kirchengemeinden gibt es Menschen, die Werbematerial rechtspopulistischer Bewegungen verbreiten, entsprechende Demonstrationen besuchen oder sogar mit organisieren. Wie kann mit diesen Situationen in den Kirchengemeinden konstruktiv und mit klarem Zeugnis für das Evangelium umgegangen werden?

Politik, Parteipolitik und die christliche Verantwortung

Grundsätzlich gilt: Kirchengemeinden sind keine Parteien. Das bedeutet, dass es ohne Fraktionszwang in ihnen immer unterschiedliche Positionen zu politischen Sachfragen geben kann und darf. Ob eine Brücke gebaut, ein Mindestlohn eingeführt, ja sogar ob der Verbleib in der EU für sinnvoll gehalten wird oder nicht, darf in der Gemeinde unterschiedlich beurteilt werden. Zu bedenken ist, dass das ‚reine Gute‘ in der Politik in der Regel nicht zu haben ist. Oft müssen gegenläufige Interessen ausgeglichen und Kompromisse geschlossen werden, die ein kleineres Übel wählen, um ein größeres zu verhindern. Nicht in jedem Fall ist vorher klar zu erkennen, welches wirklich kleiner ist. Insofern können auch verantwortlich getroffene Entscheidungen im Einzelfall unterschiedlich aussehen.

Das bedeutet aber nicht, dass die Kirche und die Christinnen unpolitisch wären oder sein müssten.^[1] Denn sie sind dazu gerufen, die Botschaft des Evangeliums in ihrem Leben Wirklichkeit werden zu lassen. Das Wirken der Propheten des Alten Testaments, das Vorbild von Jesus im Neuen Testament – sie alle machen deutlich, dass Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, der Einsatz für die Schwachen und Unterdrückten dem Willen Gottes entsprechen. Politischer Einsatz, der diesen Prinzipien krass zuwiderläuft, ist ebenso als sündhafte Abweichung vom Willen Gottes zu charakterisieren, wie z.B. Dieb-

stahl, Mord oder Ehebruch. Das Handeln von Christen soll sich an den Prinzipien des Evangeliums ausrichten. Das gilt auch im Blick auf ihr Handeln als Mitglieder eines politischen Gemeinwesens, als Abgeordnete, aber ebenso als wahlberechtigte und zur politischen Willensbekundung fähige Bürgerinnen.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Im Blick auf die Einstellungen und Handlungsmuster, die allgemein mit dem Begriff des Rechtsextremismus in Verbindung gebracht werden, besteht weitgehende Einigkeit, dass hier eine grundlegende Diskrepanz zum christlichen Auftrag besteht. Die Unvereinbarkeit eines offen rechtsextremistischen Auftretens mit der Mitwirkung in kirchlichen Leitungsgremien (Kirchenvorstand / Pfarrgemeinderat etc.) ist in der Vergangenheit bereits verschiedentlich erklärt und praktiziert worden.^[2]

Inwiefern gilt die Ablehnung und notwendige Ausgrenzung des Rechtsextremismus auch für die etwas sanfter auftretende Spielart des Rechtspopulismus? Mit dem Rechtsextremismus steht der Rechtspopulismus in einem Näheverhältnis und teilt mit ihm eine ganze Reihe von Einstellungen, Absichten und Zielen. Dazu gehören insbesondere die Ablehnung von Einwanderung und das Schüren von Fremdenangst (besonders gegenüber Muslimen), die Propagierung des starken Nationalstaates gegen die Europäische Union mit der Vorstellung einer spezifisch nationalen Kultur und einen starken Bezug auf ‚das Volk‘ als stilisierte einheitliche Größe (wir hier unten) in dezidiertem Gegenüberstellung zu den Vertretern der etablierten Parteien (die da oben).

Vom Rechtsextremismus unterscheidet er sich vor allem dadurch, dass er kein Interesse an einer Anknüpfung am Nationalsozialismus hat, sondern sich davon zu distanzieren sucht. Einer Verharmlosung der Verbrechen des Naziregimes hat er allerdings auch kaum Eigenes entgegen zu setzen.^[3]

Im Blick auf die Stellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik wird die Situation derzeit noch kontrovers diskutiert. Eigentlich war Pegida anfangs (neben der Abwehr einer befürchteten Islamisierung) von einigen als Protestbewegung für mehr Bürgerbeteiligung an der Demokratie wahrgenommen worden. Auch die AfD war zunächst als Euro-skeptische Partei innerhalb des demokratischen Spektrums angetreten. Die Vehemenz, mit der



Graffiti in Dresden-Strehlen

inzwischen bei Veranstaltungen eine Fundamentalkritik am System der parlamentarischen Demokratie generell geübt und ein ‚Systemwechsel‘ gefordert wird, lässt an dieser Stelle kaum noch Unterschiede zur gängigen Polemik von Neonazis erkennen. Dementsprechend ist die AfD im Januar 2019 zum Prüffall für das Bundesamt für Verfassungsschutz geworden.

Auch die Stellung zur Gewalt ist ein Unterschied, der brüchig geworden ist. Während Gewalt von Rechtsextremistinnen mehr oder weniger offen zur Durchsetzung der eigenen Ziele begrüßt wird und bis zum Rechtsterrorismus führt (z.B. Nationalsozialistischer Untergrund, NSU), ist Pegida betont mit dem Slogan der Gewaltfreiheit aufgetreten. Ohne diese Akzentuierung wäre der Zulauf

sicherlich deutlich geringer ausgefallen. Es ist aber nicht zu übersehen, dass die emotionale Radikalisierung bei den Veranstaltungen und in den sozialen Netzen Folgen hat. Beim angekündigten Umgang mit politischen Gegnern wurde die Schwelle zur Gewalt zunächst auf der verbalen Ebene viel zu oft schon überschritten.

Es gab spontane Morddrohungen gegen Mitarbeiter der Kreuzkirchgemeinde in Dresden, es gab Galgen für namentlich benannte Politikerinnen und selbst von der Bühne rhetorische Gewaltaufrufe. Seit dem Auftreten von Pegida ist die Zahl tätlicher Übergriffe im Umfeld der Veranstaltungen sowie auf Migranten und Asylbewerberunterkünften dramatisch angestiegen ist, wie Pressemeldungen und die Erfahrungen der Opferberatung zeigen.^[4] Zwar ist die Zuordnung der Täter nicht immer eindeutig möglich, gleichwohl ist schwerlich zu leugnen, dass die von Rechtspopulisten geschürte Stimmung solche Taten befördert.

Über Begriffe und Zuordnungen lässt sich lange streiten, entscheidend für die Beurteilung und Behandlung ist, was sich letztlich dahinter verbirgt und was eine konkrete Person tut und vertritt. Wer mit fremdenfeindlichen oder rassistischen Äußerungen auftritt, stellt sich damit außerhalb der christlichen Lehre – egal wo dies geschieht und ob der Kontext dessen als rechtsextremistisch oder rechtspopulistisch oder sonstwie anders zu klassifizieren ist.

Umgangsempfehlungen

Für die Frage nach dem angemessenen Umgang der christlichen Gemeinde mit Menschen, die sich in rechtsnationalistischen Kontexten engagieren müssen verschiedene Bereiche unterschieden werden:

- a) die normale Teilnahme an Gottesdiensten und Veranstaltungen
- b) die Mitwirkung in verantwortlichen Positionen der Gemeinde in Verkündigung und Leitung (Kirchenvorstand, Pfarrgemeinderat usw.)

Für die jeweiligen Bereiche gelten unterschiedliche Regeln.

Teilnahme am Gemeindeleben

Im Blick auf die normale Teilnahme an Veranstaltungen gilt, dass Gottesdienste immer öffentlich sind und jede hinzukommen kann, die gern Gottes Wort hören möchte. Hier gilt: Niemand ist ausgeschlossen, denn gerade der Sünder bedarf nach dem Zuspruch von Gottes bedingungsloser Liebe und die Erinnerung daran, was wir alles umsonst geschenkt bekommen haben. Dies kann helfen, das eigene Leben zu bessern und das Herz weit zu machen, um etwas von dieser empfangenen Gnade weiterzugeben (Mt 18,21ff).

Dies gilt in abgestufter Weise auch für Gemeindekreise, Hauskreise, Musikgruppen etc., auch wenn hier die Umgebung anders, der Kontakt persönlicher, die Gespräche intensiver sind. Aber auch hier geht es darum, dass sich die Gemeindeglieder gegenseitig im Glauben stärken und gemeinsam ethische Orientierung aus dem Evangelium gewinnen. Dies lebt vom lebendigen Austausch. Eine Verengung dieser Kreise auf Personen überwiegend gleicher Meinung stünde dem Anliegen entgegen, die Herausforderungen des Evangeliums im Blick auf die Vielgestaltigkeit des Lebens miteinander zu diskutieren. Solange jemand persönlich das Interesse hat, in der Gemeinschaft von Christen im Glauben zu wachsen, und diese Gemeinschaft nicht aktiv zerstört, sollte diese auch offen stehen.

Mitwirkung in Verantwortungspositionen

Im Blick auf die Mitwirkung in verantwortlichen Positionen der Gemeinde in Verkündigung und Leitung sieht das grundsätzlich anders aus. Zu diesen Diensten nicht jeder gleichermaßen berufen. Die Bibel gibt verschiedene Hinweise für die Auswahl dafür geeigneter Personen (Apg 6,3; 1 Tim 3). Daher wird darauf



zu achten sein, dass die Person in ihrem öffentlichen Reden und Handeln nicht den Grundsätzen widerspricht, die sie eigentlich verkündigen soll. Die Gottes- und Nächstenliebe werden von Jesus selbst als das ‚höchste Gebot‘ bezeichnet (Mk 12,28-34). Der Nächste ist dabei ausdrücklich nicht diejenige, die mir schon immer nahe ist (durch Verwandtschaft, Freundschaft, Nachbarschaft, Volk etc.), sondern derjenige, dem ich zum Nächsten werden kann, der mir vor die Füße gelegt ist und meine Hilfe braucht, wie es das Gleichnis vom barmherzigen Samariter als direkte Auslegung des höchsten Gebotes beschreibt (Lk 10, 25ff.).

Wer diesem christlichen Auftrag zur Gottes- und Nächstenliebe elementar widerspricht, ist nicht für kirchliche Leitungs- und Verkündigungsaufgaben geeignet.

Auch für kirchliche Leitungsämter gilt, dass alle Mitwirkenden selbst Sünder bleiben und auf Gnade und Vergebung angewiesen sind. Die Übertragung eines solchen Amtes bedeutet keine größere Gottesnähe oder eine moralische Überlegenheit. Gott wirkt durch Menschen, die immer fehlbar bleiben. Aber es geht für die christliche Gemeinde um ihre innere und äußere Glaubwürdigkeit. Deshalb kann sie nicht Menschen in verantwortliche Positionen berufen, die ihre Grundprinzipien öffentlich ablehnen.

Sympathisantinnen und Aktivisten

Grundlage der Beurteilung sind nicht in erster Linie Parteibücher und abstrakte Mitgliedschaften, sondern das konkrete Handeln der jeweiligen Person. Es kommt darauf an, wie dieser Mensch selbst agiert, denn Parteiprogramme sind vielschichtig und die Gründe für ein Engagement mitunter ebenfalls. Mitgliedschaften begründen daher als alleiniges Merkmal keinen ausschließenden Automatismus. Sie können aber ein wichtiger Hinweis auf mögliche Konfliktlinien sein und Anlass zu Gesprächen über persönliche Motivationen und nötigen Abgrenzungen sein.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen einem eher losen Sympathisantenverhältnis oder einer Übernahme führender Positionen in rechtsnationalen Bewegungen. Im erstgenannten Fall ist es möglich, dass nur einzelne Aspekte zu einer diesbezüglichen Nähe führen, während anderes abgelehnt wird. Hier wird es darum gehen müssen, die persönlichen Gründe im Einzelnen zu besprechen und diese ins Verhältnis zum christlichen Glauben zu setzen. Dabei gilt es genau hinzuhören: Nicht jede Kritik an der konkreten Ausgestaltung des Asylsystems entspringt rassistischen Motiven. Aber auch nicht jeder Ruf nach Volksabstimmungen erzeugt schon eine Demokratin. Die Gesellschaft krankt gegenwärtig an zu schnellen pauschalen Zuordnungen, die Menschen in Positionen schiebt, wo sie sich selbst nicht sehen. Das sollte vermieden werden.

„Nicht jede Kritik an der konkreten Ausgestaltung des Asylsystems entspringt rassistischen Motiven. Aber auch nicht jeder Ruf nach Volksabstimmungen erzeugt schon eine Demokratin. Die Gesellschaft krankt gegenwärtig an zu schnellen pauschalen Zuordnungen, die Menschen in Positionen schiebt, wo sie sich selbst nicht sehen.“

Zunächst ist in jedem Fall mit der betroffenen Person das direkte persönliche Gespräch zu suchen. Neben der Frage nach den individuellen Gründen sollte es darum gehen, Anknüpfungspunkte und Resonanzfelder für die biblische Botschaft der Nächstenliebe zu finden, die jedem Menschen gilt, ungeachtet seiner Herkunft. Zugleich muss deutlich werden, dass eine Ideologie der Ungleichwertigkeit in keiner Weise mit dem Evangelium zu vereinbaren ist.

Wer hingegen als Parteifunktionär oder anderweitig aktiv in rechtsnationalen Strukturen mitwirkt, muss sich in stärkerer Weise auch das öffentliche Agieren der Organisation insgesamt und das Handeln anderer Personen in derselben Struktur zurechnen lassen. Dem Wirken solcher Personen sind in der christlichen Gemeinde enge Grenzen zu setzen.

Öffentlich oder privat?

Für die möglicherweise nötigen Grenzziehungen ist die Beschränkung auf die Beurteilung des öffentlichen Handelns anzuraten. Populisten bekämpfen ihre Gegner oft mit dem Mittel verzerrender Übertreibung. Wenn Personen aufgrund privater Äußerungen in Hauskreisen oder Stammtischgesprächen aus kirchlichen



Ämtern ausgeschlossen werden sollten, wäre zu befürchten, dass dies unsachgemäß als ‚Hexenjagd‘ und ‚Gesinnungsschnüffelei‘ skandalisiert würde. Die Beschränkung auf die Beurteilung des öffentlichen Wirkens ist angemessen, weil

- 1) nur das öffentliche Agieren den Widerspruch auch öffentlich macht und
- 2) der Konflikt dem individuellen Gewissen überlassen bleiben kann.

Ein komplettes Auseinanderfallen von öffentlicher Wirksamkeit und persönlichen Überzeugungen ist unter normalen Umständen selten, weil es das individuelle Gewissen belastet. Eine gewisse Kongruenz beider Bereiche ist daher als Grundsatz anzunehmen. Nun kommt es vor, dass in einzelnen Fällen gesellschaftlicher Druck oder Erwartungen des sozialen Umfeldes motivieren, ein konformes Verhalten an den Tag zu legen, das nicht den inneren Überzeugungen entspricht. Aber auch in diesen Fällen drängt das Gewissen stets, die fehlende Übereinstimmung wieder herzustellen – entweder durch Änderung der Handlungen oder der Überzeugungen.

Es bleibt allerdings immer eine Aufgabe der christlichen Gemeinde, anhand von Gottes Wort die Gewissen zu schärfen und auf die Kongruenz von Denken, Reden und Handeln zu achten und diesbezügliche Widersprüche nicht vollkommen klaglos hinzunehmen.

Beispiele

- ▶ Frau K. engagiert sich bei ‚Christen in der AfD‘, weil sie für traditionelle Familienstrukturen eintreten und gegen die Tötung ungeborener Kinder aktiv sein will. Die Reden von Björn Höcke findet sie furchtbar. Vor dem gewalttätigen Islam hat sie Angst, aber um syrische Flüchtlinge in ihrem Ort hat sie sich engagiert gekümmert. Sie kann nach wie vor die Gestaltung des Kindergottesdienstes mit übernehmen, weil in ihrem persönlichen Verhalten kein unmittelbarer Widerspruch christlichen Grundprinzipien liegt. Wohl aber bedarf es intensiver Gespräche, z.B. im Hauskreis, weil ihre Haltung nicht kongruent ist. Diese Gespräche motivieren sie zur aufmerksamen Überprüfung,

in wieweit ihre christlichen Überzeugungen mit der Programmatik und Auftreten der Partei in anderen Feldern konform gehen kann.

- ▶ Herr F. ist aktiv in der Landesleitung der AfD. In dieser Funktion organisiert er Kampagnen der Partei und verfasst u.a. Medienbeiträge, die bei den Lesern Aversionen gegen Ausländer insgesamt und Muslime im Besonderen schüren. So werden z.B. vorgefallene Straftaten suggestiv mit Muslimen und Ausländern in Verbindung gebracht, ohne dass die Quellen und die Beweislage es hergeben.^[5] In seiner Kirchengemeinde singt er im Kirchenchor und möchte gern künftig im Öffentlichkeitsausschuss mitwirken. Auch Herr F. kann weiterhin Gottesdienste und kirchliche Veranstaltungen besuchen, um von der Begegnung mit Gottes Wort in seinem Gewissen bewegt zu werden. Jegliche Mitwirkung in besonderen Ämtern und insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit verbietet sich aber angesichts seiner aktiven Beteiligung an gezielter Desinformation und menschenfeindlicher Propaganda. Fortgesetzte Gespräche mit ihm über den Inhalt des 8. Gebotes wären z.B. eine Aufgabe für die Chormitglieder.
- ▶ Ein junger Erwachsener, der bislang in der jungen Gemeinde aktiv war, engagiert sich bei Protesten gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Ort. Er organisiert selbst Demonstrationen, bei denen in pauschaler Weise gegen Geflüchtete gehetzt und Islamfeindschaft geschürt wird. Bei den von ihm organisierten Versammlungen kommen auch Personen aus dem rechtsextremen Spektrum und von der Identitären Bewegung, die ihm Beifall und Unterstützung geben. Zu diesen bestehen lockere informelle Kontakte. Er selbst ist in keiner Partei Mitglied. Bei den anstehenden Kirchenvorstandswahlen möchte er sich als Kandidat aufstellen lassen. Gegen die Zulassung zur Kandidatur müssen grundsätzliche Bedenken geltend gemacht werden, weil sein aktives Handeln im Widerspruch zur christlichen Botschaft steht.

Fazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass zwei Fehler vermieden werden sollten:

- ▶ Die schleichende Einnistung menschenfeindlicher Einstellungen in christlichen Kreisen durch eine falsch verstandene Toleranz und Laxheit im Umgang mit (kultur-)rassistischen Vorurteilen. Das ist ein Verrat an der Botschaft Jesu und bereitet den Boden für rechtsextreme Aktivitäten.

- ▶ Eine zu rasche Ausgrenzung ohne entsprechende Gesprächsbemühungen gegenüber Menschen, die in den weiteren Einflussbereich rechtspopulistischer Bewegungen geraten sind. Solches würde diese Menschen rechtsextremen Gruppen zutreiben, wo sie freudig Aufnahme finden.

Theologisch gesprochen gilt es, immer die Balance und Unterscheidung zu wahren: keine Verharmlosung der Sünde einerseits, aber werbendes Zugehen auf die Sünder andererseits. Das Bewusstsein, dass kein Mensch aus eigener Kraft vollkommen sündlos zu leben vermag und sich seine Annahme durch Gott verdienen könnte, kann dabei vor falscher Selbstgerechtigkeit bewahren.

[1] vgl. dazu den Artikel „Für eine Öffentliche Kirche – Warum Glaube politisch ist“ von Heinrich Bedford-Strohm in dieser Handreichung S. 20

[2] Vgl. Ev.-Luth. Landeskirche Hannovers (Hrsg.): Preuß verliert kirchliches Amt. Propsteivorstand Königslutter entlässt NPD-Funktionär aus Kirchenvorstand (18.12.2007). Die aktuelle Rechtslage im Blick auf die Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens beschreibt der Text von Dr. Viola Vogel in dieser Handreichung S. 157.

[3] Als programmatisch muss in diesem Zusammenhang die Rede von Tatjana Festerling bei der Pegida-Kundgebung am 9. November 2015 (dem Gedenktag der Reichspogromnacht) gelten, in der sie vehement ein „Aufhören“ der Erinnerungskultur und ein Ende des „Schuldkultes“ forderte. Bisher war eine solche Begrifflichkeit bei Neonazis beheimatet.

[4] vgl. RAA Sachsen (Hrsg.): Chronik

[5] Herr F. ist fiktiv, das Beispiel ist real: Meldung auf der AfD-Facebookseite vom 10.2.2019 „++ Brutaler Angriff auf Schafherde: Fünf trüchtige Mutterschafe geschächtet! ++“, die dahinterliegende Meldung der Märkischen Allgemeine berichtet von einem Tierdiebstahl völlig ohne Spekulation über Nationalität oder Religion der Täter und schreibt „geschlachtet“, die AfD macht daraus „geschächtet“ und bezeichnet den Vorgang in der Bildaufmachung wahrheitswidrig als „Halal-Schlachtung“ (vgl. hierzu: Unbekannte schlachten fünf trüchtige Schafe – Kamera filmt alles. In: Märkische Allgemeine. 06.02.2019 und AfD: Facebook-Meldung. 10.02.2019).

BÜRGERDIALOG ODER PROPAGANDABÜHNE?

Hinweise für gelingende Veranstaltungen

■ Harald Lamprecht

In gesellschaftlichen Debatten wie um den angemessenen Umgang mit Geflüchteten oder Fragen der Integration kommt Kirchengemeinden eine wichtige Rolle zu. Mitunter sind sie angefragt, in ihren Räumen den Dialog zwischen Befürworterinnen und Gegnern der Asylpolitik zu ermöglichen oder zu anderen aktuellen Sachfragen in einer aufgeheizten Stimmung Bürgerdialoge im öffentlichen Raum moderierend zu gestalten. Damit solche Veranstaltungen gelingen und nicht zur Bühne für fremde Propaganda umfunktioniert werden, sind eine Reihe von Hinweisen und Rahmenbedingungen zu beachten.

Warum reden?

Grundsätzlich sind Diskussionsveranstaltungen zu begrüßen. Es ist wichtig, miteinander im Gespräch zu bleiben und sich über die Ideale, Visionen und moralischen Verpflichtungen argumentativ auszutauschen. Von allein geschieht dies im Allgemeinen nicht in ausreichendem Maß, denn jeder Mensch sucht natürlicherweise die Gemeinschaft von Gleichgesinnten. Dort findet man Bestätigung für die eigenen Sichtweisen und muss keine Infragestellungen der eigenen Position ertragen. Allerdings zeigt jede Wahrnehmung der Wirklichkeit nur einen Ausschnitt.

Wo der Austausch mit Menschen mit anderen Auffassungen fehlt, kann man seinen Teil leicht für das Ganze halten. Dann können sich auch seltsame Fehleinschätzungen zu fest geglaubten Meinungen verdichten. Die Algorithmen der Nachrichtenfilterung in den sozialen Netzwerke neigen dazu, diese Tendenzen zu verstärken. Wer vorwiegend Facebookfreundinnen hat, die Berichte über Ausländerkriminalität verbreiten, bekommt ein anderes Lebensgefühl, als wenn die meisten dieser Freundinnen in der Flüchtlingshilfe engagiert sind. Die Ausweitung des eigenen Horizontes durch den Dialog ist für angemessene Problemlösungen immer von Vorteil. Dialog ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Der Prozess einer politischen



Willensbildung kann sich nur in der lebendigen argumentativen Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Positionen sachgerecht vollziehen. Schließlich können auch eigene positive Werte und Überzeugungen nur vermittelt werden, wenn sie auch in eine Diskussion eingebracht werden.

Diskussion bedeutet, dass Meinungen und Auffassungen öffentlich geäußert werden dürfen, die der eigenen Position widersprechen. Das liegt in der Natur der Sache und ist keine Panne, sondern Ausdruck der Meinungsfreiheit. Dies auszuhalten, gehört zum Wesen eines solchen Austausches. Letztlich lassen sich nur ausgesprochene Irrtümer und Fehleinschätzungen argumentativ korrigieren. Vorurteile sind nicht weg, wenn sie verschwiegen werden. Aber im Gespräch können sie hinterfragt und mit anderen Erfahrungen konfrontiert werden. Eine kollektive Tabuisierung anderer Meinungen mag zwar einfacher erscheinen und kurzfristig eine Befriedung im Binnenraum herstellen können. Langfristig lässt ein Tabu das Verbotene jedoch immer interessant erscheinen und verschafft ihm mehr Reiz, als eine offen und mit guten Argumenten geführte Kontroverse. „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ war ein 1989 in der DDR viel zitierter Satz von Rosa Luxemburg.^[1] Verbot und Ausgrenzung abweichender Meinungen sind immer ein Merkmal von Diktaturen, die ihren Machtanspruch mit Ideologien absichern wollen. Demgegenüber stellt der offene Meinungsstreit eine Grundvoraussetzung einer Demokratie dar.

Mit wem reden? (Zielgruppen und Beteiligte)

Vor jeder Veranstaltung sollte es gründliche Überlegungen zu Ziel und Zielgruppe geben, denn davon hängt einiges im Blick auf Einladung und Methodik ab. Die genannten Grundsätze gelten nämlich unter der Bedingung, dass überhaupt ein echter Dialog ge-

wollt und mit dem jeweiligen Partner möglich ist. Das ist leider nicht immer der Fall. Im Blick auf organisierte rechtsextreme Kader und prominente Rechtspopulistinnen ist ein öffentlicher Schlagabtausch erfahrungsgemäß wenig sinnvoll. Wo es dazu kommt, wird er von diesen instrumentalisiert, um ihre Themen und Themen in die Diskussion einzutragen (vgl. Abschnitt: Wortergreifungsstrategie).

Wortergreifungsstrategie

Die sog. Wortergreifungsstrategie gehört seit Jahren zum Arsenal der demagogischen Methoden von Neonazis. Dabei geht es darum, Veranstaltungen, welche durch demokratische Akteure organisiert werden, zu stören oder für eigene Zwecke umzufunktionieren. Dazu versuchen sie, einzeln oder mit einer Gruppe von Personen daran teilzunehmen. Wenn es Diskussionsmöglichkeiten gibt, werden sie benutzt, um provokativ eigene Themen zu setzen, angebliche Missstände anzuprangern und eine Stimmung zu verbreiten, die ihre Feindinnen (Ausländer, das demokratische politische System und seine Vertreter usw.) in ein schlechtes Licht setzt. Wo das nicht gelingt, sind auch offene Störungen möglich. Ein Ausschluss wird mitunter provoziert, um sich in einer Opferrolle darstellen zu können. In jedem Fall haben die (demokratischen) Veranstaltenden den Aufwand und die Kosten der Veranstaltung, aber durch die Störungen nur einen eingeschränkten Nutzen.

Quer durch die Parteien des demokratischen Spektrums besteht deshalb seit Jahren ein Konsens darüber, dass Vertreterinnen rechtsextremer Parteien keine gleichberechtigten Partner in Talkshows oder bei Wahlkampfauftritten sind. Wer offensichtlich die demokratischen Freiheiten gebrauchen will, um diese bei nächster Gelegenheit abzuschaffen, fällt aus dem Rahmen derer, mit denen eine Diskussion zielführend ist. Der Eindruck, sie seien normale Parteien wie die anderen, soll vermieden werden. Darum ist die konsequente Ausgrenzung von Neonazis auf öffentlichen Podien und in den Parlamenten seit langem geübte Praxis. Dafür spricht, dass man den Demagogen keine Bühne bieten möchte und sachbezogene hilfreiche Argumente kaum zu erwarten sind, wenn nicht einmal die Grundlagen des demokratischen Systems akzeptiert werden.

Diese Argumente sind auch nach wie vor richtig. Nur ist ihre Anwendung spürbar schwieriger geworden, weil sich die Ausgangslage beträchtlich verschoben hat. Die in der Asyldebatte aufgeheizte gesellschaftliche Stimmung brachte es mit sich,



dass vielfach ‚besorgte Bürgerinnen‘ in einer Weise gegen Fremde und grundsätzlich gegen das System der parlamentarischen Demokratie agitieren, wie es vor wenigen Jahren nur NPD-Kader oder andere eindeutige Neonazis getan haben. Letztere können sich dann weitgehend im Hintergrund halten und brauchen nur diese Bürger mit ihren Argumenten zu versorgen. Die Grenze verschwimmt, was eindeutige Handlungsempfehlungen erschwert, denn die Kategorie der Bürgerinnen mitsamt ihren diffusen Befürchtungen und Ängsten, ihren Vorurteilen und Erfahrungen soll durchaus in den Debatten angesprochen werden. Um diese geht es ja eigentlich. Sie sollen ihre Ängste aussprechen, aber auch von anderen Erfahrungen lernen können. Sie sollen ernst genommen, aber auch mit besseren Argumenten für eine andere Sicht der Dinge gewonnen werden.

Wenn die Praxis der Ausgrenzung in gleicher Weise von der NPD auch auf die Anhänger rechtspopulistischer Bewegungen ausgeweitet würde, wäre dies aus verschiedenen Gründen kontraproduktiv:

- ▶ Es würde diejenigen von den Debatten fernhalten, um derenwillen sie veranstaltet werden.
- ▶ Es würde die Spaltung der Gesellschaft in politische Meinungsgruppen verstärken, die in sich weitgehend homogen sind, aber miteinander keine gemeinsame Basis mehr finden.
- ▶ Es gehört zum Wesen der Demokratie, um unterschiedliche Meinungen offen und argumentativ zu streiten. Abweichende Meinungen organisatorisch und gesellschaftlich auszugrenzen ist hingegen kein demokratisches Prinzip. Auch die Demokratie lässt sich nur dadurch verteidigen, dass man sie und ihre Methoden selbst praktiziert.

Darum sind die Anhängerinnen von AfD, Pegida und deren diversen lokalen Ablegern nicht aus den entsprechenden Gesprächsrunden auszugrenzen, sondern im Gegenteil eine zentrale Zielgruppe solcher Bürgerdialoge.

Aber gilt das, was für die Anhänger gesagt ist, in gleicher Weise für deren Führerinnen? Daran gibt es begründete Zweifel, denn diese weisen sowohl persönlich als auch organisatorisch oft eine viel größere Nähe zu rechtsextremen Positionen und Organisationen auf, als die aus diffusen Gründen beteiligten Mitläufer. Sind sie deshalb nicht eher analog zu den organisierten Neonazis zu behandeln? Darüber wird an vielen Orten diskutiert. Eine sachgerechte Antwort wird die Situation vor Ort, die Art und die Zielgruppe der Veranstaltung bedenken müssen, um dann zu einer verantwortlichen Entscheidung zu finden, um ihnen nicht die Bühne für weitere Rekrutierungen zu bieten.

Mit wem nicht reden? (Ausschlussklauseln)

Fällt die Entscheidung, bestimmte Personengruppen bei einer Veranstaltung nicht beteiligt haben zu wollen, so muss dies 1. rechtlich umgesetzt und 2. nachvollziehbar begründet werden. Bei der Besetzung des Podiums sind die Veranstaltenden selbstverständlich frei, einzuladen, wen sie wollen. Teilnahmeversuche im Publikum seitens der regionalen rechtsextremistischen Szene können hingegen nur vermieden werden, wenn

- a) die Veranstaltung einen nichtöffentlichen Charakter hat,
- b) die Veranstaltenden das Hausrecht inne haben und von diesem auch Gebrauch machen können,
- c) am Eingang zum Veranstaltungsort und bei allen Einladungen dazu ein Text mit einer entsprechenden Ausschlussklausel angebracht wurde. Eine dafür häufig verwendete Formulierung lautet z.B.:

„Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschen verachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.“

Darüber hinaus werden szenekundige Personen am Eingang postiert, um bekannte rechtsextreme Personen als solche zu identifizieren und ihnen den Zutritt von vornherein zu verwehren. Auch wenn dies so aussehen könnte: solche Maßnahmen sind keine Gesinnungskontrolle – denn eine solche lässt sich von außen nicht erkennen –, sondern helfen lediglich, bekannte Störende fernzuhalten.



Die Begründung und Vermittlung solcher Maßnahmen braucht besonders im kirchlichen Raum gewisse Anstrengungen, denn üblicherweise will die Kirche niemanden ausschließen. Sie können gleichwohl angemessen sein, insbesondere wenn:

- ▶ eine gemeindeinterne Informations-, Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen nicht durch Wortergreifungsstrategien gestört werden sollen
- ▶ die Beteiligung von Betroffenen rechtsextremer Gewalt oder die exponierte Mitwirkung von Geflüchteten einen besonderen Schutzraum erfordert, der erst ein offenes Gespräch ermöglicht. Menschen, die bereits Opfer von Gewalt wurden, sollen sich im Raum der Kirche sicher fühlen können und nicht erneut (verbalen) Übergriffen, Bedrohungen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt werden.

Wann reden? (Situationen)

Grundsätzlich gilt: Christinnen reden mit jedem – schließlich kann nie ausgeschlossen werden, dass der Gesprächspartner doch etwas von dem Gehörten aufnimmt und sich zum Besseren wendet. Das bedeutet aber nicht, dass dies auch an jedem Ort und bei jeder (un)passenden Gelegenheit geschehen muss.

Öffentliche Veranstaltungen sind meistens nicht der Ort für missionarische Gespräche. In einer Gruppensituation und noch mehr in einer öffentlichen Veranstaltung geht es vor allem um die Wirkung auf das Publikum. Persönliche Überzeugungen ermitteln oder gar beeinflussen kann man hingegen fast nur im kleineren Rahmen. Darum ist es wichtig, nicht aus falsch verstandener Offenheit sich auf solche Diskussionen einzulassen und damit zum Opfer von Wortergreifungsstrategien zu werden, sondern ggf. entschlossen dagegen einzuschreiten.

Der daraufhin oft erhobene Vorwurf der Ausgrenzung läuft dann ins Leere, wenn zugleich ein Angebot für eine Diskussion auf der persönlichen Ebene unterbreitet wird. Dies könnte z.B. in Form von Einzelgesprächen direkt nach der Veranstaltung sein. Oder es wird ein konkreter Terminvorschlag für ein weiteres Gespräch unterbreitet. Hilfreich ist es, wenn darauf vorbereitete gesprächsfähige Personen bereit stehen.

Wie reden? (Organisation und Moderation)

Gegenüber kommunalen Orten können kirchliche Räume mitunter allein schon durch die Umgebung zu einer gewissen Besänftigung und Mäßigung ansonsten sehr emotional geführter Debatten beitragen. Wird die Versammlung mit ruhigem Orgelspiel oder einem Friedenslied eingeleitet, verstärkt sich dieser Effekt. Allerdings ist das kein Automatismus und kann auch scheitern. Damit die Kirchen und Gemeinderäume nicht zu Orten werden, an denen gegen Geflüchtete gehetzt wird und rassistische Aussagen unwidersprochen bleiben, braucht es eine gute und stringente Moderation und einen planvollen Ablauf.

Hilfreich ist:

- ▶ Die Moderation achtet auf die Begrenzung der Redezeit und duldet keine langen Monologe.
- ▶ Das Gespräch hat eine für die Teilnehmenden erkennbare zeitliche und thematische Struktur. Es springt nicht von Thema zu Thema.
- ▶ Die Moderation reagiert unmittelbar auf diskriminierende Äußerungen.
- ▶ Kleine Gesprächsgruppen zwingen mehr zu argumentativer Auseinandersetzung und reduzieren plakative Statements gegenüber Plenardebatten.
- ▶ Veranstaltungen mit lokalem Bezug lassen nur Teilnehmende aus dem Ort zu. Das verhindert ‚Störer-Tourismus‘.
- ▶ Bei Debatten zur Asylthematik wird darauf geachtet, dass die Perspektive der Geflüchteten ausreichend zur Sprache kommt (und nicht nur die Verunsicherungen der aufnehmenden Gesellschaft). Es ist sehr wertvoll, wenn Geflüchtete selbst anwesend sein können und von ihren persönlichen Situationen berichten, weil dies Pauschalzuschreibungen spürbar erschwert und den Charakter der Veranstaltung nachhaltig verändert. Dabei ist allerdings verantwortlich zu entscheiden, in wieweit der Charakter der Veranstaltung die persönliche Exposition erlaubt, um diese Geflüchteten nicht in den Fokus gezielter Angriffe zu bringen.

- ▶ Es gibt Zusammenfassungen von Gesprächsergebnissen, festgestellten Konsensen oder auch Klarstellungen dazu, was genau strittig ist und was nicht.
- ▶ Eine Ergebnissicherung am Ende bündelt den Extrakt der Veranstaltung.
- ▶ Helfende im Saal behalten die Verfügungsgewalt über das Mikrofon. Zwischenruferinnen werden ermahnt und bei wiederholtem Stören konsequent ausgeschlossen.
- ▶ Es werden keine Foto bzw. Videodokumentationen der Veranstaltung oder einzelner Akteure ohne deren Zustimmung zugelassen.
- ▶ An den Ein- und Ausgängen stehen Helfende bereit, um eine eskalierende Situation im Blick behalten zu können.
- ▶ Eventuelle Pressevertreterinnen werden um Einsichtnahme in ihren Presseausweis gebeten, Name und Sitz der Redaktion werden notiert, um die Rechte der Teilnehmenden zu wahren.
- ▶ Generell empfiehlt es sich, eine Sicherheitspartnerschaft mit der örtlichen Polizei abzuschließen, die eine konkrete Person als Einsatzleiter und die Handynummer einer erreichbaren Person für den Fall von polizeilich relevanten Störungen einer Veranstaltung nennt.

Unterstützung erhalten Sie bei den Mobilien Beratungsteams des Kulturbüro Sachsen e.V. Die jeweiligen Kontakte finden Sie im Adressteil.

Die Moderation einer solchen Veranstaltung ist keine leichte Aufgabe, denn sie muss zwei widerstrebende Ziele verbinden: Einerseits muss genügend Offenheit gezeigt werden, so dass auch kontroverse Meinungen geäußert werden können. Andererseits gilt es, das eigentliche Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, weshalb diese Dialoge überhaupt unternommen werden: Vorurteile hinterfragen, Gerechtigkeit anstreben und für Menschenrechte und Demokratie eintreten, damit christliche Nächstenliebe gelebt wird.

[1] *Luxemburg (1920) S. 109*

„Es gilt, das eigentliche Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, weshalb diese Dialoge überhaupt unternommen werden:

***Vorurteile hinterfragen,
Gerechtigkeit anstreben
und für Menschenrechte
und Demokratie
eintreten, damit
christliche Nächsten-
liebe gelebt wird.“***

FRIEDENSGETET, BITTGANG UND MAHNWACHEN

Formen christlicher Stellungnahmen

■ Elisabeth Naendorf

In der Kirche

Ökumenische Friedensgebete gibt es seit den frühen 1980er Jahren. Hervorgegangen aus der Tradition der ‚Politischen Nachtgebete‘ (oder davon inspiriert) und in Weiterführung der Gebete während der Ökumenischen Friedensdekade finden seit über 30 Jahren wöchentlich oder monatlich und an vielen Orten in Deutschland ‚Gebete für den Frieden‘ statt. Bei aller Unterschiedlichkeit eint sie die nicht-liturgiegebundene Form und die Möglichkeit, auf jeweils aktuelle Ereignisse im Ort, in der Region, in der Welt unmittelbar eingehen zu können und sie im Geist unserer Traditionen zu deuten. Wie die Betenden in den Psalmen klagen und anklagen, hadern und fragen, hoffen und loben, so ist auch im Friedensgebet Raum für alle Empfindungen, die Menschen umtreibt, angesichts von Gewalt, Unfrieden und Katastrophen, in der Nachbarschaft und darüberhinaus.

Offene Fragen und unsere Hilflosigkeit und Ohnmacht aussprechen, in den biblischen Texten und unseren Traditionen Orientierung, Impulse und Stärkung finden für unser Handeln in der jeweils aktuellen Situation, die Werte ins Bewußtsein rufen, die uns wichtig sind – Mitmenschlichkeit, Gerechtigkeit, Frieden, Nächstenliebe – innehalten und nachdenken, Bitten formulieren, miteinander beten und singen, sich zu gemeinsamem Tun ermutigen – ein Friedensgebet ist kein klassischer Gottesdienst, keine gebundene Andachtsform, sondern eine Einladung, zusammen zu kommen, miteinander eine Zeitlang zu verweilen, und mit einem Segen wieder auseinander zu gehen. Friedensgebete können sowohl regelmäßig wie auch aus aktuellem Anlass stattfinden. Sie sind ein geeigneter und den Kirchen eigener Beitrag für die Stadtgesellschaft und die Dorfgemeinschaft, wenn es gilt, für ein friedliches Zusammenleben einzutreten.

Christinnen können zum Friedensgebet besonders in zentral gelegene Kirchen einladen und dort stundenweise im Gebet begleiten, was draußen geschieht. Ein zentrales Gebet ist immer eine mögliche und angemessene Antwort auf Unfriedlichkeit, und sie sollte genutzt werden, wenn die Situation es erfordert.

In der Öffentlichkeit

Neben dem Gebet in der Kirche ist es möglich, dies auch sichtbar nach außen zu tragen und gemeinsam nach draußen ziehen, um auch öffentlich für die Positionen von Gerechtigkeit und Menschenwürde einzustehen. Dafür bietet sich ein Bittgang an, der ursprünglich aus der katholischen Tradition bekannt ist, und die Bitte um Frieden und den Segen Gottes mit einem Gang durch die Ortschaft verbindet – mit Kerzen, im Schweigen, oder auch mit Liedern und Instrumenten. Bittgänge sind im sächsischen Versammlungsgesetz als besondere Form religiöser Veranstaltungen geschützt. Eine weitere Form, zu der Christen einladen können, sind Mahnwachen. Dabei handelt es sich um stationäre Gebete, die draußen stattfinden: direkt vor der Kirchentür, an Heiligen- oder anderen Statuen, an Stolpersteinen, an für die Ortsgeschichte bedeutsamen Punkten. Zu festgelegten Zeiten kann gesungen, ein Psalm gelesen, eine Fürbitte gesprochen, eine Kerze entzündet werden – auch dies eine Andachtsform aus den christlichen Traditionen, mit der einen Beitrag zur Friedlichkeit geleistet werden - und gleichzeitig Stellung bezogen kann zu dem, was gerade im Ort geschieht. So kann Gebet Dienst an der Gesellschaft werden – und dies ist für Christinnen immer eine lohnende Aufgabe.

Mögliche Elemente für ein Friedensgebet:

- ▶ Glockengeläut vor Beginn, Musik zum Anfang
- ▶ Begrüßung (und Ansprache in einer Form, die auch nicht zur Gemeinde gehörige Personen und Nichtchristen anspricht)
- ▶ kurzer Text/moderner Psalm/Psalm
- ▶ Gemeindegang aus Gesangbuch oder Liederzetteln oder Musik
- ▶ Wortbeitrag/Ansprache zum Thema (in verständlicher Sprache)
- ▶ Musik
- ▶ Fürbitten (vorformuliert oder während der Musik aufgeschrieben - Zettel / Stifte austeilten – auszugsweise vorgelesen; frei vorgetragen, je nach Gruppengröße)
- ▶ Vaterunser
- ▶ Lied oder Musik
- ▶ Ansagen (zum weiteren Verlauf des Tages/Abends, der Woche, Kollektenzweck etc.)
- ▶ Sendungswort und Segen
- ▶ Musik
- ▶ evtl. Kollekte für konkrete Aktionen, themenbezogene Zwecke
- ▶ Glockengeläut zum Abschluss

SICHTBAR POSITION BEZIEHEN

Plakataktionen für Demokratie und Menschenrechte

■ Harald Lamprecht

Das System der parlamentarischen Demokratie wird in den letzten Jahren immer wieder dadurch herausgefordert, dass rechtsextreme Parteien die Instrumente der Demokratie nutzen wollen, um diese abzuschaffen. Insofern sind diese Parteien nicht wie jede andere zu betrachten, auch wenn ihnen formal gesehen die gleichen Rechte zustehen. Der Appell an die Bürgerinnen, demokratische Parteien zu wählen, gewinnt vor diesem Hintergrund an Bedeutung.

In vielen, insbesondere ländlichen, Gegenden haben rechtsnationale Parteien in der Vergangenheit einen massiven Plakatwahlkampf gestartet, mit dem die demokratischen Parteien nicht Schritt halten können oder wollen. So kam es vor, dass in etlichen Orten und manchen Straßen deren Plakate die einzigen waren. Damit übernehmen sie bereits ein Stückweit die Dominanz über den öffentlichen Raum und die allgemeine Wahrnehmung in diesen Gegenden. Die Inhalte der Plakate waren überwiegend nicht davon geprägt, das friedliche Zusammenleben zu fördern, sondern bedienten Vorurteile und Ablehnung von Bevölkerungsgruppen.

Nun dürfen diese Plakate nicht einfach abgenommen, überdeckt oder zerstört werden. Wahlkampf ist ein demokratisches Grundrecht - das ist zu respektieren. Es gilt auch gegenüber Parteien, deren Positionen ausdrücklich nicht geteilt werden. Aber es gibt keine Pflicht, den Irrtum unkommentiert stehen zu lassen. Anstelle des undemokratischen Aktes, fremde Plakate abzureißen oder zu verschandeln, ist es viel besser, eigene Plakate mit anderen Aussagen daneben zu hängen. Auf diese Weise entsteht der Dialog der Meinungen, von dem die Demokratie lebt und es wird ein sichtbares Zeichen gesetzt, dass in diesem Ort auch Menschen mit anderer Auffassung leben.

In dieser Richtung hat sich schon in den vergangenen Jahren bürgerschaftliches Engagement formiert. So gab es z.B. im Bereich der Sächsischen Schweiz eine überparteiliche Plakatinitiative, die mit dem Slogan ‚bunt statt braun‘ ein Gegengewicht zu setzen

vermochte. Diese Vorbilder können auch anderswo als Anregung dienen, um mit eigenen Plakatmotiven im öffentlichen Raum für demokratische Werte, Mitmenschlichkeit und Zusammenhalt zu werben.

Motive entwickeln

Woher kommen die Plakate? Da gibt es viele Möglichkeiten, und der Kreativität sind kaum Grenzen gesetzt.

a) Von anderen Parteien

Die naheliegendste und organisatorisch einfachste Möglichkeit ist es, andere demokratische Parteien zu motivieren, mit ihren Plakaten auch Präsenz vor Ort zu zeigen. Deren Wahlkampfplanung mag vielleicht andere Schwerpunkte setzen, aber wenn diesbezügliche Unterstützung vor Ort signalisiert wird, können Interessen von zwei Seiten zusammenkommen.

b) Eigene Plakatmotive entwerfen

Daneben besteht auch die Möglichkeit, eigene Plakatmotive zu entwerfen und ggf. drucken zu lassen. Wichtig ist dabei, auf eine gute Verständlichkeit der Botschaft zu achten und eine klare Formensprache zu wählen, die mit wenig Text auskommt.

Es können z.B. Plakatwettbewerbe ausgerufen werden, deren beste Ergebnisse prämiert werden und dann im ganzen Ort oder darüber hinaus zu sehen sind. Diese Auseinandersetzung mit politischen Themenfeldern ist bereits ein Wert in sich. Bei der AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte sind auch Plakate bestellbar, wobei lediglich die Versandkosten übernommen werden müssen.

Plakate aufhängen

Das Aufhängen von Plakaten im öffentlichen Raum ist eine Sondernutzung, die genehmigungspflichtig ist. Für das Genehmigungsverfahren ist die Ordnungsbehörde der jeweiligen örtlichen politischen Gemeinde/Stadtverwaltung zuständig und es folgt den dortigen Regelungen, weshalb keine allgemeinen Angaben dazu




*Storch Heinar zeigt
kreativen Protest in
Dresden (September 2013)*

möglich sind. Die AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte hat zur Klärung der rechtlichen Situation Kontakt zum Städte- und Gemeindetag aufgenommen. Dort wurde das Anliegen wohlwollend und unterstützend begrüßt. Das Votum des Städte- und Gemeindetages besagt, dass diese Sondernutzung zwar beantragt werden muss, aber die Genehmigung dafür gebührenfrei erteilt werden soll. Bei Schwierigkeiten hilft die AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte gern weiter.

In den Zeiten des aktiven Wahlkampfes vor den Wahlen gibt es meist die Regelung, dass Parteien, die zu der jeweiligen Wahl zugelassen sind, genehmigungsfrei plakatieren dürfen.

„Demokratie lebt davon, dass Menschen den Mut besitzen, sich öffentlich zu ihren Positionen zu bekennen.“



Bei der Kooperation mit einer Partei entfällt also das Genehmigungsverfahren, allerdings wird die Breite der möglichen Unterstützenden auf die Parteianhänger reduziert. Im privaten Raum, d.h. also am eigenen Gartenzaun, im Schaukasten, an der Eingangstür, im Schaufenster etc. können die Plakate selbstverständlich ohne Genehmigung der Kommune direkt aufgehängt werden. Diese Möglichkeiten sollten auch offensiv genutzt werden. Demokratie lebt auch davon, dass Menschen den Mut besitzen, sich öffentlich zu ihren Positionen zu bekennen.

Event organisieren

Der Effekt für den jeweiligen Ort lässt sich verstärken, wenn die Plakataufhängung nicht heimlich bei Nacht und Nebel geschieht, sondern öffentlich als gemeinsame Aktion mit möglichst vielen Partnerinnen organisiert wird. Dies macht zum einen viel mehr Spaß und verschafft der Aktion zugleich mehr Aufmerksamkeit. Indem z.B. der Bürgermeister, die Schuldirektorin, die örtliche Zeitung oder die Freiwillige Feuerwehr als mögliche Partner und Beteiligte angesprochen werden, ist dies bereits ein Anlass, menschenrechtsorientierte Positionen ins Gespräch einzubringen und stark zu machen.

Mit vielen Partnerinnen und entsprechender Berichterstattung lässt sich eine solche Plakataktion einsetzen, um im Ort eine sonst möglicherweise unartikuliert bleibende Mehrheitsmeinung für Demokratie und Menschenrechte sichtbar zu machen. Wenn es gelingt, mithilfe von Plakaten öffentlich erkennbar zu machen, dass an diesem Ort Menschen wohnen, die ihre Zukunft nicht kampflös rechten Demagogen überlassen wollen, dann ist bereits viel gewonnen.

Kirchgemeindemitglieder oder Unterstützende melden sich mit Anfragen und formulieren sinngemäß: *„Auf staatlicher Seite sind alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Wir möchten jemand in das ‚Kirchenasyl‘ bringen, dann wird alles gut.“* Damit wird deutlich, dass die Verwendung der Terminologie ‚Kirchenasyl‘ irreführend, zumindest aber missverständlich ist.^[1] Seit es 1983 zum ersten ‚Kirchenasyl‘ in Deutschland kam, gibt es unterschiedliche juristische Betrachtungen, die Gegnerinnen und Befürworter in den Diskussionen aufführen.^[2]

Grundlegend für das Handeln der Kirche ist die Bibel. Sie ist voller Fluchtgeschichten. Sie bezeugen Glaubens- und Lebenserfahrungen und zeigen Einzelschicksale aus der Perspektive von Flüchtlingen bzw. von Menschen mit Exil- und Fremdheitserfahrungen bis hinein in das Neue Testament (vgl. Lev 25,23; 1. Petr 1,1; 2,11; Eph 2,12 ff.)

Das Alte Testament lehrt den Schutz der Fremden als Gottes Gebot und erinnert daran, dass es im Verhältnis zu den Fremden letztlich auch um das eigene Verhältnis zu Gott geht.

Im neutestamentlichen Gleichnis vom Großen Weltgericht sagt Christus: *„Ich bin ein Fremdling gewesen, und ihr habt mich beherbergt [...] Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan“* (Mt 25, 31-46).^[3]

Sich für notleidende und verfolgte Menschen einzusetzen, ist ein Kernauftrag der Kirche. Christinnen tun dies weltweit mit Aktivitäten zur Wahrung der Menschenrechte. Das geschieht in dem Bemühen, auf politische Entscheidungsprozesse zugunsten der universellen Menschenrechte einzuwirken, denn Kirche kann und muss in bestimmten Fällen *„aus dem Evangelium sich ergebende Zumutungen an den Gesetzgeber formulieren.“*^[4] Dazu kommt der Beistand für einzelne Menschen und Menschengruppen, die verfolgt sind oder Verfolgung fürchten müssen und daher an Leib und Leben bedroht sind. In besonderen Fällen kommt es zum ‚Kirchenasyl‘.

Bei einem ‚Kirchenasyl‘ geht es immer ganz konkret um das Finden tragbarer Perspektiven für eine bestimmte in Not geratene Person.

Die Entwicklung des Asyls vom magisch-sakralen Beginn bis zum heutigen nationalen Asylrecht und völkerrechtlichem Flüchtlingsschutz kann hier nicht im Einzelnen betrachtet werden. Festzustellen ist allerdings, dass ‚Kirchenasyl‘ und staatlich geordnetes Asylrecht derselben Wurzel entstammen.

‚Kirchenasyl‘ heute ist kein eigenes Rechtsinstitut. Deshalb kann ein ‚Kirchenasyl‘ nur innerhalb des staatlichen Rechtsrahmens zum Erfolg führen. Dies hat auch die Evangelische Kirche in Deutschland im September 1994 klargestellt.^[5] In Sachsen wurde 1827 das kirchliche Asylrecht abgeschafft. Trotzdem gab es weiterhin das besondere Eintreten der Kirche für Schutzbedürftige. Von 1933 bis 1945 fanden sowohl Juden als auch politisch Verfolgte Schutz in Pfarrhäusern und kirchlichen Einrichtungen. Auch zwischen 1945 und 1989 suchten und fanden politisch Verfolgte in Pfarrhäusern und kirchlichen Einrichtungen Hilfe und Unterstützung. Die Besonderheit kirchlicher Räume wurde in diesen Jahren durch Verzicht auf polizeiliche Maßnahmen respektiert.

‚Kirchenasyl‘ ist ein Paradoxon: Offiziell ist es nicht vorgesehen, gleichwohl wird es von Kirchgemeinden gewährt. Was also ist ‚Kirchenasyl‘? Der Begriff ‚Kirchenasyl‘ bezeichnet den letzten legitimen Versuch einer Kirchgemeinde, durch zeitlich befristeten Schutz eine unmittelbar drohende Abschiebung der betreffenden Geflüchteten abzuwenden. So soll ausreichend Zeit für Klärungen gewonnen und eine erneute, sorgfältige Überprüfung des Schutzbegehrens ermöglicht werden. Es gilt, gemeinsam mit den Behörden, eine Möglichkeit zu finden, die zwangsweise Abschiebung zu verhindern oder für eine geordnete Weiterwanderung zu sorgen oder andere einzelfallgerechte Lösungen zu finden.

Für alle direkt Beteiligten (Betroffene, Kirchgemeinden, Behörden etc.) ist ein ‚Kirchenasyl‘ immer eine außerordentliche Konfliktsituation. Den beteiligten Kirchgemeinden wäre es deshalb „am liebsten, kein ‚Kirchenasyl‘ gewähren zu müssen“ – so die Erklärung der bundesweiten Kirchenasylkonferenz im Juli 2017.^[6]

Die Kirchgemeinden gehen bei der Gewährung von ‚Kirchenasyl‘ nicht leichtfertig vor. Zum jeweils notwendigen und angemessenen Procedere gehört auch, ein sich abzeichnendes ‚Kirchenasyl‘ dem Landeskirchenamt bekannt zu machen. Erst dann kann die Kirchgemeinde konkret beraten und unterstützen. Unter Umständen wird sogar eine Lösung ohne ‚Kirchenasyl‘ gefunden.

Für die kircheninterne Entscheidungsfindung zum ‚Kirchenasyl‘ und die mögliche Argumentation gegenüber den Behörden sind gute Vorklärungen und Gespräche mit den Schutzsuchenden nötig. Oft wird von nicht beachteten familiären Bindungen, unterschiedlichen Chancen und Bewertungen in Asylverfahren europäischer Länder, ungerechtfertigten Inhaftierungen, menschenrechtswidriger Behandlung, menschenunwürdiger Unterbringung und Versorgung oder Obdachlosigkeit berichtet.

Bei einem ‚Kirchenasyl‘ geht es immer ganz konkret um das Finden tragbarer Perspektiven für *diese* verzweifelte Frau, *diesen* traumatisierten Mann, *diese* getrennte Familie. Dabei ist der Verbleib in Deutschland eine Option. Genauso sind Weiterwanderung in ein anderes (aufnahmeberechtigtes) Land, in Dublin-Fällen eine Begleitung in den zuständigen Mitgliedsstaat oder andere Lösungen denkbar, wenn sie der individuellen Situation der Betroffenen entsprechen.

Kritiker und Gegner des ‚Kirchenasyls‘ führen an, dass es als Interventionsvariante gar nicht nötig sei, da die bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen jeder Einzelfallgerechtigkeit genügen würden. Nimmt man sich jedoch der Spezifik von Einzelfällen an, muss dieser Einschätzung widersprochen werden.

Im demokratischen Rechtsstaat ist es daher auch den Kirchen geboten, ‚Schwachstellen‘ in größeren Zusammenhängen sichtbar zu machen und Änderungen bei den dafür Zuständigen anzumahnen. Die Kirchen leisten damit einen Beitrag zum Erhalt des Rechtsfriedens und der Grundwerte unserer Gesellschaft.

[1] Deshalb wird hier der Begriff durchgängig in Anführungszeichen gesetzt.

[2] Bei tieferem Interesse vgl. Asylpraxis (1998); Bell, et al. (1998); Grefen (2001); Babo (2003)

[3] Eine ausführliche Darstellung zum besonderen Schutzauftrag gegenüber Fremden im Alten und Neuen Testament findet sich im ‚Gemeinsamen Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht‘, EKD/DBK/ACK (1997), dort Ziff. 98-132

[4] Jünger (1994) S. 6

[5] Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), „Beistand ist nötig, nicht Widerstand“ – These 3 zum Kirchenasyl, Hannover 9./10. September 1994

[6] EKD: Kirchenasylkonferenz fordert besonnene Flüchtlingspolitik. 03.07.2017

„DAS WIRD MAN DOCH WOHL NOCH SAGEN DÜRFEN!“

Neue Medien, politische Polarisierung und der Strukturwandel der Demokratie

■ Maik Herold

Ist unsere öffentliche Diskussionskultur in der Krise? Schadet der mediale Wandel der Demokratie? Seit mehreren Jahren ist eine Vielzahl unterschiedlicher Entwicklungen zu beobachten, die viele positive, für die politische Kultur in Deutschland aber auch einige problematische Veränderungen hervorrufen.

Transformation der politischen Öffentlichkeit

Die neuen digitalen Medien haben einen tiefgreifenden Strukturwandel der politischen Öffentlichkeit bewirkt. Während die klassischen Orte politischer Meinungs- und Willensbildung, wie Parteien, Stammtische und Vereine immer mehr an Bedeutung verlieren, wurden im Modus deutlich schnellerer Internetkommunikation die Zugangsschwellen für anlassbezogenen politischen Meinungs austausch gesenkt. Die Bereitschaft zu einem verstetigten Engagement nimmt weiterhin ab, wohingegen Ad-hoc-Initiativen und anonyme Forenkommentare im Internet zu typischen politischen Aktivitätsformen avancieren. Diese neuen Beteiligungsmöglichkeiten kommen meist jedoch nur unzureichend den demokratischen Bedürfnissen von Offenheit, Transparenz und Sachlichkeit entgegen. Der oft anonyme politische Austausch im Internet ist nicht in der Lage, einen derart verdichteten Kommunikationszusammenhang herzustellen, wie er für unmittelbare Bürgerbeteiligung und bürgernahe Entscheidungsverfahren notwendig wäre.^[1]

Verrohung der demokratischen Kultur im Netz

Stattdessen wird durch die neue Medienwelt eher die Entstehung hermetisch geschlossener Meinungsgruppen und Netzwerke befördert. In ihren sogenannten ‚Echoräumen‘ kommunizieren Gleichgesinnte unter Gleichgesinnten und treffen auf keinen Widerspruch mehr. Zwar schafft die einseitige Rezeption bestimmter Meinungsangebote keine

Präferenz für bestimmte ideologische Ausrichtungen, sie übt jedoch einen Verstärkereffekt auf bereits bestehende Meinungen, Sympathien und Vorurteile aus. Filteralgorithmen, die sich an den Präferenzen der Nutzer ausrichten und passende Informationsangebote vorschlagen, befördern diese Entwicklung zusätzlich. Die Folge sind politische Polarisierungseffekte, die Verfestigung von Ressentiments, eine Renaissance von Verschwörungstheorien und ein Aufschaukeln von Wut, Zorn und Aggressionen im Netz.

Auch können im World Wide Web oft die Mindeststandards eines vernünftigen Austauschs von Argumenten nicht gewährleistet werden. Im Schutz digitaler Anonymität gedeihen stattdessen Diffamierungen, Pöbeleien und politische Hetze. Konkurrierende Weltanschauungen ringen hier mit neuartigen kommunikativen Waffen wie ‚Shit-Storms‘, ‚Troll Bots‘, ‚Shaming‘-Kampagnen um Geltung. Redaktionell verantwortete und an professionellen journalistischen Kriterien ausgerichtete Informationsangebote verschwimmen hier mit politischer Propaganda, Verschwörungstheorien und ‚fake news‘.^[2]

Bedrohungen der liberalen Demokratie

In dieser neuen digitalen Medienwelt hat sich auch der politische Raum immer stärker den neuen Bedürfnissen medialer Darstellung angepasst. Demokratische Institutionen versuchen über die sozialen Medien möglichst ‚in Echtzeit‘ aktuelle Entwicklungen zu kommentieren. Die Kommunikation politischer Entscheidungen wird an günstigen medialen Aufmerksamkeitsmomenten ausgerichtet. Komplexe Probleme und Argumente werden allzu leicht durch die Dramaturgie des Visuellen unterlaufen. Was sich nicht angemessen inszenieren lässt, entgeht dem Wahrnehmungshorizont der Bürgerin.

Stattdessen werden kleinere Gruppen und Netzwerke virtueller politischer Aktivistinnen – ohne irgendeine Form demokratischer Legitimierung – unmittelbar in die Lage versetzt, politischen Einfluss auszuüben. Wenn sich die ‚Netzgemeinde‘ über etwas erregt, liefert sie damit regelmäßig den Stoff für Agenturmeldungen und Nachrichtenseiten und ist damit sogar in der Lage, anlassbezogen politische Artikulation und Protest zu organisieren, eruptive Aufwallungen politischer Stimmungslagen zu erzeugen und so die politische Agenda zu bestimmen. Das kann dazu führen, Personalentscheidungen zu kippen und politische Entscheidungen zu beeinflussen.



Björn Höcke (AfD) sucht in Dresden den Schulterchluss mit der fremdenfeindlichen Pegida-Bewegung.

Dabei scheint auch der liberale Rechtsstaat zunehmend an seine Grenzen zu geraten. Ausländerfeindliche Hetze, verfassungsfeindliche Inhalte und ungeprüfte Anschuldigungen können oft ungestraft proliferieren. Regelmäßig jagen sogenannte ‚Shitstorms‘ durchs Netz, in denen eine emotional aufgebrachte Meute ihre Empörung artikuliert und – jenseits demokratisch legitimer Mehrheitsentscheidungs- und Kompromissfindungsprozesse – erheblichen politischen Einfluss ausüben kann. Ohne Beweisaufnahme, Verfahren oder Unschuldsvermutung praktizieren Facebook- oder Twitter-Communities digitale ‚Lynchjustiz‘ – mit nicht nur virtuellen, sondern ganz realen Folgen für die Betroffenen.^[3]

Kampf um Deutungsmacht

Dieses neue Umfeld erschwert die differenzierte Erörterung von Zusammenhängen und Argumenten. Sie kommt jenen entgegen, die auf komplexe Fragen einfache Antworten geben. Die im Internet kultivierte, diffamierende und verrohte Sprache hat in den vergangenen Jahren auch immer stärker Eingang in den öffentlichen Diskurs gefunden. Im Kampf um Deutungsmacht werden dabei neuartige Strategien sichtbar. Auf der einen Seite versuchen politische Aktivistinnen neue kommunikative ‚Grenzen und Verbotsräume‘ zu errichten, indem sie Begriffe, Argumente und Wendungen zu moralischen Tabus erklären. Nicht selten wird dabei versucht, selbstgeschaffene Sprachregeln als notwendige Konventionen der ‚Korrektheit‘ auszugeben und die dahinter stehenden eigenen Wahrheitsansprüche mit zweifelhaften Mitteln – etwa durch öffentliche Denunziation vermeintlicher ‚Übeltäter‘ – gegenüber anderen durchzusetzen. Andererseits versuchen politische Akteurinnen durch gezielte Provokationen und Tabubrüche die ‚Grenzen des

Sagbaren' schrittweise zu verschieben. Dabei zielen sie oft auf den vorpolitischen Raum, bedienen sie sich ganz bestimmter Subtexte und setzen auf die Umprägung von Alltagsbegriffen. Diese sollen auf den ersten Blick wenig anstößig wirken, bei ihren Anhängern aber ganz bestimmte Assoziationen wecken. Ziel ist es dabei, gel- tende Menschenbilder zu verändern und unbemerkt die moralischen Leitbilder unserer Gesellschaft zu verrücken.^[4]

Dynamiken populistischer Empörung

Dieser Wandel der strukturellen Bedingungen öffentlicher Diskussionen scheint insbesondere populistische Formen von Politik, eine Bereitschaft zur Artikulation von Wut und Empörung unter den Bürgerinnen sowie insgesamt die für alle For- men des Populismus typische Anti-Establishment-Haltung nachhaltig zu beför- dern. Nicht nur der Wahlsieg Donald Trumps in den USA, der Aufstieg neurechter Parteien in Europa oder das Votum zum Brexit scheinen ohne die mobilisierenden, vernetzenden, aber oft auch verzerrenden Wirkungen einer schnellen Internet- kommunikation über Facebook, Twitter und Co. kaum denkbar.

Auch in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, wie populistische Tendenzen dabei durch eine medial befeuerte Dynamik wechselseitiger Em- pörung immer weiter befördert werden. Verbale Tabubrüche und Provokationen rufen regelmäßig ein starkes Medienecho hervor, das oft von ebenso starker Em- pörung und Polemik geprägt ist. Diese Reaktion wird von den Provokateuren dann als Missverständnis, als böswillige Fehldeutung ihrer eigentlich ‚guten‘ und ‚ver- nünftigen‘ Anliegen, als pauschale Diffamierung und als herablassend-belehrende Bevormundung ‚der einfachen Bürgerin‘ zurückgewiesen. Bestehende politische Unzufriedenheit sowie das typisch populistische Wahrnehmungsmuster einer poli- tisch-moralischen Kluft zwischen ‚abgehobenen Eliten‘ und ‚einfachen Bürgern‘ wird auf diese Weise gezielt angesprochen und weiter befördert.^[5]

[1] vgl. Vorländer/Herold/Schäller (2018) S. 183 ff.; Vorländer (2016) S. 66 f.; Vorländer (2013) S. 270

[2] gl. Herold (2018) S. 36; Schweiger (2017)

[3] vgl. Dörner (2010); Vorländer (2016) S. 66 f.; Vorländer / Herold / Schäller (2016) S. 130 ff.

[4] Vgl. etwa die versuchte Vereinnahmung von Ideen wie Identität, Heimat oder Kultur durch neurechte Homogenitäts- und Exklusivitätsvorstellungen, die Popularisierung von Wendungen wie ‚Bevölkerungsaustausch‘, ‚Europa der Vater- länder‘ und ‚Ethnopluralismus‘, oder die gezielte Umkodierung von Begriffen, wie etwa die Bezeichnung von ‚Asylbewerbern‘ als ‚Asylförderer‘.

[5] Zur Dynamik der Empörung vgl. Vorländer/Herold/Schäller (2017). Zum Begriff des Populismus vgl. Müller (2017), Priester (2007), Taggart (2000).

SOCIAL MEDIA

Shitstorms, alltägliche Verachtung und #hopeSpeech

■ Kristina Herbst und Timo Versemann

Facebook, Twitter, Instagram und Co. – Soziale Plattformen bieten Raum für zivilgesellschaftliche Debatten, mehr Sichtbarkeit von marginalisierten Gruppen und können ein Ort der Nächstenliebe und Solidarität sein. Gleichzeitig spiegeln digitale Räume deutlicher denn je Polarisierungen im politischen Diskurs wider und wir erleben Diskriminierungen von Minderheiten, Shitstorms gegen Aktivistinnen und Politiker oder Internettrolle, die beleidigen und einschüchtern. Antidemokratische Kräfte nehmen im digitalen Diskurs viel Raum ein und wir können beobachten, wie bestimmte politische Kräfte soziale Medien gezielt nutzen, um die Stimmung aufzuheizen und die Kommunikation zu vergiften.

Digitale Strategien von Rechts: Vernetzung und Beeinflussung des Diskurses

Digitale Räume sind in den letzten Jahren ein zentraler Handlungsort für rechtspopulistische und extrem rechte Akteurinnen und Gruppierungen geworden: Nachrichten-Blogs, Videokanäle und Facebook-Seiten sind Teil einer eigenen rechten Digitalöffentlichkeit. Ein wichtiges Beispiel für das Erstarken rechter Strukturen im Netz in den letzten Jahren ist Pegida. So war die Mobilisierung über Facebook ein entscheidender Faktor für den Aufstieg der islamfeindlichen Bewegung. Zeitgleich zu den ersten Aufmärschen auf der Straße wurde Pegida über Facebook durch ein breites Spektrum an rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppen und Akteuren unterstützt. Innerhalb kürzester Zeit hatte es Pegida dank der ausgeprägten Netzwerkstrukturen im Netz zu großer Bekanntheit geschafft und eine beachtliche Anzahl an Likes^[1] erlangt. Pegidas Erfolg auf der Straße im Jahr 2015 ist maßgeblich auch auf die vorherige Organisation und Bewerbung des Netzwerkes auf Facebook zurückzuführen und war eine strategische Ergänzung zu der analogen Sichtbarkeit. Andere Netzgruppen, wie Reconquista Germanica agieren weniger öffentlich und fast ausschließlich digital. Auch wenn diese Gruppierung, bezogen auf die Anzahl der Mitglieder nicht überschätzt werden darf, geben ihre Methoden einen

wichtigen Einblick in die online-Strategie rechter Akteure, die an Kriegsführung erinnert. Der Reconquista-Server wurde im September 2017 auf Discord, einer Kommunikationsplattform aus der Gamerszene, gegründet. In einem geschlossenen Forum werden gezielte Manipulationen des politischen Online-Diskurses durch abgesprochene Attacken koordiniert. In ihrem öffentlich gewordenen ‚Handbuch für Medienguerillas‘ werden Tipps gegeben, wie ein effizientes ‚Trolling‘ funktioniert: Als Gegnerinnen eignen sich z.B. junge Frauen und Angriffe sind mit mehreren Fake-Accounts effektiver. Es wird deutlich, welche Strategie verfolgt wird: Mit wenigen Personen und einer ‚Rudeltaktik‘ möglichst viel Schaden anrichten und dabei stets darauf achten, strafrechtlich nicht belangt werden zu können.



Das extrem rechte Netzwerk der Identitären Bewegung, das ebenfalls Verbindungen zu Reconquista Germanica aufweist, hat von Anfang an den Fokus auf das Internet für die Verbreitung seiner Ideologie genutzt. Mit einer intensiven und europaweiten Öffentlichkeitsarbeit wird ein ‚Infokrieg‘ in der digitalen Öffentlichkeit geführt, indem zutiefst rassistische Botschaften verbreitet werden. Aktionen wie Flashmobs oder Besetzungen werden in Videos inszeniert und vor allem für ein junges Publikum popkulturell aufbereitet. Sowohl der Reconquista-Server bei Discord als auch die Profile der Identitären Bewegung Deutschland auf Facebook und Instagram sind mittlerweile von den Betreibern gesperrt worden. Das heißt allerdings nicht, dass diese Aktivitäten eingestellt wurden. Sie agieren vielmehr zunehmend in geschlossenen Strukturen, z.B. in Messenger-Diensten.

Gefährliche Ziele: Entgrenzung der Sprache und Mehrheitsillusionen

Das Löschen von Profilen lässt menschenverachtende Ideologien nicht verschwinden, dennoch werden den Akteurinnen damit wichtige Vernetzungsmöglichkeiten und ein größeres Publikum entzogen. Die Auswirkungen von digitaler Gewalt, wie Hass, Beleidigungen und Einschüchterungen, auf die Betroffenen sind enorm. Und der Einfluss auf das Publikum darf nicht unterschätzt werden. Es ist kaum bestreitbar, dass die massive online-Mobilisierung gegen Geflüchtete zu einer Entgrenzung des Sagbaren geführt hat und schließlich immer dazu führen kann, dass aus Worten

Taten werden. Soziale Plattformen sind ein strategischer Handlungsraum für rechte Akteure und Gruppierungen geworden, weil sie im Netz viel effektiver ihre Ziele umsetzen können. Es gilt, diese Mechanismen zu verstehen und gleichzeitig nicht das gesamte Internet als vermeintliche ‚Radikalisierungsmaschine‘ abzutun. Auch stellt sich immer wieder die Frage, wie in der Thematisierung die Balance gefunden werden kann, um solche Realitäten und Gruppierungen weder zu verharmlosen noch wichtiger zu machen, als sie sind. Denn es ist ein entscheidendes Merkmal des digitalen Raumes, dass es hauptsächlich um die Illusion von Mehrheiten geht.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Hate Speech

Vor dem Hintergrund organisierter Gruppen wie Reconquista Germanica ist man geneigt, sich komplett von Social-Media-Plattformen abzuwenden. Der Großteil der Kommunikation auf Facebook und Co. stammt allerdings von Menschen, die nicht mit diesen Gruppen verbunden sind. Aber gerade auch in dieser alltäglichen Kommunikation finden sich menschenverachtende Kommentare, die Hate Speech genannt werden müssen.

Vor rund 20 Jahren entwickelte sich in der Sozialwissenschaft die Forschung um das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Damit ging ein Perspektivwechsel einher, das Problem rechter Einstellungen nicht nur bei den Extremen zu verorten, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Das Problem beginnt nicht erst, wenn eine Geflüchteten-Unterkunft in Brand gesteckt wird. Das Problem sind die menschenfeindlichen und rassistischen Einstellungen in der gesamten Gesellschaft, die solche Taten begünstigen. Für die Betrachtung von online-Diskursen heißt dieser Perspektivwechsel, sich nicht nur auf die großen Shitstorms zu konzentrieren, sondern auch auf die unterschwellig zum Ausdruck kommenden menschenverachtenden Einstellungen in Kommentaren.



Kultur der Angst und der Facebook-Algorithmus

Um zu verstehen, wo die Grenze zwischen Kritik und menschenverachtenden Kommentaren verläuft, analysieren wir mit dem Projekt NetzTeufel Kommentare auf christlichen Facebook-Seiten (www.netzteufel.eaberlin.de/toxische-narrative/). Als inhaltlich verbindendes Element demokratiefeindlicher und menschenfeindlicher Äußerungen hat sich das Heraufbeschwören von Angstbildern herausgestellt. Diese reichen von nachvollziehbaren Verlustängsten bis hin zum Bild eines endzeitartigen Bürgerkriegs, in dem wir uns schon längst befänden. Diese Kultur der Angst führt nicht nur zu einem Gefühl der Ohnmacht, sie wird auch noch systematisch von Facebook belohnt.

Der Algorithmus, also die automatische Sortierlogik, zeigt uns interessante Beiträge und Kommentare an. Für den Algorithmus sind das solche Inhalte, die viele Interaktionen hervorrufen. Dazu zählen das Schreiben von Kommentaren, das Klicken auf Links, das Teilen von Beiträgen und auch das Verteilen eines ‚Gefällt mir‘-Daumens. Inhalte, die starke Interaktionen hervorrufen, weil sie skandalisieren oder mit Emotionen spielen, werden von dem Algorithmus als interessanter bewertet. Diese Inhalte werden deshalb von mehr Menschen gesehen als nüchtern argumentierende Beiträge.

Von lustig gemeint zu menschenverachtend

Aber auch das kurze und schnellebige Format von Social-Media-Diensten begünstigt sprachliche Radikalisierungen in Kommentarspalten. So können aus inhaltlicher Kritik, gruppenbezogen menschenfeindliche Einstellungen erwachsen, die in offen rechtsextreme Äußerungen und Taten kippen können. Ein Blick in die Kommentarspalten zur Einführung der gleichgeschlechtlichen Zivilehe 2017 verdeutlicht dies. Dort finden sich inhaltlich kritische Stimmen und rege Debatten um die vieldiskutierte Gesetzesnovelle, aber auch entwürdigende und diskriminierende Kommentare.

Typisch für Social-Media-Kommunikation ist dabei, dass sich in die Debatte kurze Kommentare einfügen, die lustig gemeint sein mögen: ‚Dann kann ich auch meinen Hamster heiraten!‘ Solche überspitzten Kommentare und Bilder setzen Homosexualität mit Sodomie oder oft auch Pädophilie gleich. Dadurch sinkt nicht nur das Niveau der Diskussion, auch entmenschlichende Tendenzen erhalten Einzug




in eine einst sachliche Debatte. Solche Kommentare fördern eine Kultur, in der Homosexuellen die Menschenwürde abgesprochen, ihre Vernichtung gefordert oder HIV zur verdienten Strafe erklärt wird. Mehr zur Dynamik von hateSpeech in Internet. ^[2]

From #hateSpeech to #hopeSpeech

Es gibt viele Wege, gegen diese Verselbstständigung von Hate Speech anzugehen. Sachlich zu diskutieren und sich in verrohende Debatten einzumischen, liegt dabei am nächsten. Es zeigt sich, dass ein frühzeitiges moderierendes Eingreifen das Verrohen der Sprache mindern kann. Ein Beispiel dafür, wie so etwas in großem Maßstab aussehen kann, zeigt die Facebook-Gruppe #ichbinhier, die mittlerweile über 45.000 Mitglieder groß ist.

Ausschließlich mit guten Argumenten wird sich das Internet aber nicht verändern. Wir brauchen immer wieder neue Wege und Formate, damit die christliche Hoffnung auch im Netz erfahrbar ist. Die Suche nach solchen Vermittlungsformen nennen wir #hopeSpeech. Ein kleiner Ansatz zur Verbesserung der Kommunikation und zur Veränderung des Facebook-Algorithmus kann eine Kultur der maßlosen Hoffnung und Liebe sein. Wenn mehr Menschen großzügiger im Verteilen von ‚Gefällt mir‘-Daumen und Herzen für sachliche und hoffnungsvolle Kommentare sind, dann findet auch der Algorithmus am Ende nicht nur reißerische und hetzende Inhalte interessant.

[1] Die erste und mittlerweile gelöschte facebook-Seite von PEGIDA hatte bis zur Löschung im Juli 2016 mehr als 200.000 Fans. Die gelöschte Seite wurde danach durch eine weitere PEGIDA-Seite ersetzt, die auch bereits 2014 angelegt worden war und bis heute existiert (weitere Informationen dazu: Rafael, Simone: Kam Pegida aus dem Internet).

[2] Mehr zur Dynamik von hateSpeech im Internet. 

„Das Problem beginnt nicht erst, wenn eine Geflüchteten-Unterkunft in Brand gesteckt wird. Das Problem sind die menschenfeindlichen und rassistischen Einstellungen in der gesamten Gesellschaft, die solche Taten begünstigen.“





ERFAHRUNGEN

LÄNDERABENDE

Ein Praxisbeispiel aus Chemnitz

■ Britta Mahlendorff

Die Arbeit mit Geflüchteten läuft in Chemnitz seit 2015 sehr gut. Viele Ehrenamtliche sind im gesellschaftlichen, wie auch kirchlichen Bereich im Einsatz. Seit Mitte 2016 bin ich als Koordinatorin in der kirchlichen Flüchtlingsarbeit tätig. Zuvor war ich 12 Jahre lang im Weltladen Chemnitz sowie in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit hauptamtlich aktiv. Dort berichteten Produzentinnen aus ihrer Sicht von dem Leben in ihren Herkunftsländern sowie von der Herstellung verschiedener Produkte.

Dieses Format wollte ich für geflüchtete Menschen aufgreifen. Sie sollten von dem Leben in ihrem Land, von der politischen Lage und den Fluchtursachen erzählen. Dabei habe ich festgestellt, dass zwar viele Deutsche ihre Unterstützung anbieten, die Motivation dafür aber eher auf Mitleid beruht. Viele haben bestimmte Vorstellungen über die Länder und auch die politische Lage im Kopf, ohne jemals dort gewesen zu sein.

Außerdem gibt es Vorbehalte gegenüber Geflüchteten, ihrer Kultur, ihrem Lebensstil usw.. Ich nehme zum Teil fremdenfeindliche Äußerungen wahr, auch im kirchlichen Bereich. Dem kann meines Erachtens durch Gespräche und das Kennenlernen der Gebräuche in den Ländern entgegen gewirkt werden. Dies sollte aber nicht durch die Sichtweise der Deutschen, sondern durch die Geflüchteten selbst dargestellt werden.

So entstand die Idee der Länderabende. Durch meine Arbeit lernte ich Menschen aus verschiedenen Ländern kennen, welche es sich zutrauten einen Abend zu gestalten. Die Pfarrer zeigten sich sehr offen für dieses Projekt, so dass die Länderabende in den Kirchgemeinden des Kirchenbezirkes stattfinden konnten. Insgesamt gab es neun Veranstaltungen im Zeitraum von Januar 2017 bis Februar 2018 an wechselnden Orten. Die Referierenden wurden von Ehrenamtlichen im Vorfeld auf den Abend vorbereitet und begleitet. Sie konnten diese Veranstaltungen individuell mit Beiträgen, Fotos, Musik, Tanz und Essen gestalten. Als einzige Voraussetzung legte ich fest, dass diese Abende in deutscher Sprache gehalten wurden. Dies ist in meinen Augen ein wichtiges Signal, dass sich die Geflüchteten integrieren wollen.

Folgende Länder standen im Mittelpunkt: Syrien, Eritrea, Afghanistan, Iran, Venezuela, Libanon, Irak. Es gab zwei Themenabende zu Jesiden und Kurdinnen.

In Chemnitz gibt es ein gut funktionierendes Netzwerk in der Flüchtlingsarbeit und eine gute Zusammenarbeit der Kirchen mit der Freien Presse. So kamen zu den Abenden zwischen 30 und 80 Interessierte. Dies war zum Teil eine organisatorische Herausforderung, wenn beispielsweise die Stühle im Gemeindesaal nicht ausreichten. Viele kamen aus den Kirchengemeinden, aber auch aus der Zivilgesellschaft der Stadt Chemnitz und Umgebung.

Zahlreiche Teilnehmende erhielten neue Sichtweisen auf die Länder sowie neues Wissen zu Gründen, warum Menschen ihre Heimat verlassen. Die Anwesenden stellten zahlreiche interessierte Fragen. So fanden vor allem nach den Abenden angeregte und intensive Gespräche statt und Kontakte wurden geknüpft. In meinen Augen haben diese Abende zu einem besseren Verständnis für die Geflüchteten und ihre Lebenswelt beigetragen sowie zu einem besseren Miteinander, auch innerhalb der Kirchengemeinden.

Länderabend

Geflüchtete Menschen
erzählen über ihr Heimatland



Donnerstag, 16. November 2017, 19:30 Uhr
St.-Andreas-Kirchgemeinde Chemnitz-Gablenz,
Bernhardstraße 127

Libanon

Bericht: [REDACTED]

Eintritt frei; Kooperation der St.-Andreas-Kirchgemeinde mit der Koordinationsstelle für die Arbeit mit Flüchtlingen im Kirchenbezirk und dem Evangelischen Forum

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE IN LEIPZIG

Geflüchtete und kirchliche Unterstützende finden Ihren Weg

■ Andreas Dohrn

Im Peters-Pfarrhaus im Leipziger Süden begegnet mir Nada Mohammad im Treppenhaus mit auffällig viel Schwung. Vor über drei Jahren ist sie mit Ihrer muslimisch geprägten Familie vor der IS-Terrormiliz geflüchtet. Jetzt ist der 10. Klasse-Abschluss im benachbarten Evangelischen Schulzentrum geschafft. „*Ab dem neuen Schuljahr mache ich das Abitur.*“, sagt sie.

Vom Ankommen und Abschieben

Der Herbst 2018 bringt für viele Geflüchtete und viele kirchliche Unterstützende eine zwiespältige Situation. Die Lebensbiographien der Geflüchteten mit dauerhaftem bzw. langjährigem Aufenthaltsstatus verstetigen und stabilisieren sich. Die Kinder fühlen sich in den Kitagruppen und Schulklassen wohl. Bei den Erwachsenen führen Wege aus den Sprachkursen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Die Leichtigkeit des Lebens kommt spürbar wieder. Die Lebensbiographien von Geflüchteten mit abgelehnten bzw. offenen Asylbescheiden bleiben fragil und brüchig. Manchmal wechseln sich Perspektivlosigkeit und Wohnungslosigkeit ab. Für eine große Zahl abgelehnter Geflüchteter bleiben administrative Entscheidungen inklusive der damit verbundenen Argumente undurchschaubar. Die Zahl der Kirchgemeinden, die bereit sind, in Notfällen mit Kirchenasyl auszuhelfen, wächst. Die Schleifspuren von drei Jahren Engagement in der Flüchtlingshilfe führen zum Supervisionsbedarf bei Ehrenamtlichen.

Von Leuchttürmen und Rechtsbrecherinnen

Das ‚Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration‘ bescheinigt in seinen wissenschaftlichen Studien im Projekt ‚Entwicklung und Nachhaltigkeit von Willkommensinitiativen‘ den kirchlichen, städtischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in Leipzig hohe Professionalität. Mit der aus ‚fluechtlingswohnungen.org‘ hervorgegangenen ‚Kontaktstelle Wohnen‘ sind 800 Geflüchtete aus Leipziger Gemeinschaftsunterkünften in selbstbestimmte, dezentrale Wohnräume gezogen. Im ‚Südcafé‘ sind Geflüchtete als



Foto von Andreas Dohrn; Fotograf: Martin Neuhof

Fotoaktion Herzkampf, Leipzig

Mitglieder im neuen Beirat wichtige inhaltliche Impulsgeberinnen. Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen weist in einer Studie ‚Rassistische Diskriminierung auf dem sächsischen Wohnungsmarkt‘ in 60% aller Vorabsprachen zu Wohnungsbesichtigungen rassistische Diskriminierung nach.^[1] Es wird Zeit, dass das Nichteinhalten grundlegender rechtlicher Vorgaben zu Bestrafungen, Stress und Sinneswandel führt. Die Gerichtsverfahren und Recherchen zum ‚NSU‘, ‚Gruppe Freital‘, ‚Oldschool Society‘ (Borna), ‚Revolution Chemnitz‘ und ‚Überfall in Connewitz‘ (16.01.2016) lassen erkennen, dass (verurteilte) rechtsextreme Leipziger Akteure zunehmend gewaltbereit, zunehmend vernetzt und zunehmend professionalisiert sind.

Von Fördermitteln und Wahlen im Jahr 2019

Der ‚Wegweiser für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe in Leipzig‘ verweist auf zahlreiche kirchliche und zivilgesellschaftliche Akteurinnen, denen kurzfristige Fördermittelzeiträume das Leben unnötig schwer machen. Für die inzwischen thematisch höchst angesehenen Fachstellen sind dreijährige Fördermittelzusagen ein Muss. Erst die Zusammenarbeit von staatlichen, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bringt quantitativ und qualitativ überdurchschnittlich gute Angebote und Wirkungen hervor. 2019 als Wahljahr, in dem wesentliche Weichen für die Arbeit mit Geflüchteten gestellt werden: In Leipzig der Stadtrat; in Sachsen der Landtag. Die kirchlichen Akteurinnen gehen mit dieser Ausgangslage unterschiedlich um. Die Einen gründen eigene Aufruf-Plattformen, auf denen zur Bildung breiter gesamtgesellschaftlicher Bündnisse aufgerufen wird. Die Anderen gründen ethisch ausgerichtete Bündnisse mit, in denen die Bürgerbeteiligung im Mittelpunkt steht. Die Dritten treten selbst zur Wahl an bzw. erstellen mit thematischen Kooperationspartnern konkrete Wahlprüfsteine.

[1] vgl. Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. S. 25

ABENDESSEN DER BEGEGNUNG – SPEED DATING MIT POLITIKERN

*Eine Veranstaltung des Runden Tisches für Demokratie, Toleranz
und Zivilcourage im Vogtlandkreis* ■ *Ulrike Liebscher, Hans-Jörg Rummel*

Ziel dieses „Runden Tisches für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage“ ist die Vernetzung der Arbeit und der Aktionen, die sich gegen Aufmärsche, Kundgebungen oder sonstige öffentliche Auftritte neonazistischer Gruppierungen in Plauen und im Vogtland wendet. Angesichts des Erfolges rechtsextremer Parteien und Gruppierungen suchen die Mitglieder des Runden Tisches auch immer wieder nach Möglichkeiten, wie man dem Extremismus angemessen begegnen und diesem argumentativ bekämpfen kann.

Abendessen der Begegnung

Teile der Zivilgesellschaft scheinen das Vertrauen in die politischen Akteure verloren zu haben. Gegenüber der Komplexität der Probleme einer globalisierten Welt wächst die Sehnsucht nach einfachen Antworten. Hinzu kommt, dass rechtspopulistische Gruppen durch ihre Propaganda das Misstrauen befördern und mittels extremer Sprache Skandalisierung und Tabubruch suchen. Diese Gemengelage spiegelte sich in den Jahren 2016 und 2017 in wöchentlichen Kundgebungen einer Gruppierung namens „Wir sind Deutschland“ auf dem Altmarkt Plauen mit teilweise mehr als 1000 Teilnehmenden wieder. Angesichts dieser Entwicklungen hatte ein Mitglied des Kirchenvorstands der Ev.-Luth. St. Johannis Kirchengemeinde in Plauen die Idee, Bürgerinnen und Politiker an einen Tisch zu setzen, um in entspannter Atmosphäre – am besten beim Essen – persönlich miteinander zu sprechen. Der Runde Tisch nahm diese Idee auf und organisierte auf dem Marktplatz in Plauen ein ‚Abendessen der Begegnung‘.

Bürger aus Plauen und dem Vogtland waren eingeladen, bei Gegrilltem und Getränken die lokalen politischen Verantwortlichen zu treffen, Fragen zu stellen und zu diskutieren. Als Gesprächspartnerinnen kamen ein bis zwei Vertreter aller demokratischen Parteien, darunter Stadt- und Kreisräte, aber auch lokale Landtags- und Bundestagsabgeordnete. Jeder Person aus der Politik wurde ein Tisch zugeordnet. Moderiert wurden die Gespräche am



Runder Tisch in Plauen

Tisch von einem Mitglied des Runden Tisches. Die Regeln für die Gesprächsführung wurden vorher angegeben und lagen auch in schriftlicher Form auf jedem Tisch: Persönliche Angriffe, Monologe, Verallgemeinerungen sowie eine abfällige und unhöfliche Sprache sind unerwünscht. Die Mitglieder des Runden Tisches behielten sich als Gastgeber zudem das Recht vor, jede wegzuschicken, die sich nicht an die Regeln hielt. Diese Ankündigungen im Vorfeld hatten sich bewährt.

Das Konzept ‚Speed Dating‘

Damit die Gäste an den Tischen mit möglichst vielen Politikern ins Gespräch kommen konnten, wurde die Begegnung als Speed-Dating organisiert: Nach einer bestimmten Zeit wechselten die Politikerinnen den Tisch, um sich dort einem anderen Publikum und dessen Fragen zu stellen. Für die Bürgerinnen war dies eine unmittelbare Erfahrung verschiedener politischer Standpunkte, Prioritäten und Ziele. Im besten Fall führte es zu einem besseren Verstehen des mühsamen Geschäfts unserer parlamentarischen Demokratie: Auch Parteien in Regierungsverantwortung müssen Mehrheiten suchen. Parteien in der Opposition vertreten die Stimmen von Minderheiten, bieten Alternativen und sind ein notwendiges Korrektiv, auch wenn unmittelbares politisches Handeln nicht immer möglich scheint.

Fazit

Für eine gelungene Kommunikation zwischen Politik und Bürger braucht es mehr Transparenz des politischen Handelns: die Bürgerinnen sollen nachvollziehen, wie politische Entscheidungen zustande kommen. Umgekehrt sollen die Politiker verstehen lernen, was die Bürgerinnen bewegt. Viele Bürger, sowie die lokalen politischen Vertreterinnen aus dem Vogtland nahmen die Möglichkeit zu Gesprächen, die ihnen durch die Veranstaltung des Runden Tisches „Abendessen der Begegnung - Speed Dating mit Politikern“ geboten wurde, gerne an. Und an diesem Abend gelang die Kommunikation zwischen beiden Seiten. Entsprechend positiv war die Rückmeldung aller Beteiligten.

BEGEGNUNGSCAFÉ PIRNA

■ Johannes Bartels

Das Begegnungscafé Pirna ist, wie der Name bereits sagt, ein Ort der Begegnung. Schon auf dem Banner am Eingang werden die Besucherinnen in vielen Sprachen willkommen geheißen. Entsprechend ist das Sprachengewirr im Café: Arabisch, Tigrinya, Farsi, Englisch, Deutsch – alles geht durcheinander. Und irgendwie versteht man sich, mal besser, mal schlechter, mal mit Händen und Füßen, mal mit Stift und Papier, mal mit Musik.

Musik ist auch oft im Spiel, wenn es zu besonderen Momenten kommt: Einmal setzte sich ein Geflüchteter aus Syrien an den Flügel in der Ecke und spielte ein bisschen vor sich hin. Es dauerte gar nicht lange, da sammelte sich eine ganze Traube von Besuchern. Als eine Syrerin ein in ihrer Heimat bekanntes Lied über Aleppo anstimmte, flossen die Tränen: das schöne Aleppo, in dem damals der Krieg tobte, Inbegriff der verlorenen Heimat! Wer den Text nicht kannte, klatschte einfach mit, und am Ende lagen sich Syrerinnen und Deutsche, Muslime und Christinnen in den Armen.

Ein weiterer Höhepunkt war das Festessen aus Anlass des muslimischen Opferfestes. Hintergrund ist die Opferung Isaaks, wofür es im Islam einen eigenen Feiertag gibt. Die Muslime unter den Stammgästen nahmen dies zum Anlass, den Spieß einmal umzudrehen und ein kleines Festessen zu organisieren. So wurden Speisen aus Syrien und Afghanistan, aus Pakistan und dem Iran aufgetischt. Das war nicht nur eine willkommene Abwechslung für den Gaumen, sondern auch eine schöne Gelegenheit für unsere Gäste, etwas zurückzugeben. Meistens gibt es jedoch Kaffee und Kuchen. Einmal im Monat wird eingeladen: Geflüchtete und Pirnaerinnen, Christen und Musliminnen, und natürlich auch solche, die weder das eine noch das andere sind. Alle haben hier Platz. ‚Hier‘, das ist meistens das Kirchgemeindezentrum der evangelisch-lutherischen Kirchgemeinde und manchmal auch das Gemeindehaus der katholischen Pfarrei.

Doch das Café ist nur eine von mehreren Aktivitäten. Hinzu kommen Wanderungen in die Sächsische Schweiz, auch mal eine Dampferfahrt, Konzertbesuche und Stadtführungen, Exkursionen in eine Moschee, Synagoge oder Kirche, Diskussionsveranstaltungen zum interreligiösen Dialog oder zum Rechtspopulismus. Wöchentlich finden auch



Begegnungscafé Pirna, 12.01.2019

Schwimmkurse und Flötenkurse für Geflüchtete statt. Beim ‚Markt der Kulturen‘, einem alternativen Pirnaer Stadtfest, ergeben sich Auftrittsmöglichkeiten für die Flötenkinder – und wenn die Kinder zum ersten Mal in ihrem Leben auf einer Bühne stehen, ist das für sie schon etwas ganz Besonderes.

In den vier Jahren, die das Begegnungscafé jetzt besteht, sind Beziehungen gewachsen. Eine Frau aus Pakistan, die mit ihren vier Kindern nach Deutschland gekommen ist, während ihr Mann aus finanziellen Gründen vorerst zurückblieb, ist dem Team des Begegnungscafé besonders verbunden. Als die Familie 2018 abgeschoben werden sollte, gelang es, die sächsische Härtefallkommission einzuschalten, und so konnte die Abschiebung bis auf weiteres verhindert werden. Es ist schön zu sehen, wie sich diese Familie integriert, wie sie aufblüht und sich entfaltet und auch, wie viele Freunde, Mitschülerinnen und Lehrkräfte diese Menschen, die in Pakistan wegen ihres Ahmadiyya-Bekenntnisses verfolgt wurden, von Herzen unterstützen.

Das Begegnungscafé ist eine ökumenische Initiative. Das Team setzt sich überwiegend aus evangelischen und katholischen Christen zusammen, doch eine Kirchenmitgliedschaft wird nicht vorausgesetzt. Finanziell wird die Arbeit vor allem aus Fördermitteln der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens getragen. Ziel ist es, Geflüchteten zu helfen sich in der deutschen Gesellschaft zu integrieren. Dazu muss man viel reden. Und man braucht Geduld. Doch es ist ein Geben und Nehmen. Es kommt etwas zurück, vor allem Dankbarkeit. Bereichernd ist auch der Zusammenhalt innerhalb des Teams. Einmal im Jahr gönnt sich das Team daher auch eine teambildende Wanderung. Im Laufe der Jahre ist so eine Gemeinschaft gewachsen, die wir nicht mehr missen wollen.

FACHTAG ‚NÄCHSTENLIEBE- POLIZEI-GESSELLSCHAFT‘

■ Peggy Renger-Berka

Die ökumenische Arbeitsgemeinschaft ‚Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ hat mit dem Fachtag ‚Nächstenliebe – Polizei – Gesellschaft‘ ein besonderes Format entwickelt: Er bietet Informationen zu relevanten aktuellen Themen und dient darüber hinaus dem Austausch zwischen Kräften und Gruppen unserer Gesellschaft, die oftmals nicht oder zu wenig im Gespräch miteinander sind. Der neutrale Ort der Begegnung ermöglicht es dabei, sich auf Augenhöhe zu begegnen, die eigene Position zu hinterfragen und Verständnis für die jeweils andere Denkweise zu entwickeln. Außerdem kann der Fachtag Ausgangspunkt für weitere Kooperationen und Vernetzungen sein.

Als Zielgruppe sind im Blick:

- ▶ Mitarbeitende der Polizei bzw. Bereitschaftspolizei Sachsens und der Bundespolizei
- ▶ ehren- und hauptamtliche kirchliche Verantwortungsträger, wie Kirchenvorstände, Jugend- und Sozialarbeiterinnen, Pfarrer etc.
- ▶ Verantwortliche aus zivilgesellschaftlichen Gruppen und Initiativen
- ▶ Mitarbeitende in Kommunen.

Der Fachtag findet jährlich an wechselnden Orten Sachsens statt, ist als lokale Veranstaltung konzipiert und soll deshalb besonders für die konkrete Situation einer Region nachhaltigen Nutzen bringen.

Vorbereitung und Durchführung

Um die Fragen und Problemstellungen der jeweiligen Region aufnehmen und bearbeiten zu können, wird der Fachtag gemeinsam mit lokalen Akteurinnen vorbereitet und durchgeführt. Der Vormittag dient vorrangig dem Ziel, über kurze Vorträge Wissen über Themen zu vermitteln, denen die Teilnehmenden in ihren Kontexten begegnen. Diese



Fachtag 2018 in Bautzen



Fachtag 2019 in Chemnitz

Impulse werden ergänzt durch eine dezidiert lokale Perspektive von Vertretern der Kirche(n), der Polizei und der Zivilgesellschaft (sowie der Verwaltung).

Die Fachforen am Nachmittag dienen dem Austausch und der Vernetzung zwischen den Teilnehmenden. Dabei haben manche den Charakter eines Seminars, andere eher den eines Workshops. Wie die Inhalte der Vorträge werden die Themen von der Vorbereitungsgruppe gemeinsam erarbeitet und zeigen die Bandbreite der wahrgenommenen Problemlagen und Fragestellungen auf.

Fachexpertinnen führen mit einem kurzen Input an die jeweilige Thematik ein. Auch hier wird auf Multiperspektivität geachtet. Die Moderation sorgt in den – teilweise auch hitzigen – Diskussionen für ein besonnenes Klima und ausgewogene Gesprächsanteile aller Teilnehmenden. In Protokollen werden Ergebnisse aus dem Diskussionsverlauf festgehalten. Jede Gruppe beantwortet am Ende ihrer Arbeitsphase drei Leitfragen, die dem Plenum präsentiert werden.

Fazit

Der Fachtag kann helfen, Vorurteile abzubauen, eine Beschäftigung mit dem Problem des Neonazismus im Vorfeld von Zwischenfällen anzuregen (Prävention), gegenseitige Informationen bereitzustellen und eine gewaltfreie Demonstrationenkultur mit Verständnis für die gegenseitigen (Berufs-)Rollen zu befördern sowie Demokratie nachhaltig zu stärken. Zugleich kann er Ausgangspunkt für kleinere Folgeveranstaltungen sein, in denen die Teilnehmenden bestimmte Themen vertiefen.

Wir alle wissen, dass Not viele Gesichter hat. In Deutschland ist Not oft versteckt. Eine Form von Not ist, nicht genug Geld für Bildung zu haben. Gerade Zugewanderten fehlen Materialien, um ihre Kinder mit dem Nötigsten für die Schule auszustatten. Ihnen zu helfen, sich zu solidarisieren, heißt auch, sich gegen populistische Strömungen zu engagieren.

Sehr viele Familien suchen jährlich die Beratungsstellen des Caritasverbandes im Landkreis Sächsische Schweiz – Osterzgebirge auf, davon viele Menschen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Bulgarien u.v.a.m. Bereits zum zweiten Mal haben wir deshalb unsere Aktion ‚GleichStart für ALLE‘ in den Sommerferien durchgeführt, 2018 mit Unterstützung durch den zweifachen Olympiasieger Francesco Friedrich. Diese Aktion wendet sich an alle Familien im Landkreis. Egal, ob Deutsche oder Neuzugewanderte. Gerade, wenn mehrere Kinder in einer Familie in die Schule gehen, reißt dies oft ein großes Loch in die Haushaltskasse. Und dies ist noch mehr der Fall, wenn auf Grund von Flucht und Vertreibung kein Geld angespart werden konnte. Darum sammeln wir gut erhaltene Schulranzen und Geldspenden, um sie den bedürftigen Familien zur Verfügung zu stellen, damit alle zu Schulbeginn gleich starten können.

Was braucht es, um eine solche Aktion auch in Ihrer Gemeinde zu starten?

Langfristige Planung (spätesten Januar)

- 1.) Unterstützerkreis bilden, andere Menschen anfragen:
Wer macht mit? Je mehr sich beteiligen, desto besser.
- 2.) Finanzierungsplan erstellen: Was brauche ich?
Möglichkeit zur örtlichen Projektfinanzierung prüfen
(Stadt / Land / Landkreis / Kirchgemeinde)
- 3.) Raum zur Übergabe anfragen, öffentliche Räume nutzen
(Stadtverwaltung, Bibliothek, Kirchgemeinden)
- 4.) Termin für eine Übergabe festlegen, möglichst ein Wochentag in der Woche vor dem Schulbeginn, später Nachmittag
- 5.) Schirmherrin suchen, Person des öffentlichen Lebens mit regionalem Bezug (Sportler, Schauspieler etc.)





- 6.) Firmen / Clubs / Vereine anfragen und um Spenden bitten (Sach- oder Geldspenden)
- 7.) Ranzenhersteller anschreiben und um Ranzenspenden bitten

Mittelfristige Planung (Mai / Juni)

- 1.) Planen: Wo und in welcher Zeit können Schulranzen abgegeben werden (Anschrift und genaue Uhrzeit)?
- 2.) Ansprechpartnerin für Presseanfragen festlegen, Kontaktmöglichkeiten klären, die auch veröffentlicht werden dürfen
- 3.) Plakate entwerfen und drucken (Menschen werden aufgerufen, ihre gebrauchten Ranzen abzugeben)
- 4.) Plakate verteilen: an Vereine, Geschäfte, Kirchgemeinden, Stadtverwaltung etc.
- 5.) Pressemitteilung entwerfen und an verschiedene regionale Zeitungen senden (kostenlose Anzeigeblätter nicht vergessen) – wichtig: festlegen, bis wann Ranzen abgegeben werden können
- 6.) Verantwortlichen festlegen, der Übersicht über Sach- und Geldspenden listet (Möglichkeit einer Spendenbescheinigung klären)
- 7.) Schulen, Vereine, wie ‚Tafel‘, Kitas etc. anschreiben, die Familien kennen, die einen Schulranzen benötigen
- 8.) Handzettel entwerfen mit Infos, wo sich Familien melden können, um einen Ranzen entgegen zu nehmen – Namen sammeln und anfragen, ob eine persönliche Entgegennahme am genannten Termin möglich ist (beachten: Datenschutz),
- 9.) Übergabe möglichst mit einem schönen Familienfest planen: Musik, Spielmöglichkeiten, Getränke etc. (beachten: Fotogenehmigung, um ggf. Bilder auch auf der Homepage verwenden zu können)

Gern können Sie sich an uns wenden, wenn Sie weitere Fragen haben: Caritasverband für Dresden e.V., Beratungsdienste Pirna beratungsdienste@caritas-dresden.de oder *Telefon: 03501 44 34 70.*





AUTORENVERZEICHNIS

Bartels, Johannes

Dr. theol., Pfarrer, Referat Jugendevangelisation, Landesjugendpfarramt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Becher, Martin

Diplom-Pädagoge, Politologe, Geschäftsführung des Bayerischen Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen

Bedford-Strohm, Heinrich

Prof. Dr. theol., Landesbischof der Ev.-Luth. Kirche in Bayern, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland

Berthold, Johannes

Pfarrer i.R.

Dohrn, Andreas

Pfarrer, Ev.-Luth. Kirchgemeinde St. Petri Leipzig

Engelmann, Albrecht

Ausländerbeauftragter der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, Mitglied der AG ‚Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ in Sachsen

Feustel, Susanne

Dipl. Politikwissenschaft und M.A. Kriminologie, Fachreferentin und politische Bildnerin beim Kultubüro Sachsen e.V., Mitglied der AG ‚Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ in Sachsen

Fischer, André

Dr. theol., Pfarrer der Ev.-Luth. Kirche in Bayern

Franke, Gerlinde

Dipl.-Sozialpädagogin, Supervisorin, Leiterin der Migrationsberatung, Diakonie Riesa-Großenhain gGmbH

Hammer, Franz

Mobiles Beratungsteam – Regionalbüro Nordwest im Kulturbüro Sachsen e.V.

Herbst, Kristina

Projekt NetzTeufel Evangelische Akademie zu Berlin

Herold, Maik

wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaften der TU Dresden

Hübler, Andrea

Fachreferentin bei der Opferberatung des RAA Sachsen e.V.,
Mitglied der ‚AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ in Sachsen

Hummel, Steven

Berater bei chronik.LE, Engagierte Wissenschaft e.V., Leipzig

Kim, Felix

M.A. Politikwissenschaft, Informations- und Kommunikationszentrum,
Mitarbeiter der Migrationsberatung, Diakonie Riesa-Großenhain gGmbH

Kulturbüro Sachsen e.V.,

Mobiles Beratungsteam Südwest

Lamprecht, Harald

Dr. theol., Beauftragter für Weltanschauungs- und Sektenfragen der Ev.-Luth.
Landeskirche Sachsens und Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Sachsen,
Mitglied der AG ‚Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ in Sachsen

Liebscher, Ulrike

Kontakt- und Koordinierungsstelle Runder Tisch,
Ev.-Luth. St.-Johannis-Kirchgemeinde Plauen

Lippmann, Valentin

Politikwissenschaftler, Mitglied des Sächsischen Landtags für BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN, Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied des Untersuchungsaus-
schusses ‚Neonazistische Terrornetzwerke in Sachsen‘ des 6. Sächsischen Landtags

Loose, Gert

Vorsitzender der ACK Sachsen

Mahlendorff, Britta

Koordinatorin für Kirchliche Flüchtlingsarbeit, Ev.-Luth. Kirchenbezirk Chemnitz

Maresch, Silke

Caritasverband für Dresden e.V., Leiterin Beratungsdienste Pirna

Meis, Peter

Dr. theol., Oberlandeskirchenrat i.R.

Naendorf, Elisabeth

Ökumenereferat im Ökumenischen Informationszentrum Dresden

Pickel, Gert

Dr. phil., Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig, Mitglied im Vorstand des Kompetenzzentrums für Rechts-extremismus- und Demokratieforschung i.G. (KReDO)

Plisch, Uwe Karsten

Dr. theol., Referent für Theologie, Hochschul- und Genderpolitik beim Verband der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland (ESG) in Hannover

Renger-Berka, Peggy

Dr. phil., Referentin für politische, religiöse und ethische Bildung bei der EEB Sachsen, Geschäftsführung der AG ‚Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ in Sachsen

Rentzing, Carsten

Dr. theol., Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens

Rummel, Hans-Jörg

Pfarrer, Ev.-Luth. St.-Johannis-Kirchgemeinde Plauen

Schmidt, Anna

Amadeu Antonio Stiftung

Strube, Sonja Angelika

Dr. theol., Privatdozentin im Fachbereich Pastoraltheologie/Religionspädagogik am Institut für katholische Theologie (Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften) der Universität Osnabrück

Schubert, Frank

Koordinator beim Netzwerk Tolerantes Sachsen,
Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.

Timmerevers, Heinrich

Bischof des Bistums Dresden-Meißen

Versemann, Timo

Projektleitung NetzTeufel
Evangelische Akademie zu Berlin

Vogel, Viola

Dr. jur., Kirchenrätin im juristischen Grundsatzdezernat
des Landeskirchenamtes der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Wallrabe, Kathrin

Gleichstellungsbeauftragte im Ev.-Luth. Landeskirchenamt Sachsens,
Mitglied der AG ‚Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ in Sachsen

Windisch, Sandra

Bayerisches Bündnis für Toleranz, Demokratie und Menschenwürde schützen

Witza, Jan

Gesellschaftspolitische Jugendbildung, Ev.-Luth. Landesjugendpfarramt Sachsen,
Mitglied der AG ‚Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ in Sachsen

Wolff, Christian

Pfarrer i. R., zuletzt Ev.-Luth. Kirchgemeinde St. Thomas Leipzig,
Beratung für Kirche, Politik und Kultur

LITERATURVERZEICHNIS

Internet-Quellen

AfD: Familie/Bevölkerung. <https://www.afd.de/familie-bevoelkerung> (19.02.2019).

AfD (Hrsg.): Bundestagswahlprogramm der AfD. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (20.02.2019).

AfD: Facebook-Meldung. 10.02.2019. <https://bit.ly/2I7ideb> (20.02.2019).

AfD (Hrsg.): Traditionell? Uns gefällt's. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/07/BTW2017_Plakat_Familie_Ansicht_Q.pdf (20.02.2019).

AfD Kreisverband Nordhausen-Eichsfeld-Mühlhausen. <https://www.afd-thueringen.de/kreise/kv-nem/programm-grundsatz-des-kv/> (20.02.2019).

AFP: AfD hält weiße Männer für diskriminiert. In: Zeit online. 06.12.2019. <https://www.zeit.de/news/2018-12/06/afd-haelt-weisse-maenner-fuer-diskriminiert-20181206-doc-1bd8vo> (20.02.2019).

Álvarez, Sonja: AfD und Pegida bescheren „Junger Freiheit“ Auflagenrekord. In: Der Tagesspiegel. 25.01.2016. <http://www.tagesspiegel.de/medien/wochenzeitung-aus-berlin-afd-und-pegida-bescheren-junger-freiheit-auflagenrekord/12872614.html> (28.01.2019).

Alshater, Zamira: Die wichtigsten Player rund um die rechtsextremen Aufmärsche in Chemnitz. 2018. <http://www.fussball-gegen-nazis.de/artikel/die-wichtigsten-player-rund-um-die-rechtsextremen-aufm%C3%A4rsche-chemnitz-14205> (14.01.2019).

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.: Rassistische Diskriminierung auf dem sächsischen Wohnungsmarkt. Situationsbeschreibung & Handlungsempfehlungen. <https://www.adb-sachsen.de/storage/app/uploads/public/5b4/86f/158/5b486f15887a5378116496.pdf> (15.02.2019).

Antifaschistisches Infoblatt: Rassistische Mobilisierung in Chemnitz – eine Einordnung. 2018. <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/rassistische-mobilisierung-gen-chemnitz-eine-einordnung> (14.01.2019).

Barmer Theologische Erklärung. Artikel 1. <https://www.ekd.de/11295.htm> (21.02.2019).

Bednarz, Liane: Clausnitz ist kein Zufall - Die gefährliche „Widerstands“-Saat der neuen Rechten geht auf. <http://starke-meinungen.de/blog/2016/02/20/clausnitz-ist-kein-zufall-die-gefaehrliche-widerstands-saat-der-neuen-rechten-geht-auf> (28.01.2019).

Belltower.News (Hrsg.): Früher NPD, jetzt „Identitäre Bewegung“. In: Belltower News online. 25.04.2017. <https://www.belltower.news/die-neue-rechte-auf-youtube-frueher-npd-jetzt-identitaere-bewegung-43640/> (21.02.2019).

Beyer, Lukas: Das Netzwerk Kubitschek – Teil 1. In: Zeit online. 16.02.2017. https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2017/02/16/das-netzwerk-kubitschek-teil-1_23120 (21.02.2019).

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung: Go East. Erstmals mehr Umzüge von Westdeutschland in die ostdeutschen Flächenländer. https://www.bib.bund.de/DE/Service/Presse/2019/pdf/2019-01-Go-East-Erstmals-mehr-Umzuege-von-Westdeutschland-in-die-ostdeutschen-Flaechenlaender.pdf?__blob=publication-File&v=3 (31.01.2019).

Bundesverfassungsgericht: Kein Verbot der NPD wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele. Pressemitteilung Nr. 4/2017 vom 17. Januar 2017. <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html> (11.01.2019).

Bundeszentrale für Politische Bildung: Ausländische Bevölkerung nach Bundesländern. <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61625/auslaendische-bevoelkerung-nach-bundeslaendern> (31.01.2019).

Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt. In: Mission Respekt.
https://missionrespekt.de/fix/files/Material-Dokument-S_6-4.pdf (20.03.2019).

chronik.LE: Mini-Kundgebungen der Neonazi-Gruppierung „Wir lieben Sachen/Thügi-da“ in Nordsachsen. 2016. <https://www.chronikle.org/ereignis/mini-kundgebungen-neonazi-gruppierung-lieben-sachsenth%C3%BCgida-nordsachsen> (14.01.2019).

Clasmann, Anne-Beatrice / dpa: AfD als Partei von Männern für Männer: Nur die härtesten Frauen kommen durch. In: Merkur. 22.2.2018. <https://www.merkur.de/politik/afd-als-partei-von-maennern-fuer-maenner-nur-haertesten-frauen-kommen-durch-zr-9635568.html> (19.02.2019).

Das NSU-UnterstützerInnenumfeld zwischen Chemnitz und Zwickau.
In: Antifaschistisches Infoblatt online. 03.03.2017. <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/das-nsu-unterst%C3%BCtzerinnenumfeld-zwischen-chemnitz-und-zwickau> (21.02.2019).

Der Sächsische Ausländerbeauftragte: Statistiken. <https://sab.landtag.sachsen.de/de/service/statistiken/statistiken-6757.cshtml> (31.01.2019).

Der III. Weg: Zehn-Punkte-Programm.
<https://der-dritte-weg.info/zehn-punkte-programm/> (01.02.2019).

Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (Hrsg.). Festnahme- und Durchsuchungsmaßnahmen wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung. Pressemitteilung vom 1.10.2018. <https://www.generalbundesanwalt.de/de/showpress.php?newsid=798> (19.02.2019).

Deutscher Bundestag: Vereinbarkeit von hohen politischen Ämtern und Leitungsfunktionen in der Kirche. Wissenschaftliche Dienste. Deutscher Bundestag. <https://www.bundestag.de/blob/411724/3e1e1834241afe6cdebb4450f8985fc2/wd-10-089-12-pdf-data.pdf> (22.10.2018).

DGB Region Südwestsachsen: ‚Rechts‘ sind doch die anderen!? Eine Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Einstellungen und ein aktueller Überblick über die Neonazi-Szene und die Neue Rechte in Chemnitz. <http://wachsam-in-chemnitz.de/media/RechtsSindDieAnderen2016.pdf> (22.02.2019).

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Was ist deutsch im Jahr 2016 – die Vermessung der Einwanderungsgesellschaft. <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/-was-ist-deutsch-im-jahr-2016-die-vermessung-der-einwanderungsgesellschaft--744664> (31.01.2019).

Die gefährliche Nähe einer Rechtsextremismusexpertin zur Identitären Bewegung. In: jungle.world online. 02.08.2018. <https://jungle.world/artikel/2018/31/zu-nah-am-forschungsobjekt> (21.02.2019).

Einprozent: Internetauftritt. einprozent.de. einprozent.de/ (21.02.2019).

Ein Volk hilft sich selbst: Info. <https://www.facebook.com/pg/einvolkhilftsichselbst/about/> (01.02.2019).

EKBN: Orientierungshilfe zur Nutzung von kirchlichen Gebäuden und Räumen. Vom 17. Februar 2009. ABI. 2009. S. 130. <https://www.kirchenrecht-ekhn.de/pdf/20151.pdf> (23.10.2018).

EKD: Kirchenasylkonferenz fordert besonnene Flüchtlingspolitik. 03.07.2017. <https://www.ekd.de/Kirchenasylkonferenz-gemeinsame-Erklaerung-24462.htm> (21.02.2019).

EKD/Diakonie: hinschauen-helfen-handeln. Eine Initiative der evangelischen Landeskirchen und der Diakonie gegen sexualisierte Gewalt. <https://www.hinschauen-helfen-handeln.de/fuer-kirche-und-diakonie/> (19.02.2019).

evangelisch.de: Frauenrechtlerinnen bestimmten die Schlagzeilen 2018. <https://www.evangelisch.de/inhalte/153780/10-12-2018/frauenrechtlerinnen-bestimmten-die-schlagzeilen-2018> (20.02.2019).

Facebook und Instagram sperren Seiten der „Identitären Bewegung“. In: Rheinische Post online. 31.05.2018. https://rp-online.de/digitales/internet/identitaere-bewegung-seiten-auf-facebook-und-instagram-gesperrt_aid-23156589 (21.02.2019).

Federl, Fabian: Hausfriedensbruch im sächsischen Landtag. In: Der Tagesspiegel online. 06.01.2015. <https://www.tagesspiegel.de/politik/bei-pegida-demonstration-hausfriedensbruch-im-saechsischen-landtag/11191172.html> (21.02.2019).

Fischer, Christian: Auf einen Glühwein, Herr Ministerpräsident. In: BILD-Zeitung vom 23.12.2011. www.bild.de/regional/dresden/stanislaw-tillich/auf-einen-gluehwein-mit-dem-mp-21741520.bild.html (10.01.2019).

Fischer, Patrick: Tag der Identität 2011 in Geithain. YouTube-Video. 17.11.2011. <https://www.youtube.com/watch?v=17ia2bRd-rU> (21.02.2019).

Freie Presse: Polizei ermittelt. Ausländerfeindlicher Angriff in Chemnitz. 14.09.2018. <https://www.freipresse.de/nachrichten/sachsen/polizei-ermittelt-auslaenderfeindlicher-angriff-in-chemnitz-artikel10312428> (20.02.2019).

Freie Presse: Tausende Menschen bei Protesten gegen Rechts und gegen Flüchtlinge. 01.09.2018. <https://www.freipresse.de/chemnitz/tausende-menschen-bei-protesten-gegen-rechts-und-gegen-fluechtlinge-artikel10301446> (20.02.2019).

Freies Netz Jena: Interview. www.fn-jena.info/?p=325 (24.01.2016).

Freistaat Sachsen: Internetauftritt des Freistaates Sachsen. Wahlen. Bewerber(-Statistik). https://wahlen.sachsen.de/Bew_LW14-5461.html (21.02.2019).

Freistaat Sachsen: Staatsministerium des Inneren. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2016. <https://bdb/artikel/28933/documents/41625> (20.02.2019).

Freistaat Sachsen: Staatsministerium des Inneren. Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017. http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/FINAL_VSB2017_Vorab.pdf (21.02.2019).

Frohnmeier, Markus: #Frohnmeier_AfD (26.08.2018).

Frontal 21 online: Die neue Bewegung der Identitären. YouTube-Video. 04.11.2014. <https://www.youtube.com/watch?v=deKRpkVRhow> (21.02.2019).

Fuchs, Christian/Daniel Müller. AfD trennt sich nach Terrorvorwurf von Mitarbeiter. In: Die Zeit. 17.01.2019. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-01/afd-politiker-manuel-ochsenreiter-brandanschlag-ukraine-terror-vorwurf> (28.01.2019).

Fuchs, Kevin: Die „Identitäre Bewegung“ erklärt den Krieg. In: Lotta online. 15.01.2013. <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/50/die-identit-re-bewegung-erkl-rt-den-krieg> (21.02.2019).

Garrel, Théo: Phalanx Europa: Kleidung von Identitären für Identitäre. <https://www.belltower.news/phalanx-europa-kleidung-von-identitaeren-fuer-identitaere-38906/> (20.02.2019).

GEKE (Hrsg.): „Bevor ich Dich im Mutterleib gebildet habe ...“ <http://cpce-repro-ethics.eu/> (19.02.2019).

Génération Identitaire. Kriegserklärung der französischen Jugend. YouTube-Video. 26.05.2013. <https://www.youtube.com/watch?v=TUyTyg6XnsA>; <https://www.youtube.com/watch?v=TUyTyg6XnsA> (20.02.2019).

Gessenharter, Wolfgang: Der Schmittismus der „Jungen Freiheit“ und seine Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz. In: Braun, Stephan/Ute Vogt (Hrsg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007. S. 77-94. <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41440/der-schmittismus-der-jungen-freiheit> (28.01.2019).

Geyer, Steven: AfD-Rechtsaußen will „Patriotische Plattform“ auflösen. In: Frankfurter Rundschau online. 23.09.2018. <http://www.fr.de/politik/afd-afd-rechtsausen-will-patriotische-plattform-aufloesen-a-1588355> (21.02.2019).

Gigi & die braunen Stadtmusikanten: Döner Killer. <http://www.text-lyrics24.top/deutsche-text-lyrics/gigi-die-braunen-stadtmusikanten-doner-killer-text-lyrics> (24.02.2019).

Grunert, Johannes: Rechte jagen Menschen in Chemnitz. In: Zeit online. 27.08.2018. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/auslaenderfeindlichkeit-rechte-Chemnitz> (19.02.2019).

Hartleb, Florian: Einsame Wölfe, unterschätzte Gefahr. In: Cicero. 09.01.2019.
<https://www.cicero.de/innenpolitik/anschlag-bottrop-einsame-woelfe-einheimischer-terrorismus-rechtsextremismus-praevention> (19.02.2019).

Heimattreue Niederdorf: Satzung. 2018.
<https://heimattreue-niederdorf.de/satzung/> (01.02.2019).

Hieke, Thomas: Die Völkertafel von Genesis 10 als genealogische Raumordnung. Form, Funktion, Geographie.
<http://edoc.hu-berlin.de/miscellanies/topoi-gen-40395/2/PDF/2.pdf> (22.11.2015).

Hofer, Jan/Matthias Georgens: Das reihenweise Sterben der NSU-Zeugen. In: Aktuelle Stunde. WDR. <https://www1.wdr.de/fernsehen/aktuelle-stunde/startseite/nsu-prozess-zeugen-sterben-100.html> (20.02.2019).

Hofstede, Geert: Kulturdimensionen.
<https://www.ikud.de/glossar/kulturdimensionen-geert-hofstede.html> (31.01.2019).

Dr. Hopfner, W. Dr.: Die Zukunft des Artglaubens.
http://www.asatru.de/nz/index.php?option=com_content&view=article&id=19:die-zukunft-des-artglaubens-&catid=14:artglaube&Itemid=17 (12.02.2019).

IB-Laden. Der Materialshop der Identitären. <http://www.ibladen.de/> (20.02.2019).

IDENTITÄT:ÄRA ~ Im Interview mit einem Aktivisten der IB. 27.08.2017.
<https://www.youtube.com/watch?v=I2G9kxYMu2s> (21.02.2019).

Identitäre Bewegung. Der Blog der Identitären. Aktiv in Sachsen - Für Deutschland.
<https://blog.identitaere-bewegung.de/aktiv-in-sachsen-fuer-deutschland/> (20.02.2019).

Identitäre Bewegung. Der Blog der Identitären. Identitärer Protest im Erzgebirge. 22.04.2016. <https://blog.identitaere-bewegung.de/identitaerer-protest-im-erzgebirge/> (21.02.2019).

Identitäre Bewegung. Internetauftritt der Identitären Bewegung Sachsen.
<https://identitaere-sachsen.de/> (21.02.2019).

Identitäre Bewegung. Nationalismus revisited – Teil 3. <https://www.identitaere-bewegung.de/blog/nationalismus-revisited-teil-3/> (20.02.2019).

Identitäre Bewegung. Nationalismus revisited – Teil 4. <https://www.identitaere-bewegung.de/blog/nationalismus-revisited-teil-4/> (20.02.2019).

Identitäre Bewegung Sachsen. Vier Jahre Pegida. 24.10.2018.
<https://identitaere-sachsen.de/vier-jahre-pegida/> (21.02.2019).

Identität – Werde, wer DU bist. Internetauftritt der NPD. 14.12.2012.
<https://npd.de/identitaet-werde-wer-du-bist/> (20.02.2019).

Imoli, Ivana: Vereint im Hass gegen Frauen. <https://www.srf.ch/news/schweiz/neue-maennerbewegungen-vereint-im-hass-gegen-frauen> (21.02.2019).

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.: Titelanzeige. Junge Freiheit. <https://www.ivw.eu/aw/print/qa/titel/8020> (21.02.2019).

Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. 1965. https://de.wikipedia.org/wiki/Internationales_%C3%9Cbereinkommen_zur_Beseitigung_jeder_Form_von_Rassendiskriminierung (10.02.2019).

Junge Alternative des Landesverbandes Sachsen-Anhalt: Landesverband. Vorstand. <https://jungealternative-lsa.de/landesverband/vorstand/> (21.02.2019).

K., Nino: Fast zehn Jahre Haft für Dresdner Anschläge. In: Zeit online. 31.08.2018.
<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-08/nino-k-sachsen-dresden-moschee-anschlag-gericht-urteil> (19.02.2019).

Krass, Sebastian: Extremisten bei rechter Messe in Erlangen. In: Süddeutsche Zeitung online. 11.06.2015. <https://www.sueddeutsche.de/bayern/universitaets-stadt-extremisten-bei-rechter-messe-in-erlangen-1.2514621> (21.02.2019).

Kulturbüro Sachsen: Monitorium Rechts. Freie Kameradschaft Dresden. 2018.
https://kulturbuero-sachsen.de/wp/wp-content/uploads/2018/07/Monitorium_1_web.pdf (14.01.2019).

Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Thüringen: Richtlinien über die Nutzung von kirchlichen Gebäuden und Räumen für nichtkirchliche Zwecke. Vom 10. Oktober 1995 (ABI. S. 176), zuletzt geändert durch Beschluss vom 2. September 2006. ABI. 2007. S. 36. <https://www.kirchenrecht-ekm.de/pdf/30275.pdf> (23.10.2018).

Lasch, Hendrik: Die Abwanderung ist weiblich, jung und klug. Neues Deutschland. 19.03.2002. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/14475.die-abwanderung-ist-weiblich-jung-und-klug.html> (04.02.2019).

LEGIDA. 13. Abendspaziergang in Leipzig am 15. Juni 2015, Richard-Wagner-Platz. YouTube-Video (ab Minute 28:34). <https://www.youtube.com/watch?v=LjsUQqBawSE> (21.02.2019).

Le Radiophare: Tweet vom 01.11.2016. <https://twitter.com/leradiophare/status/793559173598416898> (14.01.2019).

LWB (Hrsg.): Grundsatzpapier: Gendergerechtigkeit im LWB. https://www.lutheran-world.org/sites/default/files/DTPW-WICAS_Gender_Justice-DE.pdf (20.02.2019).

LWB (Hrsg.): Zwölfte Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes. Nachlese und Dokumentation. https://www.dnk-lwb.de/sites/default/files/documents/dnk-lwb-nachlese_vollversammlung-doku-2017-a4-enddatei_web.pdf (20.02.2019).

Maegerle, Anton: „Tag der Identität“ am 13. August. In: brn.de online. 27.07.2011. <https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/tag-der-identitaet-am-13-August> (21.02.2019).

Majic, Danijel: Referent vom rechten Rand. In: Frankfurter Rundschau. 24.10.2018. <https://www.fr.de/politik/referent-rechten-rand-10969042.html> (28.01.2019).

MEEDIA: Zeit-Recherche über die Finanzen beim Verschwörer-Magazin Compact. 09.06.2016. <https://meedia.de/2016/06/09/zeit-recherche-ueber-die-finanzen-beim-verschwoerer-magazin-compact/> (21.02.2019).

Menzel, Felix: Identitäre Aufkleber fast ausverkauft. In: Blaue Narzisse. Blog. 18. März 2014. <https://www.blauenarzisse.de/identitaere-aufkleber-fast-ausverkauft/> (20.02.2019).

NEON: AfD will mit Adventskalender weiße Männer ehren - und erntet Spott im Netz. <https://www.stern.de/neon/wilde-welt/gesellschaft/afd-kaempft-mit-video-adventskalender-fuer-weiße-maenner-und-erntet-spott-im-netz-8483512.html> (20.02.2019).

Neonazi in der AfD. MDR Exakt. YouTube-Video. 03.09.2014.
<https://www.youtube.com/watch?v=wRLLOtpRdCA> (21.02.2019).

NEK: Grundsätze für die Überlassung kirchlicher Räume. Bekanntmachung des NEK vom 15. September 1991. NEK-Mitteilungen S. 301. Az.: 6091-T I.
<https://www.kirchenrecht-nordkirche.de/pdf/25279.pdf> (23.10.2018).

Neumann, János: Zwischen Hetze und peinlicher Inszenierung. In: Das „Ein Prozent“ Recherchenetzwerk. Magazin „der rechte rand“ Ausgabe 169 11/2017.
<https://www.der-rechte-rand.de/archive/2813/ein-prozent-recherchenetzwerk/> (21.02.2019).

Opposition: Biedenkopf verharmlost rechte Gewalt. In: Sächsische Zeitung online. 29.9.2000. www.sz-online.de/sachsen/opposition-biedenkopf-verharmlost-rechte-gewalt-380056.html (10.01.2019).

Peters, Jana: Ausländische Wirte in Chemnitz: Wir müssen stark bleiben. In: Freie Presse online vom 24.10.2018. <https://www.freiepresse.de/chemnitz/auslaendische-wirte-in-chemnitz-wir-muessen-stark-bleiben-artikel10344758> (19.02.2019).

Phalanx Europa. Internetgeschäft.
<https://phalanx-europa.com/de/content/12-ueber-uns> (20.02.2019).

Preußische Allgemeine Zeitung. Das Ostpreußenblatt: Wer wir sind.
<https://www.preussische-allgemeine.de/ueber-uns.html> (21.02.2019).

Pro Chemnitz: Freiheit. Heimat. Zukunft. – Unser Programm.
<https://pro-chemnitz.de/programm> (11.01.2019).

Pure Coincidence: Wir lieben Sachsen/Thügida – Ein Überblick. 2016.
[http://purecoincidence.blogspot.de/2016/09/19/wir-lieben-sachsenthuegida-ein-ueberblick/\(14.01.2019\)](http://purecoincidence.blogspot.de/2016/09/19/wir-lieben-sachsenthuegida-ein-ueberblick/(14.01.2019)).

RAA (Hrsg.): Prozessdokumentation.
<https://raa-sachsen.de/prozess-gruppe-freital.html> (28.01.2019).

Rafael, Simone: Kam Pegida aus dem Internet. In: Bell Tower. 12.6.2017.
<https://www.belltower.news/kam-pegida-aus-dem-internet-44164/> (12.2.2019).

Rassistische Mobilisierungen in Chemnitz - eine Einordnung. In: Antifaschistisches Infoblatt online. 03.09.2018. <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/rassistische-mobilisierungen-chemnitz-eine-einordnung> (21.02.2019).

Rat der EKD: Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive. Ein Grundlagentext des Rates der EKD. Gütersloher Verlagshaus 2015.
<https://www.ekd.de/567.htm> (31.01.2019).

Rau, Johannes: Spiritualität – Impulse. Kirchentag 2005 in Hannover.
<http://www.freckenhorster-kreis.de/pdf-spirit/Johannes-Rau.pdf> (15.2.2019).

Reisin, Andrej: Wie hoch ist der Gender Pay Gap wirklich? Faktenfinder Tagesschau. Stand 15.03.2018. <https://faktenfinder.tagesschau.de/inland/genderpaygap-103.html> (21.02.2019).

Sächsischer Landtag: Plenarprotokoll 5/51. S. 5035. www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/tagesordnungen-protokolle-des-plenums/protokoll/515 (15.04.2019).

Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017 (Vorabfassung). 2018.
http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/FINAL_VSB2017_Vorab.pdf (21.02.2019).

Schmid, Bernard: Die „identitäre Bewegung“ lud zum „Konvent“. In: haGalil.com. Jüdisches Leben online. <http://www.hagalil.com/2012/11/bloc-identitaire/> (21.02.2019).

Schmidt, Anna: Die netten Nazis vom Ökohof. 03.09.2015. In: jungle.world online. <https://jungle.world/artikel/2015/36/die-netten-nazis-vom-oekohof> (22.02.2019).

Schneider, Alexander: Freiheitsentzug für „Freie Kameraden“. 2017. <https://www.saechsische.de/freiheitsentzug-fuer-freie-kameraden-3757351.html> (14.01.2019).

Schneider, Alexander: Halbherzige Geständnisse. 2018. <https://www.saechsische.de/halbherzige-gestaendnisse-3852382.html> (14.01.2019).

Sellner, Martin: Debunking the Dogma of Diversity. YouTube-Kanal. <https://www.youtube.com/channel/UChAFriWPovFCrQbLRfuCA-A> (20.02.2019).

Sezession: Konzept. <https://sezession.de/konzept> (21.02.2019).

Sieber, Roland: Neonazis übernehmen die „Identitäre Bewegung“. In: Zeit online. 16.12.2012. https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2012/12/16/neonazis-ubernehmen-die-identitare-bewegung_10828 (21.02.2019).

Sommerlich, Karla: Niemand will Teil der „Identitären Bewegung“ sein. In: Belltower.News online. 27.08.2018. <https://www.belltower.news/niemand-will-teil-der-identitaeren-bewegung-sein-49090/> (21.02.2019).

Staatsministerium des Inneren: „Vorläufiger Abschlussbericht des Sächsischen Staatsministerium des Innern zum Fallkomplex ‚Nationalsozialistischer Untergrund‘“. Staatsministerium des Innern 2012. S. 19. https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/ua/Vorlaeufiger_Abschlussbericht_zum_NSU_an_InA_3_4_2_.pdf (30.01.2019).

Staatsministerium des Innern: Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Strukturen von „Blood & Honour“ und der „Hammerskin Nation“ in Sachsen sowie deren Unterstützernetzwerke“. 11.04.2013. S. 7. http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=11189&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=2 (20.02.2019).

Staatsregierung Sachsen: Sachsen-Monitor 2018.
<https://www.staatsregierung.sachsen.de/sachsen-monitor-2018-5616.html> (31.01.2019).

Stadt Zwickau. Wahlarchiv online. https://wahlen.zwickau.de/wahlen/2009/02_sr/index.html (21.02.2019).

Statistisches Bundesamt (Destatis): Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland. https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/link/tabellen/12711* (31.01.2019).

Steiner, Rudolf: Die Mission einzelner Volksseelen im Zusammenhang mit der germanisch-nordischen Mythologie. GA 121.
http://wn.rsarchive.org/Lectures/GA121/German/GA121_index.html (12.02.2019).

Steinhagen, Martin: Marburger Burschenschaft. Radikalisierung befürchtet. In: Frankfurter Rundschau online. 30.01.2015. <https://www.fr.de/rhein-main/spd-org26325/radikalisierung-befuerchtet-11144266.html> (21.02.2019).

Sternberg, Jan: Frauen wählen anders. In: Hannoversche Allgemeinen Zeitung. 13.11.2018.
<http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Frauen-waehlen-anders> (20.02.2019).

Tzschoppe, Tilman: Wider die „herrschende Meinungsdictatur der politischen Korrektheit“. In: Magazin „Zuerst!“. <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/wider-die-herrschende-meinungsdiktatur-der-politischen-korrektheit-zu-erst-das-deutsche-nachrichtenmagazin-5554> (28.01.2019).

Unbekannte schlachten fünf trüchtige Schafe – Kamera filmt alles. In: Märkische Allgemeine. 06.02.2019. <http://www.maz-online.de/Nachrichten/Panorama/Unbekannte-schlachten-fuenf-traechtige-Schafe-Ueberwachungskamera-filmt-alles> (20.02.2019).

Vu, Vanessa: Die Grenzen zwischen Amok und Terror können verwischen. Interview mit Matthias Quent. In: Zeit online. 02.01.2019.
<https://www.zeit.de/gesellschaft/2019-01/rechtsextremismus-anschlag-bottrop-rassismus-radikalisierung-terror-matthias-quent> (19.02.2019).

Wahlkreisprognose: Erststimmenprognose LTWSachsen. 2019. <https://wahlkreisprognose.de/prognose-s%C3%A4chsische-landtagswahlkreise.html> (11.01.2019).

Weber, Daphne: „Gegen Jürgens Journalismus“.
#Redaktionssitz des rechten Magazins „Compact“ geoutet. In: taz. 19.12.2017.
<https://www.taz.de/!5471349> (28.01.2019).

Wüstenberg, Daniel: Bikini statt Burka: Dieser Mann steckt hinter provokanten AfD-Plakaten. In: stern. <https://www.stern.de/politik/deutschland/thor-kunkel-der-kopf-hinter-den-umstrittenen-afd-plakaten-7503072.html> (20.02.2019).

Zweites Vatikanisches Konzil: Erklärung Nostra aetate über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen.1965. http://www.vatican.va/archive/hist_councils/ii_vatican_council/documents/vat-ii_decl_19651028_nostra-aetate_ge.html (20.02.2019).

Augustinus, Aurelius: Bekenntnisse (Confessiones). Leipzig: Reclam 1989.

Babo, Markus: Kirchenasyl - Kirchenhikesie. Zur Relevanz eines historischen Modells im Hinblick auf das Asylrecht der Bundesrepublik Deutschland. Studien der Moraltheologie. Bd. 20. Münster: LIT-Verlag 2003.

Bell, Roland/Frieder Skibitzki: „Kirchenasyl“ – Affront gegen den Rechtsstaat? Berlin: Verl. A. Spitz 1998.

Bekennnisschriften der Ev.-Luth. Kirche. 2000.

Bekker, Immanuel (Hrsg.): Aristotelis opera. 2. Bd. Berlin: 1831 ff.

Berlejung, Angelika/Annette Merz: Art. Volk. In: Handbuch theologischer Grundbegriffe zum Alten und Neuen Testament (HGANT). Darmstadt: 2006.

Bonhoeffer, Dietrich: Gedanken zum Tauftag von Dietrich Wilhelm Rüdiger Bethge. Mai 1944. In: Ders.: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft hrsg. von Eberhard Bethge. München: 1970.

Bonhoeffer, Dietrich: Gedanken zum Tauftag von Dietrich Wilhelm Rüdiger Bethge. Mai 1944. In: Ders.: Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft. Hg. von Eberhard Bethge. 16. Auflage. Gütersloh: 1977.

Brunner, Emil: Dogmatik I. Zürich: Zwingli-Verlag 1953.

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (Hrsg.): Asylpraxis. Bd. 3. Nürnberg: 1998.

Campanhausen, A., Frhr. v.: Der heutige Verfassungsstaat und die Religionen. In: Listl, Joseph/ Dietrich Pirson (Hrsg.): Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland. 2 Bände. 2. Auflage. Duncker & Humboldt 1994. § 2.

chronik.LE: Die AfD zwischen völkischer Fundamentalopposition und »politischer Bettnässerei«. In: dies. (Hrsg.): Leipziger Zustände 2019. 2019. S. 62f.

De Wall, Heinrich: Zu den Grundfragen des evangelischen Kirchenrechts und der verschiedenen Rechtskreise. In: Anke, Hans Ulrich/Heinrich de Wall/Hans Michael Heinig (Hrsg.): Handbuch des Evangelischen Kirchenrechts. Tübingen 2016. § 1 Rn. 16ff.

Dethloff, Fanny/Verena Mittermaier (Hrsg.): Kirchenasyl – Eine heilsame Bewegung. Karlsruhe: von Loeper Literaturverlag 2011.

Diakonisches Werk Deutschland (Hrsg.): Umgang mit Rechtspopulismus. Eine Handreichung für die Diakonie. Berlin: 2018.

Donovan, Jack: Nur Barbaren können sich verteidigen. Verlag Antaios 2017.

Dörner, Andreas: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2010.

Eckes, Christine: Ausbreitung der ‚Identitären Bewegung‘ in Europa und ihre ideologischen Grundzüge. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Band 4. 2016. S.100-114.

Edelmann, Helmut / Niels Hasselmann (Hrsg.): Nation im Widerspruch. Aspekte und Perspektiven aus lutherischer Sicht heute. Eine Studie des Ökumenischen Studienausschusses der VELKD und des DNK/LWB. Gütersloh: 1999.

EKD/DBK/ACK (Hrsg.): „...und der Fremdling, der in deinen Toren ist.“
Gemeinsames Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht. Bonn/Frankfurt am Main/Hannover: 1997.

Evangelischer Pressedienst: Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland. Französische Friedrichstadtkirche: Berlin: 21.8.2017 (Dokumentation 44/2017).

Fischer, André: Zwischen Zeugnis und Zeitgeist. Die politische Theologie von Paul Althaus in der Weimarer Republik (AkiZ B.55). Göttingen: 2012. S. 307-322.

Flor, Georg: Asylrecht - Von den Anfängen bis heute. Berlin: Wichern-Verlag 1988.

Fritzsche, Hans-Georg: Leittexte der Bibel. Berlin: 1981.

GEKE (Hrsg.): „Bevor ich Dich im Mutterleib gebildet habe ..“. GEKE. 1. Auflage. Juni 2017.

Grefen, Jochen: Kirchenasyl im Rechtsstaat: Christliche Beistandspflicht und staatliche Flüchtlingspolitik - kirchenrechtliche und verfassungsrechtliche Untersuchung zum sogenannten Kirchenasyl in der Bundesrepublik Deutschland. Schriften zum Öffentlichen Recht. Bd. 848. Berlin: Dunker und Humboldt 2001.

Häusler, Alexander/Reiner Roesner: Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal & Position der „Alternative für Deutschland“. Hamburg: VSA Verlag 2015.

Härle, Wilfried: Dogmatik. Berlin: De Gruyter 2000.

Heidegger, Martin: Kant und das Problem der Metaphysik. Frankfurt: Klostermann 2010.

Herold, Maik: Migration und Populismus in Deutschland. Erklärungsansätze und empirische Befunde. In: Mercator Forum Migration und Demokratie (Hrsg.): Migration und Populismus. Jahresbericht 2018. Dresden. S. 27–45.

Hirschman, Albert O.: Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. In: Leviathan 20/3. 1992. S. 330–358.

Honecker, Martin: Grundriss der Sozialethik. Berlin, New York: De Gruyter 1995.

Hübler, Andrea: Rechter Terror im Schnelldurchlauf. Der Prozess gegen die „Gruppe Freital“. In: Querfeld. Das Jahresmagazin des Sächsischen Flüchtlingsrates. 2018. Nr. 2. S. 129–133.

Janowski, Bernd: Der ganze Mensch. Zur Anthropologie der Antike und ihren europäischen Nachgeschichten. Berlin: 2012.

Jastrow, Morris: Die Religion Babylons und Assyriens. Giesen: 1912.

Jüngel, Eberhard: Herkunft und Schwierigkeiten des sogenannten Kirchenasyls/Gewissensentscheidung und Rechtsstaatlichkeit - Die Gewaltfreiheit des Kirchenraums darf nicht zur

Ausübung von Gegengewalt mißbraucht werden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. 4. Juni 1994. S.6.

Just, Wolf-Dieter: Jeder Mensch ist ein Heiligtum. Ev. Oberkirchenrat Baden (Hrsg.). Zuflucht suchen bei Kirche und Gemeinde („Kirchenasyl“). Karlsruhe: 1994.

Kellershohn, Helmut: Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hege-
monieprojekt. In: Braun, Stephan/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.): Strategien
der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. 2. aktualisierte und
erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS 2016. S. 439-468.

Köpping, Petra: Integriert doch erst einmal uns! Eine Streitschrift für den Osten.
Berlin: 2018.

Kuhs, Joachim (Hrsg.): Bekenntnisse von Christen in der Alternative für Deutschland.
Oxalis Verlag 2018.

Meier-Braun, Karl-Heinz: Die 101 wichtigsten Fragen. Einwanderung und Asyl.
München: 2015.

Luxemburg, Rosa: Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Berlin: 1920.

Memmi, Albert: Rassismus. Frankfurt am Main: 1992.

Müller, Jan-Werner: What is populism? London: Penguin Books 2017.

Nuscheler, Franz: Internationale Migration. Flucht und Asyl. 2. Auflage.
Wiesbaden: 2004.

Pickel, Gert: Empirische Befunde zur regionalen politischen Kultur. In: Nikolaus Werz /
Martin Koschkar (Hrsg.): Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und
vergleichende Aspekte. Wiesbaden: 2016. S. 45-74.

Pickel, Gert / Pickel, Susanne: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Angst um
seinen Schwund: Analysen zu Existenz, Ursachen und Folgen gesellschaftlichen
Zusammenhaltes am Beispiel Sachsen. In: Steffen Kailitz u.a. (Hrsg.): Sachsen zwischen
Integration und Desintegration. Wiesbaden: Springer VS (i.E.) 2019.

Pickel, Gert: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei politische Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung? Opladen: 2002.

Pickel, Gert / Alexander Yendell: Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl. In: Oliver Decker / Elmar Brähler (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial 2018. S. 217-243.

Pickel, Gert: Religiöse Pluralisierung als Bedrohungsszenario? Stereotypen, Ängste und die Wirkungen von Kontakten auf die Integration von Menschen anderer Religion. In: Katajun Amirpur / Wolfram Weiße (Hrsg.): Religionen. Dialog. Gesellschaft. Analysen zur gegenwärtigen Situation und Impulse für eine dialogische Theologie. Münster: 2015. S. 19-56.

Pickel, Gert: Sächsische Mentalitäten heute. Ergebnisse aus dem Sachsen-Monitor. Dresdner Hefte 133. 2018. H. 1. S. 61-68.

Pollack, Detlef/ Pickel, Gert: Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung? Die Einstellung der Ostdeutschen zu sozialer Ungleichheit und Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Bd. 41-42. 1998. S. 9-23.

Popper, Karl: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. München: Mohr Siebeck 1957.

Precht, David: Wer bin ich - und wenn ja wie viele? Eine philosophische Reise. München: Goldmann 2012.

Priester, Karin: Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt, New York: Campus 2007.

Röpke, Andrea: 2018 Jahrbuch rechte Gewalt – Chronik des Hasses. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2017. Knauer Verlag 2019.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping: Kleine Anfrage der Abgeordneten Karin Wilke. AfD-Fraktion. Thema: Frauenschutzhäuser. Drs.-Nr.: 6/11582. Januar 2018.

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping: Kleine Anfrage der Abgeordneten Sarah Budenberg. DIE LINKE. Thema: Kapazitäten Frauenschutzhäusern - Aktualisierung der Kleinen

Anfrage in Drs. 6/2628, Drs.-Nr.: 6/14130. August 2018.

Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: 2004.

Schreiber, Peter: Deutsche Stimme. April 2010.

Schweiger, Wolfgang 2017: Der (des)informierte Bürger im Netz. Wie soziale Medien die Meinungsbildung verändern. Wiesbaden: Springer 2017.

Sophokles: Antigone. Stuttgart: Reclam 1978.

Taggart, Paul A.: Populism. Philadelphia, Buckingham: Open University Press 2000.

VELKD (Hrsg.): Unser Glaube: die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche. Ausgabe für die Gemeinde. hrsg. im Auftrag der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. 4. Auflage. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2000.

Vorländer, Hans: Krise, Kritik und Szenarien. Zur Lage der Demokratie. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 23. Nr. 2. 2013. S. 267-277.

Vorländer, Hans: Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht. Die Bruchstelle der repräsentativen Demokratie und die populistische Herausforderung. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge? Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2016. S. 61-76.

Vorländer, Hans/ Herold, Maik/ Schäller, Steven: PEGIDA and New Right-Wing Populism in Germany. Cham: Palgrave 2018.

Vorländer, Hans/ Herold, Maik/ Schäller, Steven: PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS 2016.

Vorländer, Hans/ Herold, Maik/ Schäller, Steven: Entfremdung, Empörung, Ethnozentrismus. Was PEGIDA über den sich formierenden Rechtspopulismus verrät. In: Jörke, Dirk / Nachtwey, Oliver (Hrsg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie. Leviathan Sonderband 32. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2017. S. 138-160.

Weiß, Volker: Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: 2017.

ANSPRECHPARTNER UND HILFSSTRUKTUREN

Anlaufstellen in Sachsen

In Sachsen engagieren sich auf Landesebene eine Reihe von Organisationen im Sinne dieser Handreichung. Diese sind gute Anlaufstellen bei der Suche nach Unterstützung und Hilfe bei Problemen und Projekten vor Ort.

Kulturbüro Sachsen

Das Kulturbüro Sachsen e.V. berät seit 2001 lokale Vereine, Jugendinitiativen, Kirchgemeinden, Netzwerke, Firmen sowie Kommunalpolitik und -verwaltung in Sachsen mit dem Ziel, rechtsextremistischen Strukturen eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. Die Projekte erarbeiten Methoden und Inhalte, die bürgerschaftliches Engagement und konkretes Handlungswissen gegen Rechtsextremismus stärken und so demokratische Alltagskultur in sächsischen Kommunen und Landkreisen verankern.

Beim Kulturbüro sind die Mobilen Beratungsteams angesiedelt, die Beratungsarbeit vor Ort leisten und zur Unterstützung lokaler Projekte angefordert werden können.

Internet www.kulturbuero-sachsen.de

Kontakt Bautzner Str. 45, 01099 Dresden
Tel.: 0351 272 14 90
buero@kulturbuero-sachsen.de

Mobile Beratungsteams in Sachsen:

MBT Mitte-Ost
Gartenstrasse 13, 01796 Pirna
Tel.: 03501 58 22 89
mbt.mitte-ost@kulturbuero-sachsen.de

MBT Nordwest

Hedwigstr. 20, 04315 Leipzig

Tel.: 0341 25 668 000

mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de

MBT Südwest

Henriettenstraße 5, 09112 Chemnitz

Tel.: 0371 278 15 65

mbt.suedwest@kulturbuero-sachsen.de

Netzwerk für Demokratie und Courage

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) ist ein bundesweites Netzwerk, das von jungen Leuten getragen wird und sich für Demokratieförderung und gegen menschenverachtendes Denken engagiert. Das Hauptaufgabenfeld des NDC ist die Ausbildung von jungen Menschen als MultiplikatorInnen und die Durchführung von Projekttagen, Seminaren und Fortbildungen an Schulen, Berufsschulen, Bildungseinrichtungen sowie für viele andere Gruppen.

Internet www.netzwerk-courage.de

Kontakt Bundesgeschäftsstelle Netzwerk für Demokratie und Courage -
Könneritzstraße 7, 01067 Dresden
Tel.: 0351 48 100 60
Fax: 0351 48 100 61
info@netzwerk-courage.de

Aussteigerprogramm Sachsen

Das Aussteigerprogramm Sachsen bietet Beratung und Begleitung für Menschen, die freiwillig aus extremistischen Gruppen aussteigen möchten. Die Beratungsangebote gelten auch für Angehörige und Freunde. Unterstützt wird z.B. in der Ablösung von extremistischen Gruppen und Szenen, bei Problemen mit Schule, Arbeit, Wohnung, Sucht, Schulden, ..., im Aufbau eines neuen Freundeskreises, im Kontakt mit Behörden, in Sicherheitsfragen und Gefährdungssituationen.

Internet www.steig-aus.de / www.aussteigerprogramm-sachsen.de

Kontakt Postfach 30 11 25
04251 Leipzig
Tel.: 0173 9617643

Netzwerk für Demokratische Kultur

Das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. in Wurzen fördert eine aktive demokratische Zivilgesellschaft und will die Lebensqualität in der Region verbessern durch - Unterstützung von Bürgerbeteiligung, Veranstaltungen und Projekten - Infrastruktur und Beratung - Arbeit für Menschenrechte

Internet www.ndk-wurzen.de

Kontakt Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.
Domplatz 5, 04808 Wurzen
Tel.: 03425 852710
Fax: 03425 852709
team@ndk-wurzen.de

Aktion Zivilcourage

Die Aktion Zivilcourage e. V. ist in der Bildungs- und Beratungsarbeit tätig. Der Verein setzt sich überparteilich und in einem breiten Netzwerk für die Stärkung der demokratischen Kultur in Sachsen ein.

Internet www.aktion-zivilcourage.de

Kontakt *Postanschrift:*
Postfach 100228, 01782 Pirna
Geschäftsstelle:
Lange Straße 43, 01796 Pirna
Tel.: 03501 460 880
post@aktion-zivilcourage.de

Opferberatung RAA Sachsen

Die RAA Sachsen Opferberatung vermittelt Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt und dokumentiert Übergriffe

Internet www.raa-sachsen.de

Kontakt *Beratungsstelle Dresden*

Tel.: 0351 88 9 41 74

Mobil: 0172 9 74 12 68

opferberatung.dresden@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Leipzig

Tel.: 0341 2 25 49 57

Mobil: 0178 5 16 29 37

opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Chemnitz

Tel.: 0371 4 81 94 51

Mobil: 0172 9 74 36 74

opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de

Netzwerk Tolerantes Sachsen

Das Netzwerk Tolerantes Sachsen ist eine Plattform von etwa 100 sächsischen Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich für die Förderung demokratischer Kultur und gegen Einstellungen der Ungleichwertigkeit, Antisemitismus und Rassismus einsetzen. In verschiedenen Regionen des Freistaates arbeiten die Initiativen und Organisationen mit ganz unterschiedlichen Ansätzen: Förderung demokratischer Gemeinwesenarbeit, Beratung von Opfern rechtsmotivierter Gewalt, Stärkung und Akzeptanzförderung selbstbestimmter Lebensrealitäten, Angebote für Projektstage an Schulen, Empowerment, Sensibilisierung für Antidiskriminierung, antirassistische entwicklungspolitische Bildungsarbeit und vieles mehr. Alle Mitglieder vereint das Ziel, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kreativ und gewaltfrei entgegenzuwirken und die gesellschaftliche Teilhabe Aller voranzubringen. Das Netzwerk wurde 2001 gegründet, um den vielfältigen Vereinen eine starke Stimme zu geben.

Internet www.tolerantes-sachsen.de

Kontakt Förderverein Tolerantes Sachsen e.V.
Domplatz 5, 04808 Wurzen
Tel.: 03425 82 999 59
Mobil: 0177 466 06 51
buero@tolerantes-sachsen.de

Antidiskriminierungsbüro Sachsen

Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen (ADB) ist eine zentrale Anlaufstelle im Freistaat Sachsen für alle Fragen zu Diskriminierung aufgrund rassistischer Zuschreibungen, ethnischer Herkunft, Religion und Weltanschauung, des Geschlechts, der sexuellen Identität, des Lebensalters oder Behinderung sowie Mehrfachdiskriminierung.

Internet www.adb-sachsen.de

Kontakt Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.
Kochstr. 14, 04275 Leipzig
Tel.: 0341 30 39 492
info@adb-sachsen.de

Verband binationaler Familien und Partnerschaften

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften iaf e.V. setzt sich ein für die Interessen und Belange binationaler/bikultureller Paare und Familien sowie für alle Menschen, die in interkulturellen Zusammenhängen in Deutschland leben.

Internet www.leipzig.verband-binationaler.de

Kontakt Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.
Geschäfts- und Beratungsstelle Leipzig
Arndtstr. 63, 04275 Leipzig
Tel.: 0341 68 80 022
leipzig@verband-binationaler.de

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

Die „Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus – aktiv für Demokratie und Menschenrechte“ (BAG K+R) ist ein Zusammenschluss von Initiativen, Organisationen und Arbeitsgruppen. Sie will mit ihrer Arbeit gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) innerhalb und außerhalb der Kirchen benennen, ihnen konstruktiv entgegenreten und sie überwinden.

Internet www.bagkr.de

Kontakt Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus
c/o Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Tel.: 030 28395 178
post@bagkr.de

Amadeu Antonio Stiftung

Seit ihrer Gründung 1998 ist es das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung, eine demokratische Zivilgesellschaft zu stärken, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wendet. Dabei ist es der Stiftung ein wichtiges Anliegen, gleichermaßen gegen Antisemitismus und Rassismus zu arbeiten. Die Stiftung fördert Projekte in diesem Themenbereich und hält auf ihrer Internetseite viele hilfreiche Informationen und Publikationen bereit.

Internet www.amadeu-antonio-stiftung.de

Kontakt: Novalisstraße 12, 10115 Berlin
Tel.: 030 240 886 10
info@amadeu-antonio-stiftung.de

Netz gegen Nazis

Mit Rat und Tat gegen Rechtsextremismus – Das Internetprojekt in Zusammenarbeit mit ZEIT-online und der Amadeu-Antonio-Stiftung hält viele gut verständliche Artikel bereit und berichtet über aktuelle Entwicklungen.

Internet www.netz-gegen-nazis.de

Blick nach rechts

Blick nach rechts ist ein Informationsdienst, der aktuell die Entwicklungen im Bereich Neonazismus und Rechtspopulismus beobachtet und kommentiert.

Internet www.bnr.de

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage ist eine europaweite Initiative die insbesondere an Schulen Projekte zur Menschenrechtserziehung anstoßen möchte. In Deutschland sind ca. 1800 Schulen in dem Netzwerk engagiert.

Internet www.schule-ohne-rassismus.org

chronik.LE

Seit mehr als zehn Jahren dokumentiert und analysiert chronik.LE Neonazismus, Diskriminierung und rechte Strukturen in und um Leipzig. Alle zwei Jahre Herausgabe der „Leipziger Zustände“, zuletzt erschienen im Januar 2019.

Internet www.chronikLE.org

Kontakt chronik.LE@engagiertewissenschaft.de

Verzeichnisse weiterer Initiativen

Verzeichnis der Initiativen gegen Rechtsextremismus bei Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Initiativen_gegen_Rechtsextremismus_in_Deutschland

Verzeichnis von Initiativen gegen Rechtsextremismus bei der Bundeszentrale für Politische Bildung: www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41934/initiativen-gegen-rechtsextremismus

Initiativenlandkarte des Bündnisses für Demokratie und Toleranz gegen Extremismus und Gewalt: <https://www.buendnis-toleranz.de/arbeitsfelder/anlaufstelle/initiativen/initiativenlandkarte/>



WEITERFÜHRENDE MATERIALHINWEISE

Zu bestimmten Artikeln in dieser Broschüre

Die Identitäre Bewegung in Sachsen

- DGB Region Südwestsachsen: ‚Rechts‘ sind doch die anderen!? Eine Auseinandersetzung mit menschenverachtenden Einstellungen und ein aktueller Überblick über die Neonazi-Szene und die Neue Rechte in Chemnitz. 2014.
<http://wachsam-in-chemnitz.de/media/RechtsSindDieAnderen2016.pdf> (20.02.2019).
- Eckes, Christine: Ausbreitung der ‚Identitären Bewegung‘ in Europa und ihre ideologischen Grundzüge. In: Journal EXIT-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur. Band 4. 2016. S. 100-114.
- Röpke, Andrea: 2018 Jahrbuch rechte Gewalt – Chronik des Hasses. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2017. Knauer Verlag 2018.
- Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen: Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017. Vorabfassung. 2018. http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/FINAL_VSB2017_Vorab.pdf (20.02.2019).

Sachsen: Ruhe und Rückzugsraum des NSU

- Sächsischer Landtag. 5. Legislaturperiode. 3. Untersuchungsausschuss. Drs 5/14688.
http://edas.landtag.sachsen.de/viewer.aspx?dok_nr=14688&dok_art=Drs&leg_per=5&pos_dok=202 (22.02.2019).

„Ich bin doch kein Rassist, aber ...“ – Die Abwertung der Anderen

- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Die Entstehung von Rassismus.
<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/181189/Rassismus> (19.02.2019).
- Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.): Dossier: Rassismus und Rechtspopulismus. Helft Sachsen! Mischt euch ein! <https://www.boell.de/de/rassismus-und-rechtspopulismus> (19.02.2019).
- Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus (Hrsg.):
<http://www.internationale-wochen-gegen-rassismus.de> (19.02.2019).

Rechtspopulismus und Kirchen

- Strube, Sonja Angelika (Hrsg.): Das Fremde akzeptieren. Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenwirken - Theologische Ansätze. Freiburg i. B.: Verlag Herder 2017.

- Strube, Sonja Angelika: Rechtsextremen Tendenzen begegnen. Handreichung für Gemeindeglieder und kirchliche Erwachsenenbildung. Freiburg i. B.: Verlag Herder 2013.
- Strube, Sonja Angelika (Hrsg.): Rechtsextremismus als Herausforderung für die Theologie. Freiburg i. B.: 2015.

Mut zur Wahrheit? Junge Freiheit, Compact und andere Medien der extremen Rechten

- Behrens, Kilian/Vera Henßler/Ulli Jentsch/Frank Metzger/Eike Sanders/Patrick Schwarz: Rechte Printmedien und die AfD - Teil 1.
<https://www.apabiz.de/2018/rechte-printmedien-und-die-afd-teil-1>,
<https://www.apabiz.de/2018/rechte-printmedien-und-die-afd-teil-2> (28.01.2019).
- Neuffer, Moritz/Paul Morten: Rechte Hefte. Zeitschriften der alten und neuen Rechten nach 1945. <https://www.eurozine.com/rechte-hefte> (28.01.2019).

Bürgerdialog oder Propagandabühne? Hinweise für gelingende Veranstaltungen

- Leo, Per/Maximilian Steinbeis/Daniel-Pascal Zorn: Mit Rechten reden. Ein Leitfaden. Stuttgart 2017.
- Neutral bleiben - keine Option für Christen. Offener Brief von Theologen und Theologinnen der TU Dresden der EHS Dresden und der EH Moritzburg an die Pfarrer und Pfarrfrauen, an die hauptberuflich im kirchlichen Dienst Tätigen und an alle, die Veranstaltungen zu aktuellen Themen in kirchlichen Räumen verantworten, im Bereich der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens und des Bistums Dresden-Meißen.
<https://www.kirche-fuer-demokratie.de/279> (20.02.2019).

Social Media - Shitstorms, alltägliche Verachtung und #hopeSpeech

- Verhasste Vielfalt. Eine Analyse von Hate Speech im Raum von Kirche und Diakonie; Lukas, Annika/Ellen Radtke/Claudia Schulz (Hrsg.): Verhasste Vielfalt. Eine Analyse von Hate Speech im Raum von Kirche und Diakonie mit Kommentierungen. Hannover 2017. S. 108ff. https://www.gender-ekd.de/download/Kirche%20in%20Vielfalt%20denken_WEB_Einzelseiten.pdf (12.2.2019).

Zum allgemeinen Themenfeld

- Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive. Ein Grundlagen- und Leittext des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Gütersloh 2015.
http://www.ekd.de/download/christlicher_glaube.pdf (20.02.2019).

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Cover	© Robert Michalk Photography; EEB Sachsen
S. 6/7	© Erik Panzig; EEB Sachsen
S. 18/19	© rcfotostock – stock.adobe.com
S. 23	© blvdone – stock.adobe.com
S. 24	© sunnychicka – stock.adobe.com
S. 31	© rcfotostock – stock.adobe.com
S. 37	© velazquez – stock.adobe.com
S. 38	© Dr. Harald Lamprecht
S. 44	© Dr. Harald Lamprecht
S. 47	© Dr. Harald Lamprecht
S. 51	© Jan Witza
S. 57	© Statistisches Landesamt Sachsen; Ergebnisse in Prozent; WBT = Wahlbeteiligungsrate.
S. 58	© Dr. Harald Lamprecht
S. 60	© Stanislaw Mikulski – stock.adobe.com
S. 68	© Erik Panzig; EEB Sachsen
S. 71	© Robert Michalk Photography; EEB Sachsen
S. 74	© Dr. Harald Lamprecht
S. 77	© Dr. Harald Lamprecht
S. 80	© Dr. Harald Lamprecht
S. 84/85	© Animaflora PicsStock – stock.adobe.com)
S. 90	© Dr. Harald Lamprecht
S. 92	© Dr. Harald Lamprecht
S. 99	© Albrecht Engelmann
S. 101	© Dr. Harald Lamprecht
S. 102	© Dr. Harald Lamprecht
S. 109	© Dr. Harald Lamprecht
S. 112	© Diagramm zur Entwicklung rechtsmotivierter Angriffe von der Opferberatung „support“ des RAA Sachsen e.V.
S. 115	© Dr. Harald Lamprecht
S. 119	© M-SUR – stock.adobe.com

S. 121	© Dr. Harald Lamprecht
S. 125	© Dr. Harald Lamprecht
S. 126	© Dr. Harald Lamprecht
S. 130	© Gina Sanders – stock.adobe.com
S. 138	© artefacti – stock.adobe.com
S. 142	© Dr. Harald Lamprecht
S. 148	© Rawpixel.com – stock.adobe.com
S. 152	© Dr. Harald Lamprecht
S. 154	© Dr. Harald Lamprecht
S. 161	© Dr. Harald Lamprecht
S. 164/165	© REDPIXEL – stock.adobe.com
S. 172	© Dr. Harald Lamprecht
S. 174	© Dr. Harald Lamprecht
S. 176	© peterschreiber.media – stock.adobe.com
S. 180	© Robert Michalk Photography; EEB Sachsen
S. 183	© Robert Michalk Photography; EEB Sachsen
S. 184	© Dr. Harald Lamprecht
S. 191	© Dr. Harald Lamprecht
S. 198	© Dietrich Flechtner, Dresdner Neueste Nachrichten
S. 201/202	© CC-0 netzteufel.eaberlin.de
S. 204	© Timo Verseemann, Projekt Netzteufel
S. 206/207	© jteivans – stock.adobe.com
S. 209	© Ev.-Luth. Kirchenbezirk Chemnitz
S. 211	© Martin Neuhof
S. 213	© Ev.-Luth. Kirchenbezirk Plauen
S. 215	© Ev.-Luth. Kirchenbezirk Pirna
S. 217	© Robert Michalk Photography; EEB Sachsen
S. 218	© Caritasverband Dresden e.V.
S. 219	© Caritasverband Dresden e.V.
S. 220/221	© Destina – stock.adobe.com

NÄCHSTENLIEBE LEBEN. KLARHEIT ZEIGEN.

Handreichung zu Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit

Unsere Gesellschaft erlebt Veränderungsprozesse, die auch die Kirchen betreffen und gewachsene Vorstellungen des kirchlichen und gesellschaftlichen Miteinanders in Frage stellen. Wachsende Spannungen sind zu beobachten: Einerseits existiert der kirchliche Anspruch und das Selbstverständnis, in der Nachfolge von Jesus für Bedrängte, Schwache und Hilfsbedürftige einzustehen. Andererseits sind auch bis in die Kirchen hinein ausgrenzende und abwertende Einstellungen - die sich gegen Menschen und bestimmte Gruppen richten - zu beobachten.

Diese überarbeitete und aktualisierte Neuauflage der 2016 bereits erschienenen Handreichung - anlässlich des 10jährigen Bestehens der ökumenischen Arbeitsgemeinschaft ‚Kirche für Demokratie und Menschenrechte‘ - möchte Haltungen bestärken, Nächstenliebe zu leben und dafür die nötige Klarheit zu zeigen. Es ist vom Evangelium her begründete Aufgabe aller Christinnen, entschieden zu widersprechen und Betroffenen beizustehen, wenn andersdenkende, andersglaubende oder anderswo herkommende Menschen bedroht, beleidigt oder abgewertet werden.

Hilfreiche theologischen Klärungen, fachliche Informationen, praktische Ratschläge und Beispiele für gelingende Projekte sind in dieser Handreichung zusammengestellt. Sie sollen dazu beitragen, menschenfeindliche und volksverhetzende Aussagen, Denk- und Verhaltensweisen zu erkennen und zu überwinden.